

STUDY

Nr. 387 · Mai 2018

DAS EUROPA DER ARBEITER

Leitbilder gewerkschaftlicher Europapolitik bis in die Mitte der 1970er Jahre

Rainer Fattmann

Dieser Band erscheint als 387. Band der Reihe Study der Hans-Böckler-Stiftung. Die Reihe Study führt mit fortlaufender Zählung die Buchreihe „edition Hans-Böckler-Stiftung“ in elektronischer Form weiter.

STUDY

Nr. 387 · Mai 2018

DAS EUROPA DER ARBEITER

Leitbilder gewerkschaftlicher Europapolitik bis in die Mitte der 1970er Jahre

Rainer Fattmann

Der Autor

Rainer Fattmann ist Historiker und wissenschaftlicher Publizist. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung auf nationaler und europäischer Ebene, die Geschichte der Angestellten und Beamten sowie medien- und bildungshistorische Fragestellungen.

© 2018 by Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf
www.boeckler.de



Dieses Werk ist lizenziert unter der
Creative Commons Attribution 4.0 (BY).

Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell.

(Lizenztext: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/de/legalcode>)

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B. von Schaubildern, Abbildungen, Fotos und Textauszügen erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

Satz: DOPPELPUNKT, Stuttgart

ISBN: 978-3-86593-299-0

INHALT

Einleitung: Charakter der Darstellung – Forschungsstand – Fragestellung	9
--	----------

I GEWERKSCHAFTLICHER INTERNATIONALISMUS UND GEWERKSCHAFTLICHE „EUROPAPOLITIK“ VOR 1945

1 Der Internationalismus der Arbeiterbewegung und die Gewerkschaften vor dem Ersten Weltkrieg	39
1.1 Die Gewerkschaften als Akteure innerhalb der Zweiten Internationale und die internationale Gewerkschaftsbewegung vor dem Ersten Weltkrieg	40
1.2 Ziele und internationale Ordnungsvorstellungen der Zweiten Internationale	44
1.3 Friedensidee und sozialistische Vorstellungen einer Einigung Europas vor dem Ersten Weltkrieg	48
1.4 Der Erste Weltkrieg und die Vorstellungen der (gewerkschaftlichen) Arbeiterbewegung über die internationale Neuordnung nach dem Krieg	52
2 Internationale Ordnungsvorstellungen und Aktivitäten europäischer Gewerkschaften 1919–1933	56
2.1 Die Neugründung des IGB in Amsterdam	56
2.2 Exkurs: Die christlichen Gewerkschaften als Akteure internationaler Politik und der IBCG	58
2.3 Die Vorstellungen des IGB über eine internationale Friedensordnung: Der Völkerbund	62
2.4 Die Vorstellungen des IGB über eine internationale Sozialordnung: Die Internationale Arbeitsorganisation	67
2.5 Der IGB als Garant des Friedens zwischen den Völkern?	71

3	Und Europa? Die Beteiligung gewerkschaftlicher Akteure am Europadiskurs und die „Europapolitik“ der Gewerkschaften vor 1933	75
3.1	Die Anfänge der europäischen Bewegung und die Europadiskussion in den 1920er Jahren	76
3.2	Gewerkschaftliche Beiträge zur Europadebatte der Zwischenkriegszeit	82
3.3	Europa sozial gestalten	84
3.4	Gewerkschaftliche Europapolitik in der Praxis: Die Reparationsfrage, europäische Verständigungspolitik und der Geist von Locarno	86
3.5	Die Grenzen des europapolitischen Engagements	88
4	Der Europadiskurs im Exil und im Widerstand gegen Nationalsozialismus und Faschismus	91
5	Zwischenresümee	98
II	DIE GEWERKSCHAFTEN UND EUROPA NACH 1945: EUROPAPOLITISCHE LEITBILDER - EUROPAPOLITISCHE ERFAHRUNGEN	
1	Voraussetzungen: Die Gewerkschaftslandschaft im (späteren) „Europa der Sechs“	103
1.1	Der organisatorische Neuaufbau der Gewerkschaften in den späteren Gründungsstaaten der Europäischen Gemeinschaften	105
1.2	Die gewerkschaftlichen Spitzenfunktionäre – personelle und programmatische Kontinuitäten	120
2	Erneute gewerkschaftliche Europabekenntnisse in der unmittelbaren Nachkriegszeit	131
2.1	Westdeutschland	132
2.2	Frankreich	133
2.3	Italien	139
2.4	FGBT, NVV und CGT-L: Die freien Gewerkschaften, die Benelux-Gemeinschaft und die europäische Einigung	141
2.5	Die christliche Gewerkschaftsbewegung und die Europa-Idee	144

3 Gewerkschaftsvertreter in der Europabewegung: Über den Haager Kongress bis zum „Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa“ Jean Monnets	147
3.1 Die „Union europäischer Föderalisten“	148
3.2 Nouvelles Equipes Internationales und der „Mouvement des Travailleurs Chrétiens d'Europe“	150
3.3 Die sozialistische Europabewegung	151
3.4 Gewerkschaftliche Repräsentanten auf dem Haager Europa-Kongress: Ein Europa für und durch die Arbeiter?	154
3.5 Der weitere Weg der Europabewegung und die Gewerkschaften	159
3.6 Jean Monnets „Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa“ und die Gewerkschaftsbewegung	162
4 Europäische Gewerkschaftspolitik in der Praxis und der Beginn organisierter zwischengewerkschaftlicher Kooperation auf europäischer Ebene nach 1945: Marshall-Plan, Ruhrstatut und die „Intersyndicale de la Ruhr“	165
4.1 Die Anfänge internationaler zwischengewerkschaftlicher Zusammenarbeit auf europäischer Ebene im „Gewerkschaftlichen Beratungsausschusses für den europäischen Hilfsplan“	165
4.2 Das Ruhrstatut und die „Intersyndicale de la Ruhr“	170
5 Gewerkschaften und Schuman-Plan	178
6 Die Gewerkschaften und die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl: Erfahrungen, gemeinschaftsbezogene Interessenpolitik und politische Leitvorstellungen	186
6.1 Institutionelle und organisatorische Rahmenbedingungen gewerkschaftlicher Interessenpolitik im Montaneuropa der Sechs: Die Hohe Behörde	187
6.2 Die Gemeinsame Versammlung und der Beratende Ausschuss	188
6.3 Die organisatorische Antwort der Gewerkschaften auf die Montanunion: der „21er-Ausschuss“ und die „Fédération des Syndicats Chrétiens dans la CECA“	189

6.4 Die sozialpolitische Ausgestaltung der EGKS als gewerkschaftliche Schlüsselforderung	193
7 Von der Konferenz von Messina zu den Römischen Verträgen: Die Rolle der nichtkommunistischen Gewerkschaften auf dem Weg zum „EWG-Europa“ (1958–1973)	198
8 Die Gewerkschaften und „EWG-Europa“ (1958–1973): Die Erfahrungen mit den Institutionen, gemein- schaftsbezogene Interessenpolitik und politische Leit- vorstellungen	204
8.1 Die Kommission	204
8.2 Parlament, WSA und Gewerkschaften	210
8.3 Die Gründung des Europäischen Gewerkschafts- sekretariats (EGS) und der Europäischen Regional- organisation des IBCG	214
8.4 Integrierte Gewerkschaftsstrukturen: Die Gründung des EBFGE und der Europäischen Organisation des Weltverbands der Arbeit	217
8.5 Ideologisch zersplittert? Die christlichen und freien Gewerkschaften auf der europäischen Ebene bis zur Gründung des Europäischen Gewerkschaftsbundes	219
8.6 Exkurs: Sektorale Gewerkschaftspolitik innerhalb der EWG: Die europäischen Gewerkschaften und die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)	222
8.7 Gewerkschaftliche Wirtschafts- und Sozialpolitik innerhalb der EWG/EG und die Grenzen gewerk- schaftlicher Europapolitik im Europa der Sechs	229
8.8 Zersplittert vereint: Der Europäischen Gewerkschafts- bund und das Ende des europapolitischen Konsens innerhalb der Gewerkschaftsbewegung	237
9 Abschließende Betrachtung und Fazit	240
Abkürzungsverzeichnis	247
Literatur	250

EINLEITUNG: CHARAKTER DER DARSTELLUNG - FORSCHUNGSSTAND - FRAGESTELLUNG

Der europäische Einigungsprozess gilt vielen bis heute als ein von zivilgesellschaftlichen Akteuren weitgehend abgekoppeltes Projekt politischer Eliten. Auch in der wissenschaftlichen Literatur dominiert das Narrativ, dieser sei im Wesentlichen durch nationale Regierungen und eine Handvoll weitblickender Staatsmänner oder allenfalls durch gewisse Netzwerke genuin parteipolitischer Akteure geprägt und vorangetrieben worden. Tatsächlich aber haben die (nichtkommunistischen) Gewerkschaften in den hier zur Debatte stehenden sechs ursprünglichen Staaten der Europäischen Gemeinschaften den europäischen Einigungsprozess von Beginn an intensiv begleitet und gefördert und so nicht zuletzt die für die europäische Integration auf Dauer unverzichtbare gesellschaftliche Akzeptanz über weite Strecken mit gewährleistet.

Die vorliegende Darstellung versucht die grundsätzlichen politischen Leitvorstellungen der (nichtkommunistischen) Gewerkschaftsbewegung der sechs Staaten, die 1952 zunächst die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) auf den Weg brachten, über die „richtige“ Ordnung des alten Kontinents in ihren wesentlichen Ausprägungen und Modifikationen bis zum Ende der ersten europäischen Integrationsphase in den frühen 1970er Jahren nachzuzeichnen und in den Kontext der europäischen Einigungsgeschichte einzubinden.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass internationale Probleme in der (sozialistischen) Arbeiterbewegung seit ihres Bestehens intensiv verhandelt worden waren und – ausgelöst durch die niederschmetternden Erfahrungen des Ersten Weltkriegs – namentlich die internationale Gewerkschaftsbewegung bereits in der Zwischenkriegszeit ein ganzes Bündel teils erstaunlich spezifischer Vorstellungen über die künftige Ausgestaltung der internationalen Ordnung entwickelt hatte. Das so über Jahrzehnte angesammelte Traditionsreservoir bildete, modifiziert durch die Erfahrungen der Okkupation weiterer Teile Europas durch die nationalsozialistische und faschistische Diktatur, gewissermaßen den Sockel für die europabezogenen Vorstellungen der nichtkommunistischen Gewerkschaften nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

Die Darstellung bezieht sich dabei auf das weiter unten ausführlicher umrissene, vornehmlich von Heinrich Schneider geprägte Konzept politischer Leitbilder, die die programmatische wie auch tagespolitische Agenda politischer Akteure innerhalb der europäischen politischen Institutionen als hand-

lungsleitende Grundvorstellungen (bis zu einem empirisch zu ermittelnden Grad) prägten. In Form einer synthetisierenden Überblicksdarstellung aus einem breiten Konvolut oft zeitgenössischer Analysen und neuerer Forschungsbefunde sollen die gewerkschaftlichen Kernvorstellungen der anzustrebenden institutionellen Konstruktion Europas, der in ihrem Rahmen zu verhandelnden politischen Inhalte und der hierbei zu beachtenden gewerkschaftlichen Beteiligungsrechte rekonstruiert werden. Die herangezogene Literaturgrundlage und der Forschungsstand werden im folgenden Abschnitt ausführlich erläutert – eiligere Leser mögen diesen Abschnitt guten Gewissens überspringen.

Grundzüge der Gewerkschaftsgeschichtsschreibung

Die Geschichtsschreibung über die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterbewegung in den verschiedenen Ländern Europas hat sich bis in die Gegenwart hinein ganz überwiegend auf ihre Entfaltung und Entwicklung innerhalb der jeweiligen nationalstaatlichen Koordinatensysteme konzentriert. Die Chronisten der Gewerkschaftsbewegung (und ihre nicht allzu zahlreichen Chronistinnen) beschäftigten sich intensiv mit organisationssoziologischen Fragestellungen der Gewerkschaftsgeschichte. Zugleich loteten sie die materiellen und ideellen Voraussetzungen für die Gründung gewerkschaftlicher Organisationen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und die politischen Handlungsspielräume gewerkschaftlicher (Gegen-)Macht in den verschiedenen Phasen des unruhigen 20. Jahrhunderts aus, sie untersuchten die programmatische Entwicklung der Einzelgewerkschaften und ihrer Dachverbände sowie die gewerkschaftlichen Impulse zum Aufbau einer modernen Sozialgesetzgebung und sie erkundeten den Einfluss der Arbeitnehmerorganisationen auf die industriellen Beziehungen in ihren jeweiligen Ländern und nicht zuletzt die Erfolge und Misserfolge des „Brot- und Buttergeschäfts“ der Gewerkschaften – der Tarifpolitik.

Insgesamt fragte die Gewerkschaftshistoriografie in erster Linie nach dem Beitrag der Gewerkschaften zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der von ihnen vertretenen Lohnabhängigen im Rahmen der Nationalstaaten. Ausgeleuchtet wurde so der Weg der Gewerkschaftsbewegung, die sich zunächst als Schutzmacht der sozial und politisch unterprivilegierten Arbeiterschaft etablierte, die Stellung der Arbeiter innerhalb der industriellen Beziehungen ihrer jeweiligen Länder zu verbessern trachtete und die – nach ihrer schrittweisen Anerkennung durch den Staat und die Arbeitgeber als legitime

Interessenvertreter der arbeitenden Menschen – ihre Interessensphäre nach und nach auf fast alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ausbaute. Zur Debatte stand dabei fast immer auch die Frage nach der je nach Zeitraum und Gewerkschaftsrichtung variierenden und national unterschiedlich ausgeprägten Rolle der Gewerkschaften als Ordnungs- oder Gegenmacht innerhalb ihrer jeweiligen nationalen Umgebungen.

Die „Außenpolitik“ der Gewerkschaften, ihre internationalen oder gar ihre speziell auf Europa bezogenen Ordnungsvorstellungen und Aktivitäten, rückten daneben, wenn überhaupt, nur in geringem Maße in den Fokus des Interesses.

Die nach wie vor durch eine Reihe von Leerstellen und vor allem auch durch einen Mangel an geschichtswissenschaftlichen Überblicksdarstellungen geprägte Forschungslandschaft mag insofern überraschen, als sich der wichtigste Teil der Arbeiterbewegung – der einerseits von den sozialistisch/sozialdemokratisch orientierten Parteien und andererseits von den sozialreformerisch bis sozialistisch geprägten Gewerkschaften (und drittens auch von der Genossenschaftsbewegung) getragen wurde – als integraler Bestandteil einer überstaatlich ausgerichteten Emanzipationsbewegung verstanden hatte, in deren ideologisch-programmatischen Code die Vorstellung einer übernationalen Interessenidentität der Arbeiterklasse – und damit verbunden der Anspruch auf internationale Solidarität der „Proletarier aller Länder“ – von Beginn an eingeschrieben war.

Gemäß diesem Anspruch hatten sich die sozialistischen Parteien, aber auch die ihnen zwar nahe stehenden, doch mehr oder minder unabhängig von ihnen operierenden Gewerkschaften mit der (ersten und zweiten) Sozialistischen Internationale auf internationaler Ebene früh einen organisatorischen Rahmen gegeben, der für die sozialistischen Bewegungen der verschiedenen europäischen Nationalstaaten über Jahrzehnte hinweg einen überaus wichtigen ideologischen Bezugspunkt darstellte.

Die Gewerkschaften als transnationale Akteure und die gewerkschaftliche Europapolitik vor und nach 1945: Literatur, Forschungsstand, offene Fragen

Wie randständig die außenpolitischen, gar europapolitischen Zielvorstellungen und Aktionen der Gewerkschaftsbewegung im Allgemeinen behandelt wurden, zeigt sich besonders deutlich in den einschlägigen Standarddarstellungen zur Geschichte der nationalen Gewerkschaften, in denen der gewerk-

schaftlichen Außenpolitik fast überall ein allenfalls bescheidener Raum eingeräumt wird.¹

Dies gilt für die historischen Darstellungen der deutschen Gewerkschaftsbewegung² ebenso wie für diejenigen der französischen Gewerkschaften³. Nicht wesentlich anders ist der Befund, wenigstens der Tendenz nach, hinsichtlich der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in den Benelux-Staaten.⁴

Etwas anders sieht es im Fall Italiens aus: Hier schlug sich der hohe Stellenwert, den die europäische Zusammenarbeit und der europäische Einigungsprozess für die beiden nichtkommunistischen Richtungen der italienischen Gewerkschaftsbewegung einnahm, in der sie betreffenden Geschichtsschreibung in relativ breitem Maße nieder.⁵

1 Den wohl besten handbuchartigen organisationshistorischen Gesamtüberblick über die Gewerkschaftsbewegungen in Europa – unter Einschluss der internationalen Organisationen – mit zahlreichen facts & figures – bietet Louis Botella, *Les Syndicalismes en Europe*, Paris 1999.

2 Zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung vgl. auf die im Literaturverzeichnis angeführten einschlägigen Standarddarstellungen insbesondere von Michael Schneider, Klaus Schönhoven und Heinrich-August Winkler.

3 In Frankreich wurde die Geschichte der nationalen Gewerkschaften generell häufig aus der Perspektive der bis heute ideologisch scharf voneinander abgegrenzten Arbeitnehmerorganisationen geschrieben und weist so zuweilen einen unverhohlenen parteiischen Charakter auf. Zur Frühgeschichte vgl. insbes. die Arbeiten von Jacques Julliard, Georges Lefranc sowie von Antoine Prost und die ältere Darstellung von Val. R. Lorwin. Diese wie die wichtigsten Gesamtdarstellungen zu den verschiedenen Zweigen der französischen Gewerkschaftsbewegung sind im Literaturverzeichnis angeführt; zum „Internationalismus“ und der „Außenpolitik“ der CGT besonders nützlich ist nach wie vor: Bernard Georges/Denise Tintant, *Léon Jouhaux. Bd. 1, Des origines à 1921*, Paris 1962; dies., Bd. 2, *Léon Jouhaux dans le Mouvement syndical Français*, Paris 1979.

4 Zur Geschichte der niederländischen Gewerkschaften vgl. exemplarisch die auf deutsch am leichtesten zugängliche und mit weiteren Verweisen zur niederländischen Literatur versehene Darstellung von Peter van Dam, *Religion und Zivilgesellschaft. Christliche Traditionen in der niederländischen und deutschen Arbeiterbewegung (1945–1980)*, Münster 2010.

Zur Geschichte der christlichen belgischen Gewerkschaften vgl. insbesondere Emmanuel Gerard (Hg.), *Histoire du mouvement ouvrier chrétien en Belgique*, Leuven 1994; einen komprimierten Abriss für die Nachkriegszeit bietet Patrick Pasture, *Belgian Trade Unions*, in: Craig Phelan (Hg.), *Trade Unionism since 1945*, Bern 2009, S. 3–36.

Zur Arbeiterbewegung in Luxemburg insgesamt vgl. die materialreiche (aber leider auch sehr unstrukturierte) Darstellung von Ben Fayot, *Sozialismus in Luxemburg*, 2. Bde., Luxemburg 1979 und 1989; zur christlichen Gewerkschaftsbewegung des Landes (unter Mitherrückichtigung der freigewerkschaftlichen Konkurrenz): Jean-Marie Majerus, *Die Partei der christlichen Gewerkschaften*, in: Gilbert Trausch (Hg.), *CSV: Spiegelbild eines Landes und seiner Politik*, Luxemburg 2008, S. 675–714.

5 Leicht zugänglich und mit zahlreichen Verweisen auf die Rolle der italienischen Arbeiterbewegung versehen sind die Standarddarstellungen von Hans Woller und Christian Jansen. Zur Geschichte der italienischen Gewerkschaftsrichtungen nach 1945 vgl. die Untersuchungen und Sammelbände insbesondere von Guido Baglioni, Adolfo Pepe sowie von Sergio Turone. Einen Überblick bietet Valeria Pulignano, *An*

Der Frage nach den transnationalen Aktivitäten und Zielvorstellungen der gewerkschaftlichen Säule der Arbeiterbewegung vor wie nach 1945 wurde bisher nur von einigen wenigen Spezialisten Beachtung geschenkt. Für den Zeitabschnitt vor 1945 konzentrieren sich die vorhandenen Darstellungen dabei nur mittelbar auf die „Außenpolitik“ der verschiedenen nationalen Gewerkschaftsorganisationen, sondern rücken die internationalen Zusammenschlüsse der Gewerkschaften auf Berufs-, Branchen und Dachverbandsebene in das Zentrum der Betrachtung. Doch obwohl sich die sozialistisch/sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung in Form des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) schon rasch nach dem Ende der militärischen Auseinandersetzungen des Ersten Weltkriegs neuerlich einen gegenüber der Vorkriegszeit nunmehr verfestigten organisatorischen Rahmen gegeben hatte, wurde auch diese Form des organisierten gewerkschaftlichen Internationalismus zumindest hinsichtlich der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen erst in der jüngeren Vergangenheit in der historischen Forschung stärker berücksichtigt.

Zu nennen ist in dieser Hinsicht besonders Geert van Goethems detaillierte Darstellung der nach ihrem Gründungskongress benannten „Amsterdamer Internationale“,⁶ deren Fokus vornehmlich auf der institutionellen Geschichte des IGB und auf dem Mit- und Gegeneinander der Führungspersonlichkeiten der nationalen Gewerkschaftsorganisationen, sowohl untereinander als auch mit der schmalen Gruppe internationaler IGB-Funktionäre, liegt.⁷

Zur ebenfalls bis in die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zurückreichenden Geschichte des Internationalen Bundes Christlicher Gewerkschaften (IBCG) ist besonders die über eine reine Organisationsgeschichte weit hinaus gehende Schlüsseluntersuchung Patrick Pastures zu beachten, die auch die Zeit vor

Historical Analyses of Trade Unionism in Italy: Between Pluralism of Ideas and Unity of Action, in: Phelan, Trade Unionism since 1945, S. 121–134.

6 Geert van Goethem: The Amsterdam International. The World of the International Federation of Trade Unions (IFTU) 1913–1945, Aldershot u. a. 2006.

7 Vgl. ebd., S. 3; einen Gesamtüberblick über die Geschichte der internationalen Gewerkschaftsbewegung geben zudem Anthony Carew u. a. (Hg.), The International Confederation of Free Trade Unions, Bern u. a. 2000; einen kurzen Abriss der Entwicklung der „Amsterdamer Internationale“ schrieb zudem Reiner Tossdorf, Kurze Geschichte des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Hamburg 2005; zum gewerkschaftlichen Internationalismus in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts vgl. auch die detaillierte Biographie Edo Fimmens, des langjährigen Generalsekretärs der Internationalen Transportarbeiter Föderation (ITF), aus der Feder von Willy Buschak, Edo Fimmen, Der schöne Traum von Europa und die Globalisierung, Essen 2002.

dem Ende des Zweiten Weltkriegs ausführlich in den Blick nimmt.⁸ Daneben existieren eine kleinere Anzahl neuerer Untersuchungen und Darstellungen, die sich mit der Geschichte der Internationalen Berufssekretariate (IBS) beschäftigen, in denen sich die nationalen Berufs- und Branchengewerkschaften zusammen geschlossen hatten und die sich ebenfalls bis in die letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts zurückverfolgen lässt.⁹

Die im engeren Sinne europapolitischen Ordnungsvorstellungen gewerkschaftlicher Akteure in Deutschland und den übrigen Ländern des Kontinents sind bisher nur wenig ausgelotet oder gar zu der seit den frühen 1920er Jahren schnell an Fahrt gewinnenden Europadiskussion in Bezug gesetzt worden. Bis zum Beginn dieses Jahrzehnts konnte allein auf einen 2009 von Willy Buschak vorgelegten Aufsatz zurückgegriffen werden, der erstmals das weitere Forschungsfeld absteckte.¹⁰ Eine umfangreiche Untersuchung dieses Autors über die Arbeiterbewegung und die europäische Einigung erschien dann im Jahr 2014 und unterstrich noch einmal die wichtige Rolle der Gewerkschaftsbewegung als europapolitischer Akteur und Ideenspender schon in der Zwischenkriegszeit.¹¹

Auch die Frage nach möglichen Rückwirkungen internationalen gewerkschaftlichen Engagements auf die nationalen Gewerkschaftspolitiken und damit auf mögliche, von der internationalen Ebene ausgehenden Lern- und Anpassungsprozesse, wurde in der Geschichtsschreibung bis heute so gut wie gar nicht untersucht und ist bis auf Weiteres als wichtiges Desiderat gewerkschaftsbezogener Geschichtsschreibung zu betrachten.¹²

8 Patrick Pasture: *Histoire du Syndicalisme Chrétien International*, Paris 1999.

9 Zu den IBS generell vgl. den Überblick von Peter Rütters, *Internationale Berufssekretariate. Entstehung – Entwicklung – Aktivitäten*, in: *Internationale Gewerkschaftsorganisationen. Bestände im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung*, 3. erw. Aufl., Bonn 2005, S. 9–29. Den wirksamsten und für die übrigen IBS vorbildlichen Zusammenschluss nationaler Organisationen bildete dabei zweifellos die Internationale Transportarbeiter-Föderation. Zur Frühgeschichte der ITF vgl. Hartmut Simon, *Die Internationale Transportarbeiter-Föderation. Möglichkeiten und Grenzen internationaler Gewerkschaftsarbeit vor dem Ersten Weltkrieg*, Essen 1994. Daneben existieren eine Reihe weitere Arbeiten zu verschiedenen IBS.

10 Vgl. Willy Buschak: *Der große Umbau der europäischen Wirtschaft. Die Arbeiterbewegung der Zwischenkriegszeit und die europäische Einigung*, in: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen*, 42/2009, S. 25–42.

11 Ders.: *Die Vereinigten Staaten von Europa sind unser Ziel. Arbeiterbewegung und europäische Einigung im frühen 20. Jahrhundert*, Essen 2014.

12 Eine Ausnahme bildet Dissertation Jean-Marie Pernots, die sich mit den Rückwirkungen des internationalen Engagements der zentralen französischen Gewerkschaften auf ihre jeweilige Politik beschäftigt, vgl. Jean-Marie Pernot, *Dedans, dehors, la dimension internationale dans le syndicalisme français*, 2 Bde.,

Nichtsdestotrotz finden sich in der vorhandenen Literatur zahlreiche Hinweise zur hier verhandelten Thematik, wenn auch an zahlreichen verstreuten Orten. Erhellende Schlaglichter auf die europapolitischen Vorstellungen auch der Gewerkschaften in der Vorkriegszeit bieten nicht zuletzt einige der recht zahlreichen Untersuchungen, die sich mit der historischen Genese der Europaidee und der Aktionsgeschichte der Europabewegung in der Zwischenkriegszeit befassen¹³, während andere den gewerkschaftlichen Beitrag an der Europadiskussion der Zwischenkriegszeit weitgehend ausblenden.¹⁴ Europabezogene Konzepte und Aktivitäten der Gewerkschaften schimmern ebenfalls in jenen Publikationen durch, die die Außenpolitik der europäischen Nationalstaaten in der Zwischenkriegszeit zum Gegenstand haben. Besonders die unterstützende Rolle der Gewerkschaftsbewegung für die in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre in Szene gesetzte deutsch-französische Entspannungspolitik wurde dabei betont.¹⁵

Über die europapolitischen Konzepte der Gewerkschaften wird – zumindest implizit – schließlich auch in den allerdings an einer Hand abzuzählenden Darstellungen der Geschichte der nach dem Ersten Weltkrieg errichteten internationalen Organisationen berichtet: Dem Völkerbund und der Internationalen Arbeitsorganisation bzw. dem Internationalen Arbeitsamt. Gewerk-

Diss., Paris 2001. Eine Auseinandersetzung mit den Rückwirkungen der in der Résistance im Lager der französischen Sozialisten entwickelten europapolitischen Vorstellungen auf die Politik der nichtkommunistischen französischen Linken in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg verfasste zudem Wilfried Loth, Sozialismus und Internationalismus. Die französischen Sozialisten und die Nachkriegsordnung Europas 1940–1950, Stuttgart 1977; er konzentriert sich dabei allerdings weitgehend auf die nichtkommunistischen Linksparteien und behandelt die Gewerkschaften kaum.

13 Hervorzuheben ist an erster Stelle: Carl H. Pegg: *Evolution of the European Idea, 1914–1932*, Chapel Hill/London 1983; aufschlussreich ist ebenfalls die Untersuchung von Undine Ruge, *Die Erfindung des „Europa der Regionen“*, Frankfurt am Main 2003; ferner sind u. a. zu nennen: Jean-Luc Chabot, *Aux origines intellectuelles de l'Union européenne: L'idée d'Europe unie de 1919 à 1939*, Grenoble 2005; Vanessa Conze, *Das Europa der Deutschen. Ideen von Europa in Deutschland zwischen Reichstradition und Westorientierung (1920–1970)*, München 2005; dies., Richard Coudenhove-Kalergi. Umstrittener Visionär Europas, Zürich 2004; Geneviève Duchenne, *Esquisses d'une Europe nouvelle: l'eupéisme dans la Belgique de l'entre-deux-guerres (1919–1939)*, Brüssel u. a. 2008; Peter Krüger, *Europabewußtsein in Deutschland in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*, in: Rainer Hudemann/Hartmut Kaelble/Klaus Schwabe (Hg.), *Europa im Blick der Historiker*, München 1995, S. 31–54.

14 Zuletzt etwa Christian Henrich-Franke (Hg.): *Die „Schaffung“ Europas in der Zwischenkriegszeit. Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Konstruktionen eines vereinten Europas*, Münster 2014.

15 Vgl. exemplarisch die Schlüsseluntersuchung von Peter Krüger: *Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985*; zur französischen Außenpolitik vgl. bspw. ders., Briand und Stresemann: mehr als nur ein Mythos?, in: Heinz Duchhardt (Hg.), *Europäer des 20. Jahrhunderts: Wegbereiter und Gründer des „modernen“ Europa*, Mainz 2002, S. 39–68.

schaftsvertreter treten hier als Teil eines internationalen Milieus in Erscheinung, von dem bereits in der Zwischenkriegszeit zahlreiche konstruktive Impulse für eine politische, ökonomische und selbst soziale Neuordnung Europas ausgingen.¹⁶

Dass die Europa-Idee im Widerstand gegen den Nationalsozialismus und im Exil einen wahren Boom erlebte, kann seit langer Zeit als gesichertes historisches Wissen angesehen werden, das von Autoren wie dem angesehenen Publizisten Ernst Friedländer schon in der Mitte der 1960er Jahre markant herausgearbeitet¹⁷ und dann von Walter Lipgens 1968 erstmals mit einer Fülle von Dokumenten belegt wurde.¹⁸ Lipgens Dokumentensammlungen, später meist gemeinsam mit Wilfried Loth herausgegeben, ermöglichen bis zu einem gewissen Grade auch die Rekonstruktion der Europakonzepte und Ideen gewerkschaftlicher Repräsentanten im Widerstand und im Exil.¹⁹ Das Gleiche gilt für die wenig bekannte Arbeit Frédéric Stephans über die Europavorstellungen im deutschen und im französischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus²⁰ sowie für die Untersuchung Boris Schilmars über die vielschichtigen „Europadiskurse“ deutscher Exilanten.²¹

In den nicht allzu zahlreich vorliegenden Versuchen einer geschichtswissenschaftlichen Darstellung gewerkschaftlicher Europapolitik nach 1945 wurden dann sowohl der Beitrag der Arbeitnehmerorganisationen zum Aufbau der Europäischen Gemeinschaften wie auch die Wirksamkeit ihrer Politik in den neuen Institutionen als vernachlässigenswert beschrieben. Die vorliegenden Analysen, die sich insbesondere auf die Gründungsgeschichte des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) konzentrieren, kamen lange Zeit nahezu unisono zu einer weitgehend negativen Einschätzung des Einflusses

16 Vgl. Bruno Cabanes: *The Great War and the Origins of Humanitarianism 1918–1924*, Cambridge 2014, S. 76–132; Jasmien van Daele, *Engineering Social Peace: Networks, Ideas, And the Founding of the International Labour Organization*, in: *International Review of Social History*, Bd. 50, 3/2005, S. 435–466; Matthias Schulz, *Deutschland, der Völkerbund und die Frage der europäischen Wirtschaftsordnung 1925–1933*, Hamburg 1997; zur Rolle der internationalen Organisationen vgl. auch Werner Bührer, *Die Internationale Handelskammer, ihre Deutsche Gruppe, und die europäische Zusammenarbeit in der Zwischenkriegszeit*, in: Sylvain Schirmann (Hg.), *Organisations internationales et architectures européennes 1929–1939*, S. 325–342.

17 Vgl. Ernst Friedländer: *Wie Europa begann*, Köln 1965.

18 Walter Lipgens, (Hg.): *Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen. Eine Dokumentation*, München 1968.

19 Vgl. Literaturverzeichnis.

20 Frédéric Stephan: *Die Europavorstellungen im deutschen und im französischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus 1933/40–1945*, Diss., Stuttgart 2002.

21 Vgl. Boris Schilmar: *Der Europadiskurs im deutschen Exil*, München 2004.

gewerkschaftlicher Politik auf europäischer Ebene und konstatierten für die ersten Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ein nur geringes Interesse der Gewerkschaften am Thema Europa.

Als maßgeblich für diese verfestigte Interpretation ist vor allem die von Lutz Niethammer in den späten 1970er Jahren vorgebrachte und dann immer wieder übernommene These einer allein „defensiven“ gewerkschaftlichen Reaktion auf den europäischen Integrationsprozess der 1960er und 1970er Jahre anzusehen. Er griff dabei nicht zuletzt die Lesart einer aus neo-marxistischer Perspektive verfassten, von einem dezidiert europaskeptischen Grundton geprägten und die gewerkschaftlichen Handlungschancen auf europäischer Ebene per se gering verortende Arbeit von Wolfram Elsner auf.²²

Niethammers Sichtweise – die wohl auch als eine Art rückblickende Übertragung der innerorganisatorischen Probleme und der schwachen politischen Performance des EGB in den ersten Jahren nach seiner Gründung im Jahr 1973 auf seine organisatorischen Vorläufer zu erklären ist – prägte in den folgenden Jahrzehnten, jedenfalls in Deutschland, das Bild gewerkschaftlicher Europapolitik in der Nachkriegszeit.²³ Dies umso mehr, als Niethammer als innovativer Pionier der „Oral History“ in der Folgezeit zu einer prominenten Autorität in der akademischen Geschichtsschreibung avancierte. Auch der Veröffentlichungsort seines Aufsatzes in der Festschrift zum 60. Geburtstag des damaligen DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter mag dazu beigetragen haben, seine Interpretation in der Folgezeit gewissermaßen in den Rang einer halboffiziellen Sichtweise der Gewerkschaften selbst zu erheben, die ein um andere Mal rekapituliert wurde.

22 Nach Elsner waren die „Europäischen Gemeinschaften in ihrer Entstehung und konkreten Ausgestaltung immer getragen von grossen Teilen der westeuropäischen und auch US-amerikanischen Industrie und wurden von den Regierungen eigentlich unter ständiger Ausschaltung der Arbeiterorganisationen statt unter ihrer aktiven Hinzuziehung in Gang gesetzt.“ Vgl. Wolfram Elsner: Die EWG, Herausforderung und Antwort der Gewerkschaften, Köln 1974 (hier: S. 176); etwas differenzierter, aber ähnlich im Tenor argumentierte fast zeitgleich Klaus Ruhwedel, Der Europäische Gewerkschaftsbund und die westeuropäische Integration, in: Frank Deppe (Hg.), Arbeiterbewegung und westeuropäische Integration, Köln 1976, S. 228–275.

23 Vgl. Lutz Niethammer: Defensive Integration – Der Weg zum EGB und die Perspektive einer westeuropäischen Einheitsgewerkschaft, in: Ulrich Borsdorf u. a. (Hg.), Gewerkschaftliche Politik. Reform aus Solidarität. Zum 60. Geburtstag von Heinz O. Vetter, Köln 1977, S. 567–596 und ders., Probleme der Gewerkschaften im Prozess der Integration Westeuropas, in: GMH 5/1976, S. 279–287. Bedauerlicherweise hat sich auch der Autor dieser Darstellung der Niethammer'schen Lesart in einer unter großem Zeitdruck verfassten Broschüre zum 50. Bestehen des europäischen Verbandes noch angeschlossen: vgl. Rainer Fattmann, Gewerkschaften ohne Grenzen – Für ein soziales Europa. 50 Jahre europäische Gewerkschaftspolitik im Agrar-, Lebensmittel und Tourismusbereich 1958–2008, Bonn 2008.

Während Niethammer allerdings noch konzidierte, dass „die Gewerkschaften des IBFG in der Phase des Marshall-Plans und der Montanunion wesentliche Träger des europäischen Integrationsprozesses waren und teilweise aus dieser Funktion sozialpolitische Fortschritte herleiten konnten“ und dass sie erst in der Folgezeit „im Machtsystem der EWG und EG kein gewichtiger Faktor geworden [seien]“²⁴, wurde die These eines nur schwach ausgeprägten gewerkschaftlichen Engagements auf den und in dem Prozess der europäischen Vereinigung in der Folgezeit von der kleinen Sparte der Geschichtsschreibung, die sich mit dieser Thematik befasste, nahezu pauschal auf dessen gesamte Frühphase in den 50er und 60er Jahren übertragen.²⁵

In der Bestandsaufnahme zur 25-jährigen Geschichte des EGB hieß es daher im Jahre 1998 apodiktisch und vielleicht auch in dem unbewussten Bestreben, die Rolle des EGB vor dem Hintergrund der vermeintlich düsteren Anfangsphase gewerkschaftlicher Europapolitik in einem um so helleren Licht erstrahlen zu lassen:

„Historischer Ausgangspunkt und durchgängiges Charakteristikum dieser Phase [der Anfangsphase der europäischen Integration, RF] einer gewerkschaftlichen Internationalisierung in Westeuropa war die Tatsache, dass die Gewerkschaften nur defensiv auf den Prozess der ökonomischen und politischen Integration in Westeuropa reagierten.“²⁶

Untermauert wurde die „Defensiv-These“ dabei zum einen stets mit der vermeintlichen organisatorischen und ideologischen „Zersplittertheit“, so die häufig wiederkehrende Beschreibung, der gewerkschaftlichen Organisationen auf europäischer Ebene. Zum anderen wurde auf ihre in der Tat lange Zeit nur schwach ausgeprägten und wenig formalisierten organisatorischen Strukturen und finanziellen Ressourcen sowie auf das insbesondere im Jahr

24 Niethammer: Probleme der Gewerkschaften, S. 281; IBFG: Internationaler Bund Freier Gewerkschaften.

25 Vgl. hierzu besonders die kursorische Darstellung gewerkschaftlicher Europapolitik in der Darstellung von Sabine Hanna Leich und Wolfgang Kruse: Internationalismus und nationale Interessenvertretung. Zur Geschichte der internationalen Gewerkschaftsbewegung, Köln 1991, S. 129 ff. Schon der Erscheinungsort im gewerkschaftseigenen Bund-Verlag gab der zudem mit einem Vorwort des damaligen DGB-Vorsitzenden Heinz-Werner Meyer und dem Vorsitzenden des DGB-Bildungswerks versehenen Überblicksdarstellung einen offiziellen Charakter.

26 So Oosterheld und Olle mit Bezug auf Niethammer im Jubiläumsband zum 25. Gründungsjubiläum des EGB. Werner Oosterheld/Werner Olle: Gewerkschaftliche Internationalisierung in Westeuropa – Zur Entwicklung des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), in: Reiner Hoffmann/Emilio Gabaglio (Hg.), Ein offener Prozess: Elf Versuche über den Europäischen Gewerkschaftsbund, Münster 1998, S. 9–27, Zitat: S. 11.

1958 aus der Taufe gehobenen Europäischen Gewerkschaftssekretariat praktizierte Prinzip der Einstimmigkeit verwiesen, die eine effektive europabezogene Gewerkschaftsarbeit untergraben hätten. Zugleich habe im Lager der Gewerkschaften ein tragfähiger Grundkonsens über das Ob und Wie der weiteren Integration gefehlt. Die Geschichte der gewerkschaftlichen Europapolitik lässt sich in der aus dem Jahr 2007 stammenden Übersicht über die im Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) in der Friedrich-Ebert-Stiftung verwahrten Bestände der Europäischen Gewerkschaftsorganisationen nach wie vor wie eine Aneinanderreihung verpasster Gelegenheiten:

„Als die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 1958 gegründet wurde, blieb sie ohne gewerkschaftliche Antwort, die erfolgte erst 15 Jahre später mit der Gründung des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB). Es gab nicht einmal eine einheitliche Haltung zur EWG selbst. Befürworter und Gegner der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft lagen sich noch lange nach deren Gründung in den Haaren. Der einfache und so zwingende Schritt, die Gründung einer supranationalen Einrichtung wie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mit der Gründung einer ebenso supranationalen gewerkschaftlichen Struktur zu begegnen, wurde nicht getan, weder bei den überwiegend sozialistischen Gewerkschaften des IBFG, noch den christlichen Gewerkschaften des IBCG. Statt dessen existierten zeitweise bis zu fünf verschiedene Organisationen nebeneinander, die alle versuchten, europapolitisch tätig zu werden.“²⁷

Derartige Urteile über das vermeintlich nur reaktive gewerkschaftliche Engagement in der Frühphase der europäischen Integration prägen bis heute das historische Bild über das Verhältnis der Arbeitnehmerorganisationen zum europäischen Einigungsprozess in Deutschland.²⁸ Erst in allerjüngster Zeit scheint sich hier etwas zu ändern, nachdem Autoren wie Patrick Pasture und Corinne Gobin außerhalb des deutschen Wissenschaftsraums die antreibende und aktive Rolle („Motoren“) der (nichtkommunistischen) europäischen Gewerkschaften am Beginn des europäischen Integrationsprozesses in mehreren Darstellungen schon vor geraumer Zeit ausführlich herausgearbeitet haben.²⁹

27 Willy Buschak: Der Europäische Gewerkschaftsbund und die Europäischen Gewerkschaftsverbände, S. 9, in: Europäische Gewerkschaftsorganisationen. Bestände Im Archiv der Sozialen Demokratie und in der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2. erw. Auflage, Bonn 2007, S. 9–19.

28 Vgl. zuletzt etwa die entsprechenden Passagen bei Veit Damm: Das „Europa der Arbeitnehmer“. Gewerkschaften, grenzüberschreitende Arbeit und europäische Integration in den 1970er Jahren, in: JEIH, 20/2014, S. 121–136.

29 Vgl. unten.

Dass die von Niethammer entworfene Lesart des Verhältnisses der Gewerkschaften zur europäischen Integration hierzulande eine derartig zählebige Dominanz entwickeln konnte, verwundert dabei aber auch insofern, als eine ganze Reihe politik- und sozialwissenschaftlicher Beobachter und Analysten der 1950er und 1960er Jahre die aktive und auf positive Einflussnahme abzielende Rolle der Gewerkschaften gegenüber dem und innerhalb des europäischen Einigungsprozesses eindeutig unterstrichen und empirisch belegt hatten.

Zu nennen ist in diesem Zusammenhang vorneweg die umfassende Untersuchung von Ernst B. Haas über die Anfänge des europäischen Einigungsprozesses in den 1950er Jahren. Seine 1958 erschienene Pionierstudie über die den Integrationsprozess seiner Ansicht nach antreibenden „sozialen, politischen und ökonomischen Kräfte“ begründete nicht nur die bis heute einflussreiche „neofunktionalistische“ Theorie der europäischen Integration und legte den Grundstein für seinen Ruf als einer der einflussreichsten politikwissenschaftlichen Theoretiker auf dem Gebiet der internationalen Integrationsforschung, sondern analysierte auch an Hand umfangreichen empirischen Materials die Rolle der nationalen Gewerkschaften und ihrer mittlerweile begründeten europäischen Zusammenschlüsse im ersten Jahrzehnt des europäischen Einigungsprozesses.³⁰

Haas, 1924 in Frankfurt am Main geboren und 1938 mit seinen Eltern in die USA emigriert, argumentierte – skizzenhaft umrissen – dass eine einmal begonnene, institutionell verfasste Kooperation zwischen Staaten wie in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Sthl (EGKS) eine gewisse Eigendynamik entfalte und durch ökonomische und politische „Spill-over-Effekte“ tendenziell weitere Integrationsschritte in benachbarten Politikfeldern nach sich ziehe. Europäische Integration stellte sich für Haas dar als:

„A process whereby political actors in several distinct national settings are persuaded to shift their loyalties, expectations and political activities toward a new centre, whose institutions possess or demand jurisdiction over preexisting national states. The end result of a process of political integration is a new political community, superimposed over the preexisting ones.“³¹

30 Haas forschte und unterrichtete jahrzehntlang an der University of California, Berkeley. Sein Neofunktionalismus nimmt in den verschiedenen Handbüchern zu den Theorien über die europäische Integration einen prominenten Platz ein.

31 Haas: *The Uniting of Europe*, S. 16.

Haas und seine Schülerinnen und Schüler identifizierten als treibende Kräfte der europäischen Integration somit nicht die Regierungen der Mitgliedstaaten und ihre (Macht-)Interessen, sondern von den Regierungen unabhängige politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Akteure auf europäischer und nationaler Ebene.³²

Wichtig für das hier behandelte Thema ist, dass Haas neben den politischen Parteien und den Unternehmerverbänden eben auch die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung zu den handlungsrelevanten Akteuren zählte und daher sowohl den nationalen Gewerkschaften der beteiligten Länder als auch den bereits bestehenden europäischen Gewerkschaftsverbänden ein erhebliches Maß an Aufmerksamkeit zuwandte. Seine Darstellung erweist sich nach wie vor als faktenreiche Fundgrube der europabezogenen Vorstellungen und Aktionen der Gewerkschaftsbewegung. Dabei erscheinen per saldo die (nichtkommunistischen) Gewerkschaftsorganisationen bei Haas schon zu Zeiten des Schuman-Plans als eine der wichtigsten zivilgesellschaftlichen Unterstützer des europäischen Zusammenschlusses im Montanbereich. Zwar habe es auch unter den betroffenen nichtkommunistischen Gewerkschaften durchaus Vorbehalte und Befürchtungen über die sozialen und ökonomischen Auswirkungen der geplanten Montanunion gegeben. Mehrheitlich hätten die Gewerkschaften der sechs EGKS-Gründungsmitglieder jedoch, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität und teilweise auch aus unterschiedlichen Motiven, die Gründung dieser ersten „supranationalen“ Europäischen Gemeinschaft unterstützt.

Dass die europäische Ebene auch in der Folgezeit für die Gewerkschaften selbst eine wichtige Rolle spielte, lässt sich, wie Jürgen Mittag zu Recht bemerkte, exemplarisch etwa an den „Europäischen Gesprächen“ festmachen, die der DGB seit 1950 im Rahmen der Ruhrfestspiele in Recklinghausen aus-

32 Im Gegensatz zum Neofunktionalismus entwickelte sich zeitgleich eine „intergouvernementalistischen“ Interpretation der europäischen Integration, die in den Regierungen die auch im Wortsinn entscheidenden Akteure im europäischen Einigungsprozess ausmacht. Der sicher wichtigste Beitrag dieser Schule stammt von Alan Milward, *The European Rescue of the Nation-State*, 2. Aufl., London 2000. Milward zeichnete hier zunächst entscheidende Entwicklungslinien des europäischen Einigungsprozesses eindringlich nach, wobei er sich auf umfangreiches empirisches Material stützt. Die anschließende Generalkritik an den „Säulenheiligen“ („archsaints“) der europäischen Integration von Jean Monnet bis Paul-Henri Spaak weist m. E. teilweise befremdlich anmutende polemische Züge auf. Beide „Großtheorien“ ringen seit den 1950er- und 1960er-Jahren um die Dominanz in der (politik-)wissenschaftlichen Debatte; einen guten Überblick bieten Hans-Jürgen Bieling/Marika Lerch (Hg.), *Theorien der europäischen Integration*, 3. Aufl., Wiesbaden 2012.

richtete.³³ Hier wurde 1963 erstmals die Frage der „Autonomie der Gewerkschaften in einem integrierten Europa“ thematisiert. In der Folgezeit diskutierten die oft politisch hochkarätig besetzten Teilnehmerrunden über „Europa – wirtschaftliche Notwendigkeit – politische Möglichkeit“ (1966), „Politische und gesellschaftliche Folgen der wirtschaftlichen Integration“ (1967), und die „Bilanz und Zukunft der Europapolitik“ (1970). 1971 stand „Der Europäische Bund Freier Gewerkschaften der Gemeinschaft“ hier zur Debatte.³⁴

Parallel dazu widmeten sich weitere, teils von Haas' Pionierstudie inspirierte, meist politikwissenschaftliche Untersuchungen gewerkschaftlicher Europapolitik in den 1950er und 1960er Jahren dem Thema Europa und Gewerkschaften und betonten ebenfalls die antreibende Rolle der Arbeitnehmerorganisationen im europäischen Einigungsprozess. Zu nennen sind hier besonders die Darstellungen R. Colin Beevers, der 1962 die nichtkommunistischen Gewerkschaften als „enthusiastic supporters“ der damals drei Europäische Gemeinschaften beschrieb, ohne jedoch ein ebenso enthusiastisches Bild ihrer Einflussmöglichkeiten auf europäischer Ebene zu zeichnen.³⁵ Neben anderen Autoren und Autorinnen wie Gerda Zellentin, Marguerite Bouvard, Walter Kendall, Jean Meynaud und Dusan Sidjanski, sammelten, sichten und analysierten Margaret Stewart und Hans-Victor Schierwater bereits in den 1960er Jahren weiteres Material zu diesem Thema.³⁶

33 Vgl. Jürgen Mittag: Deutsche Gewerkschaften und europäische Integration: Forschungsphasen, Desiderate und Perspektiven aus historischer Sicht, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen, 42/2009, S. 5–24, hier: S. 13.

34 Vgl. Karl Braukmann, (Hg.): Europa. Wirtschaftliche Notwendigkeit – Politische Möglichkeit, 15. Europäisches Gespräch des DGB in Recklinghausen, Düsseldorf 1964; ders., Europa 1970. Bilanz und Zukunft der Europapolitik. Krisenmanagement oder Emanzipationsstrategie, 19. Europäisches Gespräch des DGB in Recklinghausen, Köln 1970, ders., Der Europäische Bund Freier Gewerkschaften in der Gemeinschaft, eine neue Kraft für Europa, 20. Europäisches Gespräch des DGB in Recklinghausen, Köln 1971; Guido Fischer/ Hans Bayer (Hg.): Die Autonomie der Gewerkschaften in einem integrierten Europa.

11. Europäisches Gespräch des DGB in Recklinghausen, Düsseldorf 1964.

35 Vgl. R. Colin Beever: European Unity And the Trade Union Movement, Leiden 1960; ders., Trade Unions And Free Labour Movement in the EEC, London 1969.

36 Vgl. Gerda Zellentin: Der Wirtschafts- und Sozialausschuss der EWG und Euratom. Interessenrepräsentation auf übernationaler Ebene, Leiden 1962; Formen der Willensbildung in den Europäischen Organisationen, Köln 1965; Marguerite Bouvard, Labor Movements in the Common Market Countries – The Growth of a European Pressure Group, New York 1972; Walter Kendall, The Labour Movement in Europe, London 1975; Jean Meynaud/Dusan Sidjanski, Les groupes de pression dans la communauté européenne: 1958–1968. Structure et action des organisations professionnelles, Bruxelles 1971; Margaret Stewart, Trade Unions in Europe, Epping/Essex 1974; Hans-Victor Schierwater, Die Arbeitnehmer und Europa. Integrationstendenzen und -strukturen im Sozialbereich des Gemeinsamen Marktes, in: Carl Joachim Friedrich, Politik als Prozess der Gemeinschaftsbildung, Köln/Opladen 1968, S. 294–357.

Hinzu kamen Darstellungen, die von verschiedenen zentralen Akteuren des europäischen Integrationsprozesses, unter anderen von Jean Monnet und dem ersten Präsidenten der EWG-Kommission, Walter Hallstein, verfasst wurden und die teils recht ausführlich auf die Gewerkschaften eingingen. Ebenso erschienen eine ganze Reihe von Beiträgen und Analysen gewerkschaftlichen Handelns aus der Feder beteiligter gewerkschaftlicher Spitzenfunktionäre selbst.³⁷ Im Kern haben sie gemein, dass sie, gegenüber der dominierenden Interpretation über die Rolle der Gewerkschaften in den ersten Jahrzehnten des europäischen Einigungsprozesses zu erheblich differenzieren, ja, gegenläufigen Befunden kamen: Hallstein etwa zählte die Gewerkschaften „zu den ältesten und verlässlichsten Förderern der europäischen Integration.“³⁸ Die in den 1980er Jahren dann ohnehin abebbende historische Gewerkschaftsforschung in nennenswerter Weise prägen konnten derartige Charakterisierungen allerdings nicht.

Obwohl schon 1982 an keineswegs entlegener Stelle erschienen, vermochte auch die faktenreiche, breit belegte und auch heute noch grundlegende Untersuchung von Hans-Peter Köpper über die Außenpolitik des DGB und seiner Mitgliedsverbände an der einmal etablierten Lesart der Dinge nichts mehr ändern. Köpper wies das europapolitische Engagement der deutschen Gewerkschaftsbewegung, gestützt auf eine umfangreiche Quellengrundlage, detailliert nach, ordnete seine Befunde klug in den politisch-historischen Kontext ein und legte so erstmals eine Längsschnittdarstellung über das Verhältnis des größten Teils der deutschen Gewerkschaftsbewegung zur europäischen Integration nach 1945 vor – ohne dass seine Ergebnisse über Jahrzehnte hinweg in nennenswerter Weise wahrgenommen wurden.³⁹

37 Vgl. exemplarisch Walter Hallstein: Der unvollendete Bundesstaat. Europäische Erfahrungen und Erkenntnisse. Düsseldorf/Wien 1969; ders., Die Europäische Gemeinschaft, Düsseldorf/Wien 1973; Jean Monnet, Erinnerungen eines Europäers, München u. a. 1978. Selbstzeugnisse und Analysen von Gewerkschaftsvertretern: Heinz Potthoff, Vom Besatzungsstatut zur Europäischen Gemeinschaft, Hannover 1964; ders., Zwischen Schlosserlehre und Europapolitik, Bielefeld 1973; Ludwig Rosenberg, Die Westpolitik der deutschen Gewerkschaften, in: Borsdorf u. a., Gewerkschaftliche Politik, S. 553–566; ders., Sinn und Aufgaben der Gewerkschaften. Tradition und Zukunft, Düsseldorf/Wien 1973.

38 Hallstein: Die Europäische Gemeinschaft, S. 85.

39 Ernst-Dieter Köpper: Gewerkschaften und Außenpolitik. Die Stellung der westdeutschen Gewerkschaften zur wirtschaftlichen und militärischen Integration der Bundesrepublik in die Europäische Gemeinschaft und in die Nato, Frankfurt am Main/New York 1982. Im selben Jahr zeigte Horst Thum den engen Zusammenhang innen- und außenpolitischer gewerkschaftlicher Interessenpolitik anhand des „Kampfes um die Mitbestimmung“ der westdeutschen Gewerkschaften exemplarisch auf: Horst Thum, Mitbestimmung in der Montanindustrie. Der Mythos vom Sieg der Gewerkschaften, Stuttgart 1982; zum Montanbereich vgl. ebenfalls Gloria Müller, Strukturwandel und Arbeitnehmerrechte. Die wirtschaftliche

Etwa ab der zweiten Hälfte der 1980er Jahre ging das gegen Ende der 1960er Jahre im Zuge eines kurzen Booms sozialhistorischer Fragestellungen und Analysemethoden vorübergehend erwachte, zwischenzeitlich sogar stark ausgeprägte Interesse an der Gewerkschaftsgeschichte schnell auf Talfahrt und verlor nach dem Ende der Systemkonkurrenz zwischen Ost und West weiter an Bedeutung.⁴⁰

Wissenschaftliche Bemühungen, das Verhältnis zwischen den Gewerkschaften und „Europa“ präziser zu beleuchten, zielten nun hauptsächlich auf politikwissenschaftlich analysierte Gegenwartsprobleme. Sie beleuchteten die Interaktion der mittlerweile etablierten europäischen Gewerkschaftsverbände mit den Organen der Gemeinschaft(en), die Strukturprobleme innerhalb der europäischen Gewerkschaftsbewegung und beschrieben die Handlungsspielräume (und vor allem auch die Restriktionen derselben) im europäischen „Mehrebenensystem“. Auch differenzierte Analysen wie diejenige Ingrid Stöckls, die erstmals die Rolle der europäischen Gewerkschaftsausschüsse ausführlich in den Blick nahm,⁴¹ oder Barbara Barnouins Untersuchung über die Haltung der europäischen Gewerkschaften zur europäischen Integration, beschränkten sich auf eine nur knappe Skizze der historischen Hintergründe, die die Objekte ihrer Darstellung geprägt hatten.⁴²

Als seit den 1990er Jahren dann das Interesse der internationalen Forschung an der europäischen Integration zunahm und sich mit der Zeit in einer zunehmenden Zahl von Untersuchungen über die verschiedensten Aspekte der Geschichte der Europäischen Gemeinschaften und der nicht immer leicht zu vermessenden Auswirkungen des Integrationsprozesses niederschlug, war das Interesse an der Geschichte der Gewerkschaften nahezu auf den Nullpunkt zurückgegangen.

Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie 1945–1975, Essen 1992. 2001 legte Jörg Rumpf eine Dissertation über die Europapolitik der IG Metall und der IG Chemie-Papier-Keramik vor; vgl. Rumpf, Deutsche Industriegewerkschaften und Europäische Gemeinschaften. Die Europapolitik der Industriegewerkschaft Metall und der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik im Zeitraum zwischen dem Inkrafttreten der Römischen Verträge und den Ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament, Diss. Bochum 2001.

40 Vgl. hierzu prägnant Stefan Remeke: Doch nur ein Strohfeder? Von der „kurzen“ Geschichtsschreibung über die deutschen Gewerkschaften, in: Mitteilungsblatt, des Instituts für soziale Bewegungen, 36/2006, S. 105–114.

41 Ingrid Stöckl: Gewerkschaftsausschüsse in der EG. Die Entwicklung der transnationalen Organisation und Strategie der europäischen Fachgewerkschaften und ihre Möglichkeiten zur gewerkschaftlichen Interessenvertretung im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft, Straßburg/Kehl 1986.

42 Vgl. Barbara Barnouin: The European Labour Movement and European Integration, London 1986, mit einem präzisen, wiewohl knappen Abriss der historischen Hintergründe.

Immerhin wurden die Arbeitnehmerorganisationen in einigen übergreifenden Darstellungen des europäischen Einigungsprozesses als mehr oder minder relevant angesehene europabezogene Akteure doch wenigstens am Rande mit einbezogen. Das betrifft Gesamtdeutungen wie etwa diejenige Wilfried Loths,⁴³ Darstellungen verschiedener Wegmarken des europäischen Einigungsprozesses vom Marshall-Plan⁴⁴ über den Schuman-Plan und der Gründung der EGKS,⁴⁵ dem schließlich gescheiterten Projekt einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft⁴⁶ bis hin zu den Römischen Verträgen und der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)⁴⁷ nahmen innerhalb des Ensembles handelnder Akteure auch die Gewerkschaften am Rande in den Blick.

Besonders in den zentralen Darstellungen über die gemeinsame europäische Agrarpolitik – und damit in einem der wichtigsten, wenn nicht dem wichtigsten Feld europäischer Politik nach Gründung der EWG – wurde die Rolle gewerkschaftlicher Akteure ausgeleuchtet.⁴⁸ Dass sich hingegen in dem von der Europäischen Kommission 2007 herausgegebenen voluminösen Rückblick auf die eigene Geschichte kein einziger der zahlreichen Artikel mit den Gewerkschaften befasst, sagt sicher eher etwas über ihren damaligen Stellenwert innerhalb der Gemeinschaft aus als über ihre historische Rolle als politischer Akteur.⁴⁹ Auch in dem 2009 von der Friedrich-Ebert-Stiftung her-

43 Vgl. exemplarisch Wilfried Loth: *Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939–1957*, Göttingen, 3. Aufl. 1996.

44 Vgl. etwa Othmar Nikola Haberl/Lutz Niethammer (Hg.): *Der Marshall-Plan und die europäische Linke*, Frankfurt am Main 1986.

45 Vgl. Werner Bührer: *Les syndicats ouest-allemands et le Plan Schuman*, in: Wilkens (Hg.), *Le Plan Schuman dans l'Histoire*, Brüssel 2004; Sylvain Schirmann, *Les syndicats ouvriers français et les institutions européennes, de la CECA aux traités de Rome: quelques approches*, S. 282–292, in: Marie-Thérèse Bitsch (Hg.), *Le couple France-Allemagne et les institutions européennes: une postérité pour le plan Schuman?*, S. 303–322, Brüssel 2001; Hitoshi Suzuki, *The High Authority of the ECSC, the European Network of Trade Unions and the DGB: Ideas, Strategies and Achievement*, in: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen*, 42/2009, S. 63–88.

46 Vgl. Hans-Erich Volkmann/Walter Schwengler (Hg.): *Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung*, Boppard am Rhein 1985.

47 Vgl. Hanns-Jürgen Küsters: *Die Gründung der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft*, Baden-Baden 1982.

48 Vgl. Ann-Christina L. Knudsen: *Farmers on Welfare. The Making of Europe's Common Agricultural Policy*, Ithaca und London 2009; Rosemary Fennell, *The Common Agricultural Policy, Continuity and Change*, Oxford 199; wenig ergiebig: Guido Thiemeyer, *Vom „Pool Vert“ zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Europäische Integration, Kalter Krieg und die Anfänge der Gemeinsamen Agrarpolitik 1950–1957*, München 1999.

49 Europäische Kommission (Hg.): *Europäische Kommission 1958–1972. Geschichte und Erinnerungen einer Institution*, Luxemburg 2007.

ausgegebenen Band des „Archivs für Sozialgeschichte“ mit dem Rahmenthema „Gesellschaftsgeschichte Europas als europäische Zeitgeschichte“ schlug sich die auf Europa bezogene Rolle der Gewerkschaften lediglich mittelbar nieder, was ganz gewiss als Indiz für die anhaltende Marginalität des Themas zu werten ist.⁵⁰

Historisch interessierte Arbeiten, die sich mit den europabezogenen Aktivitäten und Vorstellungen der Gewerkschaftsbewegung oder einzelner prominenter, auch auf europäischer Ebene maßgeblicher Gewerkschafter selbst beschäftigen, sind somit insgesamt zwar Mangelware, fehlen aber nicht ganz. Was die biografische Geschichtsschreibung angeht, so stand die 2005 von Pierre Tilly vorgelegte, umfangreiche Biografie der Führungsfigur der belgisch-wallonischen Gewerkschaftsbewegung, André Renards, lange Zeit allein auf weiter Flur.⁵¹ Sie nimmt auch das europapolitische Engagement des belgischen Gewerkschafters, der 1954 als stellvertretender Generalsekretär des sozialistischen Gewerkschaftsbundes „Fédération Générale du Travail de Belgique“ (FGTB) zum Vorsitzenden der Beratenden Versammlung der Montanunion gewählt worden war, als eines seiner zentralen politischen Tätigkeitsfelder in den Blick. Zu ihr gesellte sich 2016 Frank Ahlands sorgfältig recherchierte und auf einem breiten archivalischen Fundus fußende Biografie Ludwig Rosenbergs. Sie belegt eindrücklich das unermüdliche europapolitische Engagement des fraglos wichtigsten „Außenpolitikers“ des DGB in der Nachkriegszeit und bietet mannigfache Einblicke in die Politik der Gewerkschaften überhaupt innerhalb und gegenüber den europäischen Institutionen.⁵²

Für die Positionierung der christlichen Gewerkschaften und ihrer europäischen und internationalen Organisationen im Rahmen des europäischen Einigungsprozesses sind einmal mehr die einschlägigen Abschnitte in Pastures Darstellung der christlichen Gewerkschaftsinternationale zu nennen, in denen stets auch parallele Entwicklungen der freien Gewerkschaften im Blick behalten werden.⁵³

50 Nur Thomas Fetzers Artikel über die gewerkschaftlichen Reaktionen auf die Europäisierung der Unternehmenstrukturen bei der Ford Motor Company in den späten 1960er Jahren weist gewisse Bezüge zur historischen Rolle der Gewerkschaften zum europäischen Einigungsprozess auf, vgl. Thomas Fetzer, Deutsche Gewerkschaftspolitik bei Ford (1967–1989), in: Archiv für Sozialgeschichte (AfS), 49/2009, S. 283–302.

51 Vgl. Pierre Tilly: André Renard, Liège-Bruxelles, 2005.

52 Vgl. Frank Ahland: Bürger und Gewerkschafter Ludwig Rosenberg 1903–1977, Essen 2016.

53 Vgl. Pasture: Histoire, S. 253–286.

Auch einige Analysen zentraler europabezogener Aktivitäten und Vorstellungen der sozialdemokratisch/sozialistisch orientierten, freien Gewerkschaften in der Sechsergemeinschaft wurden von der zeitgenössischen Forschung mittlerweile vorgelegt. Zu nennen ist besonders die 1995 von Andrea Ciampani vorgelegte Aufsatzband „L'altra via per l'Europa“, in dem auch die europabezogenen Aktivitäten und Grundvorstellungen einer Reihe gewerkschaftlicher Akteure abgehandelt werden.⁵⁴ Die bisher mit weitem Abstand materialreichste und aussagekräftigste geschichtswissenschaftliche Monografie über die branchenübergreifende Zusammenarbeit der europäischen Gewerkschaftsorganisationen *innerhalb* der Europäischen Gemeinschaften und ihrer europapolitischen Vorstellungen – sei es im Rahmen der sich entwickelnden europäischen Gewerkschaftsstrukturen, sei es im Rahmen der europäischen Institutionen selbst – ist von der deutschsprachigen Forschung zum Thema bisher allerdings weitgehend ignoriert worden. Es handelt sich um die zunächst nur schwer zugängliche und lediglich als Dissertationsmanuskript vorliegende Darstellung Corinne Gobins aus dem Jahr 1997.⁵⁵ Auch auf ihrer Arbeit aufbauend legte daraufhin wiederum Patrick Pasture einen präzisen Überblick und eine innovative Interpretation der Gewerkschaften als „transnationale Bewegung“ auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaft(en) vor.⁵⁶

Darüber hinaus wurden einzelne Aspekte gewerkschaftlicher Europapolitik mittlerweile untersucht: 1995 veröffentlichte der durch zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte der europäischen Integration ausgewiesene italienische Historiker Antonio Varsori einen maßgeblichen Aufsatz über die Rolle der Gewerkschaftsvertreter in Jean Monnets „Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa“⁵⁷, einem Thema, dem übrigens auch Ahl- and in seiner Rosenberg-Biografie zu Recht ein hohes Maß an Aufmerksamkeit widmet. Überhaupt stieß die Mitwirkung von Gewerkschaftsvertretern

54 Andrea Ciampani (Hg.): *L'altra via per l'Europa. Forze sociali e organizzazione degli interessi nell'integrazione europea (1947–1957)*, Mailand 1995.

55 Corinne Gobin: *Consultation et concertation sociales à l'échelle de la Communauté économique européenne des syndicats (1958–1991)*, 2 Bde., Brüssel 1997; vgl. auch dies., *Construction européenne et syndicalisme européen: un aperçu de trente-quatre ans d'histoire (1958–1991)*, in: *La revue de l'IREs*, 21/1996, S. 119–51.

56 Vgl. Patrick Pasture: *Trade unions as a transnational movement in the European space 1955–1965. Falling short of ambitions?* In: Wolfram Kaiser/ Peter Starie (Hg.), *Transnational European Union*, Milton Park 2006, S. 109–130.

57 Antonio Varsori: *Jean Monnet et il Comitato d'Azione per gli Stati Uniti d'Europa dalla origini ai Trattati di Roma*, in: Ciampani, *L'altra via per l'Europa*, S. 139–170.

in den verschiedenen Gruppierungen und Foren der europäischen Bewegung in der jüngsten Vergangenheit verstärktes historisches Interesse.⁵⁸

Auskunft über das Verhältnis der italienischen Gewerkschaften zur europäischen Integration und ihren diesbezüglichen europabezogenen Aktivitäten geben jüngere Darstellungen von Guido Formigoni⁵⁹ und Sante Cruciani.⁶⁰ Zur Rolle der französischen Gewerkschaften im europäischen Einigungsprozess äußerte sich Sylvain Schirmann in mehreren Aufsätzen.⁶¹ Die europapolitische Neuausrichtung der in Frankreich und Italien lange dominierenden kommunistischen Gewerkschaften hatte bereits zuvor die Aufmerksamkeit der zumeist politikwissenschaftlichen Forschung gefunden, die sich mit dem in den 1970er und 1980er Jahren viel diskutierten Phänomen des „Eurokommunismus“ auseinandersetzte.⁶²

Zudem steht die außen- und europapolitische Ausrichtung gerade der französischen und italienischen Gewerkschaften im Kalten Krieg der Nachkriegsjahrzehnte mit im Fokus der Darstellung Julia Angsters, die sich mit dem (vermeintlichen) Prozess der „Westernisierung“ dieser Organisationen in der Nachkriegszeit und den in seiner Intensität hoch eingeschätzten Einfluss der US-amerikanischen Arbeiterorganisationen auf die europäische Gewerkschaftslandschaft beschäftigt.⁶³

58 Vgl. etwa den Sammelband von Jean-Michel Guieu/Christophe le Dréau (Hg.): *Le Congrès de l'Europe (1948–2008)*, Brüssel 2009.

59 Guido Formigoni: *I sindacati italiani e il processo di integrazione europea (1947–1960)*, in: Ciampini, L'altra via per l'Europa, S. 19–52; ders., *La scelta occidentale della CISL. Gi ulio Pastore e L'azione sindacale tra guerra freddo e ricostruzione (1947–1951)*, Mailand 1991.

60 Sante Cruciani: *Il sindacato e lo sviluppo economico tra mercato nazionale e orizzonte europeo (1955–1970)*, in: Maurizio Ridolfi: Luciano Lama: sindacato, „Italia del lavoro“ e democrazia repubblicana nel secondo dopoguerra, Rom 2006, S. 173–258.

61 Vgl. Sylvain Schirmann: *Les syndicats français et la construction européenne 1950–1973*, in: Michaela Bachem-Reh u. a. (Hg.), *Teilungen überwinden*, S. 471–480; *Les syndicats ouvriers français et les institutions européennes, de la CECA aux traités de Rome: quelques approches*, in: Marie-Thérèse Bitsch, *Le couple France-Allemagne et les institutions européennes*, S. 282–292.

62 Vgl. exemplarisch Rudolf Hrbek: *Eurokommunismus und EG*, in: Hans-Georg Wehling/Peter Pawelka (Hg.), *Eurokommunismus und die Zukunft des Westens*, Heidelberg u. a. 1979, S. 167–195; Rudolf Steiert, „Eurokommunismus“ in der Gewerkschaftsbewegung Italiens und Frankreichs, in: ebd., S. 57–104.

63 Vgl. Julia Angster: *Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB*, München 2003; grundlegend zum Einfluss der USA auf die europäischen Gewerkschaften ist die schon erwähnte Arbeit von Romero, *The United States and the European Trade Union Movement*; einen Globalüberblick zum Thema versucht: Geert van Goethem/Robert Anthony Waters Jr. (Hg.), *The International History of the AFL-CIO during the Cold War*, New York 2013.

In den allerletzten Jahren erlebte die Historiografie über die europabezogenen Aktivitäten, Konzepte und Vorstellungen der Gewerkschaften auch in der deutschsprachigen Geschichtsschreibung dann eine gewisse Belebung: Bernd Bühlbäckers Studie über Personal und Personalpolitik deutscher Parteien und Verbände in der Montanunion befasste sich nicht zuletzt mit den Wirkungen und Rückwirkungen zwischen dem europäischen Einigungsprozess und den westdeutschen Gewerkschaften.⁶⁴ Zudem erschienen mithilfe der finanziellen Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung erste Untersuchungen über die Geschichte einzelner europäischer Gewerkschaftsverbände. Zu den Agrar- und Lebensmittelgewerkschaften erschien eine Studie des Verfassers, die sich auch mit der Frage der branchenübergreifenden Haltung der Gewerkschaften am Beginn des europäischen Einigungsprozesses beschäftigte⁶⁵ und Yves Clairmont präsentierte eine umfangreiche Forschungsarbeit über die Geschichte des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes und seiner Vorläufer.⁶⁶

2009 erschien ein von Jürgen Mittag herausgegebener Band des Mitteilungsblattes des Instituts für soziale Bewegungen über „Deutsche Gewerkschaften und europäische Integration im 20. Jahrhundert“, in dem der Versuch unternommen wurde, die zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Ansätze der auf die europäische Integration bezogenen historischen Gewerkschaftsforschung gebündelt zu präsentieren. Am Fallbeispiel des Jugendschutzes konnte Stefan Remeke nachweisen, dass der DGB es verstand, Empfehlungen der Kommission im Zusammenspiel mit seinen europäischen Partnergewerkschaften in seinem Sinne konkret zu beeinflussen und damit seine Verhandlungsposition bei der 1974 erfolgten Novellierung des Arbeitsschutzrechtes für Jugendliche erfolgreich zu untermauern.⁶⁷

64 Vgl. Bernd Bühlbäcker: Europa im Aufbau. Personal und Personalpolitik deutscher Parteien und Verbände in der Montanunion, Essen 2009.

65 Vgl. Rainer Fattmann: Für ein soziales Europa. Der Agrar-, Lebensmittel- und Tourismusbereich in der europäischen Gewerkschaftspolitik seit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Münster 2013; komprimiert: ders., Die europäische Gewerkschaftsbewegung und die Gemeinsame Agrarpolitik (1958–1972): Annäherungen an einen neuen Forschungsgegenstand, in: *Journal of European Integration History* (JEIH); Bd. 16; 2/2010, S. 45–58.

66 Vgl. Yves Clairmont: Vom europäischen Verbindungsbüro zur transnationalen Gewerkschaftsorganisation. Organisation, Strategien und Machtpotentiale des Europäischen Metallausschusses und des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes 1963–1990, Diss., 2 Bde, Berlin 2013.

67 Vgl. Stefan Remeke: Gewerkschaften als Motoren der europäischen Integration: Der DGB und das soziale Europa von den Römischen Verträgen bis zu den Pariser Gipfelkonferenzen (1957–1974), in: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen*, 42/2009, S. 141–164.

Karl Lauschke und Bühlbäcker fokussierten ihre Ausführungen hauptsächlich auf die im Lager der vom Schuman-Plan betroffenen Industriegewerkschaften vorherrschenden Vorbehalte gegen den Anfang der 1950er Jahre realiter eingeschlagenen Weg der europäischen Integration,⁶⁸ während Jelena Jojevic eine nach anfänglich grosser Reserve nach der Gründung der EGKS zwar schnell vollzogene, aber doch ambivalent gebliebene „nachholende“ organisatorische und programmatische „Europäisierung“ der IG Metall konstatierte.⁶⁹

Dass sich die von der hohen Behörde der EGKS betriebene Sozialpolitik im „Montaneuropa“ der 1950er Jahre als eine von den Netzwerken europäischer Gewerkschaften hochgradig beeinflusste Erfolgsgeschichte für die mit den Umbrüchen in der Kohleindustrie konfrontierten Bergarbeiter erwiesen habe, ist dagegen die materialreich belegte Quintessenz einer im Lichte der älteren Forschung fast provokanten Lesart der Integrationsgeschichte, die 2013 von Nicolas Verschuereen vorgelegt wurde.⁷⁰ Verschuereen richtet sein Augenmerk so auf die in der deutschsprachigen Historiografie wenig behandelte soziale Dimension europäischer Integrationsgeschichte.⁷¹ Eine Ausnahme bildet in dieser Hinsicht bis dato wohl allein eine jüngere Untersuchung von Tanja Anette Grootz, die sich intensiv mit den Anfängen supranationaler Wohlfahrtspolitik innerhalb des europäischen Integrationsprozesses beschäftigte und dabei teilweise auch die Rolle der Arbeitnehmerorganisationen in den Blick nahm.⁷² Die Ergebnisse ihrer von Werner Abelshauser betreuten Dissertation wurden bisher allerdings weder von der auf die Gewerkschaften orientierten Geschichtsschreibung noch von der Integrationshistorie in nennenswertem Maße zur Kenntnis genommen. Wenig beachtet wurden bisher auch die zeitgenössischen Studien über die „frühe“ Sozialpolitik im Europa der Sechsziger.⁷³

68 Karl Lauschke: Die IG Metall und die Anfänge der europäischen Integration, in: ebd., S. 89–103; Bernd Bühlbäcker, Debatten um die Montanunion in den 1950er Jahren, in: ebd., S. 43–62.

69 Jelena Jojevic: Nachholende Europäisierung der IG Metall?, in: ebd., S. 103–122.

70 Nicolas Verschuereen, *Fermer les mines en construisant l'Europe: Une histoire sociale de l'intégration européenne*, Bruxelles 2013.

71 Zur GAP als eine Form der „Wohlfahrtspolitik“ vgl. indes generell Knudsen, *Farmers on Welfare*, einen knappen Einstieg präsentiert Antonio Varsori, Die Ursprünge der europäischen Sozialpolitik, in: Europäische Kommission, *Geschichte und Erinnerungen*, S. 459–474; zur „Europäisierung“ der Sozialpolitik vgl. auch Eberhard Eichenhofer, *Geschichte des Sozialstaats in Europa. Von der „sozialen Frage“ bis zur Globalisierung*, München 2007, S. 68–123.

72 Vgl. Tanja Anette Grootz: *Alterssicherung im europäischen Wohlfahrtsstaat. Etappen ihrer Entwicklung im 20. Jahrhundert*, Frankfurt am Main 2005.

73 Vgl. etwa Bernt Heise: Möglichkeiten einer Europäischen Sozialpolitik, in: *GMH* 2/1963, S. 65–75; ders., *Sozialpolitik in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft*, Göttingen 1966.

Insgesamt konnte sich der Verfasser für die vorliegende Darstellung auf ein umfangreiches, wenn auch sehr heterogenes und oft unverbundenes Konvolut zeitgenössischer und neuerer wissenschaftlicher Literatur stützen. Sie ermöglicht es grundsätzlich, die europabezogenen Vorstellungen und Aktivitäten der Gewerkschaftsbewegung im Sechseureuropa im Längsschnitt mit hinreichender Tiefenschärfe darzustellen. Darüber hinaus wurden ausgesuchte Quellen zur Analyse des Themas hinzugezogen. Dabei waren, wie stets bei gewerkschaftshistorischen Untersuchungen, die Geschäftsberichte, Kongressprotokolle und Publikationen der zu untersuchenden Föderationen, ihre Publikationen, (teils internen) Mitteilungen und Periodika von besonderer Bedeutung. Zugleich begleiteten die „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ (GMH) die Fortschritte und Defizite des europäischen Einigungsprozesses als wissenschaftlich orientierte Schriftenreihe aus gewerkschaftlicher Perspektive – dass das Thema „Europa“ hier immer wieder ausführlich im Fokus der Betrachtung stand, zeigt schon eine oberflächliche Durchsicht der entsprechenden Jahrgänge. Hinzu kommen die wichtigsten arbeitnehmerrelevanten Publikationen der europäischen Organe, insbesondere diejenigen der EWG-Kommission respektive der hohen Behörde der EGKS⁷⁴ und verschiedene ungedruckte Quellen. In Bezug auf Letztere ist besonders der für das Verhältnis der Gewerkschaften zur europäischen Integration herausragend wichtige Bestand über den EGB zu nennen, innerhalb dessen auch die Politik und Organisationsgeschichte, der vor der EGB-Gründung wirksamen (frei-)gewerkschaftlichen Zusammenschlüsse auf europäischer Ebene archivalisch breit dokumentiert ist.⁷⁵

74 Zu nennen sind vor allem die periodischen Bulletins der EGKS. Für die EWG sind vor allem zu nennen: Kommission der EWG (Hg.), Gewerkschafts- und Arbeitnehmerinformationen, Brüssel (bis 1968); und daran anschließend: Kommission der EWG, GD X (Hg.), Europäische Dokumentation, Schriftenreihe Gewerkschaften und Arbeitnehmer, Brüssel (seit 1968).

75 Vgl. hierzu Bouwe Hijma: The Archives of the European Trade Union Confederation (ETUC) at the International Institute of Social History (IISH) in Amsterdam, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen, 42/2009, S. 323–328. Zum EGB-Bestand existiert ein detailliertes Findbuch, das auch über die Internetpräsenz des IISH zugänglich ist.

**Thema der Darstellung, zeitliche und räumliche
Abgrenzung, Fragestellung und methodische Aspekte:
Leitbilder gewerkschaftlicher Europapolitik**

Im Kern konzentriert sich die vorliegende Darstellung auf die Frage nach der Ausbildung und Entwicklung der grundsätzlichen europapolitischen Zielvorstellungen (der verschiedenen Flügel) der Gewerkschaftsbewegung in den (späteren) sechs EWG-Ländern. Unter Europapolitik werden dabei jene politischen Bestrebungen verstanden, die auf die Organisation der Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten und Völkern abzielen. Das besondere Interesse (und auch die Sympathie) gilt jenen integrationspolitischen Politikansätzen, die auf eine über traditionelle intergouvernementale Bündnispolitik hinaus gehende Zusammenarbeit – eben auf „Integration“⁷⁶ – abzielten.

Gefragt wird also nach den Ansprüchen und Erwartungen der Gewerkschaftsbewegung hinsichtlich einer politischen Integration der europäischen Staaten, die als potenziell realisierbare politische Option – dies wird zu zeigen sein – in den Planungen und außenpolitischen Überlegungen zahlreicher gewerkschaftlicher Protagonisten schon in der Zwischenkriegszeit eine erhebliche Rolle spielte. Untersuchungsgegenstand ist somit die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterbewegung im späteren „Europa der Sechs“; weitgehend ausgespart bleiben Großbritannien, die skandinavischen Länder, Österreich und die Schweiz. Es geht um die europapolitischen Grundvorstellungen, die im Zeitverlauf in (West-)Deutschland, in Frankreich, Italien sowie den Beneluxstaaten entwickelt wurden.

Diese Begrenzung hat zum einen schlicht arbeitsökonomische Gründe, handelt es sich bei „den“ Gewerkschaften der sechs Länder doch bereits um je zwei (Belgien, Luxemburg), oder gar drei (Holland, Frankreich und Italien) außenpolitisch handlungsrelevante Dachverbände. Nur in der Bundesrepublik tritt die Gewerkschaftsbewegung dem Betrachter im Wesentlichen in Gestalt einer Einheitsgewerkschaft gegenüber. Hinzu kommen die von der europäischen Integration unmittelbar betroffenen Industriegewerkschaften der jeweiligen nationalen Dachverbände, mithin die Bergbau- und Metallge-

76 Zur begrifflichen Karriere von „Integration“, die ältere sprachliche Umschreibungen wie „Föderation“, „Union“ oder einfach „Zusammenschluss“ mit der Zeit in den Hintergrund drängte, vgl. Patel, Europäische Integration, S. 353 ff.

werkschaften, dann, nach Gründung der EWG, auch die Landarbeitervverbände, für die die GAP innerhalb kürzester Zeit zu einem der wichtigsten Aktionsfelder ihrer politischen Arbeit avancierte.

Zum anderen aber ist von vornherein davon auszugehen, dass gerade die Organisationen dieser sechs Länder – die alles andere als zufälligerweise die Pioniertruppe der europäischen Integration bildeten – durch das Erleben der nationalsozialistischen und faschistischen Gewaltherrschaft einen spezifischen Erfahrungshintergrund gemein hatten, der sich deutlich von dem etwa der britischen Arbeiterbewegung unterschied. In Deutschland und Italien diskreditierten die terroristische Unterdrückung jeglicher Opposition und die menschenverachtende Eroberungspolitik im Namen der Nation in den Augen vieler Regimegegner unterschiedlicher politischer Couleur auch die Idee des Nationalstaats selbst. Dasselbe traf aus anderen Motiven auch im besetzten Frankreich und Belgien, den Niederlanden und Luxemburg zu, hatte sich doch in all diesen Ländern der Nationalstaat als unfähig erwiesen, die eigene Bevölkerung vor der militärischen Aggression von Außen zu schützen. Dass die europäische Idee gerade im Exil und in den Widerstandsbewegungen gegen die nationalsozialistische und (und faschistische) Gewaltherrschaft einen entscheidenden Impuls erfahren hat, kann dabei, wie erwähnt, als gesichertes historisches Wissen gelten.

Schließlich waren die Gewerkschaften „der Sechs“ nach der Gründung der EGKS und dann der EWG (sowie der Europäischen Atomgemeinschaft) 1952/1958 unmittelbar von dem nun in Szene gesetzten realen europäischen Integrationsprozess betroffen. Schon bald nach der Gründung „Montaneuropas“ entwickelten sich ihre Luxemburger Institutionen zu einem wichtigen Aktionsfeld europäischer Gewerkschaftspolitik.

Den konzeptionellen Angelpunkt der Untersuchung bildet die Frage nach den europapolitischen „Leitbildern“ der Gewerkschaftsbewegung in den verschiedenen europäischen Ländern, ihrer Genese und Entwicklung. Im Folgenden wird synonym auch von grundsätzlichen (Kern-)Vorstellungen, zentralen Leitvorstellungen u.Ä. gesprochen. Gab es, so bleibt zu ermitteln, dabei überhaupt eine übernationale Leitvorstellung über das sich herausbildende Europa und wie kann diese charakterisiert werden? Wie verfestigt waren derartige Kernvorstellungen und änderten sie sich im Zeitverlauf? Dabei lehnt sich die Darstellung trotz dieser breiteren begrifflichen Varianz grundsätzlich an das von dem deutschen Politikwissenschaftler Heinrich Schneider stammende Konzept politischer Leitbilder an, das Schneider selbst speziell in Bezug auf den europäischen Einigungsprozess entwickelt hat:

„Leitbilder sind nicht nur Zielvorstellungen, sondern auch Wahrnehmungs- und Deutungsmuster der je gegebenen Situation, und beide Dimensionen sind dialektisch aufeinander bezogen.“⁷⁷

Leitbilder haben so nach Schneider eine erfahrungshistorische Dimension, die die Einschätzung konkreter historischer Konstellationen und Situationen strukturiert. Sie lassen sich zugleich als erfahrungsgesättigte „Ideale“ verstehen, die einer möglichen Realisierung zwar voraus bleiben, die aber den Handelnden Orientierung geben:

„Menschliches Verhalten richtet sich nach Leitbildern im Sinne orientieren der Realitätsdeutung, die auf eigener Erfahrung und der Vermittlung fremder Erfahrungen beruhen. Was in der Lebenswelt an Ansprüchen und Zumutungen, an Sinngehalten und Widerfahrungen vorkommt oder begegnet, wird indessen nicht einfach hingenommen. Ihm kann man ein Leitbild dessen, was statt dessen vorkommen oder begegnen sollte, entgegen stellen. Und beide Ebenen sind aufeinander bezogen. Spannungen in der Erfahrung des Gegebenen treiben den Entwurf einer Alternative hervor, eines neuen Bildes sinnvoller oder sinnträglicher Verhältnisse. Andererseits lässt oft erst der Sinn dafür, dass und wie es anders sein könnte, die Tatsachen und Umstände, mit denen man es zu tun hat, so erscheinen, wie sie uns bewusst sind. Der Sinnentwurf gibt ihnen ihre Tönung, bringt sie in den Zusammenhang, kraft dessen man sie so wahrnimmt, wie man es tut, und sich mit ihnen in bestimmter Weise auseinandersetzt.“⁷⁸

Leitbilder haben also, so Schneider, zum einen eine institutionelle Dimension, indem sie sich auf einen erstrebenswerten Sollzustand der Verfasstheit etwa von internationalen Organisationen – beispielsweise auch einer Gemeinschaft der europäischen Staaten – beziehen. Sie beziehen sich aber auch ebenso auf Strategien, Handlungsabläufe und Entscheidungsprozesse innerhalb und außerhalb solcher Institutionen, und somit auf (wünschenswerte) prozessuale Abläufe.

77 Vgl. Heinrich Schneider: Europäische Integration. Die Leitbilder und die Politik, in: Michael Kreile (Hg.), Die Integration Europas, PVS-Sonderheft 23/1992, Opladen, S. 3–35; hier: S. 4; zur Varianz und Entwicklung der europapolitischen Leitbilder vgl. ders., Leitbilder in der Europapolitik 1. Der Weg zur Integration, Bonn 1977; vgl. ferner ders., Rückblick in die Zukunft. Konzeptionelle Weichenstellungen für die Europäische Einigung, Bonn 1986. Schneider selbst beruft sich bei der Konstruktion seines Leitbild-Konzeptes im Wesentlichen auf Kenneth F. Boulding, Die neuen Leitbilder, Düsseldorf 1958 sowie auf Peter Berger/Thomas Luckmann, Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, Frankfurt am Main 1969. Einen ausgezeichneten Überblick bietet Katharina D. Giesel, Leitbilder in den Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007 (zu den Leitbildern in der Europapolitik vgl. S. 74–76).

78 Schneider: Leitbilder in der Europapolitik, S. 23

Schneiders Leitbildkonzeption scheint zunächst – um mit seinen eigenen Worten zu sprechen – „vage und abstrakt“.⁷⁹ Allerdings ermöglicht gerade die Offenheit seines Konzeptes, politische Vorstellungswelten von Akteuren mit ihrem politischen Handeln konstellationsbezogen und ohne deterministischen Anspruch zueinander in Beziehung zu setzen. Versteht man dabei – und dies scheint bei einer Untersuchung der Europapolitik der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterbewegung selbstverständlich – gewerkschaftliches Handeln als auf die Verwirklichung von Interessen der abhängig Beschäftigten abzielendes politisches Handeln, so kann eine Leitbildanalyse zur Erklärung solchen Handelns einen wichtigen Beitrag leisten. Zugleich können unter Zuhilfenahme des Leitbildkonzeptes die Vorstellungswelten unterschiedlicher politischer Akteure miteinander verglichen und aufeinander bezogen werden. Wurden, so ist etwa zu fragen, die europabezogenen Leitvorstellungen lediglich in den politischen Ideenhaushalt der außenpolitisch prominenten Akteure der Gewerkschaften eingeschrieben oder wurden sie auch von der mittleren Führungsschicht der Funktionäre, den übrigen Hauptamtlichen oder gar den Mitgliedern wenigstens im Kern geteilt? Es muss hier schon konzediert werden, dass die Beantwortung dieser Frage allenfalls annähernd möglich ist.

Die Entstehung und der Wandel solcher „erfahrungsgesättigter“ Leitbilder lassen sich dabei nur verstehen, wenn sie mit den zentralen sie prägenden historischen Schlüsselereignissen sinnvoll in Beziehung gesetzt werden. Leitbilder lassen sich sowohl als Funktion oder Ableitung jener von Maurice Halbwachs in den 1920er Jahren konzipierten Denkfigur des „kollektiven Gedächtnisses“ auffassen, aufgrund dessen Angehörige von Gruppen – beispielsweise Gewerkschaftsfunktionäre – gegenwärtige politische, soziale und kulturelle Verhältnisse und Herausforderungen kollektiv deuten, nicht selten infolge tief greifender historischer Zäsur- und Katastrophenerfahrungen wie den Weltkriegen oder der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre. Wie dem im Einzelnen auch sei: Leitbilder als fundamentale Ordnungsvorstellungen formieren sich durch historische Erfahrung und können nur durch eine historisch fundierte Interpretation der von den Zeitgenossen (tendenziell kollektiv) erfahrenen historischen Wirklichkeit rekonstruiert werden. Vorliegende Darstellung der europapolitischen Leitbilder „der Gewerkschaften“ und ihrer führenden Vertreter orientiert sich so zunächst an den wichtigsten Zäsuren der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts und dann, mehr aus

79 Ebd., S. 22.

der Nahdistanz, an den geläufigen Etappen des europäischen Einigungsprozesses, der nun selbst historische Wirkmächtigkeit zu entfalten begann und auf die grundlegenden Anschauungen der beteiligten Akteure, wie Europa sein soll, zurückstrahlte.

Dass solche, auf eine Integration der europäischen Völker und Nationen bezogenen politischen Deutungsmuster und Zielvorstellungen bereits vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs von einer ganzen Reihe gewerkschaftlicher Protagonisten vorgedacht waren und sich die außenpolitische Grundorientierung der Gewerkschaften Europas schon in den 1920er in erheblichem Maße von der Idee einer immer engeren Zusammenarbeit der europäischen Nationen leiten ließ, ist das Thema des ersten Teils dieser Darstellung. Nach dem in seiner Brutalität beispiellosen und niederschmetternden Völkermord des Ersten Weltkriegs sahen sich auch die Gewerkschaften in Bezug auf eine anzustrebende internationale Ordnung und die Erhaltung des Friedens vor neue Herausforderungen gestellt. Dabei schien es angebracht, noch etwas weiter auszugreifen und zunächst die Entwicklung der internationalen Ordnungsvorstellungen des sozialistischen Teils der Arbeiterbewegung bzw. der Gewerkschaften vor dem Ersten Weltkrieg kurz zu skizzieren.

Im weiteren Verlauf der Untersuchung wird der Versuch unternommen, die von den Gewerkschaften vertretenen Leitvorstellungen einer anzustrebenden europäischen Ordnung mit der Wirklichkeit der nun anhebenden, vor dem Hintergrund des Kalten Kriegs allein auf Westeuropa beschränkten, realen verstärkten innereuropäischen Zusammenarbeit und dem Beginn einer supranationalen europäischen Integration in Beziehung zu setzen. Wie verhielten sich die (verschiedenen Zweige) der europäischen Gewerkschaftsbewegung gegenüber dem nun real einsetzenden europäischen Einigungsprozess, für welches Europa plädierten sie in den verschiedenen Etappen der europäischen Integration?

Abschließend wird die Rolle der Gewerkschaften, ihre europabezogenen Aktivitäten und Leitvorstellungen innerhalb „EWG-Europas“ ausführlich in den Blick genommen und der Frage nachgegangen, ob und wie die Erfahrungen der Arbeitnehmerorganisationen mit den europäischen Institutionen und dem politischen Output der Europäischen Gemeinschaften ihre europapolitischen Leitvorstellungen modifizierten.

Das Jahr 1973 markiert das Ende der Darstellung. Denn mit der ersten Erweiterungsrunde und dem Beitritt des Vereinigten Königreichs, Dänemarks und Irlands zu den Europäischen Gemeinschaften und der Gründung des EGB im Jahr 1973, veränderte sich das Koordinatensystem gewerkschaftlicher Europapolitik tief greifend. Die Gründung des EGB, in den die bis dato

auf EG-Ebene bestehenden Föderationen der freien und christlichen Gewerkschaften aufgingen und in den auch die Gewerkschaftsverbände der Nicht-EWG-Länder Aufnahme fanden, markierte eine neue Etappe gewerkschaftlicher Politik in Europa. Denn anders als in seinen auf EWG-Ebene operierenden Vorläufern prallten im EGB die anfangs sehr unterschiedlichen europapolitischen Zielvorstellungen der beteiligten Gewerkschaftsdachverbände hart aufeinander. Von gemeinsamen europapolitischen Leitvorstellungen „der“ Gewerkschaften innerhalb der EG kann nach 1973 für einen langen Zeitraum nicht mehr gesprochen werden. Überhaupt geriet nun auch der Einigungsprozess selbst für mehr als ein Jahrzehnt ins Stocken. Angesichts verschiedener blockierter Initiativen einer „Vertiefung“ der Gemeinschaft und der sich nach dem Ölpreisschock des Jahres 1973 in allen Mitgliedsländern verschlechternden wirtschaftlichen und sozialen Rahmendaten – auf die eine europäische Antwort zunächst weitgehend ausblieb – gewannen zunehmend pessimistische Beschreibungen des Standes der europäischen Vereinigung die Oberhand in der publizistischen Berichterstattung wie in der politikwissenschaftlichen Analyse. Und auch die Gewerkschaften sollten erhebliche Schwierigkeiten haben, ihre Rolle in diesem neuen Europa der Neun überhaupt nur zu definieren.

I GEWERKSCHAFTLICHER INTERNATIO- NALISMUS UND GEWERKSCHAFTLICHE „EUROPAPOLITIK“ VOR 1945

1 DER INTERNATIONALISMUS DER ARBEITERBEWEGUNG UND DIE GEWERKSCHAFTEN VOR DEM ERSTEN WELTKRIEG

Die Idee einer grenzübergreifenden, internationalen Klassensolidarität des Proletariats gehörte von Anfang an zum ideologischen Kernbestandteil des sozialistischen Teils der Arbeiterbewegung. Schon das 1848 erschienene „Kommunistische Manifest“ mündete in dem empathischen Aufruf „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ und die 1871 nach der gewaltsamen Niederschlagung der Pariser Kommune zunächst in französischer Sprache gedichtete „Internationale“ avancierte zur Melodie des Belgiers Pierre Degeyter schnell zum weltweit am weitesten verbreiteten Kampflied der sozialistischen Arbeiterbewegung.

Es verwundert daher nicht, dass sich die verschiedenen sozialistisch inspirierten Arbeitergesellschaften und -bünde auch auf internationaler Ebene schon fast am Anfang ihrer Organisationsgeschichte formiert hatten. Arbeiterorganisationen der verschiedenen zumeist europäischen Staaten schlossen sich im Jahr 1864 zu einer ersten Internationalen Arbeiterassoziation (IAA) zusammen und begründeten so die jahrzehntelange Ära internationaler Sozialistenkongresse. Theoretische und praktische Fragen sozialistischer Politik waren so von vornherein Gegenstand internationalen Meinungsaustausches. Und auch der Marxismus selbst, der das geistige Gepräge der sozialdemokratischen/sozialistischen Organisationen der Arbeiterbewegung der verschiedenen Länder in hohem Maße prägte, war als transnationale Ideologie mit universellem Erklärungsanspruch grundsätzlich auf die gesamte kapitalistische Welt bezogen.

Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern von Karl Marx (1818–1883) und Friedrich Engels (1820–1895), den wichtigsten Impulsgebern dieser ersten Internationale, und den Anarchisten um Michail Bakunin (1814–1876), bereiteten dem Organisationsexperiment zwar schon 1876 ein frühzeitiges Ende. Allerdings riss die internationale Bande zwischen den sozialistischen Gruppen auch in den folgenden Jahren nicht ab; zu denken ist hier einerseits an den nie an nationale Grenzen gebundenen intellektuellen Austausch der verschiedenen Schlüsselpersönlichkeiten der sozialistischen Bewegung (in dessen Zentrum bis zu seinem Tod 1895 Friedrich Engels als zentrale Autorität sozialistischer Theorie und Praxis gestanden hat); zu den-

ken ist auch an die auch nach dem Scheitern der Ersten Internationale sporadisch abgehaltenen internationalen Arbeiterkonferenzen, die den Vordenkern der verschiedenen nationalen Arbeiterorganisationen auch weiterhin ein regelmäßiges Forum für persönliche Kontakte und Diskussionen boten.⁸⁰ Nach 1883 errang zudem „Die Neue Zeit“ unter der Ägide Karl Kautskys nicht nur als Publikations-Forum von Schriften der geistigen Väter (und auch der nicht zahlreichen Mütter) des Sozialismus, sondern auch als Meinungsforum der führenden Vertreter des europäischen Sozialismus ihre internationale Bedeutung.

1.1 Die Gewerkschaften als Akteure innerhalb der Zweiten Internationale und die internationale Gewerkschaftsbewegung vor dem Ersten Weltkrieg

1889 manifestierte sich die Idee des Internationalismus dann erneut; in Paris versammelten sich etwa 400 Delegierte aus 20 Staaten bzw. rund 300 verschiedenen Arbeiterorganisationen und -parteien zu einem weithin beachteten Arbeiterkongress. Die Versammlung bildete den Auftakt für die sogenannte Zweite Internationale.⁸¹ Zugelassen waren zum einen „alle Vereinigungen, die den wesentlichen Grundsätzen des Sozialismus zustimmen: Sozialisierung der Produktions- und Austauschmittel; internationale Vereinigung und Aktion der Arbeiterklasse; Eroberung der öffentlichen Gewalt durch das in einer Klassenpartei organisierte Proletariat“ – und damit die zu diesem Zeitpunkt mehr oder minder stark marxistisch beeinflussten sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien. Als zweite Gruppe neben den Parteien waren „alle gewerkschaftlichen Organisationen, die sich auf den Boden des Klassenkampfes stellen und die Notwendigkeit der politischen, also

80 Zur Geschichte der sogenannten I. Internationale vgl. Helmut Hirsch: Aufstieg und Niedergang der Ersten Internationale, in: ders., Denker und Kämpfer. Gesammelte Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Frankfurt a. M. 1955, S. 129–148.

81 Zur (Früh-)Geschichte der Sozialistischen Internationale vgl. den zeitgenössischen Überblick von Camille Huysmans: Die Sozialistische Internationale, in: Sozialistische Monatshefte, H. 9, 1910, S. 535–539; nach wie vor von Interesse sind auch die entsprechenden Passagen des österreichischen Sozialisten Max Beer, Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe, Teil 1–5, Berlin 1921–1923 (Reprint: Erlangen 1971) sowie Lewis L. Lorwin, L'internationalisme et la classe ouvrière, Paris 1933. Neuere Darstellungen: James Joll, The Second International 1889–1914, London 1974; eine kommentierte Dokumentensammlung stammt von Gerhard A. Ritter (Hg.), Die Zweite Internationale 1918–1919. Protokolle, Memoranden und Korrespondenzen, 2. Bde., Bonn/Berlin 1980.

legislativen und parlamentarischen, Aktion anerkennen, jedoch nicht in direkter Weise an der sozialistischen Bewegung teilnehmen“, von Beginn an vertreten.⁸²

Die Internationale war so Zeit ihres Bestehens nicht allein das Sprachrohr der sie tragenden sozialistischen Parteien, sondern auch der ihnen nahe stehenden Gewerkschaften, die im Übrigen bei der Gründung mehrerer nationaler Parteiorganisationen – wie im Fall der Labour Party oder der Parti Ouvrier Belge (POB) – eine zuweilen entscheidende Rolle gespielt hatten. Sie waren somit auf den regelmäßig, üblicherweise in dreijährigem Turnus tagenden Sozialistenkongressen mit eigenen Delegierten vertreten und hatten hier über ihre Politik Rechenschaft abzulegen; dabei hatten sie zumindest ihrem moralischen Anspruch nach in ihrer Politik die von der Internationale vorgegebenen Beschlüsse genau so zu befolgen, wie die sozialistischen Parteien. Die nun Jahr für Jahr wiederholten Massenkundgebungen zum 1. Mai wurden im Wesentlichen von der sozialistisch inspirierten Gewerkschaftsbewegung der wirtschaftlich entwickelten Nationen getragen. Die vom Gründungskongress der Internationalen zum Gedenken an die blutig unterdrückten Kämpfe Chicagoer Arbeiter für die Einführung des Achtstundentages zum internationalen Kampftag der Arbeiterklasse ausgerufenen Maifeiern markierten in der Folgezeit den mit Abstand wichtigsten Festtag der Arbeiterbewegung in ihrer „heroischen“ Phase, an denen sich Jahr um Jahr weltweit Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen im Zeichen der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse zu friedlichem Sozialprotest zusammenfanden.

Ebenfalls ausgehend vom Pariser Arbeiterkongress hatten sich auch die nationalen Einzelgewerkschaften bestimmter Branchen und Berufe schon vor der Wende zum 20. Jahrhundert zunächst in Form der IBS zu organisieren begonnen. Allerdings beschränkte sich die Tätigkeit dieser Verbindungen zunächst weitgehend auf den Informations- und Meinungsaustausch, die gegenseitige Hilfe im Streikfall und auf erste Ansätze einer internationalen Koordinierung von Arbeitskämpfen und als „Schaltzentrale von Solidaritätsaktionen“.⁸³ Politische Bestrebungen im engeren Sinn gingen von den IBS bis in die Zwischenkriegszeit nicht aus.

Kurz nach der Wende zum 20. Jahrhundert schlossen sich erstmals auch die gewerkschaftlichen Dachverbände, die, wie es in der damaligen Funktiónärrsprache hieß, „gewerkschaftlichen Landeszentralen“ in einem internationalen Sekretariat zusammen. Im Anschluss an den 1901 in Kopenhagen ta-

82 Huysmans, ebd., S. 537.

83 Simon: Internationale Transportarbeiter-Föderation, S. 282.

genden skandinavischen Arbeiterkongress gründeten sie die „Internationale Zentralstelle der gewerkschaftlichen Landeszentralen“. Berlin wurde zum Sitz der Gruppierung bestimmt und Carl Legien (1861–1920), der Generalsekretär der deutschen Generalkommission der Gewerkschaften, zum „internationalen Sekretär“ gewählt.⁸⁴ Auf der achten Konferenz der Gewerkschaftsinternationale 1913 in Zürich – der letzten vor dem Krieg – entschieden sich die anwesenden Sekretäre der nationalen Organisationen dann einmütig für die Umbenennung des „Internationalen Sekretariats“ in „Internationaler Gewerkschaftsbund“⁸⁵.

Zur Entwicklung und Propagierung eigenständiger politischer Zielvorstellungen, gar internationaler Ordnungsvorstellungen, konnte sich die Gewerkschaftsinternationale vor dem Ersten Weltkrieg noch nicht entschließen. Die Ziele der Gruppierung blieben analog der von den IBS verfolgten Praxis sehr begrenzt und beschränkten sich im Wesentlichen auf einen wechselseitigen Informationsaustausch über die Entwicklung der Arbeiterbewegung in den einzelnen Ländern, über den Stand der jeweiligen Arbeitsgesetzgebung u. Ä. sowie auf die Organisation von Solidaritätsaktionen und Hilfsaktionen im Fall großer Streiks.

Die von den französischen Delegierten im Vorfeld der vierten internationalen Gewerkschaftskonferenz 1905 in Amsterdam erhobene Forderung, die Fragen Antimilitarismus, Generalstreik und Achtstundentag auch nur auf die Tagesordnung zu setzen, wurden lediglich von den holländischen und norwegischen Verbänden unterstützt und von der Mehrheit der angeschlossenen Verbände abgelehnt.⁸⁶

Per saldo delegierte die Gewerkschaftsinternationale also vor dem Ersten Weltkrieg den Bereich der internationalen Politik gewissermaßen offiziell an die zweite Internationale, die als der politische Arm der Internationalen Arbeiterbewegung betrachtet wurde. Sie folgte so der insbesondere in

84 Zur Geschichte der Internationalen Gewerkschaftsbewegung in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg und in der Zwischenkriegszeit vgl. die nach wie vor sehr aufschlussreichen zeitgenössischen Darstellungen von Carl Legien: Die gewerkschaftliche Internationale, in: Sozialistische Monatshefte 16/1910, S. 412–417; ders., Die gewerkschaftliche Internationale 1910–1913, in: ebd., 20/1914, S. 3–11; Johann Sassenbach, Fünfundzwanzig Jahre Internationale Gewerkschaftsbewegung (=Internationale Gewerkschaftsbibliothek H. 4/5), Amsterdam 1926 sowie ders., Internationaler Gewerkschaftsbund, in: Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens, hrsg. v. Ludwig Heyde, 2 Bde., Berlin 1931/1931, S. 823–834. Daneben existieren rückblickende Darstellungen aus der Sicht ehemaliger Funktionäre der internationalen Gewerkschaftsbewegung, so von John Price, Walter Citrine und Hans Gottfurcht.

85 Sassenbach: Fünfundzwanzig Jahre, S. 36.

86 Vgl. ebd., S. 14.

Deutschland praktizierten Arbeitsteilung zwischen dem gewerkschaftlichen und dem politischen Flügel der Arbeiterbewegung. Den Gegenpol bildete die CGT in Frankreich, die ihre parteipolitische Unabhängigkeit betonte und deren Kader nicht im Traum daran gedacht hätten, ihre politischen Interessen an eine Partei ihres Landes zu delegieren, auch nicht an die sozialistische.⁸⁷

Innerhalb der Internationale verfügten die gewerkschaftlichen Vertreter im Rahmen der nationalen Delegationen jedoch über einen mehr oder minder großen Einfluss auf die Ausgestaltung der auf den Sozialistenkongressen festgelegten politischen Grundlinien der internationalen Politik.⁸⁸ In der Realität erwies sich die Sozialistische Internationale trotz ihres globalen Anspruchs als ein weitgehend eurozentrischer Verbund; von den wenigen außereuropäischen Sektionen spielten allein die Vereinigten Staaten von Amerika eine gewisse, zunächst allerdings auch kaum mehr als marginale Rolle.⁸⁹ Was aber waren die ursprünglich von der Internationalen verfolgten Ziele und inwieweit war hierbei Europa stillschweigender oder expliziter Bezugsrahmen internationaler Ordnungsvorstellungen?

87 Vor dem Ersten Weltkrieg nahm unter den europäischen Gewerkschaften besonders die französische CGT gegenüber den Parteisozialisten ihres Landes einen dezidiert unabhängigen Standpunkt ein. 1906 nahm der 9. Kongress der CGT die Charta von Amien (Charte d'Amiens) an, die bis heute für weite Teile der französischen Gewerkschaftsbewegung den wichtigsten theoretischen Bezugspunkt darstellt. Die CGT vereine, so hieß es in dem Schlüsseldokument, „ungeachtet aller politischen Schulen alle Arbeiter, die sich des zu führenden Kampfes für das Verschwinden von Lohnarbeit und Unternehmertum bewusst sind“, dabei haben die „konföderierten Organisationen sich als gewerkschaftliche Gruppierungen heraus nicht um Parteien und Sekten zu kümmern, die außerhalb und abseits in aller Freiheit die Veränderung der Gesellschaft betreiben mögen.“

88 Das Kongressreglement überließ es zunächst den nationalen Sektionen, die Delegiertenstimmen zwischen den sozialistischen Parteien und „Organisationen“ aufzuteilen. Im Fall der Nichteinigung sollte die Verteilung der Mandate vom Sozialistischen Büro vorgenommen werden, das die Arbeiten der Internationale koordinierte; vgl. Huysmans, ebd., S. 537.

89 Außer derjenigen der USA hatte sich bis 1910 lediglich die argentinische Arbeiterbewegung angeschlossen; die Zahl der den einzelnen Sektionen für die Kongresse zugewilligten Stimmen bemaß sich „a) nach der Anzahl ihrer zahlenden Mitglieder im Verhältnis zur Größe der Bevölkerung; b) nach der Bedeutung der betreffenden Nation; c) nach der Stärke der Gewerkschaften und Genossenschaften; d) nach der politischen Macht der sozialistischen Partei oder der sozialistischen Parteien“ (ebd.). Nach diesem Modus waren den amerikanischen Delegierten auf dem Kopenhagener Kongress immerhin 14 Delegiertenstimmen reserviert (gegenüber je 20 für die großen europäischen Mächte Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Österreich/Böhmen und Russland und 15 für Italien). Trotz der nicht zu unterschätzenden Beteiligung der Amerikaner blieben die Sozialistenkongresse weitgehend europäische Veranstaltungen und fanden auch stets auf dem alten Kontinent statt.

1.2 Ziele und internationale Ordnungsvorstellungen der Zweiten Internationale

Die Internationale entwickelte auf ihren in der Regel im Dreijahresturnus abgehaltenen Kongressen zügig ein Programm des internationalen Arbeiterschutzes, in dessen Zentrum neben der Begrenzung der Kinder- und Frauenarbeit die immer wieder leidenschaftlich geforderte Einführung des Achtstundentags stand.⁹⁰ Sie verlangte damit die überstaatliche Einführung gleichförmiger und verbindlicher sozialer Normen; zugleich erreichten die Sozialistinnen, dass der Ruf nach gleicher Entlohnung von Männern und Frauen für gleiche Arbeit von Beginn an zu einer Kernforderung der Arbeiterinternationale erhoben worden war. Insgesamt war so eine Art internationaler Sozialcharta und, wenn man so will, das Leitbild eines global regulierten Kapitalismus formuliert, welches die angeschlossenen Organisationen durch geeignete Aktionen und Forderungen gegenüber ihren Regierungen durchzusetzen hatten.⁹¹

Das eigentliche immer wieder beschworene politische Kernziel war jedoch der Kampf für den Frieden und damit nicht zuletzt für die Verhinderung eines immer wieder befürchteten Kriegs der europäischen Mächte untereinander. Eine Schlüsselrolle bei der Konfliktvermeidung fiele, dies war zahlreichen Sozialisten bereits vor der Wende zum 19. Jahrhundert selbstverständlich, der organisierten Arbeiterklasse Deutschlands und Frankreichs zu. So hatte schon 1889 auf dem Gründungskongress der Internationale mit Wilhelm Liebknecht (1826–1900) einer der Gründerväter der deutschen Sozialdemokratie in seiner in französischer Sprache gehaltenen Eröffnungsrede „die Feindschaft Deutschlands und Frankreichs“ als bisheriges „Haupthindernis des politischen und sozialen Fortschritts in Europa“ und die „Verbrüderung Frankreichs und Deutschlands“ als „Triumph des Friedens, der Zivilisation, des Sozialismus“ bezeichnet.⁹² Dass sich die Sozialisten seiner Zeit

90 Die Parole „Acht Stunden arbeiten, acht Stunden schlafen und acht Stunden Freizeit und Erholung“ war von dem walisischen Sozialreformer und Frühsozialisten Robert Owen (1771–1858) bereits zu Beginn der 1830er Jahre breitenwirksam propagiert worden. Die internationale gesetzliche Einführung des Achtstundentags war schon auf dem Genfer IAA-Kongress des Jahres 1866 unter Federführung von Karl Marx und Friedrich Engels eingefordert worden und avancierte bald zur zentralen Kampflosung der Arbeiterklasse der gesamten Welt.

91 Vgl. hierzu Paul Kampffmeyer: Sozialistische Arbeiter-Internationale, in: Heyde, Handwörterbuch, S. 1516–1530, hier: S. 1522 f.

92 Zitat nach Helga Grebing: Wie europäisch war die Internationale der Arbeiterbewegung? Vortrag auf der Tagung in Genshagen 11. Mai 2007 „Europa der Zugehörigkeiten“, www.helgagrebing.de/docs/genshagen1.html [Abruf März 2003].

nicht in ein engstirniges Korsett nationaler Machtpolitik einspannen ließen, hatte dabei gerade Liebknecht – zusammen mit August Bebel (1840–1913) – bereits nach dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 unter Beweis gestellt, als er im Reichstag nach der Niederlage Frankreichs und der Ausrufung der Französischen Republik gemeinsam weitere Kriegskredite ablehnte, die Annexion Elsass-Lothringens durch Deutschland verurteilte und später den Aufstand der Pariser Kommune von 1871 verteidigte.⁹³

Das Bemühen um die internationale Völkerverständigung schlug sich in den folgenden Jahrzehnten in flammenden Resolutionen und Manifesten der Sozialistenkongresse gegen die nationale Aufrüstung der imperialen Mächte nieder. Eingeläutet worden war diese Tradition bereits durch den Pariser Arbeiterkongress von 1889, auf dem die Erhaltung des Friedens „als die erste und unerlässliche Bedingung jeder Arbeiteremanzipation“ bezeichnet worden war. Insbesondere der „Friedenskongress“, den die Sozialistische Internationale 1912 angesichts kriegigerischer Konflikte auf dem Balkan außerplanmäßig nach Basel einberufen hatte, stand ganz im Zeichen des Kampfes gegen den Krieg und fand ein im Wortsinne weltweites publizistisches Echo.

Auch das Internationale Sozialistische Büro, das seit der Wahl eines hauptamtlichen Generalsekretärs im Jahr 1901 die Arbeit der Sozialistischen Internationale vom Brüsseler Volkshaus aus koordinierte – seit 1905 mit dem bestens vernetzten und hochaktiven Camille Huysmans (1871–1968) als Generalsekretär –, widmete der Friedensfrage einen Großteil seiner Aufmerksamkeit. In Brüssel trafen sich dabei mehr oder minder regelmäßig jeweils zwei Delegierte der angeschlossenen Nationen, um die Kongresse vorzubereiten und über wichtige Fragen zu beraten. Ein kontinuierlicher institutionalisierter Austausch zwischen den sozialistischen Bewegungen innerhalb Europas war so bereits im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts gewährleistet. Zentrale Akteure waren dabei die Repräsentanten der organisatorisch am weitesten entwickelten sozialistischen Parteien und Gewerkschaften Zentraleuropas, Skandinaviens und Großbritanniens.⁹⁴

Zum Erhalt des Friedens sahen die in der Internationale zusammen geschlossenen Parteien und Gewerkschaften „in der demokratischen Organisation des Heerwesens, der Volkswehr anstelle der stehenden Heere, eine wesentliche Garantie dafür, dass Angriffskriege unmöglich und eine Über-

93 Vgl. hierzu Susanne Miller/Heinrich Potthoff: *Kleine Geschichte der SPD*, Köln 1983 (5. Auflage), S. 44 f.

94 Zur Völkerverständigungspolitik der Internationale vgl. ebd., S. 1524 f.

windung der nationalen Gegensätze erleichtert wird.“⁹⁵ Sie griffen dabei Vorstellungen auf, die insbesondere unter den französischen Sozialisten um Jean Jaurès (1859–1914) verbreitet waren, und verfochten damit zumindest implizit die These, dass bereits vor einer zu erwartenden sozialistischen Umwälzung konkrete Maßnahmen für den Erhalt des Friedens möglich und geboten seien.⁹⁶ Zugleich verpflichteten sich die angeschlossenen Parteien unter dem Motto „keinen Mann und keinen Groschen“ die von den Regierungen in die nationalen Parlamente eingebrachten Haushalte unter allen Umständen abzulehnen und sich erst recht nicht an Koalitionsregierungen mit den bürgerlichen Parteien zu beteiligen.⁹⁷

Auf dem 1907 in Stuttgart abgehaltenen Internationalen Sozialistenkongress nahmen die Delegierten für sich in Anspruch, dass das in den sozialistischen Parteien und Gewerkschaften zusammen geschlossene Proletariat in der Vergangenheit „mit steigenden Nachdruck und Erfolg zu den verschiedensten Aktionsformen gegriffen (habe), um den Ausbruch von Kriegen zu verhindern oder ihnen ein Ende zu machen (...)“⁹⁸. Drohe der Ausbruch eines Krieges, so hieß es in der Stuttgarter EntschlieÙung über „Militarismus und internationale Konflikte“, „so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Büros, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich nach Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern. Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbei geführte wirtschaftliche und soziale Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen“.⁹⁹

95 Protokoll des Internationalen Sozialistenkongresses zu Stuttgart, Berlin 1907, S. 65 (Kongressentschließung über „Militarismus und internationale Konflikte“).

96 1910 hatte Jaurès das Konzept der Volksarmee in seiner Schrift *„L'armée nouvelle“* zusammengefasst.

97 Zu diesem sogenannten „Antiministerialismus“ der Internationale vgl. Beer: *Allgemeine Geschichte*, S. 699. Heftige Auseinandersetzungen entfachte 1899 der Eintritt des französischen Sozialisten Millerand in das Kabinett Waldeck-Rousseau.

98 Protokoll des Internationalen Sozialistenkongresses zu Stuttgart, Berlin 1907, S. 65.

99 Protokoll des Internationalen Sozialistenkongresses zu Stuttgart, Berlin 1907, S. 66 (Kongressentschließung über „Militarismus und internationale Konflikte“).

Hauptziel des sozialistischen Internationalismus in der Zeit vor dem „Großen Krieg“ war es somit, bewaffnete Konflikte zwischen den europäischen Großmächten zu verhüten. Zwar werde die Gefahr von Kriegen erst mit der Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch den Sozialismus endgültig gebannt sein, doch könne die organisierte Arbeiterbewegung bereits jetzt ihre Macht zur Sicherung des Friedens erfolgreich einsetzen. Nicht durchsetzen konnte sich allerdings die vor allem von Jean Jaurès, dem wohl prominentesten Führer der französischen Sozialisten,¹⁰⁰ und Keir Hardie (1856–1915), dem ersten Vorsitzenden der Independent Labour Party,¹⁰¹ vertretene Meinung, dass sich die Arbeiterbewegung verbindlich verpflichten müsse, bei drohender Kriegsgefahr zum Mittel des Generalstreiks zu greifen. Neben den österreichischen und einigen englischen hielten besonders die deutschen Sozialisten die Generalstreiksidee für ganz unerhört. August Bebel, bis zu seinem Tod 1913 der unangefochtene „Arbeiterkaiser“ der deutschen Sozialdemokratie, erklärte derartige Forderungen auf dem Internationalen Sozialistenkongress in Stuttgart glattweg für „unmöglich und indiskutabel“; die deutsche Sozialdemokratie könne sich nicht auf Kampfformen einschwören lassen, „die dem Parteileben und unter Umständen auch der Existenz der Partei verhängnisvoll werden könnten.“¹⁰² Unfähig sich zu einigen, überwies der folgende Kongress in Kopenhagen¹⁰³ die Generalstreiksfrage dem Sozialistischen Büro in London „zum weiteren Studium“.¹⁰⁴

100 Jaurès war einer der Führer der von ihm, Jules Guesde und Édouard Vaillant wesentlich geprägten Vereinigung sozialistischer Gruppen in der „Section française de l'Internationale ouvrière“ (S.F.I.O.). Er setzte sich am Vorabend des Ersten Weltkrieges in einer nicht endenden Kette von Schriften, Manifestationen und Reden leidenschaftlich für den Erhalt des Friedens und gegen den drohenden Krieg ein. Am 30. Juli 1914 fiel er einem Mordanschlag zum Opfer.

101 Hardie entstammte der Gewerkschaftsbewegung seines Landes und war Mitbegründer der 1893 gegründeten, stark pazifistisch orientierten Independent Labour Party (ILP). Die ILP spielte eine maßgebliche Rolle bei der Gründung des Labour Representation Committee, aus dem 1906 die eigentliche Labour Party hervor ging und der sich die ILP unmittelbar anschloss.

102 Zitiert nach Kampffmeyer: Sozialistische Arbeiter-Internationale, S. 1525.

103 Protokoll des Internationalen Sozialistenkongresses zu Kopenhagen, 28. August bis 3. September 1910, Berlin 1910, S. 43.

104 Émile Vandervelde (1866–1938) war der wohl bedeutendste belgische Sozialist vor dem Zweiten Weltkrieg. Von der Jahrhundertwende bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs war er einer der führenden Protagonisten innerhalb der Internationale; von 1916–1917 amtierte er als erster Sozialist als Minister seines von den Deutschen überfallenen Landes. In der Folgezeit übernahm er mehrfach Ministerämter in verschiedenen Koalitionsregierungen (Außenminister von 1925–1927). Den Parteivorsitz der POB übernahm er 1928 und behielt ihn bis zu seinem Tod im Jahr 1938.

Der Idee, durch eine koordinierte internationale Streikaktion im Falle drohender Kriegsgefahr den Frieden zu bewahren, scheiterte so letztlich vornehmlich an deutschen Bedenken. Neben der Agitation für den Frieden blieb, als probates und offenbar bereits vor der erhofften und erwarteten sozialistischen Umwälzung als wirksam erachtetes Mittel zur Friedenswahrung, allein die Einführung internationaler Schiedsgerichte. Die Forderung nach ihrer Einrichtung zog sich durch alle Resolutionen der Internationale vor dem Ersten Weltkrieg. Zu ihr gesellte sich meist diejenige nach verbindlichen Abkommen zur Rüstungskontrolle zwischen den Staaten. Derartige Appelle standen zweifellos in einem gewissen Widerspruch zu einigen Annahmen der marxistischen Ideologie über den grundsätzlich bellizistischen Charakter kapitalistischer Staaten und sind auch dementsprechend kritisiert worden.¹⁰⁵

1.3 Friedensidee und sozialistische Vorstellungen einer Einigung Europas vor dem Ersten Weltkrieg

Einen ersten ideengeschichtlichen Impuls hinsichtlich der europapolitischen Zielvorstellungen der Sozialisteninternationale hatte bereits der IAA-Kongress von 1867 ausgesandt, der sich ebenfalls mit dem Erhalt des Friedens beschäftigt hatte und als Fernziel „die Herstellung eines europäischen Freistaaten-Bundes“ am Horizont aufscheinen ließ.¹⁰⁶ Die Versammlung griff hiermit eine Idee auf, die, auch schon unter dem Begriff der „Vereinigten Staaten von Europa“, seit der Mitte des 19. Jahrhunderts von einigen pazifistisch und humanistisch inspirierten Intellektuellen wie Victor Hugo (1802–1885) formuliert worden war.¹⁰⁷ Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts entwickelte sich die europäische Idee als Variante und Ausprägung linksliberalen Fortschrittsgeistes zur einer festen Größe eines transnationalen politischen Diskurses.

105 Vgl. beispielsweise Rosa Luxemburg: Friedensutopien, in: Gesammelte Werke, Bd. 2, 1906–Juni 1911, Berlin (Ost) 1972, S. 491–505, hier: S. 493 (zuerst erschienen in der Leipziger Volkszeitung am 6. und 8. Mai 1911).

106 Vgl. Kongress der Internationalen Arbeiterassoziation in Lausanne. Enthalten in: Der Vorbote. Politische und sozial-ökonomische Monatsschrift. Zentralorgan der Sektionsgruppe deutscher Sprache der Internationalen Arbeiterassoziation, redigiert von Johann Philipp Becker in Genf, 2. Jg., S. 142 (Reprint 1963).

107 Hugo hatte die Zielvision der in den „Vereinigten Staaten von Europa“ friedlich vereinten europäischen Nationen in seiner berühmten Eröffnungsrede zum Pariser Friedenskongress am 21. August 1849 Ausdruck gegeben.

Die u. a. von Victor Hugo und Giuseppe Garibaldi 1867 gegründete „Friedens- und Freiheitsliga“ – sie bildete lange den links demokratischen Flügel der Friedensbewegung – verankerte nicht nur den Begriff des „Pazifismus“ im Bewusstsein jedenfalls der politisch interessierten Öffentlichkeit in Europa, sondern auch der Formel der „Vereinigten Staaten von Europa“, die ihrem Wochenblatt den Namen gab.¹⁰⁸

In den letzten Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg trat die Europaidee dann sowohl im Lager bürgerlicher Friedensfreunde und Weltverbesserer, aber auch als Vehikel nationalistischer Überlegenheitsansprüche in ganz verschiedenen Ausprägungen immer wieder in Erscheinung.¹⁰⁹ Auch ökonomische Motive traten nun als Impulsgeber europäischer Einigungsideen in Erscheinung: 1879 hatte der französische Nationalökonom Guillaume de Molinari die Idee einer mitteleuropäischen Zollunion entwickelt und dem deutschen Reichskanzler Bismarck vorgestellt, letztlich ohne Erfolg.¹¹⁰ Während die Idee Molinaris die friedliche Allianz gleichberechtigter staatlicher Akteure zum Ziel hatte und durchaus einen auf Völkerverständigung und friedlichen Interessenausgleich gerichteten Unterton aufwies, nahmen sich in der Folgezeit unter dem Stichwort „Mitteleuropa“ vornehmlich deutsch-völkische Gruppen des Themas an. Einen Höhepunkt erreichte die Debatte wohl mit dem unter dem Eindruck der Blockbildung des Ersten Weltkriegs geschriebenen „Mitteleuropa“-Buches¹¹¹ Friedrich Naumanns (1860–1919), das den Vorstellungen eines großen Teils der deutschen Bevölkerung entsprochen haben soll. Der damals sehr prominente Sozialliberale setzte sich mit zahlreichen Detailproblemen eines mitteleuropäischen Wirtschaftsraums unter einer Art moderat ausgeübten deutschen Hegemonie – der Charakter und die Einordnung seiner Schrift sind immer noch umstritten – auseinander.¹¹²

Wie auch immer: Das Thema „Europa“ war schon vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs durchaus en vogue und zumindest implizit Thema intellektueller Debatten. Auch innerhalb der sozialistischen Bewegung war die

108 Vgl. Schneider: Leitbilder, S. 58.

109 Vgl. hierzu Peter Theiner: „Mitteleuropa“-Pläne im Wilhelminischen Deutschland, in: Helmuth Berding (Hg.), Wirtschaftliche und politische Integration in Europa im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 1984, S. 128–148, hier: S. 148.

110 Ebd., S. 128 f.

111 Friedrich Naumann: Mitteleuropa, Berlin 1915,

112 Zur Diskussion um das Naumann'sche Konzept vgl. Britta Weichers: Mitteleuropa oder Pan-Europa, in: Adolf Schröder (Hg.), „Völker Europas, findet euch selbst!“, Beiträge zur Ideengeschichte der Europabewegung in Deutschland, Oldenburg 2007, S. 63–114, hier: S. 70 f.

Diskussion um eine anzustrebende Organisation des alten Kontinents an verschiedenen Stellen zutage getreten¹¹³ und verdichtete sich gelegentlich zu konkreten tagespolitischen Forderungen. 1895 wagten auf dem sechsten Kongress des Internationalen Bergarbeiterverbandes (IBV) in Paris 23 Delegierte aus fünf europäischen Staaten (Belgien, Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Österreich) das Gedankenspiel einer internationalen Regulierung des europäischen Kohlebergbaus. Man schlug nicht weniger als die Errichtung eines „vèritable ministère international des mines“ vor, dem – Jahrzehnte bevor dies in der Montanunion verwirklicht werden sollte – ein beratender Ausschuss beigegeben werden sollte. Selbst eine Umlage war vorgesehen: 0,10 Francs pro geförderter Tonne Kohle.¹¹⁴

Begleitet von heftigem Applaus seiner Fraktion forderte mit Georg Ledebour (1850–1947) auch einer der prominentesten Vertreter des linken Flügels der deutschen Sozialdemokratie 1911 im deutschen Reichstag die Vereinigung der europäischen Staaten – und zwar nicht als eine nach der erhofften und erwarteten sozialistischen Revolution in Angriff zu nehmende Aufgabe der Zukunft, sondern als eine der hier und heute bestehenden kapitalistischen Gesellschaft:

„Wir unterstützen alle die Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, die faden-scheinigen Vorwände für die unaufhörliche Kriegsrüstung zu beseitigen. Wir fordern den wirtschaftlichen und politischen Zusammenschluss der europäischen Staaten. Ich bin fest überzeugt: Wenn auch sicher in der Zeit des Sozialismus, so kann es doch auch schon früher dazu kommen, das wir die Vereinigten Staaten von Europa erleben, wie wir heutigentags den Vereinigten Staaten von Amerika im Wettbewerb gegenüberstehen. Wir stellen wenigstens an die kapitalistische Gesellschaft, an die kapitalistischen Staatsmänner die Forderung, das sie im Interesse der kapitalistischen Entwicklung in Europa selbst, um Europa später in der Weltkonkurrenz nicht vollkommen unter den Schlitzen kommen zu lassen, diesen Zusammenschluss Europas zu den Vereinigten Staaten von Europa vorbereiten.“¹¹⁵

113 Vgl. Peter Friedemann: Zwischen Internationalismus und Nation. Das Europabild der Vorkriegssozialdemokratie im Spiegel der Zeitschrift „Die Neue Zeit“ (1883–1914), in: *Le discours européen dans les revues allemandes (1871–1914)*, hrsg. v. Michel Grunwald, Bern 1995, S. 205–231.

114 Vgl. Hans Dichgans: *Montanunion. Menschen und Institutionen*, Düsseldorf/Wien 1980, S. 36; Paul Brouland, *Les syndicats ouvriers et l'Europe des Six*, Thèse de droit, Straßburg 1959, S. 69.

115 Rede Ledebours zur dritten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1911, in: *Verhandlungen des Deutschen Reichstags 4/1911*, S. 6142 f.

Doch nicht nur die Friedenssicherung erforderte für Ledebour die politische Einigung des alten Kontinents. Auch die ökonomische Entwicklung gebiete die sofortige wirtschaftliche Einigung des Kontinents, „weil ein zerrissenes, mit Zollschranken durchschnittenen Europa auf die Dauer dem Auftreten eines Gemeinwesens, das den ganzen Kontinent Nordamerikas umfasst, gar nicht standhalten könnte.“¹¹⁶ Trotz Balkankrisen und dem zeitgenössischen Rüstungswettlauf sah mit Karl Kautsky (1854–1938) auch der führende Theoretiker nicht allein der deutschen, sondern der internationalen Sozialdemokratie nur wenige Wochen nach Ledebours Reichstagsrede die Antwort für die latente Kriegsgefahr in den „Vereinigten Staaten von Europa“. Die Etablierung internationaler Schiedsgerichte und von Rüstungsbeschränkungen böten zwar die Möglichkeit, die Kriegsgefahr zu minimieren, doch:

“(…) die Verwirklichung solcher Verständigungen böte noch keine Garantie für eine ständige Fortdauer des Friedens, die das Gespenst des Krieges für immer bannte. Dafür gibt es heute nur einen Weg: die Vereinigung der Staaten der europäischen Zivilisation in einem Bunde mit gemeinsamer Handelspolitik, einem Bundesparlament, einer Bundesregierung und einem Bundesheer – die Herstellung der Vereinigten Staaten von Europa. Gelänge dies, so wäre Ungeheures erreicht.

Diese Vereinigten Staaten besäßen eine solche Übermacht, dass sie ohne jeglichen Krieg alle andern Nationen, soweit sie sich ihnen nicht freiwillig anschließen, dazu zwingen könnten, ihre Armeen aufzulösen, ihre Flotten aufzugeben. Damit hörte aber auch für die neuen Vereinigten Staaten selbst jede Notwendigkeit einer Bewaffnung auf. (...) Damit wäre die Ära des ewigen Friedens sicher begründet.“¹¹⁷

Die Vorstellungen Kautskys und Ledebours blieben nicht unwidersprochen. Der Rüffel kam von keiner Geringeren als Rosa Luxemburg (1871–1919), die schon damals zur Ikone und zur Sprecherin des linken Flügels des Sozialismus avanciert war und sich als wahre Gralshüterin des marxistischen Erbes verstand. Sie setzte sich ausführlich mit den „Friedensutopien“ der Gescholten auseinander und stellte fest, dass die „Idee (der europäischen Vereinigung, R.F.) jedenfalls in der Parteiagitiation ganz neu ist. Weder enthält unser Minimalprogramm auch nur eine Erwähnung einer solchen Konstruktion, noch haben sich je unsere Parteitage oder internationale Kongresse damit be-

116 Ebd., S. 6141.

117 Karl Kautsky, Krieg und Frieden: Betrachtungen zur Maifeier, in: Die neue Zeit. Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. 29. Jg, 1910–1911, 2. Bd. (1911), S. 97–107; Zitat: S. 105; vgl. hierzu auch Jürgen Mittag, Kleine Geschichte der europäischen Union, Münster 2008, S. 36.

fasst, noch ist sie auch nur in der Parteiliteratur je ernstlich diskutiert worden.“ Die Losung der „Vereinigten Staaten Europas“ sei „nur geeignet, die klaren Richtlinien unsrer internationalen Politik und unsrer revolutionären Friedenspropaganda zu trüben und zu verwässern.“¹¹⁸

Obwohl Luxemburg die Vorschläge Kautskys und Ledebours als kleinbürgerlich-utopistische Verirrungen abtat, so illustrieren ihre Europakonzepte doch, dass die Europaidee im sozialistischen Lager bereits vor dem Ersten Weltkrieg nicht mehr allein in den Höhenlagen intellektueller Visionen angesiedelt, sondern auf die Agenda konkreter politischer Zielvorstellungen gesetzt worden war.

1.4 Der Erste Weltkrieg und die Vorstellungen der (gewerkschaftlichen) Arbeiterbewegung über die internationale Neuordnung nach dem Krieg

Am 28. Juni ermordeten serbische Attentäter den österreichisch-ungarischen Thronfolger Franz Ferdinand und seine Ehefrau in Sarajewo. Ein sich ins Pathologische steigernder Nationalismus verband sich nun mit einem unseligen Imperialismus der bis an die Zähne bewaffneten Staaten zu einer fatalen Dynamik, der sich das klassische diplomatische Krisenmanagement der Zeit nicht gewachsen zeigte. Hinzu kam nicht allein seitens der kaiserlichen Regierung im Deutschen Reich die verhängnisvolle Bereitschaft, wirtschaftliche und soziale Interessenkonflikte durch einen beherzten militärischen „Griff nach der Weltmacht“ mit einem Schlag zu „lösen“.

Damit wurden die meisten europäischen Völker nun binnen Wochen in den Abgrund des ersten totalen Krieges der Geschichte gerissen. Das Deutsche Reich, Österreich-Ungarn und seine Verbündeten – sahen sich seit dem August 1914 einer Entente um Frankreich und England gegenüber, auf deren Seite sich nach einigem Zögern im Mai 1915 auch Italien und im April 1917 schließlich auch die USA schlugen.

Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs kam für die sozialistischen Parteien und Gewerkschaften völlig unerwartet und – wie es der Zentralrat der ITF plastisch ausdrückte – „wie ein Dieb in der Nacht“¹¹⁹. Die sozialistischen

118 Friedensutopien, in: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 2, 1906–Juni 1911, Berlin (Ost) 1972, S. 491–504 (zuerst erschienen in der Leipziger Volkszeitung am 6. und 8. Mai 1911), Zitate: S. 499, S. 504.

119 Weekly Report of the ITF, No. 127 vom 1. Oktober 1914, zitiert nach Simon, Internationale Transportarbeiter-Föderation, S. 264.

Parteien und Gewerkschaften konnten trotz aller selbst noch in den letzten Vorkriegstagen auf zahlreichen Großdemonstrationen beschworenen Friedenssehnsucht der Arbeiterschaft das industrielle Massenmorden weder verhindern noch vorzeitig beenden.¹²⁰ Zugleich zerstörte der Krieg den Mythos der Internationale als Anführerin des Weltproletariats, die man „(und sie sich selbst) für fähig (hielt, R.F.), in einer existenziellen Krise des Kapitalismus den Sieg des Proletariats über Ländergrenzen hinweg zu organisieren“.¹²¹ Als Schirmherrin und Hüterin der Völkerverständigung und des Friedens hatte sie versagt und ihre im Vorfeld des Krieges immer wieder lancierte Idee, die um wirtschaftliche und politische Einflussphären streitenden Regierungen einer internationalen Schiedsgerichtbarkeit zu unterwerfen, war an der Wirklichkeit zerschellt. 1917 scheiterte ein letzter Versuch des fort existierenden Internationalen Sozialistische Büro um Camille Huysmanns, die Sozialisten beider Kriegslager im neutralen Stockholm an einen Tisch zu bekommen, um Möglichkeiten eines Friedensschlusses zwischen den Kriegsmächten zu finden. Schließlich spaltete sich in den meisten europäischen Ländern die radikale Linke der Kriegsgegner von ihren sozialistischen Mutterparteien ab. In Frankreich erfasste die Spaltung 1921 mit der Gründung der kommunistisch geprägten CGTU (*Confédération générale du travail unitaire*) auch die Gewerkschaftsbewegung. Nach der russischen Oktoberrevolution und dem Sieg der Bolschewiki besiegelte die Gründung der Kommunistischen Internationale, die 1919 auf Initiative Lenins (1870–1924) in Moskau erfolgte, die Spaltung der ehemals sozialistischen Arbeiterbewegung dann auch auf internationaler Ebene.

Obwohl die nationalistische Kriegsbegeisterung zunächst auch weite Teile der Gewerkschaftsmitglieder und -funktionäre erfasst hatte, reifte seitens des Führungspersonals der nationalen Gewerkschaften erstaunlich schnell die Einsicht, dass eine angemessene Beteiligung der Arbeiterschaft bei der Ausgestaltung der Nachkriegsordnung eine neuerliche internationale Koordination erforderlich machen würde. Legien in seiner Eigenschaft als internationaler Sekretär des IGB versuchte (trotz aller Behinderungen durch die

120 Zum Gesamtkomplex nach wie vor maßgeblich: Georges Haupt: Der Kongress fand nicht statt. Die Sozialistische Internationale 1914, Wien 1967 und ders., *Socialism and the Great War. The Collapse of The Second International*, Oxford 1972; Madelaine Rebérioux, *Der Sozialismus und der Erste Weltkrieg (1914–1918)*, in: Jacques Droz (Hg.), *Sozialismus, Zweite Internationale und Erster Weltkrieg*, Frankfurt am Main u. a. 1976, S. 45–121.

121 Bernd Rother: Die Sozialistische Internationale, in: Europäische Geschichte Online (EGO), hg. vom Leibniz-Institut für Europäische Geschichte (IEG), Mainz 2012-11-29, www.ieg-ego.eu/rotherb-2012-de, URN: urn:nbn:de:0159-2012112903, hier: Abschnitt 35.

Briefzensur) mit einigem Erfolg von Berlin aus den Kontakt zu den angeschlossenen Verbänden aufrecht zu erhalten. Im November 1914 wurde ein Korrespondenzbüro in der niederländischen Landeszentrale in Amsterdam eingerichtet, dass den Postverkehr zwischen den Gewerkschaften der Kriegsgegner in der Folgezeit erstaunlich effektiv organisierte.¹²² Es galt, die Forderungen der Gewerkschaften bei der nach Kriegsende zu erwartenden Friedenskonferenz möglichst geschlossen zu präsentieren.

Am 5. Juli 1916 tagten im englischen Leeds Vertreter der englischen und französischen Gewerkschaften sowie einige Delegierte aus Belgien und Italien, um die Arbeiterforderungen für einen Friedensvertrag zu beraten. Man einigte sich auf ein umfangreiches Sozialprogramm,¹²³ auf das sich die Konfliktparteien nach Kriegsende verpflichten sollten. Die Arbeiterforderungen betrafen u. a. das Recht auf Arbeit und uneingeschränkte Koalitionsfreiheit, die Freizügigkeit der Arbeitnehmer einerseits und die Regulierung der Einwanderung unter Mitwirkung der Gewerkschaften andererseits, die Einführung bzw. den sofortigen Ausbau der Sozialversicherungssysteme, den Ausbau des Arbeitsschutzes und die Begrenzung der maximalen Arbeitszeit auf zehn Stunden, für Arbeiter in Bergwerken und gesundheitsschädlichen Industrien auf acht Stunden. Zugleich sollte eine internationale Kommission eingesetzt werden, „welche beauftragt ist, die Durchführung der auf die Sozialversicherung, Wanderarbeitswesen, Arbeitszeit, Hygiene und Sicherheit der Arbeiter bezüglichen Gesetze zu überwachen.“¹²⁴ Und es sollte ein internationales Arbeitsamt aus der Taufe gehoben werden, das die Arbeitsverhältnisse und den Arbeitsschutz in den einzelnen Ländern untersuchen und statistisch dokumentieren sollte.¹²⁵

Anlässlich des Stockholmer Sozialistenkongresses hielten auch die gewerkschaftlichen Vertreter der Mittelmächte und einiger neutraler Länder

122 Vgl. Buschak: Edo Fimmen, S. 21.

123 Vgl. „Rundschreiben der Confédération Générale du Travail“ an die gewerkschaftlichen Landeszentralen vom 27.09.1916, in: Quellen, Bd. 1, Dok. 20, S. 246–252.

124 Ebd., S. 250.

125 Schon 1900 hatte die „Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeitsschutz“ ein zunächst überwiegend aus privaten Mitteln finanziertes Internationales Arbeitsschutzamt in Basel errichtet, das nun zum Internationalen Arbeitsamt ausgebaut werden sollte; vgl. Alexander Freiherr von Campenhausen, Sozialklauseln im internationalen Handel. Eine entwicklungsvölkerrechtliche Untersuchung insbesondere über Sozialklauseln im internationalen Handelsverkehr und ihre praktische Handhabung, Berlin 2005, S. 11 f.

eine internationale Gewerkschaftskonferenz ab. An Jouhaux¹²⁶, den Generalsekretär der CGT, richtete die Konferenz ein Telegramm, dass „die Leedser Beschlüsse vom Juli 1916 als eine bedeutungsvolle Anregung für die Interessen der organisierten Arbeiter aller Staaten und als ein erfreuliches Zeichen des guten Willens, die durch den Krieg eingetretene Trennung der Arbeiter zu beseitigen [begrüßte]“¹²⁷. An der schließlich für den 1. Oktober 1917 im Berner Volkshaus einberufenen nächsten internationalen Gewerkschaftskonferenz fehlten jedoch die Vertreter Belgiens, Frankreichs und Großbritanniens.¹²⁸ Im Mittelpunkt der Beratungen standen neben der Frage der Sitzverlegung des IGB-Sekretariats ebenfalls die Anträge der internationalen Gewerkschaften zum Friedenskongress. Das schließlich verabredete Programm umfasste die Themen „Freizügigkeit, Koalitionsfreiheit, Hygiene und Unfallverhütung, Heimindustrie, Kinderschutz, Arbeiterinnenschutz, Seemannsrecht und Seemannsschutz sowie die Durchführung des Arbeitsschutzes. An die Regierungen wurde die Aufforderung gerichtet, zur Festsetzung des sozialpolitischen Teils der Friedensvereinbarungen Vertreter der Gewerkschaften hinzuzuziehen“¹²⁹.

126 Léon Jouhaux war über Jahrzehnte eine der Führungsfiguren der internationalen Gewerkschaftsbewegung. 1943 bis zum 5. Mai 1945 war er in Buchenwald inhaftiert. Vermutlich wissen selbst viele informierte Leser nicht, dass er 1951 für seine herausragende Rolle innerhalb der gewerkschaftlichen Friedensbewegung und seinen jahrelangen Kampf für die Rechte der Arbeiterschaft den Friedensnobelpreis verliehen bekam.

127 Zitiert nach Sassenbach: Fünfundzwanzig Jahre, S. 63.

128 Die Berner Konferenz war am 1. Oktober 1917 dortigen Volkshaus eröffnet worden. Immerhin 59 Vertreter waren erschienen. Eingeladen hatte der Schweizer Gewerkschaftsbund (SGB) und auch die Vertreter der Entente-Länder hatten ihre Teilnahme ursprünglich zugesagt. Zum Vorlauf und Verlauf dieser Konferenz vgl. Buschak, Edo Fimmen, S. 24 f. Die CGT konnte oder wollte keine Vertreter entsenden. Die Belgier weigerten sich begreiflicherweise während der gesamten Kriegsdauer, sich im Rahmen welcher Konferenz auch immer mit den Deutschen an einen Tisch zu setzen, solange ihr Land von diesen okkupiert war. Der TUC wiederum wollte die Kriegsschuldfrage diskutiert wissen und sagte ab, als sich die übrigen Gewerkschaften weigerten, diesen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen.

129 Sassenbach: Internationaler Gewerkschaftsbund, in: Heyde, Handwörterbuch, S. 823–834, hier: S. 829.

2 INTERNATIONALE ORDNUNGSVORSTELLUNGEN UND AKTIVITÄTEN EUROPÄISCHER GEWERKSCHAFTEN 1919-1933

Die Konferenzen von Leeds, Stockholm und Bern hatten das sozialpolitische Fundament für die internationale Gewerkschaftspolitik der Nachkriegszeit gelegt. Nach Kriegsende folgte zunächst eine ebenfalls in Bern am Rande des Internationalen Sozialistenkongresses vom 5. bis 9. November 1919 abgehaltene Konferenz, bei der erstmals wieder die Vertreter der ehemaligen Kriegsparteien gemeinsam vertreten waren. Sie verband die zuvor verabschiedeten Leitsätze zu einem einheitlichen Programm.¹³⁰

Die einzige größere Abänderung gegenüber den Vorläuferprogrammen bestand darin, dass im Lichte der nach Kriegsende u. a. in Deutschland und England vereinbarten Arbeitszeitverkürzungen nun die Forderung der internationalen Verankerung des Achtstundentages und einer maximalen wöchentlichen Arbeitszeit von 48 Stunden binnen kürzester Frist erhoben wurde.¹³¹ Zugleich beschlossen die Konferenzteilnehmer, einen Internationalen Gewerkschaftskongress abzuhalten und dort den IGB neu zu konstituieren.

2.1 Die Neugründung des IGB in Amsterdam

Dieser erste Kongress des IGB nach dem Krieg wurde vom 28. Juli bis 2. August 1919 in Amsterdam abgehalten. Abgesehen von der American Federation of Labor (AFL) waren ausschließlich europäische Organisationen vertreten. Dass die deutsche Arbeiterbewegung, SPD wie Gewerkschaften, die eklatant völkerrechtswidrige Besetzung des neutralen Belgiens (und Luxemburgs) und daran anschließend Übergriffe und Gräueltaten¹³² der deutschen

130 Abgedruckt in: Quellen, Bd. 1, Dok. 63, S. 688–691 (Proklamation und Programm der Internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern zum Arbeitsschutz und zur Arbeitergesetzgebung).

131 Ebd., S. 691.

132 Besonders in den ersten Kriegswochen waren in Belgien mehrere Tausend Zivilisten niedergemetzelt worden, darunter Frauen und Kinder. Am 25. August brannten die Deutschen eine Reihe von Häusern in Löwen nieder, darunter die wertvolle Bibliothek, und töteten mehr als 200 Zivilisten. Gerade diese „Hunnenbarbarei“ erweckte im Ausland heftigen Abscheu und führte namentlich in den USA zu einer Wendung in der öffentlichen Meinung.

Besitzer gegenüber belgischen Zivilisten wie auch später den uneingeschränkten U-Boot-Krieg auch gegen zivile Ziele ohne (jedenfalls öffentlich) zu protestieren hingenommen hatte, erwies sich bei der Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen nach dem Krieg als die stärkste Belastung und sorgte schon im Vorfeld des Kongresses für erheblichen Zündstoff.

Insbesondere die belgischen Delegierten verspürten zunächst nur eine sehr geringe Neigung, sich mit ihren deutschen „camarades“ ohne Weiteres wieder an einen Tisch zu setzen. Es bedurfte des diplomatischen Mutes Johann Sassenbachs (1866–1940), der für die Generalkommission an der Kongressvorbereitung beteiligt war und der die Berechtigung der belgischen Klagen gewissermaßen auf eigene Faust anerkannte und sein Bedauern konstatierte sowie teils abenteuerlicher Bemühungen des neuen IGB-Generalsekretärs Edo Fimmen (1882–1942) hinter den Kulissen, um ein Fiasko der Konferenz zu vermeiden, noch ehe sie überhaupt begonnen hatte.¹³³

Dass die durch den Krieg geschlagenen Wunden nicht über Nacht abgeheilt waren, zeigte sich nicht zuletzt daran, dass den Deutschen – die nach wie immerhin die mit Abstand größte Organisation innerhalb des IGB vertraten – in Amsterdam einer der beiden Stellvertreterposten neben dem zum IGB-Präsidenten gewählten Briten Appleton verweigert wurde. Gegen ihre heftigen Proteste wurden Jouhaux und der Belgier Corneille Mertens (1880–1951) zu Vizepräsidenten gewählt.¹³⁴

Trotz aller Ressentiments gelang es den Gewerkschaftsvertretern innerhalb verblüffend kurzer Zeit, ihre Zielvorstellungen über eine gerechte Nachkriegsordnung nicht alleine in Bezug auf die Sozialpolitik auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Das betraf wie in der Vorkriegszeit in erster Linie die Friedensfrage und damit den Umgang mit den aus der Versailler Nachkriegsordnung hervor gegangenen Spannungen und Konflikte.

Neben der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung sah sich auch ihr christliches Pendant mit diesen Fragen konfrontiert. Anders als diese konnte die eher nationalkonservativ geprägte christliche Gewerkschaftsbewegung dabei kaum auf eingeübte internationale Kooperationsformen zurückgreifen. Da sich auch die nun gegründete christliche Gewerkschaftsinternationale zu einem wichtigen Forum innereuropäischer gewerkschaftlicher Zusammenarbeit entwickelte, soll hier ein kurzer Seitenblick auf sie geworfen werden.

133 Sehr anschaulich dazu Buschak: Edo Fimmen, S. 37 ff.

134 Vgl. Buschak, ebd., S. 40.

2.2 Exkurs: Die christlichen Gewerkschaften als Akteure internationaler Politik und der IBCG

Nicht nur die sozialistischen Gewerkschaften gaben sich nach dem Ersten Weltkrieg eine gegenüber der Vorkriegszeit verfestigte politische Form und verlangten nach Mitsprache bei der Ausgestaltung der internationalen Beziehungen und der internationalen Sozialpolitik. Auch die christlichen Organisationen gründeten mit dem IBCG nun erstmals eine eigenständige Gewerkschaftsinternationale, die vom 15. bis 19. Juni in Den Haag ihren ersten Kongress abhielt und die in Utrecht ihren Sitz nahm.¹³⁵ Zum Vorsitzenden wurde der Schweizer Nationalrat Josef Scherrer (1891–1965) gewählt, der Präsident des vergleichsweise kleinen Christlich-Nationalen Gewerkschaftsbundes der Schweiz.

Generalsekretär wurde der Holländer Petrus Josephus Servatius – „Jos“ – Serrarens¹³⁶ (1888–1963), Schatzmeister sein Landsmann Herman Amelink¹³⁷ (1881–1957). Es war sicherlich kein Zufall, dass sich die Führungsmannschaft des IBCG zunächst ausschließlich aus Funktionären zusammensetzte, deren Länder im Krieg neutral geblieben waren. Trotz ihres Namens und Anspruchs war der IBCG bis weit nach dem Zweiten Weltkrieg ein rein europä-

135 Schwache internationale Verbindungen der christlichen Arbeiterorganisationen hatten schon vor dem Ersten Weltkrieg bestanden. 1900 und 1901 trafen sich christliche Textilarbeiter und gründeten eine christliche Textilarbeiter-Internationale. 1908 kam es in Zürich zu einem Kongress der christlichen Gesamtbewegung, auf dem eine Internationale Gewerkschaftskommission gegründet und Adam Stegerwald (1891–1965), der Generalsekretär der Generalkommission der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, zum internationalen Sekretär gewählt wurde.

136 Ursprünglich entstammte er der linkskatholischen „Katholieke Sociale Actie“. Als Mitglied der Römisch-Katholischen Staatspartei der Niederlande (ab 1945: Katholische Volkspartei) gehörte Serrarens von 1929–1937 dem niederländischen Senat, daran anschließend (unterbrochen durch die Besatzungszeit) bis 1948 dem niederländischen Abgeordnetenhaus an. Nachdem es ihm gelungen war, die Dokumente des IBCG vor dem Zugriff der Nazis ins sichere Genf zu bringen, tauchte er 1942 unter. Nach dem Zweiten Weltkrieg engagierte er sich entschieden für den europäischen Einigungsprozess und amtierte schließlich vom Dezember 1952 bis zum Oktober 1958 als Richter am neu gegründeten Europäischen Gerichtshof der EGKS; vgl. Jeroen J.C. Sprenger, Art.: Serrarens, in: Biografisch woordenboek van het Socialisme en de Arbeidersbeweging in Nederland (BWSA), Bd. 3. (1988), S. 188–191, <http://socialhistory.org/bwsa/biografie/serrarens>.

137 Neben Serrarens prägte Amelink in der Zwischenkriegszeit die Arbeit des IBCG. Er vertrat zwölf Mal als Mitglied der niederländischen Delegation bei der Internationalen Arbeitskonferenz die Interessen der Arbeitnehmer. Seine Auslandserfahrungen erweiterten sein Blickfeld und machten ihn zu einem ein früher Kritiker der autoritären und totalitären Regime und Bewegungen. Das Ergebnis war, dass er seit 1931 in Italien als Persona non grata galt. Die deutsche Besatzung der Niederlande beendete 1941 seine politische Laufbahn. Vgl. Paul E. Werkman, Art.: Herman Amelink, in: BWSA, Bd. 1 (1986), S. 1–3, www.historici.nl/Onderzoek/Projecten/BWN/lemmata/bwn3/amelink.

ischer Verbund, in dem die Zentralorganisation der christlichen Arbeitergewerkschaften des Deutschen Reiches – zusammengeschlossen im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) – zahlenmäßig die mit Abstand stärkste Organisation war. Einflussreiche und kampagnefähige christliche Gewerkschaften existierten daneben lediglich in Belgien, den Niederlanden und – mit Abstrichen – in Frankreich und Österreich.¹³⁸ Mit anderen Worten: Der IBCG war in den 1920er Jahren kaum mehr als ein deutsch-belgisch-niederländisch-französischer Gewerkschaftsverbund, innerhalb dessen die Beteiligten Organisationen ihre internationale, sprich europäische Politik aufeinander abzustimmen versuchten. Stellt man den nationalkonservativen ideologischen Zuschnitt gerade auch des DGB dabei in Rechnung sowie die Tatsache, dass das Gemetzel des Ersten Weltkriegs allen Beteiligten noch traumatisch in Erinnerung war, ist ihm das in bemerkenswerter Weise gelungen.

Insbesondere Serrarens entwickelte sich dabei sehr schnell zum politischen Vordenker der christlichen Gewerkschaftsinternationale, der er von 1920–1953 als Generalsekretär dienen sollte. Auf internationaler Ebene erwarb er sich innerhalb der IAO den Respekt auch der IGB-Vertreter, als er unter Verweis auf die Satzung der IAO gegen das Mandat des faschistischen Arbeitervertreters innerhalb der italienischen Delegation protestierte.¹³⁹ 1933 sollte er sich dann gleich den IGB-Vertretern erfolgreich gegen die Anerkennung der Vertreter der nationalsozialistischen Deutschen Arbeitsfront (DAF) als legitime Vertreter der deutschen Arbeiterschaft verwahren.¹⁴⁰

138 1928 beispielsweise kam der DGB auf rund 720.000 Mitglieder. Mit weitem Abstand folgte die belgische CSC mit rund 155.000 Mitgliedern, zwei niederländische Organisationen, die zusammen 180.000 Mitglieder repräsentierten. Ansonsten überschritt lediglich die französische CFTC mit rund 101.000 Mitgliedern knapp die 100.000er Marke, vgl. Pasture, *Histoire*, S. 423, Anhang 1. Die italienische Confederazione Italiana dei Lavoratori (CIL) war 1920 noch auf 1.250.000 angegebene Mitglieder gekommen (ebenso viel wie der DGB in diesem Spitzenjahr gewerkschaftlicher Kopfstärke verzeichnete). Unter der faschistischen Repression sank die Zahl ihrer Mitglieder bis 1924 auf nur noch 124.000, ehe die CIL im Folgejahr das Schicksal ihrer sozialistischen Konkurrenz teilte und faktisch verboten wurde (vgl. Pasture, ebd., S. 125 f.).

139 Serrarens wies als Mitglied der niederländischen Delegation darauf hin, dass das mittlerweile errichtete Monopol der faschistischen Kooperationen in eklatantem Widerspruch zu den Artikeln 389 und 407 der IAO-Satzungen bezüglich der Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer stünden und sprach sich – wie die übrigen Gewerkschaftsdelegierten – gegen die Akkreditierung des italienischen „Arbeitervertreters“ Rossoni aus.

140 Vgl. hierzu Reiner Tosstorff: *Workers' resistance against Nazi Germany at the International Labour Conference*, Genf 2013, S. 28 f und S. 66. Serrarens rechnete dann 1933 mit den Praktiken des NS-Regimes in einer IBCG-Broschüre ab, in der er auch den Versuch von DAF-Chef Ley enthüllte, die Zustimmung der christlichen Gewerkschaftsinternationale zur Akkreditierung der DAF-Vertreter durch finanzielle Zuwendungen zu erkaufen: P. J. S. Serrarens, *Die Revolution des Hakenkreuzes* (Veröffentlichung des Internationalen Bundes der Christlichen Gewerkschaften), Utrecht 1933.

Zunächst jedoch war es nicht zuletzt dem großen diplomatischen Geschick des Generalsekretärs zuzuschreiben, die ähnlich wie im IGB zunächst unüberwindlich erscheinenden Animositäten zwischen den Vertretern der ehemaligen Kriegsgegner zu überwinden. 1923 führten Meinungsverschiedenheiten zwischen den mittlerweile im DGB zusammen geschlossenen christlichen Gewerkschaften Deutschlands einerseits, der französischen *Confédération Française des Travailleurs Chrétiens* (CFTC)¹⁴¹ andererseits über die Frage der deutschen Reparationen während der Ruhrokkupation¹⁴² durch belgische und französische Truppen 1923 zu erheblichen Spannungen innerhalb der christlichen Gewerkschaftsinternationale.¹⁴³ Während der DGB eine zentrale Rolle beim passiven Widerstand gegen die Besatzungsmächte spielte und sich in patriotischen Manifesten gegen den „französischen Militarismus“ erging,¹⁴⁴ zeigte sich die CFTC von der Legitimität der belgisch-französischen Aktion überzeugt.¹⁴⁵

Angesichts der verhärteten Fronten griff Serrarens zu einem erstaunlichen Argument, um das IBCG-Exekutivbüro zu einer einheitlichen Haltung in der Ruhrfrage zubewegen: Er erinnerte daran, dass während des Krieges die christlichen Gewerkschaften (angeblich) gegen die Deportation belgischer und französischer Arbeiter protestiert hätten. Tatsächlich verabschiedete der IBCG schließlich – allerdings bei Abwesenheit des nach wie vor jeden Kompromiss ablehnenden CFTC-Präsidenten Jules Zirnheld¹⁴⁶ – einstimmig eine Resolution, in der die negativen Auswirkungen der Besatzung auf die ökonomische Situation und das Lebensniveau der Arbeiter in ganz Europa betont wurde und die Regelung der Reparationsfrage durch ein Schiedsgericht gefordert wurde entsprechend „der Prinzipien des Respekts gegenüber

141 Die CFTC hatte sich am 1. November 1919 aus mehrerer Vorläuferorganisationen gegründet. Sie kam Anfang der 1920er Jahre auf etwas über 100.000 Mitglieder; vgl. Adéodat Boissard, *Confédération Française des Travailleurs Chrétiens* (CFTC), in: Heyde, Handwörterbuch, S. 312–313.

142 Zur Besetzung des Ruhrgebiets durch französische und belgische Truppen und die Reaktion der sozialistischen Gewerkschaften vgl. unten, S. 53 f.

143 Vgl. Pasture: *Histoire*, S. 83 f.

144 Vgl. Schneider: *Die christlichen Gewerkschaften*, S. 522 ff.

145 Pasture: *Histoire*, S. 88.

146 Die Tatsache, das Zirnheld während des Krieges als Soldat in deutsche Kriegsgefangenschaft geraten war, hatte seine Sympathien gegenüber den Nachbarn jenseits des Rheins nicht gerade in die Höhe getrieben. Umso bemerkenswerter, dass er später die Versöhnung von Deutschen und Franzosen innerhalb des IBCG in den höchsten Tönen loben sollte, die am Rande des IBCG-Kongresses 1928 in München im Rahmen eines „kollossalen Bierabends“ einen ebenso kolossalen Höhepunkt erleben sollte; vgl. Pasture, *Histoire*, besonders S. 83–90, 105–106. Pasture stützt sich hier auf die Erinnerungen von Jules Zirnheld, *Cinquante années de syndicalisme chrétien*, Paris 1937, S. 117.

der Würde der betreffenden Länder, der Billigkeit und der christlichen Barmherzigkeit.“¹⁴⁷

Freilich, der Aufruf des IBFG war nur wenig konkret und dies galt auch für die Aufforderung an die angeschlossenen Organisationen, sich gegenüber ihren Regierungen für eine Lösung der Krise einzusetzen. Aber immerhin widmete sich der IBCG anschließend auch in der Praxis durch zahlreiche intellektuelle Vorarbeiten und organisatorische Hilfestellungen intensiv den Problemen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas. Serrarens – teilweise im Zusammenspiel mit seinem Kollegen Jan Oudegeest (1870–1950) vom IGB – aber auch andere Repräsentanten des IBCG waren Patrick Pasture zu Folge in mehreren Komitees und Zusammenschlüssen aktiv, die sich in vielfältiger Form bemühten, das leidige Problem der Kriegsschulden zu lösen und damit die Basis für die wirtschaftliche Gesundung Europas zu legen.

Sie leisteten dabei etwa im Rahmen des niederländischen „Europa-Wederopbouwcomité“ einen durchaus wichtigen Beitrag bei den Vorarbeiten zum Dawes-Plans (und zu seiner Annahme in den beteiligten Ländern),¹⁴⁸ der das Problem der Reparationen und interalliierten Schulden, wenn auch nicht löste, so doch zumindest vorübergehend entschärfte und in den Hintergrund treten ließ.¹⁴⁹

Sieht man von der Frage der Ruhrbesetzung einmal ab, war die Einigungsfähigkeit der verschiedenen nationalen Akteure innerhalb des IBCG erstaunlich hoch. Schon in den frühen 1920er Jahren konnte ein internationales Aktionsprogramm ausgearbeitet werden, das 1922 von seinem Innsbrucker Kongress angenommen wurde und die sozialpolitischen Forderungen der christlichen Gewerkschaftsbewegung in den Vordergrund stellte. Wie der IGB setzte auch der IBCG hierbei auf die Mitarbeit innerhalb der frisch gegründeten IAO, von der er sich eine globale Regulierung sozialer Mindeststandart erhoffte.¹⁵⁰ 1928 sprach sich die Organisation dann auf ihrem Münchener Kongress für „nationale und internationale Mitwirkung und

147 Pasture, ebenda.

148 Ebenda, S. 88 f.

149 Die qua Versailler Vertrag installierte Reparationskommission zur Überwachung und Festsetzung der deutschen Wiedergutmachungsleistungen beschloss am 30. November 1923 die Einberufung eines Sachverständigenausschusses unter Vorsitz des amerikanischen Finanzexperten Charles Gates Dawes. Das nach ihm benannte Abkommen wurde am 16. August 1924 auf der Londoner Konferenz unterschrieben, auf der erstmals nach dem Krieg deutsche Regierungsvertreter als gleichberechtigte Verhandlungspartner teilnahmen.

150 Allerdings stieß der Wunsch des IBCG, innerhalb der IAO als offizielle Vertretung der Arbeitnehmer anerkannt zu werden, auf hartnäckigen Widerstand verschiedener IGB-Verbände.

Mitentscheidung der Gewerkschaften in den Verwaltungen der Trusts und Kartelle (...) aus“ und verlangte „vom Staate und den Völkerbundsorganisationen die Durchführung der Registrier- und Publizitätspflicht der Trusts, Konzerne, Kartelle und Monopolbetriebe und Überwachung der Durchführung dieser Verpflichtungen durch ein Organ des Völkerbundes.“¹⁵¹

Die zunehmende Abkehr von nationaler Engstirnigkeit und Eifersüchtelei zeigte sich dann auch innerorganisatorisch, als der Schweizer Scherrer 1928 von dem Deutschen Bernhard Otte (1883–1933) als IBCG-Präsident abgelöst wurde und auch von den belgischen und französischen Delegierten gewählt wurde.

Alles in allem setzte der IBCG in den 1920er Jahren zur Lösung der wirtschaftlichen Pläne des Kontinents ebenso wie der IGB auf zwischenstaatliche Zusammenarbeit. Insbesondere sahen die christlichen Gewerkschaften in „übertriebenem Nationalismus“ und dem ausufernden Protektionismus der Zeit eines der wirtschaftlichen Grundübel, das es zu bekämpfen gelte.¹⁵² Schließlich rückte mit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise der Ruf nach einem Ausbau der wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit speziell der europäischen Nationen noch stärker als zuvor in den Fokus der IBCG-Politik. Auf der fünfzehnten internationalen Konferenz der IAO, die vom 28. bis 29. Januar 1931 in Bordeaux stattfand, verurteilte Serrarens die wirtschaftliche Autarkiepolitik der europäischen Regierungen auf das Schärfste. Die Wirtschaftskrise verlange er explizit „nach einer europäischen Zusammenarbeit, nach einer gemeinsamen Anstrengung der verschiedenen Staaten“ und schloss: „Die Stunde der internationalen Aktion hat geschlagen.“¹⁵³

2.3 Die Vorstellungen des IGB über eine internationale Friedensordnung: Der Völkerbund

Anders als in der Vorkriegszeit wagten sich die Delegierten der sozialistischen Gewerkschaften noch vor der Neukonstituierung des IGB auf ihrer Berner Konferenz im Februar 1919 erstmals explizit auf das Gebiet der allgemeinen Politik vor und entwickelten, inspiriert von der von US-Präsident Wilson propagierten Völkerbundsidee, verhältnismäßig präzise Vorstellungen

151 Bernhard Otte: Internationaler Bund der Christlichen Gewerkschaften (IBCG), in: Heyde, Handwörterbuch, S. 817–823, hier: S. 823.

152 Vgl. Pasture: Histoire, S. 147 f.

153 Zitiert nach ebd., S. 149.

gen über die künftige Gestaltung der internationalen Ordnung. Die französischen Vertreter konnten die Mehrheit der anwesenden Gewerkschaftsvertreter nunmehr überzeugen, „dass die Zeit angebrochen sei, die gebietet, dass die Gewerkschaften sich auch mit politischen Fragen, welche Menschheitsfragen sind, beschäftigen.“¹⁵⁴ Bedenken, damit das „gewerkschaftliche Gebiet“ zu verlassen, wurden nun beiseitegeschoben, wie sich zeigen sollte: endgültig.

Das neue politische Selbstverständnis äußerte sich nun in einer erstaunlich detaillierten Resolution über die künftige internationale Ordnung, die einstimmig verabschiedet wurde und, in deren Mittelpunkt, der zu errichtende Völkerbund stand. Sie ist als ein Schlüsseldokument in Bezug auf das gewerkschaftliche Leitbild über eine anzustrebende internationale Ordnung in der Zwischenkriegszeit anzusehen und verdient es daher, ausführlicher zitiert zu werden:

„Ohne auf die Einzelheiten der Organisation des Völkerbundes einzugehen, erklärt die außerordentliche Internationale Gewerkschaftskonferenz, dass, in Übereinstimmung mit den Wünschen der großen Massen der Völker, der Völkerbund kein Verband der herrschenden Klassen sein darf, dessen Aufgaben lediglich in der obligatorischen Schiedsgerichtbarkeit und in der Einschränkung der Rüstungen bestehen soll, sondern dass der Völkerbund auf dem Willen und der Mitwirkung aller Völker beruhen muss. Die Völker dürfen nicht mehr zur Selbsthilfe greifen. Andererseits muss, damit unter den Völkern das internationale Rechtsgefühl erstarkt, der Völkerbund zu einer vom Drucke der einzelnen Staatsregierungen befreiten Rechtsgemeinschaft werden. Der Übergang zur Friedensordnung soll sich auf dem Wege der allgemeinen Abrüstung vollziehen und die Freiheit der Völker ausschließlich durch die Vollzugsorgane des internationalen Gerichtshofes geschützt werden. Der **Völkerbund soll sowohl gesetzgebende als auch richterliche Gewalten** haben, die voneinander zu trennen sind. Die Internationale Gewerkschaftskonferenz drückt die bestimmte Erwartung aus, dass die gesetzgebende Körperschaft aus der Wahl der Völker hervorgehe.“¹⁵⁵

Mit den Beschlüssen von Bern hatten die freien Gewerkschaften der wichtigsten europäischen Länder¹⁵⁶ ihre Leitvorstellungen in Bezug auf die internati-

154 Zitiert nach Sassenbach: Internationaler Gewerkschaftsbund, S. 829.

155 Ebd., S. 829 f (Fettdruck im Original); ebenfalls abgedruckt in Sassenbach, Fünfundzwanzig Jahre, S. 70.

156 Die AFL – die mit weitem Abstand größte Gewerkschaftsvereinigung in den USA – war zur Berner Konferenz nicht erschienen, schon die Tagesordnung schien ihr zu politisch. Ein letztes Mal tauchten die Amerikaner auf dem folgenden internationalen Gewerkschaftskongress in Amsterdam auf, wo der streitbare AFL-Vorsitzende Gompers der Politisierung des IGB und seinem zunehmend sozialistisch-internatio-

onale politische Ordnung festgelegt: Zur Sicherung des Friedens sollte der Völkerbund mit gesetzlichen Befugnissen ausgestattet werden; seine Versammlung sollte von den Völkern direkt gewählt werden und die Völkerbundgesetze von einem Internationalen Gerichtshof überwacht werden.

Dies war ein Programm, dass im Kern beinhaltete, klassischerweise zum Kernbestand nationaler Souveränität zählende staatliche Kompetenzen auf ein überstaatliches – supranationales – Gremium, zu übertragen und ein Quantensprung gegenüber der vor dem Krieg vorherrschenden Auffassung, internationale Konflikte durch ad hoc einzusetzende Schiedsgerichte zu entschärfen. In der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sollten die Nationalstaaten mit anderen Worten den Entscheidungen der „Organe“ des Völkerbundes unterworfen sein, die ihrerseits unabhängig vom „Druck der Regierungen“ zu agieren hätten.

Die Hoffnungen der Gewerkschaften, den Völkerbund zu einer demokratisch verfassten Globalorganisation mit eigener Regelungskompetenz auszustatten, erhielten allerdings bereits mit der Gründung der Völkerliga einen herben Dämpfer. In der Völkerbundversammlung, in die jedes Mitgliedsland einen stimmberechtigten Delegierten entsandte, erforderten die meisten Beschlüsse in diametralem Gegensatz zu den gewerkschaftlichen Wünschen Einstimmigkeit.

Das traf erst recht auf den Völkerbundsrat zu, in dem die damaligen Großmächte (ununterbrochen aber nur England und Frankreich) neben zwölf nichtständigen Mitgliedern vertreten waren. Zugleich waren die Vereinigten Staaten nie Mitglied des Völkerbundes, da der US-Senat aus einem Bündel innenpolitischer Gründe die Ratifizierung des Versailler Vertrages ablehnte; auch die Weimarer Republik war erst seit 1926 Mitglied, die UdSSR (1936–1939) und Italien (bis 1937) ebenfalls nur vorübergehend.

Trotz solcher Mängel setzten die Gewerkschaften zunächst weiterhin große Hoffnung in die Völkerliga. Die Aufnahme des Deutschen Reiches am 10. September 1926 war ein politisches Hoffnungszeichen, das nationenübergreifend wohl von keinem anderen politischen Milieu so euphorisch begrüßt wurde wie von der Arbeiterbewegung. Der sozialdemokratische „Vorwärts“

nalistischen Charakter ebenso energisch wie vergeblich entgegen trat. Auch ein Antrag, dass die IGB-Verbände an der anstehenden Internationalen Arbeitskonferenz in Washington nur teilnehmen würden, wenn die Vertreter der Gewerkschaftsbewegung aller Länder ohne Ausnahme – also auch diejenigen der Kriegsverlierer – eingeladen und zugelassen würden, wurde gegen den Widerstand der Amerikaner angenommen. Es sollte bis 1937 dauern, ehe die AFL zum IGB zurück fand; zum Verhältnis AFL-IGB vgl. ausführlich van Goethem, *Amsterdam International*, S. 169–192.

sah Deutschland und Europa auf dem Weg »[...] von dem Notstand internationaler Anarchie in den Zustand internationaler Organisation, in der sich allmählich die Freiheit aller Völker verwirklichen soll« und dies sei geradezu ein „weltgeschichtlicher Sprung.“¹⁵⁷

Gerade die kontinentaleuropäischen Gewerkschaften hatten sich mit Ausnahme der Kommunisten von Beginn an ohne Wenn und Aber auf den Boden des Völkerbundes gestellt. Dabei waren in ihren Augen sicherheitspolitische und ökonomische Aspekte auf das Engste miteinander verknüpft. Konkret erhoffte sich die Gewerkschaftsbewegung zwischenstaatlichen Vereinbarungen über die Kontrolle internationaler Trusts und Kartelle. Die deutschen Gewerkschaften etwa sprachen sich in richtungsübergreifenden Stellungnahme zu diesem viel diskutierten Thema im Februar 1927 unisono dafür aus, dass „unter Mitwirkung des Völkerbundes Vereinbarungen der Staaten über die Kontrolle der internationalen Monopolorganisationen, zu erstreben (seien). Die Errichtung eines internationalen Kontrollamtes und die Einschaltung der Arbeitnehmervertreter auf internationaler Basis betrachten die Gewerkschaften als wirksames Mittel zur Durchsetzung einer internationalen Monopolkontrolle.“¹⁵⁸

Auch in der Frage der Handelspolitik sahen europäischen Gewerkschaften die geeignete Organisation, um ihren immer wieder vorgebrachten Forderungen nach einer Senkung der Zölle und anderer Handelshemmnisse Gehör zu verschaffen. Der kostengünstige Zugang zu Rohstoffen sollte auch nicht durch künstliche Barrieren, Extraprofiten von Monopolanbietern verteuert werden und bedürfe der internationalen Regulierung.¹⁵⁹ Auf der im Jahr 1927 in Genf einberufenen Weltwirtschaftskonferenz, die entsprechend einer von Frankreich eingebrachten Resolution Wege aufzeigen sollte, wie die wirtschaftliche Prosperität Europas wieder hergestellt werden könnte, zählten die gewerkschaftlichen Protagonisten in den zentralen Konferenzaus-

157 Von Versailles nach Genf. Eine weltgeschichtliche Wende, in: Vorwärts, Nr. 426 v. 10.09.1926; zur Haltung der französischen Linken vgl. bspw. René Rémond, Frankreich im 20. Jahrhundert. Erster Teil: 1918–1958, Stuttgart 1994, S. 109 ff.

158 Eingabe der gewerkschaftlichen Spitzenverbände an den Reichskanzler zur Kartell- und Monopolfrage vom 10.02. 1927, in: Quellen, Bd. 3/2, Die Gewerkschaften von der Stabilisierung bis zur Weltwirtschaftskrise, bearb. v. Horst A. Kuckuck und Dieter Schiffermann, Köln 1986, Dok. 141, hier: S. 846.

159 Zu diesem Thema vgl. besonders Elisabeth L. Tamedly: *Socialism and International Economic Order*, Alabama 2007 (Erstausgabe: 1969), S. 72–75. Darüber hinaus waren Vorstellungen in Bezug auf eine anzustrebenden globalen Regulierung der Migration und besonders auch einer internationalen Währungspolitik im sozialistischen Teil der Arbeiterbewegung weit verbreitet (vgl. ebd., S. 75–86), auch hierzu bot die Völkerliga das geeignete politische Forum.

schüssen zu den entschiedensten Verfechtern von Freihandel und Zollabbau. An den hier unternommenen Vorstößen zu einer stufenweise Reduzierung der Zölle und der Etablierung einer europäischen Zollunion waren neben dem damaligen belgischen Außenminister Vandervelde besonders Wilhelm Eggert und Corneille Mertens an vorderster Stelle beteiligt – durchaus übrigens im Zusammenspiel mit den Vertretern anderer gesellschaftlicher Gruppen und in Abstimmung mit den diplomatischen Protagonisten verschiedener in dieser Hinsicht aufgeschlossener Regierungen.¹⁶⁰ Dass die komplizierten und langwierigen Verhandlungen um eine europäische Wirtschaftsverständigung scheiterten, lag sicherlich nicht am mangelnden guten Willen der gewerkschaftlichen Vertreter innerhalb der Konferenz, sondern an der kurzsichtigen Politik der meisten europäischen Regierungen.

Den hohen Stellenwert, den der Völkerbund besonders in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre als Adressat und Forum gewerkschaftlicher Forderungen einnahm, zeigte sich indirekt auch an den wiederholten hartnäckigen (und zunächst durch die IGB-Vertreter starrsinnig abgeblockten) Anläufen der christlichen Organisationen, eine angemessene Vertretung ihrer Vertreter in den Organen und Gremien des Völkerbundes – namentlich auch in denen der IAO – zu erreichen.¹⁶¹

Dass eine internationale staatliche Zusammenarbeit auf globaler Ebene nur schwer zu organisieren war, zeigten die Bemühungen des Völkerbundes um einen Pakt zur internationalen Rüstungsbekämpfung. Zwar gelang es der 1926 installierten „Vorbereitenden Abrüstungskonferenz des Völkerbundes“ tatsächlich, nach mehreren Verschiebungen eine Hauptkonferenz zur Abrüstungsfrage einzuberufen, die unter großer öffentlicher Anteilnahme am 2. Februar 1932 in Genf eröffnet wurde. Unter den rund 4.000 Konferenzteilnehmern aus 64 Ländern befand sich als vom IAO entsandter Vertreter Léon Jouhaux, der sich intensiv an der Arbeit der Kommission über Handel und die Herstellung von Waffen beteiligte. Jouhaux setzte auf die vollständige Beseitigung privater Rüstungsunternehmen und forderte ihre Verstaatlichung. Zugleich forderte er ein System zur Überwachung der unter dem Dach der Völkerliga zu vereinbarenden Abrüstungsmaßnahmen durch die Arbeiter selbst mithilfe ihrer Gewerkschaften.¹⁶² Dass solch hochherzige Bemühungen um den Frieden nach der nationalsozialistischen Machtübernahme in

160 Vgl. Schulz: Deutschland, der Völkerbund und die Frage der europäischen Wirtschaftsordnung, S. 93 f., 96 f.

161 Vgl. Goethem: Amsterdam International, S. 143 ff., Pasture, Histoire, S. 118–124.

162 Vgl. Léon Jouhaux: Les Désarmement, Paris 1927.

Deutschland nicht zu realisieren waren, liegt auf der Hand. Am 11. Juni 1934 stellte die Genfer Abrüstungskonferenz ihre Tätigkeit ein.

2.4 Die Vorstellungen des IGB über eine internationale Sozialordnung: Die Internationale Arbeitsorganisation

Mit der Völkerbundidee hatte das Prinzip der Supranationalität in die Programmatik der Gewerkschaftsinternationale Einzug gehalten. Nicht nur in der Friedenspolitik setzten die Gewerkschaften nunmehr auf internationale Regelungen und Normen und die Etablierung von Organisationen, um diese durchzusetzen. Auch für den gesamten Bereich der Sozial- und Wirtschaftspolitik sollten Regelungen erarbeitet werden, die nicht nur empfehlenden Charakter, sondern Rechtskraft besitzen sollten. Zuständig hierfür sollte ein der IAO zur Seite gestelltes internationales Arbeitsparlament sein.¹⁶³ Die Berner Konferenz hatte dabei, noch ehe die IAO überhaupt ins Leben gerufen worden war, die Vorstellungen der Gewerkschaften über den Charakter der Organisation bereits recht genau umrissen. Gefragt war kein Debattierklub zur Verabschiedung mehr oder minder verbindlicher Richtlinien und Empfehlungen, sondern – wie im Fall des Völkerbundes – die Etablierung einer von den Völkern der Welt gewählten, demokratisch legitimierten Organisation mit durchgreifenden legislativen Befugnissen:

„Die Internationale Gewerkschaftskonferenz stellt fest, dass die ununterbrochene Wirksamkeit der Internationalen Arbeitsgesetzgebung nur durch die Schaffung eines Internationalen Arbeitsamtes als Bestandteil der Völkerliga gesichert werden könne. Dieses Amt soll sich auf ein Internationales Arbeitsparlament, in welchem Delegationen aller Länder und aller Berufe sitzen sollen, stützen können.

Aus diesem Internationalen Parlament sollen nicht nur internationale Konventionen ohne Rechtskraft, sondern internationale Gesetze hervor gehen, die vom Augenblick ihrer Annahme dieselbe Wirksamkeit (Rechtskraft) haben wie die nationalen Gesetze.

Diese Auffassung der Rolle des Internationalen Arbeitsparlaments bedingt eine internationale gesetzgebende Gewalt, die zum Wohl der Völkerliga geschaffen wird, das heißt einer internationalen Souveränität. Diese Neuerung wird den Beginn einer neuen Ära bedeuten [...].“¹⁶⁴

163 Vgl. Sassenbach: Fünfundzwanzig Jahre, S. 75–77; Goethem, Amsterdam International, S. 133–156.

164 Quellen, Bd. 1, Dok. 63 (Proklamation und Programm der Internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern zum Arbeitsschutz und zur Arbeitsgesetzgebung vom 08.02.1919), S. 688–695, hier: S. 689 f.

Mit der Gründung der IAO erfüllten die Vertragsparteien der Pariser Vorortverträge eine zentrale Forderung der internationalen Gewerkschaftsbewegung, auch wenn die demokratische Legitimität der neuen Organisation den gewerkschaftlichen Forderungen allenfalls teilweise entsprach und sie auch hinsichtlich ihrer Kompetenzen hinter den Vorstellungen der Arbeitnehmerorganisationen zurückblieb.¹⁶⁵ Dass der Versailler Vertrag aber überhaupt das Thema Arbeit ausführlich thematisierte und die Vertragsparteien verpflichtete, eine Organisation ins Leben zu rufen, die sich ausschließlich mit der globalen Verbesserung der sozialen Standards der Arbeiterschaft befassen sollte, war ein völkerrechtliches Novum, das nur durch den vereinigten Druck der internationalen Gewerkschaftsbewegung zustande gekommen war.¹⁶⁶

Die Gründung der IAO wurde dann auf der „internationalen Arbeitskonferenz“ vollzogen, die vom 29. Oktober bis zum 29. November 1919 in Washington stattfand. Auf der Tagesordnung standen die Einführung der 48-Stunden-Woche, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Arbeitsschutz für Kinder und Frauen einschließlich eines aus heutiger Sicht befremdlich anmutenden Nachtarbeitsverbots für die Letzteren.¹⁶⁷ Mit Ausnahme des Deutschen Reichs, Österreichs und der Sowjetunion waren so gut wie alle europäischen Mächte vertreten. Auch an die deutschen und österreichischen Gewerkschaften war im Vorfeld der Zusammenkunft eine Einladung ergangen: Die Gewerkschaften der Siegermächte hatten mit ihrem Rückzug gedroht, falls die deutsche und österreichische Arbeiterbewegung außen vor gelassen würden. Insbesondere die französischen und italienischen Gewerkschaften hatten energisch in diesem Sinne interveniert.¹⁶⁸

165 Vgl. van Daele: *Engineering Social Peace*, S. 435 f.

166 Die Präambel des mit dem Thema Arbeit befassten Teil XIII bekannte sich zu einer Verbesserung bei der „Regelung der Arbeitszeit, die Festlegung eines Maximalarbeitstages und einer Maximalarbeitswoche, die Regelung des Arbeitsmarktes, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Sicherstellung eines Lohnes, der angemessene Daseinsbedingungen gewährleistet, den Schutz der Arbeiter gegen allgemeine und Berufskrankheiten und Arbeitsunfälle, den Schutz der Kinder, Jugendlichen und Frauen, die Alters- und Invalidenrenten, den Schutz der Interessen der im Auslande beschäftigten Arbeiter, die Anerkennung des Grundsatzes der Koalitionsfreiheit, die Organisation der beruflichen und technischen Fortbildung und andere gleichartige Maßnahmen.“ Die Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter, so hieß es weiter, sei unumgänglich „um einen dauernden Weltfrieden zu sichern.“ Satz 1 des folgenden Artikels 387 bestimmte: „Um an der Verwirklichung des in der Einleitung niedergelegten Programms zu arbeiten, wird eine ständige Organisation begründet.“

167 Vgl. Alexander Freiherr von Campenhausen: *Sozialklauseln im internationalen Handel. Eine entwicklungsvölkerrechtliche Untersuchung insbesondere über Sozialklauseln im internationalen Handelsverkehr und ihre praktische Handhabung*, Berlin 2005., S. 15 f.

168 Vgl. Quellen, Bd. 2: *Die Gewerkschaften in den Anfangsjahren der Republik*, bearb. von Michael Ruck, Köln 1985, Dok. 3, S. 94 f. Gründungsmitglieder der IAO konnten laut Versailler Vertrag nur Mit-

Die IAO und das internationale Arbeitsamt konnten sich Lager der Gewerkschaften trotz ihrer oben benannten Defizite schnell einiges Prestige erarbeiten. Die Washingtoner Arbeitskonferenz verabschiedete nach nur fünfwöchigen Beratungen nicht nur die Verfassung der IAO, sondern verabschiedete neben mehreren Empfehlungen und Resolutionen gleich sechs Übereinkommen zu zentralen Bereichen des Arbeitsschutzes, die den gewerkschaftlichen Forderungen weit entgegen kamen oder ihnen sogar vollständig entsprachen (Arbeitszeit in der Industrie, Arbeitslosigkeit, Nacharbeit von Frauen, Nacharbeit von Jugendlichen, Mindestalter für Industriearbeit, Mutterschutz vor und nach der Geburt). Zwar gelang es, wie von den Gewerkschaften gewünscht, schließlich nicht, die IAO nicht mit einer Autorität auszustatten, die ihr jederzeit die Verwirklichung der sozialen Normen in den Mitgliedstaaten ermöglicht hätte. Und auch die „tripartistische“ Organisation der IAO und ihrer Organe, die bis heute zur Hälfte aus Vertretern der Regierungen und zu je einem Viertel aus Delegierten der Arbeitgeber- und -nehmerseite zusammengesetzt sind, entsprach nicht den gewerkschaftlichen Anforderungen an ein internationales Parlament der Arbeit.

Dass die IAO jedoch überhaupt ins Leben gerufen worden war, konnte sich die internationale Gewerkschaftsbewegung jedoch zu Recht auch als Ergebnis ihres konzertierten Druckes auf die Regierungen auf die Fahnen schreiben.¹⁶⁹

Und in der Tat verabschiedete die jährlichen Konferenzen der IAO bis in die frühen 1930er Jahre eine ganze Reihe von Konventionen und Empfehlungen über ganz unterschiedliche soziale Mindestnormen, auf die sich die jeweiligen nationalen Gewerkschaften gegenüber ihren gesetzgebenden Instanzen berufen konnten und die – bei allen Mängeln – in einer ganzen Reihe von Fällen auch ratifiziert und in nationales Recht umgesetzt wurden.¹⁷⁰ Selbst durch und durch bodenständige und dem Verdacht übermäßiger internationaler Schwärmerei gänzlich unverdächtige Gewerkschafter wie der stellvertretende Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds (ADGB), Hermann Müller, mussten konstatieren, „dass gerade die In-

glieder des Völkerbundes werden, von dem das Deutsche reich und Österreich zunächst ausgeschlossen waren. Die Teilnahme deutscher und österreichischer Gewerkschaftsvertreter scheiterte schließlich an Transportproblemen.

169 Zum Beitrag der Gewerkschaften an der Gründung der IAO vgl. Reiner Tossdorf: *The International Trade-Union Movement And The Founding of The International Labour Organization*, in: *International Review of Social History*, 50/2005, S. 399–433.

170 Zur Geschichte der IAO vgl. Antony Alcock: *History of the International Labour Organisation*, London (u. a.) 1971.

ternationalen Arbeitskonferenzen immer von Neuem sozialpolitische Erwägungen und Forderungen in Fluss bringen“ und „zugegeben werden [müsse], dass das Internationale Arbeitsamt der Sozialpolitik unsagbar viel genutzt hat.“¹⁷¹ Dabei verfügten die Gewerkschaften mit dem ersten Generaldirektor der Organisation, dem prominenten französischen Sozialisten Albert Thomas (1878–1932), bis zu seinem Tod im Mai 1932 über einen Ansprechpartner, der mit ihren Ansichten über die Ausgestaltung des internationalen Arbeitsrechts im Wesentlichen konform ging und der den Geist der Organisation wesentlich prägte.

Allerdings zeigte die Weltwirtschaftskrise die Grenzen gewerkschaftlicher Einflussmöglichkeiten innerhalb der IAO respektive die Grenzen der Wirksamkeit der IAO selbst. Forderungen der Gewerkschaften, durch eine koordinierte Absenkung der Arbeitszeit auf vierzig Stunden in der Woche dem Problem der Massenarbeitszeit Herr zu werden, verhallten unerhört und wurden schließlich 1933 „elegant auf die lange Bank geschoben“¹⁷². Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme erklärte Deutschland im Oktober 1933 den Austritt aus der IAO, nachdem in der Genfer Organisation die Legitimität der eine gewerkschaftliche Vertretung nachahmenden Delegierten der deutschen Deutschen Arbeits-Front nicht anerkannt worden war.

Trotz des Bedeutungsverlustes der IAO in den 1930er Jahren blieb das Renommee der Organisation – anders als im Falle des Völkerbunds – in den Augen vieler gewerkschaftlicher Repräsentanten intakt. Als geeignete Instanz zur Implementierung sozialer Mindestnormen und als Fluchtpunkt gewerkschaftlicher Ordnungsvorstellungen empfahl sie sich gegen Kriegsende durch die Deklaration von Philadelphia vom 10. Mai 1944, in der die mittlerweile aus Genf in die USA ausgewichene Organisation ihre Grundsätze zum Schutz des arbeitenden Menschen fortentwickelte und in die die Vorstellungen der beteiligten Gewerkschaftsvertreter einmal mehr Eingang fanden.

171 Hermann Müller: *Die Arbeit*, 5 (1928), H. 7, S. 427–433, hier: S. 428. Hermann Müller (1869–1932) war Lithograf und im Verband der Lithografen und Steindruckere zu Gewerkschaftsvorsitzenden aufgestiegen. 1924 wurde er stellvertretender Vorsitzender des AGDB. Zudem amtierte er als Mitglied des Wirtschaftsrates des Völkerbunds und war bis zu seinem Tod Mitglied des Verwaltungsrates der IAO. Er ist nicht zu verwechseln mit dem SPD-Politiker und Reichskanzler Hermann Müller.

172 Vgl. Quellen, Bd. 4, *Die Gewerkschaften in der Endphase der Republik 1930–1933*, bearb. von Peter Jahn unter Mitarbeit von Detlev Brunner, Köln 1988, Dok. 84 (Sitzung des Bundesausschusses vom 12.04.1932, S. 546 (Vorstoß Jouhaux für eine internationale Regelung der 40-Stunden-Woche und Unterstützung des ADGB für das Vorhaben durch ein Telegramm an die Internationale Arbeitskonferenz); Zitat: Reiner Tosstorff, *Die Konfrontation zwischen der Internationalen Arbeitsorganisation und den Nationalsozialisten 1933*, in: *Zeitgeschichte-online*, Dezember 2013.

Vor diesem Hintergrund urteilte Hans Gottfurcht in den frühen 1960er Jahren mit der Erfahrung jahrzehntelanger Tätigkeit in der internationalen Gewerkschaftsbewegung, dass die „IAO durch ihr bloßes Bestehen wesentliche gewerkschaftliche Arbeit von einer anderen Plattform geleistet wurde und dass erstmalig eine Tribüne geschaffen worden war, von der die Vertreter der Gewerkschaften nicht so sehr zu ihren eigenen Anhängern, sondern zu Regierungen, Unternehmen und zur Weltöffentlichkeit sprachen.“¹⁷³

2.5 Der IGB als Garant des Friedens zwischen den Völkern?

Der Gedanke, die Völkerliga zu einer echten supranationalen Autorität fortzuentwickeln und so den Frieden zwischen den Nationen zu gewährleisten, blieb im IGB und den angeschlossenen Gewerkschaften in den 1920er Jahren stets präsent und erlebte sicher mit dem von vielen Hoffnungen begleiteten Beitritt des Deutschen Reichs einen bedeutsamen Schub. Daneben allerdings rückte besonders in den frühen 1920er Jahren die Vorstellung, die internationale organisierte Macht der Gewerkschaften selbst könnte bei heraufziehender Kriegsgefahr aus eigener Kraft den Frieden bewahren, in den Vordergrund der politischen Arbeit des IGB. Insbesondere Edo Fimmen sah im IGB wenigstens dem Anspruch nach einen „Weltbund der Arbeiter“ und eine Art „neuer Souverän“, zu dessen neuen Aufgaben an vorderster Stelle auch die Verhinderung von Kriegen und die Bekämpfung der Reaktion gehörten.

Angesichts neuer internationaler Spannungen rückte dabei die Vorstellung koordinierter Arbeitsniederlegungen der Arbeiterschaft bei drohender Kriegsgefahr erneut in das Zentrum der Friedenspolitik des IGB. Damit feierte eine Idee, die ganz offensichtlich aus dem ideologischen Arsenal der Sozialistischen Internationale entstammte, im Gewerkschaftslager ihre mit ebenso großen wie unrealistischen Hoffnungen verknüpfte Wiederauferstehung. Das Ziel der „Verhinderung des Kriegs und [der] Bekämpfung der Reaktion“ war bereits im August 1919 auf dem ersten Internationalen Gewerkschaftskongress in Amsterdam in die Satzung der Gewerkschaftsinternationale aufgenommen worden.¹⁷⁴ Rund zweieinhalb Jahre später beschloss der „am

¹⁷³ Gottfurcht: Die internationale Gewerkschaftsbewegung, S. 61.

¹⁷⁴ Der Amsterdamer Kongress trat an die Stelle der internationalen Konferenzen, zu denen die angeschlossenen Landeszentralen unabhängig von ihrer Mitgliederzahl jeweils zwei Vertreter, darunter den jeweiligen Sekretär, entsandt hatten. In Amsterdam waren die einzelnen Länder gemäß den Beschlüssen verschiedener Vorkonferenzen erstmals entsprechend der Stärke ihrer Mitgliedschaft vertreten. An die Stelle des „Internationalen Sekretärs“ trat ein siebenköpfiger Vorstand sowie ein Ausschuss, in den alle an-

20. April 1922 und die folgenden Tage in Rom abgehaltene Kongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes [...], jeden neuen, die Menschheit bedrohenden Krieg durch die Proklamation des internationalen Generalstreik zu verhindern.¹⁷⁵

Vom 10. bis zum 15. Dezember 1922 organisierte der IGB einen Internationalen Friedenskongress in Den Haag, auf dem sich neben den IGB-Gewerkschaften auch andere Gewerkschaftsrichtungen, die politischen Parteien der sozialistischen Arbeiterbewegung und ihre Jugendorganisationen und so gut wie alle relevanten Gruppierungen der pazifistischen Friedensbewegung einstellend gaben. Resolutionen und Appelle riefen zur Umgestaltung des Völkerbundes, zur Aufnahme Deutschlands in ihn und zur Begrenzung der Rüstungen auf. Die Frauen der Welt wurden aufgefordert, den Pazifismus in den Familien lebendig zu halten¹⁷⁶ und Leon Jouhaux – der sich im folgenden Jahrzehnt unermüdlich für die internationale Abrüstung einsetzte – bekräftigte nochmals die Pflicht der Arbeiterklasse, im Fall eines drohenden Krieges den Generalstreik zu erklären, und sprach von einem „Garantie-pakt“ der Arbeiter gegen den Krieg.¹⁷⁷

Der zu Beginn der 1920er Jahre so euphorisch beschworene „Garantie-pakt“ der Arbeiterschaft zum Erhalt des Friedens erwies sich allerdings bald als ein Luftschloss. Zunächst zeigte sich der IGB außerstande, die Konflikte zwischen Deutschen und Polen um Oberschlesien zu entschärfen, dessen Bevölkerung am 20. März 1921 über ihre Zugehörigkeit zum Reich bzw. zu Polen abstimmte und das schließlich entsprechend den abgegebenen Stimmen geteilt wurde. Eine IGB-Delegation um Fimmen und Johaux schlug statt dessen eine Autonomie des Gesamtgebiets unter Aufsicht des Völkerbunds vor und verprellte damit alle Beteiligten.¹⁷⁸ Auch spätere Vermittlungs- und Solidaritätsaktionen des IGB zeitigten bestenfalls halbe Erfolge.¹⁷⁹

geschlossenen Landeszentralen Vertreter entsandten. Die Führung der Geschäfte und die Vorbereitung der Kongresse lagen in den Händen von zunächst zwei (Fimmen und Oudegeest), später drei internationalen Sekretären. Der Amsterdamer Kongress kam einer Neugründung des IGB nahe. Nicht nur die Struktur wurde grundlegend neu – repräsentativer und demokratischer – gestaltet und auch das Tätigkeitsgebiet wurde erheblich ausgeweitet: „Da die Sozialistische Internationale noch nicht wieder gegründet war, mussten Aufgaben übernommen werden, die man früher als solche dieser politischen Internationale betrachtete“ (Sassenbach, Internationaler Gewerkschaftsbund, S. 830).

175 Zitiert nach Buschak: Edo Fimmen, S. 48, unter Berufung auf „Bericht über den internationalen Gewerkschaftskongress, abgehalten in Rom vom 20.-26. April im Teatro Argentino, Amsterdam 1923.

176 Vgl. Buschak: Edo Fimmen, S. 74.

177 Vgl. ebd., S. 74.

178 Vgl. ebd., S. 55 ff.

179 Ebd., S. 60 ff.

Und dass die vom IGB verfochtene Generalstreiksidee in der Praxis nicht umzusetzen sein würde, zeigte schon der „schwarze Januar“ 1923. Er brachte die Besetzung der Ruhr durch belgische und französische Truppen, um die dortige Kohle- und Koksproduktion als „produktives Pfand“ zur Erfüllung der deutschen Reparationsverpflichtungen zu sichern.

Die Reichsregierung reagierte mit einem Aufruf zum passiven Widerstand an die Bevölkerung an der Ruhr und nicht nur Pessimisten befürchteten einen neuen Waffengang zwischen den Konfliktparteien. Zwar lehnten sämtliche IGB-Organisationen die Okkupation ab und auch die belgischen und französischen Gewerkschaften protestierten gemeinsam mit den sozialistischen Parteien ihrer Länder demonstrativ gegen die Gewaltpolitik ihrer Regierungen. Woran es jedoch nach wie vor fehlte, war eine praktikable Strategie, die gemeinsamen Forderungen umzusetzen. Der Friedenskongress des IGB in Den Haag hatte kurz zuvor lediglich eine Resolution zustande gebracht, in der er in feierlichem Ton vor einer Besetzung des Ruhrgebiets gewarnt wurde, die aber jeden Hinweis vermied, was zu geschehen hätte, wenn diese doch einträte. Als der Vorsitzende des ADGB¹⁸⁰, Theodor Leipart (1867–1947), der kurz nach dem Beginn der Besetzung des Ruhrgebiets nach Amsterdam eilte, um die Reaktionen der IGB-Verbände auf seinen zuvor unterbreiteten Vorschlag eines 24-stündigen „Demonstrationsstreiks“ zu erfahren – das Sekretariat des IGB hatte sich diese Vorstellung zu eigen gemacht und um zustimmende Stellungnahmen der angeschlossenen Verbände ersucht – war die Resonanz ernüchternd: „Schriftliche Antworten auf die Frage wegen des 24-stündigen Demonstrationsstreiks lagen in Amsterdam nur von der dänischen, holländischen und italienischen Landeszentrale vor. Unsere (des ADGB, RF) dänischen Genossen haben den Streik als nutzlos abgelehnt, sich aber für einen Boykott erklärt. Die Holländer lehnen ebenfalls den Streik ab, machten aber den Vorschlag, eine finanzielle Hilfsaktion durchzuführen, und zwar sollten zwei Prozent des Verbandsvermögens, mindestens aber 50 Cent pro Mitglied, dafür bereit gestellt werden. Aus Italien lag nur die telegrafische Mitteilung vor, das ein Streik unmöglich sei. Ähnliche Erklärungen gaben auch die Vertreter aus England, Frankreich und Belgien während der Sitzung ab. Die Frage des Streiks war damit erledigt (...).“¹⁸¹

180 Der ADGB war auf dem ersten Nachkriegskongress der freien Gewerkschaften am 5. Juli 1919 in Nürnberg als neuer Dachverband und organisatorischer Nachfolger der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gegründet worden. Leipart war Nachfolger Carl Legiens, des ersten Vorsitzenden des ADGB und blieb dies bis zum Ende der Weimarer Republik.

181 Vgl. Quellen, Bd. 2, Dok. 77, S. 78, S. 747–763, hier: S. 748 (Sitzung des Bundesausschusses des ADGB vom 24.01.1923).

Der IGB folgte so zwar seiner von Beginn an eingeschlagenen Linie, die durch dem Versailler Vertrag der deutschen Arbeiterschaft auferlegten Belastungen konsequent abzulehnen. Koordinierte Maßnahmen oder gar ein Streik gegen die Besatzung zu organisieren gelang dem IGB hingegen nicht.¹⁸² Erst die Neuordnung der deutschen Reparationen im Rahmen des Dawes-Plans ermöglichte schließlich 1925 die Beendigung der Okkupation der Ruhr.

Alles in allem erwies sich die Generalstreiksidee als Mittel der Friedenssicherung nach dem Ersten Weltkrieg als genauso wenig praxistauglich wie bei dessen Beginn. Es zeigte sich sehr schnell, dass sich der IGB mit der Rolle einer internationalen Hüterin des Friedens als genau so überfordert erwies wie ehemals die Sozialistische Internationale. Spätestens nach der Zerschlagung der deutschen Gewerkschaften durch das NS-Regime waren dann allen Plänen, den Frieden zwischen den Völkern durch massenhafte Arbeitsniederlegungen zu bewahren, ohnehin der Boden entzogen. Parallel dazu erwiesen sich in den späten 1920er und erst recht in den 1930er Jahren die zunächst teilweise sehr hochfliegenden Hoffnungen, die Völkerliga zu einer demokratischeren und mit tatsächlichen Kompetenzen ausgestatteten Globalregierung weiter zu entwickeln, zunehmend als utopisch. Auch hier bildete die Machtübernahme der NSDAP eine entscheidende Zäsur, die das politische Bewusstsein vieler Vertreter der Arbeiterbewegung des Exils und im Widerstand tief greifend prägte und sie nach neuen Antworten auf die Frage suchen ließ, wie eine internationale Ordnung beschaffen sein müsste, um Frieden und wirtschaftlichen Wohlstand der Arbeiterschaft ihrer Länder in Zukunft zu gewährleisten.

182 Vgl. Goethem: *Amsterdam International*, S. 35 ff; Buschak, Edo Fimmen, S. 83 ff.

3 UND EUROPA? DIE BETEILIGUNG GEWERKSCHAFTLICHER AKTEURE AM EUROPADISKURS UND DIE „EUROPAPOLITIK“ DER GEWERKSCHAFTEN VOR 1933

Die Vorstellung von „Europa“ als ein einheitlicher politischer Raum der „Zivilisation“ und als Synonym für Moderne und Fortschritt war schon in der Vorkriegszeit ein mehr oder minder fester Bestandteil im mentalen Gepäck der Arbeiterbewegung gewesen.¹⁸³ Auch der Begriff der „Vereinigten Staaten von Europa“ wurde von Protagonisten der Arbeiterbewegung schon vor 1914 mit einiger Geläufigkeit verwendet. Der Zusammenschluss der Völker Europas war dabei zunächst jedoch kaum mehr als eine relativ unscharfe Zukunftsvision, deren Verwirklichung als Weiterentwicklung und Überwindung der bisherigen nationalstaatlichen Ordnung als mehr oder minder sicher angenommen und gewünscht wurde. Unter dem Eindruck des industrialisierten Massenmordens an den Kriegsfrenten gewann die Idee eines friedlich vereinten Europas als Chiffre sozialistischer Friedenssehnsucht dann weitere Verbreitung.

Im Oktober 1914 gab beispielsweise Léon Jouhaux in seiner Eigenschaft als Sekretär des CGT in einem Schreiben an die deutsche Landeszentrale der Gewerkschaften der Hoffnung Ausdruck, dass, „nachdem jedes Volk in seinem eigenen Lande seine demokratische Pflicht erfüllt hat, die Vereinigten Staaten Europas zustande kommen.“¹⁸⁴ In Deutschland fand sich bald nach Kriegsbeginn eine Gruppe bürgerlicher Kriegsgegner, aber auch prominenter Sozialisten (vom Parteirechten Eduard David bis zum Linken Kurt Eisner) im „Bund Neues Vaterland“ zusammen, der trotz Militärzensur mitten im Krieg innerstaatliche Demokratie und zwischenstaatliche Verständigung propagierte¹⁸⁵ (und aus dem später die Deutsche Liga für Menschenrechte hervor gehen sollte); ihr Mitbegründer, der Pazifist und Publizist Otto Lehmann-Russbüdt (1873–1963) hatte Anfang 1914 in einer Broschüre „Die Schöp-

183 Vgl. das vorige Kapitel.

184 Zitiert nach Sassenbach: Fünfundzwanzig Jahre, S. 46.

185 Vgl. hierzu Buschak: Die Vereinigten Staaten von Europa, S. 47 ff.

fung der Vereinigten Staaten von Europa“ zum Ziel erhoben.¹⁸⁶ Auch in anderen Ländern wurde die Losung der „Vereinigten Staaten von Europa“ noch während des Krieges immer wieder zustimmend aufgegriffen, etwa im „Avanti“, dem Parteiorgan der italienischen Sozialisten,¹⁸⁷ und in verschiedenen Manifestationen der britischen Independent Labour Party und ihrer pazifistischen Mitstreiter.¹⁸⁸

3.1 Die Anfänge der europäischen Bewegung und die Europadiskussion in den 1920er Jahren

Seit dem Anfang der 1920er Jahre formierten sich zunächst weitgehend abseits des sozialistischen Spektrums verschiedene Gruppen und Organisationen, die sich öffentlichkeitswirksam für einen politischen Zusammenschluss Europas einsetzten. Unter diesen häufig miteinander verfeindeten Zusammenschlüssen konnte die von dem österreichischen Kosmopoliten Richard Graf Coudenhove-Kalergi ins Leben gerufene Paneuropa-Union die wohl größte öffentliche Aufmerksamkeit erringen und sich dauerhafter als die übrigen Gruppierungen im historischen Gedächtnis verankern.¹⁸⁹ In ihrer gleichnamigen Zeitschrift und auf zahlreichen Kongressen verfocht die stark auf ihren Gründer zugeschnittene Union die Idee eines europäischen Staatenbundes von Polen bis Portugal, der teils als Paneuropäische Union, teils

186 Otto Lehmann-Russbüdt: Die Schöpfung der Vereinigten Staaten von Europa. Eine Phantasie von 1910 und eine Betrachtung von 1914, Berlin 1914. Lehmann-Russbüdt zählte zu den führenden Vertretern der deutschen Friedensbewegung und war von 1922–1926 Generalsekretär der Deutschen Liga für Menschenrechte.

187 Vgl. Buschak: Die Vereinigten Staaten von Europa, S. 54, insbes. Anm. 61.

188 Vgl. Henry Ralph Winkler: British Labour Seeks a Foreign Policy: 1900–1940, New Brunswick/New Jersey 2005, S. 19.

189 Generell maßgeblich für die Entwicklung des Europa-Gedankens im Ersten Weltkrieg und der Zwischenkriegszeit ist die Arbeit von Carl H. Pegg: Evolution of the European Idea; gute Überblicke bieten Friedländer, Wie Europa begann, S. 15 ff; Niess, Die europäische Idee, S. 18 ff; Mittag, Kleine Geschichte, S. 37 ff. Zu Leben und Wirken des umtriebigen österreichischen Adligen vor dem Zweiten Weltkrieg vgl. Anita Ziegerhofer-Pretenthaler, Botschafter Europas. Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi und die Paneuropa-Bewegung in den zwanziger und dreißiger Jahren, Wien 2004, einen Überblick gibt Ulrich Wyrwa, Richard Nikolaus Graf Coudenhove-Kalergi (1894–1972) und die Paneuropa-Bewegung in den zwanziger Jahren, in: Historische Zeitschrift 283/2006, S. 103–122. Zu den Europaverbänden und ihrem Einfluss auf die europäische Politik vgl. auch Oliver Burgard, Das gemeinsame Europa – von der politischen Utopie zum außenpolitischen Programm. Meinungsaustausch und Zusammenarbeit pro-europäischer Verbände in Deutschland und Frankreich 1924–1933, Frankfurt am Main 2000.

als die Vereinigten Staaten von Europa titulierte wurde. Allein die Errichtung eines europäischen Staatenbundes können die zerstörerischen „Erbfeindschaften“ in Europa überwinden, den Bürgern Europas angesichts des politischen und wirtschaftlichen Aufstiegs der USA und der Sowjetunion Frieden, Freiheit und Wohlstand sichern und den Kontinent in der Lage versetzen, sich gegenüber der „kommunistischen Bedrohung“ zu behaupten.¹⁹⁰

Der Paneuropa-Bewegung gehörten neben zahlreichen Geistesgrößen wie Albert Einstein, Journalisten und Wirtschaftsvertretern christlich-demokratische bzw. konservative Politiker wie der damalige Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer an. Zu ihr zählten aber auch prominente Vertreter der politischen Linken und des sozialistisch/ sozialdemokratischen Parteienspektrums. Zu nennen ist etwa Paul Löbe (1875–1967), der langjährige Präsident des deutschen Reichstags. Der Sozialdemokrat übernahm den Vorsitz der deutschen Sektion der Paneuropa-Union, während Aristide Briand 1927 den Ehrenvorsitz der gesamten Organisation übernahm. Mit Édouard Herriot (1872–1957) unterstützte ein weiterer französischer Linkspolitiker öffentlich die Ziele der Paneuropa-Bewegung.

Auch einzelne Gewerkschafter wie Wladimir Woytinsky (1885–1960), Wirtschaftsexperte des ADGB und einer der wichtigsten europäischen Vordenker aus dem gewerkschaftlichen Lager überhaupt, standen der Union des Grafen offenbar mit Sympathie gegenüber und traten in der Verbandszeitschrift „Paneuropa“ als Autor in Erscheinung. Woytinsky sollte sich in der Endphase der Weimarer Republik zum wichtigsten ökonomischen Vordenker des ADGB entwickeln; er war der geistige Urheber des sogenannten WTB-Plans, der nach den Initialen Woytinskys, Fritz Tarnows (1880–1951) – des Vorsitzenden des Holzarbeiterverbandes – und Fritz Baades (1893–1974) – eines SPD-Reichstagsabgeordneten – benannt wurde und der ein leider nie verwirklichtes Programm für eine aktive Konjunkturpolitik angesichts der Weltwirtschaftskrise präsentierte. Seine Biografie enthielt alle Bestandteile eines Romans, phasenweise eines Thrillers.¹⁹¹

190 Vgl. Gerhard Brunn: Die Europäische Einigung. Von 1945–heute, Stuttgart 2009, S. 23.

191 Der in St. Petersburg geborene Sohn eines jüdischen Mathematikprofessors schloss er sich zunächst dem bolschewistischen Flügel der russischen Sozialisten an und wurde 1908 für vier Jahre nach Sibirien deportiert. Im Verlauf des russischen Revolutionsjahrs 1917 näherte er sich den reformistischen Menschewikis an und wurde erneut inhaftiert. 1918 konnte er sich in die neu gegründete Demokratische Republik Georgien absetzen und arbeitete als Berater der dortigen sozialdemokratischen Regierung. Nach der Besetzung des Landes durch die Rote Armee 1921 flüchtete er mit seiner Gattin und engsten Mitarbeiterin Emma Woytinsky über Konstantinopel schließlich nach Deutschland, wo er eine Stelle als „Chefstatistiker“ des ADGB annahm und sich schließlich zum wichtigsten ökonomischen Berater der ADGB-Füh-

Eine exponierte Rolle in der Paneuropa-Bewegung spielte mit Francis Delaisi ein weiterer Wirtschaftsexperte, der ebenfalls aus dem gewerkschaftlichen Umfeld stammte und als Berater der CGT eine wichtige Rolle spielte. Von 1927–1932 leitete er das französische Generalsekretariat der Paneuropa-Bewegung und prägte maßgeblich ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen.¹⁹² Allerdings gelang es der Paneuropa-Union trotz einiger eher unprofessioneller Annäherungsversuche seitens des ob seines aristokratisch-elitären Politikansatzes von prominenten linken Intellektuellen wie Carl von Ossietzki ohnehin kritisierten Grafen nicht, die Gewerkschaften als Ganzes zum Beitritt in seine Organisation zu bewegen.¹⁹³

Das deutsche Komitee für europäische Verständigung um den linksliberalen Reichstagsabgeordneten Wilhelm Heile (1881–1969)¹⁹⁴ sowie um Alfred Nossig (1864–1943) war ein weiterer proeuropäischer Zusammenschluss, dem eine ganze Reihe prominenter Politiker des Mittellinks-Spektrums angehörten. Anders als die Paneuropa-Union sah die Heile-Gruppe in Großbritan-

nung um Theodor Leipart entwickelte. Woytinsky war ein enthusiastischer Verfechter der europäischen Integration. Nach der Zerschlagung des ADGB durch die Nazis flüchtete er in die Schweiz und arbeitete zwei Jahre für die IAO. Vorübergehend beriet er auch die CGT, die mit ihrem „Plan du Travail“ ein Programm zur Überwindung der Wirtschaftskrise entwickelten, das zahlreiche Parallelen zum WTB-Plan auswies. Schließlich emigrierten Woytinsky und seine Frau in die USA, wo er für die Roosevelt-Administration am „New Deal“ mitwirkte. 1961 erschien seine äußerst interessante Autobiographie, die zahlreiche Informationen auch zur Geschichte der Gewerkschaften enthält: Wladimir Woytinsky, *Stormy Passage*, New York 1961.

192 Vgl. Ziegerhofer-Pretenthaler: *Botschafter Europas*, S. 138 f. Delaisi prägte seit der Wende zum 20. Jahrhundert die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der französischen Linken im Allgemeinen – und zumindest phasenweise der CGT im Besonderen – entscheidend mit. Er publizierte in Serie, die meisten seiner Artikel wurden in der französischen Gewerkschaftspresse veröffentlicht. In den 1920er Jahren entwickelte er sich zu einem überzeugten Proeuropäer, der sich besonders die wirtschaftliche Vereinigung des Kontinents auf die Fahnen schrieb; vgl. zu Letzterem generell Pegg, *Evolution of The European Idea* (passim).

193 Jedenfalls nicht in Deutschland: Der Bundesvorstand des ADGB lehnte 1926 sowohl einen Beitritt zur Paneuropa-Union wie auch zum Verband für europäische Verständigung ab. Das war allerdings keine endgültige Entscheidung und ADGB-Chef Leipart zeigte sich grundsätzlich offen für die politischen Ziele der Europaaktivisten und für eine Diskussion des Ansinnens mit den übrigen Gewerkschaftsrichtungen; vgl. „Schreiben des ADGB-Bundesvorstandes an den Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum, über den möglichen Beitritt zur „Paneuropäischen Union“, in: *Quellen*, Bd. 3.1 u. 3.2, S. 722 f. Das Verhältnis zwischen den Europäischen Bewegungen und den Gewerkschaften der europäischen Länder ist bis heute allerdings noch nicht zur Gänze ausgeleuchtet worden, eine tragende Rolle in ihr spielten sie aber sicherlich nicht.

194 Zu Heile, der als Vorreiter der Europaidee zu Unrecht weitgehend in Vergessenheit geraten ist, vgl. Karl Holl: *Europapolitik im Vorfeld der deutschen Regierungspolitik. Zur Tätigkeit proeuropäischer Organisationen in der Weimarer Republik*, in: *Historische Zeitschrift*, 219/1974, S. 33–94.

nien einen wichtigen Bestandteil einer zu errichtenden europäischen Föderation. Sein französisches Pendant, das Comité Français de Coopération Européenne“ schloss seit 1928 die wichtigsten Gruppierungen der französischen Europabewegung zusammen. Als treibende Kraft auf französischer Seite erwies sich dabei Émile Borel (1871–1956). Borel brillierte nicht nur in seinem Beruf als Mathematiker mit Weltruf, sondern spielte auch als „radikaler“ Sozialist (der Parti républicain, radical et radical-socialiste) politisch eine wichtige Rolle in der französischen Politik und amtierte zwischenzeitlich als Minister. Schließlich wurde 1928 mit der „Fédération des Comités pour la Coopération Européenne“ ein Dachverband bzw. Koordinationsbüro der verschiedenen Nationalkomitees für europäische Kooperation mit Sitz in Paris gegründet. Borel wurde zum Präsidenten gewählt, Heile amtierte als Generalsekretär.¹⁹⁵

Wie weit das Spektrum von europabezogenen Komitees und Zusammenschlüssen in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre gespannt war, hat jüngst der Europahistoriker Matthias Schulz in einer komprimierten Darstellung über die Europa-Netzwerke der Zwischenkriegszeit noch einmal herausgearbeitet.¹⁹⁶ Dabei zählte er, neben christlichen und linkskatholischen Diskussionszirkeln, im Übrigen auch die „international föderierten Gewerkschaften“ zu jenen politischen Gruppen, in denen und zwischen denen die Zukunft Europas diskutiert und geplant wurde.¹⁹⁷

Insgesamt war die Europadiskussion in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre keine Randerscheinung des politischen Diskurses mehr, sondern in der Mitte der politischen Debatte angekommen. Während die Europakonzepte in den frühen 1920er Jahren noch überwiegend von verschiedenen intellektuellen Einzelgängern wie dem kosmopolitischen österreichischen Grafen entwickelt und lanciert worden waren, „wurden die nationalen Komitees der Verbände ab Mitte der 1920er Jahre – in Deutschland und Frankreich – von bekannten Politikern der Mitte und der Linken geleitet, die von der

195 Vgl. Undine Ruge: Die Erfindung des „Europa der Regionen“, S. 50 ff.

196 Matthias Schulz: Europa-Netzwerke und Europagedanke in der Zwischenkriegszeit, in: Europäische Geschichte Online (EGO), hg. vom Institut für Europäische Geschichte (IEG), Mainz 2010-12-03, www.ieg-ego.eu/schulzm-2010-de. Als genuine Teile der Europabewegung nennt Schulz darüber hinaus die folgenden Organisationen: die Europäische Zollunion/Union douanière européenne (UDE), die Mitteleuropäische Wirtschaftstagung (Elemér Hantos); d) einen skandinavischen Kreis um den dänischen Arzt Christian Frederick Heerfordt; den Europäische Kulturbund Karl Anton Rohans; das Deutsch-Französische Studienkomitee um den Luxemburger Stahlindustriellen Émile Mayrisch sowie schließlich das Wirtschaftssekretariat des Völkerbunds (vgl. ebd., Abschnitt 5).

197 Vgl. ebd.

Notwendigkeit eines politischen und/oder wirtschaftlichen europäischen Zusammenschlusses überzeugt waren (sei es auch aus nationalen Interessenerwägungen).“¹⁹⁸

Dabei speisten sich die Motive und Absichten der Proeuropäer gruppenübergreifend letztlich aus sehr ähnlichen Quellen – lässt man einmal die Adepten völkisch-nationaler Mitteleuropa-Pläne außen vor, die letztlich nicht auf eine freiwillige, föderale Einigung des Kontinents abzielten, sondern ihre nationalistischen Hegemonialfantasien lediglich mit einer dünnen Firnis proeuropäischer Rhetorik zu ummänteln suchten und die hier nicht zur Debatte stehen.¹⁹⁹

Da war zum einen, und dies ist immer ein Zentralmotiv im europäischen Einigungsprozess gewesen, die Frage nach der Sicherung des Friedens in Europa und damit einer dauerhaften Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich. Zweitens kam die offenkundige Tatsache hinzu, dass die zersplitterten europäischen Nationen mit ihren durch Zollgrenzen voneinander abgegrenzten Volkswirtschaften gegenüber der amerikanischen Konkurrenz immer weiter ins Hintertreffen gerieten. Nicht umsonst schickte der ADGB Mitte der 1920er Jahre eine hochkarätig besetzte Delegation in die Vereinigten Staaten, auch um dort zu erkunden, warum die Lebenshaltung der amerikanischen Arbeiter diejenige der europäischen mittlerweile bei Weitem hinter sich gelassen hatte. Hinzu kam vor allem bei den christlich und bürgerlich orientierten Teilen der Europabewegung die Angst, dass die Tage der bürgerlichen Gesellschaftsordnung (oder auch der abendländisch-christlichen Wertegemeinschaft) angesichts der revolutionären Systemkonkurrenz durch die Sowjetunion ohne eine tief greifende internationale Neuordnung schnell gezählt sein könnten. Vor diesem Hintergrund wurde die Losung „Sich einigen oder untergehen“, wie Wilfried Loth es auf den Punkt brachte, „die in Konkurrenz zum Nationalstaatsprinzip trat“²⁰⁰, zur Parole der unterschiedlichsten politischen Aktivisten und fand auch im Lager der Arbeiterbewegung großen Anklang.

198 Ruge: „Europa der Regionen“, S. 52 f.

199 Vgl. hierzu ausführlich Jürgen Elvert: Mitteleuropa! Deutsche Pläne zur europäischen Neuordnung (1918–1945), Stuttgart 1999; komprimiert: ders., Mitteleuropa im Urteil der Publizistik, in: Heinz Duchhardt/István Németh (Hg.), Der Europa-Gedanke in Ungarn und Deutschland in der Zwischenkriegszeit (= Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz; Abteilung für Universalgeschichte; Beiheft 66), S. 127–142.

200 Loth: Der Weg nach Europa, S. 10.

Starke Resonanz fand die Europaidee als politische Ordnungsvorstellung nicht zuletzt bei der deutschen Sozialdemokratie. Nach Auffassung ihrer führenden außenpolitischen Protagonisten wie Rudolf Hilferding, Hermann Müller und Rudolf Breitscheid lag die Zukunft der deutschen Wirtschaft und Politik in der engen Zusammenarbeit mit den westlichen Demokratien und namentlich in der Aussöhnung mit Frankreich.²⁰¹ 1925 erklärte die SPD in ihrem Heidelberger Programm die Schaffung einer europäischen Wirtschaftseinheit zu ihrem politischen Ziel und bekannte sich zu nicht weniger als der Bildung der „Vereinigten Staaten von Europa“. Komplementär sprach sich die Partei gleichfalls für „die Demokratisierung des Völkerbundes und seiner Ausgestaltung zu einem wirksamen Instrument der Friedenspolitik“ aus.²⁰² Bald darauf befürworteten auch die französischen Sozialisten auf ihren Parteitag die europäische Einigung.²⁰³ Und am 26. und 27. Februar 1926 trat in Brüssel eine sozialistische Konferenz aus Vertretern Deutschlands, Frankreichs und Polens mit der Parole der „Europäischen Zollunion“ an die Öffentlichkeit und verabschiedete einen Aktionsplan, in dem es hieß:

„Die Konferenz ist überzeugt, dass es vor allem notwendig ist, jene Illusion zu zerstören, als ob die Völker abgeschlossen von den anderen leben und ihre Bedürfnisse aufgrund einer engherzig nationalistischen Wirtschaftspolitik befriedigen könnten. Der *aggressive Protektionismus*, der nach dem Kriege in Europa herrschte und die politische und wirtschaftliche Zerrissenheit Europas noch verschärfte, muss von den sozialistischen Parteien energisch bekämpft werden. Der Zustand gegenseitiger wirtschaftlicher Abhängigkeit und Durchdringung, in dem sich die Nationen befinden, schafft die Notwendigkeit von Handelsverträgen, durch die sich die Völker mit dem Gedanken der *europäischen Zollunion* vertraut machen sollen als einer Etappe auf dem Weg zu einer internationalen Wirtschaftspolitik.“²⁰⁴

201 Zum sozialdemokratischen „Blick nach Westen“ vgl. auch die ausführliche Darstellung von Jürgen Zarusky: Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell 1917–1933. Ideologische Auseinandersetzung und außenpolitische Konzeptionen, München 1992, insbes. S. 187–212.

202 Miller/Potthoff: Kleine Geschichte der SPD, Dok. 15.

203 Walter Lipgens: Europäische Einigungsidee 1923–1930 und Briands Europaplan im Urteil der Deutschen Akten, in: Historische Zeitschrift, 203/1966, S. 48–89, S. 59.

204 Zitiert nach Wladimir Woytinsky: Die Vereinigten Staaten von Europa, Berlin 1926, S. 126 (kursiv im Original gesperrt).

3.2 Gewerkschaftliche Beiträge zur Europadebatte der Zwischenkriegszeit

Für die innerhalb des IBG (und auch des IBCG) organisierte Gewerkschaftsbewegung blieb der Völkerbund und die IAO bis in die 1930er Jahre auch weiterhin ein wichtiger Bezugspunkt ihrer politischen Ordnungsvorstellungen. Die Garantie des Friedens einerseits, die Einhaltung sozialer Mindeststandards andererseits, sollten idealerweise global geregelt und von supranationalen Organisationen im Weltmaßstab durchgeführt werden. Daneben drängte sich jedoch zumal in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre mit einiger Wucht die Frage nach einer angemessenen wirtschaftlichen und politischen Ordnung des alten Kontinents in das Zentrum der innergewerkschaftlichen Debatten.

Ausgangspunkt für die breite gewerkschaftliche Europadiskussion in der Zwischenkriegszeit war in erster Linie die Frage der Wirtschaft – bzw. das Problem ihres allgemein als notwendig erachteten Umbaus. Die wirtschaftliche Einigung Europas drängte sich in diesem Zusammenhang nahezu allen gewerkschaftlichen Theoretikern und Praktikern als notwendige Konsequenz des schleppenden europäischen Wiederaufbaus geradezu auf. Die Wirtschaftsweise der durch Zollgrenzen zersplitterten europäischen Staaten sei alles andere als rationell und führe dazu, dass Europa gegenüber den Vereinigten Staaten mit ihrem großen einheitlichen Markt immer weiter ins Hintertreffen geraten würden, so die nahezu einhellige Meinung der Diskutanten. Zum „Zentrum und vielfach Motor“ der Diskussion entwickelten sich dabei in Deutschland die „Sozialistischen Monatshefte“,²⁰⁵ in denen von Autoren wie Max Cohen, Ludwig Quessel und Paul Kampffmeyer in dichter Folge Artikel über europäische Wirtschaftsfragen erschienen und die unisono für einen engeren Zusammenschluss der europäischen Volkswirtschaften plädierten. Mit Fritz Naphtali (1888–1961) stand der wohl noch vor Woytinsky für die Entwicklung der gewerkschaftlichen Wirtschaftsprogrammatik in der Weimarer Republik wichtigste Wirtschaftstheoretiker – der mit dem Konzept der Wirtschaftsdemokratie das wirtschaftspolitische Leitbild des ADGB schlechthin erarbeitet hatte – dem Integrationsgedanken zumindest im Grundsatz ebenfalls positiv gegenüber.²⁰⁶

Eine wichtige Rolle für die Europadiskussion innerhalb der Arbeiterbewegung spielte auch die von Lothar Erdmann herausgegebene Theoriezeit-

²⁰⁵ Buschak: Umbau, S. 25.

²⁰⁶ Vgl. Schöberl: Land, S. 188 f.

schrift des ADGB, „Die Arbeit“. Hier war es für Judith Grünfeld ganz selbstverständlich, dass „das balkanisierte Europa [...] sich nicht länger den wahnsinnigen Luxus der unzähligen Zollgrenzen gestatten [kann]“²⁰⁷ und der gewerkschaftsnahe Ökonom und Journalist Wilhelm Grottkopp trat mit Verve für einen Abbau der hohen europäischen Binnenzölle und die Errichtung eines europäischen Wirtschaftsraums ein.²⁰⁸

Einen wichtigen Impuls nicht nur für die gewerkschaftliche Europadebatte setzte 1926 Wladimir Woytinsky in seiner auf hohem Reflektionsniveau stehenden Schrift über „Die Vereinigten Staaten von Europa.“ Auch nach seiner Auffassung sollte der erste Schritt zur europäischen Einigung zunächst in der Errichtung einer „Europäischen Zollunion“ bestehen, die seiner Auffassung zu Folge auch Russland und das Vereinigte Königreich und sämtliche europäischen Kolonialgebiete umfassen sollte.²⁰⁹

Woytinskys weitreichende Integrationsideen können hier nicht in allen Einzelheiten wieder gegeben werden. Wichtig erscheint, dass sie nicht als die solitäre Einzelmeinung eines der nicht allzu zahlreichen Gewerkschaftsintellektuellen anzusehen sind, sondern von vielen Gewerkschaftsfunktionären geteilt und publizistisch verfochten wurden. Einen bemerkenswerten Beitrag zur Europadebatte lieferte dabei mit Wilhelm Eggert²¹⁰ (1889–1938) ein Mitglied des engeren ADGB-Führungszirkels, der ebenfalls postulierte: „Die Zerrissenheit der europäischen Wirtschaft muss durch die Niederlegung der europäischen Zollschranken beseitigt werden“²¹¹. Auch für ihn war es selbstverständlich, dass sich innerhalb einer zu schaffenden Zollunion mittelfristig „eine leistungsfähigere Organisation der Gesamtproduktion auf höherer Stu-

207 Judith Grünfeld: Die weltwirtschaftliche Krise, in: Die Arbeit 2/1925, S. 593–601, Zitat: S. 601.

208 Wilhelm Grottkopp: Zollabbau durch organisierte europäische Wirtschaft, in: Die Arbeit, 7/1930, S. 32–37.

209 Vgl. Woytinsky: Die Vereinigten Staaten von Europa, S. 168. In seiner Schrift fasste Woytinsky aus der Sicht des Ökonomen noch einmal die zu erwartenden positiven Auswirkungen für die europäische Wirtschaft und die Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft ausführlich zusammen und sah in der Arbeiterklasse den berufenen Träger der europäischen Einigungspolitik. Dass die mit einer im Rahmen einer solchen Zollunion zu vollziehenden Umstrukturierungsprozesse der Arbeiterschaft zunächst erhebliche Opfer abverlangen würden, nahm er dabei in Kauf. Die Weiterentwicklung der Zollunion zu den Vereinigten Staaten von Europa würde dabei langfristig die Vereinheitlichung des Geldwesens, der Sozialgesetzgebung wie der bürgerlichen Gesetzgebung sowie eine gemeinsame Wirtschaftspolitik erforderlich machen.

210 Eggert war von 1924–1933 Sekretär und Vorstandsmitglied des ADGB, seit 1931 stellvertretender Bundesvorsitzender.

211 Wilhelm Eggert: Gewerkschaftsprobleme zur europäischen Zollunion, in: Hanns Heiman (Hg.), Europäische Zollunion. Beiträge zu Problem und Lösung, Berlin 1926, S. 96–108, hier: S. 99.

fe [vollziehen würde].²¹² Auch Eggert sah die Gefahr, dass die mit einer Zollunion verbundenen Umschichtungen und Umgruppierungen der Wirtschaft tief in die Lebensverhältnisse der Arbeiter eingreifen würden und zog daraus die Konsequenz, dass die Arbeitslosenunterstützung in den „Bundesländern“ angeglichen und ausgebaut werden müsste.²¹³ Überhaupt sei der „Ausbau und die Vereinheitlichung des gesamten Arbeitsrechts (...) eine wichtige Voraussetzung für das reibungslose Zusammenarbeiten und für das wirtschaftliche Gedeihen der Zollunion. Wollte man jedem einzelnen Lande die Erfüllung seiner sozialen Aufgaben auch weiter nach eigenem Gutdünken überlassen, so wäre die Schaffung einheitlicher Konkurrenzbedingungen unmöglich (...)“²¹⁴. Eggerts Warnung vor sozialem Dumping ist zweifellos heute noch aktuell.

Der Kampf gegen den exzessiven Protektionismus und für eine europäische Zollunion wurde in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre allem Anschein nach fast zum Gemeinplatz in der Programmatik der europäischen Gewerkschaftsbewegung und kondensierte zu einer europabezogenen Grundvorstellungen, die nach dem Zweiten Weltkrieg in ähnlicher Form erneut wieder aufgegriffen werden konnte.²¹⁵

3.3 Europa sozial gestalten

Befördert von der Wucht der Wirtschaftskrise traten neben das wirtschaftliche Einigungsmotiv in den frühen 1930er Jahren verstärkt sozialpolitische Motive und Forderungen in der gewerkschaftlichen Europadebatte in Erscheinung. Nur durch eine Angleichung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Europa könne, so waren sich die Teilnehmer der Debatte einig, soziales

212 Ebd., S. 105.

213 Ebd., S. 107.

214 Ebd., S. 104. Ähnlich sah dies fast gleichzeitig Paul Kampffmeyer (1864–1945), einer der führenden sozialdemokratischen Intellektuellen und in der Zeit der Weimarer Republik der Leiter des SPD-Parteiarchivs. Kampffmeyer betonte aber wie Eggert zugleich die mit einer Zollunion verbundenen sozialpolitischen Entwicklungsmöglichkeiten; vgl. seinen Aufsatz: Zu einer europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik, in: Sozialistische Monatshefte 32/1926, S. 17–19.

215 Zu den Plänen zum Umbau und der Integration der europäischen Wirtschaft vgl. wiederum den zu diesem Thema Neuland betretenden Aufsatz von Buschak, Umbau, S. 29–34. Die von ihm angeführten zahlreichen Beispiele sollen hier nicht wiederholt werden und könnten durch vertiefende Analysen der Presse und Programmatik zumindest der kontinentaleuropäischen Gewerkschaftsprogramme und -presse noch beträchtlich ausgeweitet werden.

Dumping vermieden und die Lebensverhältnisse der Beschäftigten in Europa abgesichert werden.²¹⁶

Der Ruf nach europäischer Wirtschaftseinheit wurde nicht nur in Deutschland von zahlreichen Gewerkschaftern erhoben. In Frankreich trat der oben erwähnte Francis Delaisi mit einer ganzen Reihe von Schriften hervor, in der er, offenbar mit sehr ähnlichen Argumenten wie Woytinsky und Eggert, für die wirtschaftliche Vereinigung des Kontinents warb.²¹⁷ Eine besondere Note fügte Delaisi der Diskussion um den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Kontinents durch den Vorschlag hinzu, das Agrareuropa des Ostens mit den Industriegebieten im Westen durch ein planvoll durchgeführtes Infrastrukturprogramm (Straßen, Eisenbahntrassen, Ausbau der Wasserwege) miteinander zu verbinden.²¹⁸ Zugleich versprach sich der Franzose von dem so auszulösenden Konjunkturschub in den frühen 1930er Jahren einen Schlüsselbeitrag zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise; seine Ideen fanden insbesondere bei der IAO starke Beachtung.²¹⁹ Hier erhielt die Debatte um die Errichtung eines Sozialraums Europa durch ein Memorandum von Albert Thomas an den Völkerbund weiteren Auftrieb. Der charismatische und mit der Arbeiterbewegung eng verbundene erste Direktor der IAO schlug eine Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen im europäischen Kohlebergbau und in der Binnenschifffahrt sowie europaweit einheitliche Arbeitszeiten vor.²²⁰

Auch in Belgien wurde das Thema der europäischen Wirtschaftseinheit von Gewerkschaftern und ihnen nahe stehenden Wissenschaftlern und Publizisten in den 1920er Jahren diskutiert. Die belgische Arbeiterpartei und die Gewerkschaftskommission Belgiens gaben beispielsweise, wie Willy Buschak berichtet, in ihrer gemeinsamen Schriftenreihe „L'Eglantine“ 1929 eine Broschüre mit dem unmissverständlichen Titel „Soyons européens“ heraus, in

216 Ebd., S. 35 f.

217 Vgl. unter seinen zahlreichen Veröffentlichungen besonders: Francis Delaisi, *L'Union douanière européenne*, in: „Le Monde nouveau“ vom 15. Oktober 1926; „L'Union économique Paneuropéenne“, in: „La Paix par le droit“ 35 (Nov. 1926); zu den wirtschaftspolitischen Europavorstellungen Delaisis vgl. auch: Pegg, *Evolution of The European Idea*, S. 62–64 und 108 f.; Ziegerhofer-Pretenthaler, *Botschafter Europas*, S. 281 f.; weitere Informationen zu dem hierzulande unbekannten Franzosen finden sich in: Dan S. White, *Lost Comrades: Socialists of the Front Generation*, Cambridge, Mass. 1992 (passim).

218 Francis Delaisi: *Les deux Europes*, Paris 1929.

219 Zu den Vorstellungen einer europäischen Wirtschaftspolitik zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise vgl. Frank Schipper, *Driving Europe. Building Europe on Roads in the Twentieth Century*, Amsterdam 2008, S. 83–120.

220 Zu ihm vgl. Cabanes: *The Great War*, S. 76–132.

der ebenfalls für den wirtschaftlichen Zusammenschluss Europas geworben wurde.²²¹ Schon fünf Jahre zuvor hatte der Hamburger Kongress der ITF seine Mitglieder dazu aufgefordert, sich „ernsthaft mit dem Problem der Errichtung der Vereinigten Staaten Europas“ zu befassen.²²² Und Edo Fimmen, ihr holländischer Generalsekretär, forderte angesichts der von ihm konstatierten zunehmenden Bildung grenzübergreifender Trusts und Kartelle mit Blick auf Europa zwar nicht eine Vereinheitlichung des europäischen Wirtschaftsraums, jedoch eine internationale Koordinierung gewerkschaftlicher Lohn- und Tarifpolitik und einen Ausbau des IGB und der Internationalen Berufsekretariate zu einer über den nationalen Gewerkschaftsorganisationen stehenden Instanz.²²³

Alles in allem setzten die Gewerkschaften – christliche wie freie – und ihre Internationalen im Verlauf der 1920er und frühen 1930er Jahre in immer stärkeren Maße auf innereuropäische Zusammenarbeit und Kooperation. Der IBCG rief spätestens angesichts der Weltwirtschaftskrise nach einer europäischen Zusammenarbeit und einer gemeinsamen ökonomischen Anstrengung der verschiedenen Staaten. Und auch innerhalb des IGB hatte sich der gewerkschaftliche Europadiskurs 1932 soweit verdichtet, dass eine internationale Sonderkonferenz in Genf am 16. und 17. April 1932 über mögliche Wege aus der Weltwirtschaftskrise die „Formierung großer, in sich geschlossener Wirtschaftseinheiten in der Welt“ konstatierte und es für eine dringliche Aufgabe erachtete, „*Europa als Wirtschaftseinheit zu organisieren*.“²²⁴

3.4 Gewerkschaftliche Europapolitik in der Praxis: Die Reparationsfrage, europäische Verständigungspolitik und der Geist von Locarno

Die Frage nach der politischen und wirtschaftlichen Ordnung Europas stellte sich den europäischen Gewerkschaften nach dem Ersten Weltkrieg nicht nur als auf die Zukunft bezogenes Problem, das auf Antworten drängte, sondern

221 Vgl. Buschak: Umbau, S. 28 (Quelle: Z. Kochetkova, *Soyons européens*, Bruxelles 1929; L'Englatine vom Dez. 1929).

222 Ebd., S. 38 (Quelle: Hamburger Echo vom 08.08.1924).

223 Vgl. Edo Fimmen: *Vereinigte Staaten Europas oder Europa AG. Ein internationaler Ausblick*, Jena 1925; vgl. auch Buschak, Edo Fimmen, S. 115 ff.

224 *Tätigkeit und Bestrebungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes 1930–1932*, Paris 1934, S. 122 (im Original kursiv).

zunächst einmal als Aufgabe der praktischen Politik. Als dringend regelungsbedürftig erwies sich zunächst einmal die Frage der Reparationen und der interalliierten Schulden, ein Problem, das das Verhältnis der ehemaligen Kriegsgegner zueinander nach wie vor vergiftete und allen Ansätzen einer inhereuropäischen Versöhnung entgegenstand. Auch die im IGB zusammen geschlossenen Gewerkschaften beschäftigten sich in den frühen 1920er Jahren mehrfach intensiv mit der Reparationsfrage. Immerhin gelang es ihnen dabei, zu einer grundsätzlichen Annäherung zu gelangen: Während der ADGB jegliche Reparationsverpflichtungen unmittelbar nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrags zunächst als unzumutbares Diktat der alliierten Sieger abgelehnt hatte, gelangte er nach einiger Zeit doch zu der Einsicht, dass sich auch die deutschen Arbeiter am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Belgien und Frankreich zu beteiligen hätten und nahm in der Reparationsfrage eine konstruktivere Haltung ein. Umgekehrt hatte die französische CGT und auch die Gewerkschaften Belgiens überzogene Reparationen stets abgelehnt, insistierten aber auf einem Beitrag Deutschlands zu einem Wiederaufbau der ehemals besetzten Gebiete. Ohne dies hier im Einzelnen noch einmal auszuführen: Bis zum Vorabend der Ruhrbesetzung gelang es den betroffenen Gewerkschaften, ihre reparationspolitischen Vorstellungen innerhalb des IGB weitgehend aufeinander abzustimmen. Einigkeit bestand nicht zuletzt in der Auffassung, dass die während des Krieges seitens der europäischen Staaten gegenseitig eingegangenen Schulden zu annullieren seien. Trotz zahlreicher innerorganisatorischer Turbulenzen stellte der IGB so unter Beweis, dass er durchaus in der Lage war, die unterschiedlichen Vorstellungen der ihm angeschlossenen Organisationen selbst in einer politisch höchst brisanten und emotional aufgeladenen Frage weitgehend aneinander anzugleichen.²²⁵

Die Reparationsfrage verlor in der Mitte der 1920er Jahre einiges an ihrer politischen Brisanz. In der zweiten Hälfte der 1920er Jahre standen die Zeichen der europäischen Politik einen hoffnungsvollen historischen Moment lang nicht mehr auf nationalistischer Konfrontation, sondern auf Verständigung und Ausgleich. In Deutschland wie in Frankreich unterstützte die gesamte nichtkommunistische Linke einschließlich des ADGB bzw. der CGT diese mit den Namen von Gustav Stresemann und Aristide Briand verbundene Politik. Dies galt mit gewissen Abstrichen auch für die christlichen Gewerkschaften beider Länder.

225 Vgl. Buschak: Edo Fimmen, S. 50–54;

Mit dem Vertrag von Locarno und der Aufnahme des Deutschen Reichs in den Völkerbund – für die sich neben dem IGB auch der IBCG seit Jahren starkgemacht hatte – erreichte die innereuropäische Versöhnungspolitik der Zwischenkriegszeit einen ersten Höhepunkt. Während der ADGB die Locarno-Verträge von vornherein „als eine entscheidende Etappe auf dem Weg zu den Vereinigten Staaten von Europa und darüber hinaus“²²⁶ begrüßte (und die SPD dem Vertragswerk nach dem Ausscheiden der Deutschnationalen im Reichstag überhaupt erst eine Mehrheit verschaffte), konnten sich die christlichen Gewerkschaften in Deutschland nur zu einer „abwartenden Haltung“ durchringen.²²⁷

Merkwürdig verhalten und zwiespältig scheint hingegen die von dem französische Außen- und Premierminister Aristide Briand am 5. September 1929 in seiner berühmten Rede vor dem Völkerbund geforderte Errichtung eines „föderativen Bandes“ zwischen den Völkern Europas aufseiten der meisten Gewerkschaften geblieben zu sein.²²⁸ Insgesamt überwog bei der Mehrheit Sozialdemokraten und der ihnen verbundenen Gewerkschaften in Europa die Skepsis. Zweifel und Vorbehalte an der Initiative des französischen Außenministers speisten sich dabei jedoch nicht an dem von Briand präsentierten Einigungsgedanken an sich, sondern an seiner mangelnden Reichweite und Präzision.²²⁹

3.5 Die Grenzen des europapolitischen Engagements

Die geringe Aufmerksamkeit, die die rückblickend zukunftsweisende Initiative des französischen Außenministers im gewerkschaftlichen Lager fand, verweist bereits auf die Grenzen des gewerkschaftlichen Engagements in der Zwischenkriegszeit. Sicherlich: Die freien und in abgeschwächter Form auch die christlichen Gewerkschaften, besonders in Deutschland und Frankreich, unterstützten die Verständigungspolitik ihrer Regierungen, und eine ganze

226 Vgl. Gewerkschafts-Zeitung Nr. 44 vom 31.10.1925, S. 633 ff.

227 Vgl. Quellen, Bd. 3.1, Dok. 79, S. 566–567 (Unterredung von Vertretern der gewerkschaftlichen Spitzenverbände mit dem Reichskanzler und dem Reichsaußenminister über das Vertragswerk von Locarno vom 17.11.1925), hier: S. 567, Anm. 4. Neben dem ADGB sprachen sich bei dieser Unterredung auch die (liberalen) Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit für „Locarno“ aus.

228 Jedenfalls nahmen „Die Arbeit“ und die „Gewerkschafts-Zeitung“ von der Initiative Briands keinerlei Notiz. Hingegen äußerte sich die Presse der CGT („Le Peuple“) sich wohlwollend; vgl. Pegg, *Evolution of The European Idea*, S. 123.

229 Vgl. hierzu jetzt ausführlich Buschak: *Die Vereinigten Staaten von Europa*, S. 181 ff.

Reihe Protagonisten aus der Gewerkschaftsbewegung beteiligten sich an der Europadebatte der 1920er Jahre mit zahlreichen bemerkenswerten Beiträgen.

Zugleich ist die Rolle der gewerkschaftlichen Internationalen als Clearingstelle für die außenpolitischen gewerkschaftlichen Vorstellungen gewiss nicht zu unterschätzen. Internationale – und das hieß fast immer innereuropäische – Solidaritäts- und Hilfsaktionen blieben jedoch in ihrer Wirkung meist beschränkt und führten nur im Einzelfall zu erkennbaren Erfolgen.²³⁰ Das lag auch daran, dass die nationalen Gewerkschaftsorganisationen sich in puncto der finanziellen Ausstattung ihrer Internationalen geradezu beschämend knauserig zeigten, zahlreiche angeschlossene Organisationen ihren Beitragspflichten nicht nachkamen und IBG wie IBCG in ihrer politischen Wirksamkeit schon aufgrund ihrer begrenzten finanziellen Ressourcen limitiert waren.²³¹

Auf nationaler Ebene unterstützten zahlreiche Gewerkschaftsvertreter die Idee einer verstärkten wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit in Europa und die Idee eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses innerhalb einer Europäischen Zollunion. Zu einer koordinierten Aktion der nationalen Gewerkschaftsorganisationen für dieses Ziel kam es jedoch ebenso wenig wie zu einem korporativen Anschluss der Gewerkschaften an eine der zahlreichen Organisationen der Europabewegung.

Inwieweit die Gewerkschaften durch ihre zahlreichen Stellungnahmen für ein „Mehr“ an innereuropäischer Zusammenarbeit an der Entwicklung eines europäischen Bewusstseins, eines kollektiven Gefühls wenigstens der europäischen Arbeitnehmer, wichtige wirtschaftliche, soziale Interessen zu teilen, beteiligt waren, ist nur schwer, abzuschätzen.²³² Planvolle Bemühungen, etwa im Bereich des Jugendaustauschs die innereuropäische Verständigung zu fördern, gab es offenbar nicht. Überhaupt blieben nach Dieter Tiemann gerade „die deutsch-französischen Beziehungen in den Kreisen der jungen Linken merkwürdig farblos.“²³³ Insgesamt blieben persönliche Begegnungen europäischer Gewerkschafter unterhalb der Ebene der Spitzenfunktionäre, wie das von Buschak erwähnte Treffen von 4.000 deutschen, 5.000 hol-

230 Zum „IGB in Aktion“ vgl. ausführlich Buschak: Edo Fimmen, S. 60–72; van Goethem, Amsterdam International (gesamt).

231 Für den IBCG vgl. hierzu Pasture: Histoire, S. 90–92; für den IGB: van Goethem. Amsterdam International, S. 38 f.

232 Vgl. Krüger: Europabewußtsein in Deutschland in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Hudemann/Kaelble/Schwabe, S. 31–54.

233 Dieter Tiemann: Deutsch-Französische Jugendbeziehungen der Zwischenkriegszeit, Bonn 1989, S. 62 f.

ländischen und 10.000 belgischen Gewerkschaftern am 2. August 1931 zu einer Demonstration für Abrüstung in Europa, die seltene Ausnahme.²³⁴ Auch die von verschiedenen europäischen Arbeiterorganisationen schon in den 1920er Jahren organisierten Arbeiterreisen ins benachbarte und zuweilen auch fernere Ausland konnten diesem Mangel an direktem Austausch und persönlichen Kennenlernen der europäischen Arbeiter und Arbeiterinnen wohl nur in begrenztem Maße abhelfen.²³⁵

In den Jahren unmittelbar vor der nationalsozialistischen Machtergreifung setzte dann in Deutschland der, wenn auch sicherlich zu einem Gutteil taktisch-situativ motivierte, Rechtsschwenk von Teilen des ADGB und die Annäherung einer Gruppe, zumeist jüngerer Funktionäre, an nationalistische Positionen dem internationalen Engagement des ADGB eine unerwartete Grenze.

234 Vgl. Buschak: Umbau, S. 41 unter Berufung auf die Gewerkschafts-Zeitung vom 12.09.1931, S. 590.

235 Vgl. ebd., S. 271 ff; Buschak weist den Arbeiterreisen bei der Herausbildung eines europäischen Gemeinschaftsgefühls allerdings einen größeren Stellenwert zu.

4 DER EUROPADISKURS IM EXIL UND IM WIDERSTAND GEGEN NATIONALSOZIALISMUS UND FASCHISMUS

Die nationalsozialistische Machtübernahme am 30. Januar 1933 und die in Deutschland bald einsetzende Terrorkampagne zeigte den verbliebenen Europabefürwortern auf dem ganzen Kontinent auf beängstigende Weise, dass alle Pläne für eine föderative Europäische Union angesichts der tiefen politischen Teilung des Kontinents in Demokratien und Diktaturen auf absehbarer Zeit keine Realisierungschance haben würden. Der IGB, der seinen Sitz nach der nationalsozialistischen Machtübernahme erst nach Paris und 1940 nach London verlegt hatte, und seine verbliebenen Mitgliedsorganisationen im freien Europa verschrieben sich dem Kampf gegen die totalitäre Bedrohung an der Seite der demokratischen Nationen, indem sie die Kriegsanstrengungen ihrer Regierungen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützten. Der IGB und seine Internationalen Berufssekretariate, vorne weg die ITF, unterstützten Flüchtlinge, beteiligten sich an der Propaganda gegen das NS-Regime und am Untergrundkampf aufseiten der Alliierten. Erst mit der sich abzeichnenden Niederlage des Deutschen Reiches wurden Fragen der europäischen Neuordnung wieder aktuell.

Auch innerhalb des deutschen Exils zeichnete sich der Europadiskurs in den ersten Jahren nach 1933 vor allem durch die Tatsache aus, dass er weitgehend nicht stattfand und europabezogene Zukunftsvorstellungen erst seit 1938/39 wieder von einer kleinen Zahl politischer Emigranten diskutiert wurden.²³⁶ Dabei war die Europadiskussion selbst in den ersten Jahren nach der NS-Machtübernahme anderenorts nicht völlig zum Erliegen gekommen, auch wenn sie sich nun rückwärtsgewandt besonders auf die Frage der gescheiterten Neuordnung Europas nach dem Ersten Weltkrieg richtete. Besonders in Frankreich bewahrte sich die in den Wahlen von 1932–1936 stark angewachsene sozialistische Linke ihren internationalen Verständigungswillen, war aber anders als das konservative Lager und auch die Briand-Gefolgschaft hellsehtig genug, diese nicht auf das nationalsozialistische Deutschland zu beziehen. Nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs brach eine ganze Artikel-

236 Vgl. Schilmar: Europadiskurs, S. 37 ff.

flut über die konsternierte französische Öffentlichkeit herein, die die mangelhafte Nachkriegsorganisation von Versailles und den falschen Respekt der Völkerbundstatuten vor der „nationalen Souveränität“ verdammt, künftige europäische Regierungsorgane forderten und die Gründung föderativer „Vereinigter Staaten von Europa“ – zuständig für Verteidigung und Außenpolitik – zum Kriegsziel erhoben.²³⁷

Im weiteren Verlauf des Zweiten Weltkriegs erlebte der Europa-Gedanke dann jedoch im Widerstand gegen den Nationalsozialismus und den Faschismus – dies ist mittlerweile durch eine ganze Reihe teils sehr ausführlicher Untersuchungen belegt – eine geradezu boomartige Renaissance und „es ist frappant, mit welcher Gleichartigkeit die Europa-Idee aus dem politischen Denken der Widerstandsgruppen in den von Deutschland besetzten Ländern [...] hervorgegangen ist.“²³⁸ Schon im Sommer 1941 verfassten die linkssozialistischen (oder unorthodox kommunistischen) italienischen Antifaschisten Altiero Spinelli (1907–1986), Ernesto Rossi (1907–1967) und Eugenio Colorni (1909–1944) das nach ihrer Gefangeneninsel benannte berühmte Manifest von Ventotene, das die Souveränität der Nationalstaaten als Ursache für den Weltkrieg anprangerte und zur Errichtung eines sozialistischen europäischen Bundesstaats aufrief.²³⁹ Die auf die äußerste Spitze getriebene totalitäre Unterdrückung durch die Nationalsozialisten und Faschisten, in ihren eigenen Ländern und den besetzten Gebieten, verstärkte die Bereitschaft zu supranationalen Lösungen, galt es doch, nach Kriegsende eine abermalige Entfesselung nationalstaatlicher Gewaltexzesse in der Zukunft um jeden Preis zu verhindern.²⁴⁰

An der Herausbildung des Leitbildes einer supranational organisierten europäischen Völkergemeinschaft hatten auch Gewerkschaftsvertreter als wesentlicher Bestandteil des Exils sowie der unterschiedlichen Résistancegruppen einen wichtigen Anteil. Als sich der Vorstand der Exilsozialdemokratie in London im Herbst 1943 öffentlich für eine europäische Föderation aussprach, übernahm er damit in Grundzügen die Diskussionsergebnisse, die in den beiden Vorjahren Vertreter des an sozialistischen Gruppierungen überreichen deutschen Exils – zusammen geschlossen in der Union deutscher so-

237 Vgl. Lipgens: Europa-Föderationspläne, S. 177 (mit zahlreichen Belegen).

238 Niess: Die europäische Idee, S. 30.

239 Das „Manifest“ von Ventotene, eigentlich: „Per un’Europa libera e unita. Progetto d’un manifesto“ findet sich bei Lipgens, Europa-Föderationspläne, S. 36–44.

240 Vgl. Loth: Der Weg nach Europa, S. 18 f.

zialistischer Organisationen in Großbritannien“ – erarbeitet hatten.²⁴¹ Wichtige Vorarbeiten waren dabei von Gerhard Kreyssig (1899–1982) gekommen, der sowohl der „Londoner Landesgruppe deutscher Gewerkschafter“ wie auch der Programmkommission der „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien“ angehörte, zu der sich die sozialistisch/sozialdemokratischen Exilgruppen (unter Einschluss der „Landesgruppe“) zusammen geschlossen hatten²⁴² – zugleich amtierte Kreyssig als Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung des IGB. Ein weiterer Vorschlag stammte von Walter Fliess, einem Mitglied des „Internationalen Sozialistischen Kampfbundes“ (ISK)²⁴³, der zugleich ebenfalls der gewerkschaftlichen „Landesgruppe“ angehörte.²⁴⁴

Dabei konzentrierten sich gerade die gewerkschaftlichen Autoren in ihren europapolitischen Konzeptionen in starkem Maß auf den Aspekt der wirtschaftlichen Integration Europas: Die Unfähigkeit der Nationalstaaten, die Weltwirtschaftskrise abzufangen, so ihre zweifellos immer noch gültige Analyse, habe die Errichtung faschistischer und halbfaschistischer Staaten in Europa wesentlich begünstigt. Eine gemeinsame Wirtschaftspolitik der europäischen Staaten müsse nach dem Krieg die Vollbeschäftigung sichern und die Lebenshaltung der Bevölkerung heben. Dafür seien staatliche Eingriffe und ein gewisses Maß an staatlicher Steuerung in einer möglichst große Teile Europas umfassenden europäischen Wirtschaftsgemeinschaft unumgänglich.

Über die institutionelle Ausgestaltung des neuen Europas bestanden dabei im sozialistischen Exil zwar nur recht wenig ausdifferenzierte, in ihrer überstaatlichen Orientierung dafür um so bestimmtere Vorstellungen. In einer am 16. November 1943 von der „Union deutscher sozialistischer Organisation in Großbritannien“ präsentierten Erklärung über die künftigen Grundsätze internationaler Politik hieß es:

241 Vgl. hierzu die prägnante Zusammenfassung der Europadiskussionen im sozialistisch/sozialdemokratischen Exil von Cornelia Regin: „Die Wirtschaft im neuen Europa“. Pläne der deutschen sozialistischen Emigration für die Gestaltung der europäischen Integration, in: Jac Bosmans (Hg.), *Europagedanke, Europabewegung und Europapolitik in den Niederlanden und in Deutschland seit dem Ersten Weltkrieg*, Münster u. Hamburg 1996, S. 51–78, hier: S. 60 f.

242 Zum sozialdemokratisch/sozialistischen Exil in Großbritannien vgl. jetzt Michael Schneider: *In der Kriegsgesellschaft: Arbeiter und Arbeiterbewegung 1939–1945*, Bonn 2014, S. 1046 ff.

243 Der ISK zählte wie die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) oder „Neu beginnen“ zu jenen „sozialistischen Zwischengruppen“, die im Kampf gegen das NS-Regime und im deutschen Exil eine ganz erhebliche Rolle spielten.

244 Vgl. Walter Fliess: *Die Wirtschaft im neuen Europa*, London 1943.

„Wir setzen uns ein für eine Föderation aller europäischen Völker, da die volle nationalstaatliche Souveränität nicht länger mit den wirtschaftlichen und politischen Existenzbedingungen in Europa vereinbar ist.“²⁴⁵

Die Stellungnahme der „Union“ war dabei keineswegs eine Sonderauffassung des deutschen sozialistischen Exils. Vielmehr lehnte sie sich eng an eine Erklärung der Sozialistischen Internationale an, die anderthalb Jahre zuvor in London getagt hatte. Zu den Unterzeichnern zählten mit Willi Eichler und Erich Ollenhauer prominente Exildemokraten, aber auch Hans Gottfurcht, der Vorsitzende der Landesgruppe deutscher Gewerkschaften in Großbritannien. Dass sich die Notwendigkeit einer postnationalstaatlichen Ordnung Nachkriegseuropas in den Kreisen der Londoner Exilanten zu einer Selbstverständlichkeit verdichtet hatte, an der keine vernünftigen Zweifel möglich seien, zeigt eine Bemerkung Hans Gottfurchts an anderer Stelle:

„Die zukünftige Konstruktion in Europa wird aus politischen und wirtschaftlichen Gründen Landesgrenzen nur noch als Absteckung von Verwaltungseinheiten kennen dürfen. Die staatsrechtliche Konstruktion verlangt eine dementsprechende übereinstimmende Gestaltung der Gewerkschaftsgliederung.“²⁴⁶

Der Europagedanke spielte auch in großen Teilen der französischen Résistance eine wichtige Rolle. Das Vichy-Regime hatte am 16. August 1940 die Gewerkschaften faktisch aufgelöst. Auch wenn sich einige ehemalige Gewerkschafter zunächst mit der Pétain-Regierung zu arrangieren suchten und das korporatistische Grundgesetz des Vichy-Staates, die im Oktober 1941 verabschiedete „Charte du Travail“, gar unter Federführung des ehemaligen prominenten CGT-Funktionärs René Belin²⁴⁷ ausgearbeitet worden war: Unstreitig wurden die sich nun herausbildenden Gruppierungen innerhalb der Résistance nicht zuletzt von einer großen Zahl ehemaliger CGT-Funktionäre und -Mitglieder, aber auch durch ehemalige CFTC-Funktionäre, einfache Mitglieder sowie der Organisation nahestehende Geistliche und katholische Intellektuelle getragen.²⁴⁸ Zu denken ist exemplarisch an Christian

245 Vgl. Lipgens: Europa-Föderationspläne, S. 498.

246 Hans Gottfurcht: „Auch wir suchen die Seele“, (1942?), zit. nach Ursula Bitzegeio, Über Partei- und Landesgrenzen hinaus. Hans Gottfurcht (1896–1982) und die gewerkschaftliche Organisation der Angestellten, Bonn 2009.

247 Belin war von Pétain am 12. Juli 1940 zum Minister für industrielle Produktion und Arbeit ernannt worden.

248 Vgl. hierzu Bruno Béthouart: Der Widerstand der christlichen Gewerkschafter in Frankreich 1940–1944, in: Historisch-politische Mitteilungen: Archiv für christlich-demokratische Politik; Bd.3/1996, S. 85–101.

Pineau (1904–1995), einem Vertrauten Jouhaux' in den Vorkriegsjahren, der 1938/39 die wirtschaftspolitische Abteilung der CGT leitete und als einer der Mitbegründer der wichtigen Widerstandsgruppe Libération Nord Teil der Résistance war.²⁴⁹ Pineau zählte auch zu den ehemals hohen Funktionären der CGT und der CFTC, welche im November 1940 bei einem Geheimtreffen in Paris das berühmte „Manifest der Zwölf“ unterzeichneten. Die Grundsatzerklärung beschwor die gemeinsamen gewerkschaftlichen Grundüberzeugungen der nunmehr illegalen französischen Gewerkschaftsbewegung – zu denen übrigens auch die explizite Verdammung des Antisemitismus gehörte. Zu den Unterzeichnern zählten drei Vertreter des engsten Führungskreises der nun verbotenen CFTC (Maurice Bouladoux, Gaston Tessier, Jules Zirnheld) und neun ehemalige Spitzenfunktionäre der CGT. Mit François [alias Léon] Chevalme befand sich darunter auch der langjährige Vorsitzende des CGT-Metallarbeiterverbandes – neben Jouhaux vermutlich bekannteste Repräsentant der „alten“, syndikalistischen CGT.

CGT und CFTC beteiligten sich schließlich maßgeblich am „Conseil National de la Résistance“ (CNR), in dem sie durch den langjährigen CFTC-Generalsekretär Gaston Tessier (1887–1960) und den CGT-Repräsentanten Louis Saillant (1910–1974) vertreten waren. Der CNR war auf Initiative des de Gaulle-Delegierten Jean Moulin erstmals am 27. Mai 1943 in Paris zusammen gekommen und bündelte von nun an die Zusammenarbeit der verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Gruppen einerseits, der verschiedenen regionalen und überregionalen Organisationen der Résistance andererseits. Die vom CNR entwickelte Programmatik bezog sich vor allem auf innenpolitische Maßnahmen nach der Befreiung des Landes. Die auf die Forderungen des CNR fußenden Verstaatlichungen der Schlüsselindustrien (Banken; Versicherungen, Energieversorgung, Renault) und der Aufbau einer umfangreichen Sozialversicherung prägten als zentrale soziale Errungenschaften die französische Gesellschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bis in die Gegenwart.

249 Pineaus abenteuerliche Vita besonders während des Krieges kann hier nicht geschildert werden. Nach 1945 avancierte der ehemalige Sekretär des Bankangestelltenverbandes der CGT zu einem der wichtigsten sozialistischen Politiker der Vierten Republik und bekleidete mehrere Ministerämter, vom 1. Februar 1956 bis zum 14. Mai 1958 auch dasjenige des Außenministers. In dieser Eigenschaft unterzeichnete er mit seinem Staatssekretär Maurice Faure für Frankreich die Römischen Verträge. Zuvor hatte er sich intensiv für das dann gescheiterte Projekt der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft eingesetzt und galt überhaupt über Jahrzehnte als dezidierte proeuropäischer Politiker (vgl. allgemein Alya Aglan/Denis Lefebvre (Hg.), Christian Pineau: de Buchenwald aux traités de Rome, Paris 2004.)

Mehr oder minder präzise Vorstellungen über den anzustrebenden Neuaufbau Europas wurden unterhalb der Ebene des CNR vor allem von den sozialistisch und syndikalistisch geprägten Résistance-Gruppen wie „Combat“, „Liberation-Sud“, „Franc-Tireurs“ oder „Liberation-Nord“ ausgearbeitet. Dies wurde sicherlich auch durch den führenden Kopf der französischen Sozialisten, Léon Blum (1872–1950), beeinflusst, der sich schon im Frühjahr 1941 aus einem Gefängnis der Vichy-Regierung heraus dafür ausgesprochen hatte, dass aus dem Krieg „endlich durch und durch starke internationale Einrichtungen und eine durch und durch wirksame internationale Macht hervorgehen [müsse], sonst wird er nicht der Letzte gewesen sein.“²⁵⁰

Lipgens urteilt, „dass die gesamte ursprüngliche Résistance in allen ihren Hauptgruppen 1943/44, mit Ausnahme der OCM²⁵¹, die nur wirtschaftliche Integration zugestehen wollte, die europäische Föderation als außenpolitisches Zukunftsziel verkündet hat.“²⁵² Frédéric Stephan kommt in seiner auf umfangreiches Quellenmaterial gestützten Untersuchung über die Europavorstellungen im deutschen und im französischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus grundsätzlich zu dem selben Ergebnis: „Widerständler, die zunächst der Einrichtung einer völkerbundähnlichen Organisation, allerdings mit weiterreichenden Befugnissen ausgestattet, den Vorzug gaben, wandten sich bald einer europäischen Lösung zu.“²⁵³

Starke Impulse für regionale Zusammenschlüsse in Europa gingen auch von Vertretern des belgischen Exils aus, meist von Sozialisten. Mit der am 5. September 1944 von den drei Exilregierungen von Belgien, den Niederlanden und Luxemburg beschlossenen Gründung einer Benelux-Zollunion wurde dann ein erster praktischer Schritt einer institutionalisierten zwischenstaatlichen Zusammenarbeit europäischer Staaten schon vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs getan. Sie trat schließlich am 1. Januar 1948 in Kraft.

Während Paul-Henri Spaak (1899–1972), Außenminister der belgischen Exilregierung, die weitere Integration in Europa zunächst auf die Benelux-Staaten und Frankreich begrenzt sehen wollte, sprach sich Louis de Brouckère (1870–1951), der ehemalige Präsident der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, für einen europäischen Wirtschaftsverbund unter Beteiligung Deutschlands aus.

250 Zitiert nach Loth: *Der Weg nach Europa*, S. 15.

251 Die „Organisation Civile et Militaire“ war eine Résistancegruppe in der von den Deutschen nach der französischen Kapitulation besetzten Nordzone Frankreichs, die das Vichy-Regime im zunächst unbesetzten Süden unterstützte.

252 Lipgens: *Europa-Föderationspläne*, S. 181.

253 Frédéric Stephan: *Europavorstellungen*, S. 323.

In den Niederlanden beschäftigte die Einheit Europas im Rahmen des Problems einer überstaatlichen Weltordnung die Untergrundzeitschrift 1944 „Het Parool“, die wohl am stärksten verbreitete, der holländischen Sozialdemokratie nahe stehende Widerstandspublikation, in einer ausführlichen Untersuchung. Für Het Parool hatte sich die Schaffung des Völkerbunds als weltumspannende Organisation als zu ambitioniertes Projekt erwiesen: „[...] statt schrittweise zu größeren Staatengemeinschaften zu kommen, begann man mit dem Dach.“²⁵⁴ Im Nachkriegseuropa müssten sich „[...] die Nationen Europas‘ zur ‚Europäischen Nation‘ entwickeln.“²⁵⁵ Anzustreben sei deshalb der schrittweise Aufbau einer „kontinentalen Gemeinschaft“, die wirtschaftlich namentlich für Regelung des europäischen Güterverkehrs, die Regelungen des Geld- und Kreditverkehrs, die Ordnung der Grundstoffindustrie und der in Trusts oder Kartellen organisierten Betriebszweige (Eisen und Stahl, Bergbau, Energie) zuständig sein solle und die zudem die Überwachung sozialer Mindestnormen zur Vermeidung von „Schmutzkonzurrenz“ zu übernehmen habe.²⁵⁶

Unübersehbar erscheint, dass das länderübergreifende Aufkommen der Idee eines föderativ geeinten Europas in der zweiten Kriegshälfte auch im Lager der Gewerkschaftsbewegung lange verfochtene internationale Ordnungsvorstellungen aufgriff und weiter entwickelte. Mit zunehmender Kriegsdauer rückte zudem auch die Vorstellung, dass Deutschland in geeigneter Form in eine wie auch immer geartete postnationalistische europäische Nachkriegsordnung einzubinden und einzuhegen sei, in den Vordergrund. Gegen Ende des Krieges herrschte unter den nichtkommunistischen (und nicht-gaullistischen) Widerstandseliten zumindest der kontinentaleuropäischen Länder ein breiter Konsens über die Notwendigkeit einer föderalen Neuordnung Europas. Im Frühjahr 1944 trafen sich so auf Initiative Spinellis und Rossi fünfzehn Führer verschiedener europäischer Widerstandsgruppen in Genf, um ein gemeinsames Europa-Programm zu erarbeiten.²⁵⁷ Alles in Allem: Zahlreiche mehr oder minder ausführliche Konzepte und Pläne für eine Einigung des Kontinents lagen somit parat, bevor diese dann nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs im freien Teil des nunmehr durch einen „Eisernen Vorhang“ geteilten Kontinent und unter fundamental veränderten außenpolitischen Rahmenbedingungen tatsächlich in Angriff genommen wurde.

254 Zitiert nach: Sozialistische Mitteilungen/News for German Socialists in England, Nr. 60/61, 1944, S. 7.

255 Ebd., S. 8.

256 Ebenda.

257 Vgl. Loth: Der Weg nach Europa, S. 17.

5 ZWISCHENRESÜMEE

Theoretische und praktische Fragen internationaler Politik haben innerhalb der Arbeiterbewegung von Beginn an eine wichtige Rolle gespielt. Der Kampf gegen Militarismus und Krieg bildete, neben der Forderungen nach international gültigen sozialen Standards wie dem Achtstundentag, innerhalb der Sozialistischen Internationale und während der von ihr abgehaltenen internationalen Sozialistenkongresse das Zentralthema schlechthin. 1912 beschäftigte sich der in Basel einberufene außerordentliche „Friedenskongress“ der Sozialistischen Internationale ausschließlich mit der drohenden Kriegsgefahr in Europa und beschwor vor der Welt die Kampfbereitschaft des internationalen Proletariats für die Völkerversöhnung und gegen jede Form des Militarismus. Konkrete Vorstellungen wurden entwickelt, wie ein Krieg besonders der europäischen Mächte untereinander vermieden werden könne und wie und den dem Imperialismus und Kapitalismus weithin als eingeschrieben betrachteten bellizistischen Tendenzen – selbst vor der von nicht wenigen schon in naher Zukunft erwarteten sozialistischen Transformation – erfolgreich entgegen getreten werden könne. Gesetzt wurde besonders auf internationale Schiedsgerichte und auf die Verständigung der Völker untereinander, wobei schon damals die deutsch-französische Aussöhnung von vielen als die entscheidende Aufgabe angesehen wurde; als eigentliche Schutzmacht der Arbeiterschaft gegen kriegserische Verheerungen sah sich die Sozialistische Internationale jedoch selbst.

Der Beginn des Ersten Weltkriegs ließ alle Verabredungen, das Unheil durch gemeinsame Aktionen der sozialistischen Parteien und Gewerkschaften abzuwenden, jedoch schnell Makulatur werden. Das transnationale politische Bindegewebe der Sozialistischen Internationale erwies sich als zu schwach, um sich der anlaufenden Kriegsmaschinerie in den Weg zu stellen, und gerade auch die deutschen Gewerkschaften sahen die Stunde gekommen, durch demonstrative Treue zu Staat und Nation die lange ersehnte Anerkennung als legitime Interessenvertretung der Arbeiterschaft zu erreichen.

Die industrialisierte Massenschlächtere des Ersten Weltkriegs forderte vor allem den europäischen Völkern einen niederschmetternden und historisch einmaligen Blutzoll ab. Am Ende stand der Versailler Vertrag, ein von den alliierten Siegern oktroyiertes völkerrechtliches Rahmenwerk, das den besiegten Mittelmächten rigorose Reparationen und als unzumutbar empfundene Gebietsabtretungen auferlegte, die sich in der Folgezeit als eine Hy-

pothek für die friedliche Neugestaltung und den wirtschaftlichen Neuaufbau des europäischen Kontinents erweisen sollten. Er hob mit dem Völkerbund und dem Internationalen Arbeitsamt aber auch Organisationen aus der Taufe, auf die sich in der Folgezeit die Hoffnungen auch der Arbeiterbewegung, jedenfalls diejenigen ihrer nichtkommunistischen Majorität, auf eine nun realisierbar erscheinende Epoche des friedlichen Ausgleichs zwischen den Völkern und der Einführung internationaler Standards als Spielregeln für den globalen ökonomischen Wirtschaftsaustausch knüpften.

Trotz der im Krieg geschlagenen Wunden und nationaler Ressentiment gelang es den Gewerkschaften nach Kriegsende dabei in verblüffend kurzer Zeit, sich im IGB neu zu formieren und ihre Zielvorstellungen über eine gerechte Nachkriegsordnung sowohl in Bezug auf die Sozialpolitik wie auch in der Frage der internationalen Friedenssicherung auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Anders als vor 1914 überließen sie das Feld der Außenpolitik nun nicht mehr den ihnen nahe stehenden politischen Parteien, sondern traten als eigenständige Akteure in Erscheinung.

Die zu errichtende Völkerliga und in ähnlicher Form auch die IAO, so die unumstrittene Kernvorstellung innerhalb des IGB, sollten zur Sicherung des Friedens mit durchgreifenden gesetzlichen Befugnissen ausgestattet werden; seine Versammlung sollte von den Völkern direkt gewählt werden und die Völkerbundgesetze von einem Internationalen Gerichtshof überwacht werden. Zugleich sollte die Völkerliga über eigene militärische Streitkräfte verfügen, die in der Lage sein sollten, kriegerische Auseinandersetzungen zwischen den Mitgliedsstaaten zu unterbinden. Auch wenn die Verbindlichkeit dieses noch unmittelbar unter dem Eindruck der Kriegsverwüstungen beschriebenen Programms nicht überhöht werden sollte: Mit ihm entwickelten die Gewerkschaftsvertreter nicht weniger als das Leitbild einer globalen, supranationalen Ordnung und erteilten dem Konzept uneingeschränkter nationalstaatlicher Souveränität schon vor fast einem Jahrhundert eine eindringliche Absage.

Zur Ausarbeitung ähnlich hochfliegender politischer Zukunftsvisionen konnten sich die konkurrierenden christlichen Gewerkschaften nicht entschließen. Dass allerdings schon 1920 der Zusammenschluss der christlichen Gewerkschaften der ehemaligen Kriegsgegner zum IBCG gelang, ist schon für sich genommen als Ausweis praktischen innereuropäischen Interessenausgleichs zu werten. Auch die christliche Gewerkschaftsinternationale – im Wesentlichen ein Zusammenschluss der christlichen Gewerkschaften des Deutschen Reichs, Frankreichs, Belgiens und der Niederlande, setzte im Verlauf der 1920er Jahre zur Überwindung der wirtschaftlichen Probleme des

Kontinents zunehmend auf internationale Koordinierung und zwischenstaatliche Zusammenarbeit. Auch sie sahen in übertriebenem Nationalismus und dem ausufernden Protektionismus der Zeit eines der wirtschaftlichen Grundübel, das es zu bekämpfen gelte.

Die mit dem Völkerbund verknüpften Hoffnungen erfüllten sich schließlich nicht. Ob zwar der Beitritt des Deutschen Reiches zur Völkerliga 1926 in weiten Teilen der Weltöffentlichkeit und gerade auch innerhalb der europäischen Arbeiterschaft, nimmt man die Kommunisten einmal aus, mit großer Euphorie begrüßt wurde und noch einmal große Hoffnungen weckte, zeigte sich die begrenzte Macht der Globalorganisation schon in den folgenden Jahren.

Für die Gewerkschaften ließen sich die neuen Weltinstitutionen zudem immerhin als wichtige internationale Foren nutzen, innerhalb derer sie sich an der seit den frühen 1920er Jahren zu verzeichnenden lebhaften Debatten über das Projekt einer wirtschaftlichen und/oder politischen Einigung Europas beteiligten. Die wirtschaftliche und soziale Neuordnung Europas wurde dann in den frühen 1930er Jahren insbesondere innerhalb der IAO vor allem von den Gewerkschaften als mögliche Antwort auf die Weltwirtschaftskrise auf die politische Tagesordnung gesetzt. Überhaupt wurde die Europadebatte nun, anders als in der Vorkriegszeit, nicht mehr allein von einer schmalen Schicht nonkonformistischer Idealisten und Intellektueller, sondern von einem breiten Netzwerk von Journalisten, Ökonomen und Sozialwissenschaftlern, von politischen Praktikern sowie von zivilgesellschaftlichen Akteuren wie der aufkommenden Europabewegung und eben auch den verschiedenen Organisationen der freien und christlichen Arbeiterbewegung getragen.

Europa avancierte so schon in der Zwischenkriegszeit nicht nur zu einem Objekt theoretischer Überlegungen und zu einer Chiffre für mehr oder minder konkret ausformulierter Entwürfe einer künftigen wirtschaftlichen oder politischen Regionalordnung. Vielmehr stand die Einhegung und Zähmung des innereuropäischen Konfliktpotenzials und damit insbesondere die Aussöhnung der deutsch-französischen „Erbfeinde“ vor der nationalsozialistischen Machtübernahme für einige hoffnungsfrohe Jahre an der Spitze der tagespolitischen europäischen Agenda. Die Zusammenarbeit des deutsch-französischen Spitzenduos Briand/Stresemann ließen Mitte der 1920er Jahre die Umriss einer europäischen Sicherheitsarchitektur Gestalt annehmen und mündeten 1925 im Vertrag von Locarno und ein Jahr später zum Beitritt des Deutschen Reiches zum Völkerbund. Zumindest das sozialistisch/sozialdemokratisch orientierte politische Milieus der Arbeiterbewegung Deutschlands und Frankreichs, zu dem als wesentlicher Bestandteil auch die ihm ver-

bundenen Gewerkschaften gehörten, befürworteten und unterstützen die Versöhnungspolitik ihrer Regierungen ohne Abstriche, ja mehr noch, sie waren eine ihrer wesentlichen Antreiber.

Die europapolitischen Ideen und Leitbilder der sozialdemokratisch/sozialistischen – freien – Gewerkschaftsbewegung der Nachkriegszeit konnten so an ein schon in der Zwischenkriegszeit herausgebildetes Ensemble von Vorstellungen über eine wünschenswerte innereuropäische Ordnung anknüpfen, das durch die Erfahrungen der Zerschlagung der Arbeiterbewegung in Deutschland und Italien, der stalinistischen Diktatur und dem Zweiten Weltkrieg allerdings neuerlich modifiziert wurde. In ähnlicher Form trifft das, wie oben bereits berichtet wurde, auch auf die christlichen Gewerkschaften zu. Vor dem Hintergrund fundamental gewandelter internationaler Rahmenbedingungen „wanderten“ zentrale Bestandteile der zunächst auf die globale Ebene bezogenen Ordnungsvorstellungen und Zukunftshoffnungen angesichts der Erfahrungen mit der stalinistischen Diktatur, dem offenkundigen Versagens des Völkerbundes und des herauf ziehenden Kalten Krieges gewissermaßen auf die europäische Ebene aus.

Damit stand schon an der Schwelle der unmittelbaren Nachkriegszeit das Bewusstsein dafür, dass der wirtschaftliche Wiederaufbau allein im Rahmen einer transnationalen – europäischen – Friedensordnung gelingen könnte, zahlreichen führenden Repräsentanten des politischen und öffentlichen Lebens und nicht zuletzt auch der großen Mehrzahl der Führungspersonlichkeiten der europäischen, zumindest jedenfalls der kontinentaleuropäischen Gewerkschaften Frankreichs, Westdeutschlands, der Benelux-Staaten und Italiens, klar vor Augen. Der Aufbau einer europäischen Friedensordnung schien vielen Zeitgenossen nicht nur der Schlüssel dafür, einen endgültigen Schlussstrich unter die europäischen Bruderkriege der Vergangenheit zu ziehen, sie schien auch der Garant und die nötige Voraussetzung für den ökonomischen Wiederaufstieg der europäischen Völker (und für ihre politische und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit mit den neuen Supermächten, den USA und der UdSSR).

Die Idee einer supranationalen Autorität wurde so im Verlauf des Zweiten Weltkriegs gewissermaßen von der internationalen auf die europäische Ebene importiert und mit den schon vor 1933 breit diskutierten Vorstellungen eines einheitlichen europäischen Wirtschaftsraums kombiniert. Teil und Träger dieser stufenweisen mentalen Europäisierung war nicht zuletzt der nichtkommunistische Teil des gewerkschaftlichen Widerstands und Exils – und es ist ganz gewiss kein Zufall, dass die führenden gewerkschaftlichen Aktivisten auf europäischer Ebene diesem Milieu entstammten.

II DIE GEWERKSCHAFTEN UND EUROPA NACH 1945: EUROPAPOLITISCHE LEITBILDER - EUROPAPOLITISCHE ERFAHRUNGEN

1 VORAUSSETZUNGEN: DIE GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT IM (SPÄTEREN) „EUROPA DER SECHS“

Am Ende des Zweiten Weltkriegs hatten das nationalsozialistische Deutsche Reich und seine Verbündeten weite Teile Europas im wahrsten Sinne des Wortes in eine gigantische Trümmerlandschaft verwandelt. Eine Unzahl von Menschen, besonders die jüdische Bevölkerung des Deutschen Reichs und der eroberten Gebiete und viele Millionen von Männern, Frauen und Kindern vor allem aus Polen und der Sowjetunion waren der Mordmaschinerie der deutschen Besatzer und ihrer Kollaborateure zum Opfer gefallen. Hinzu kamen zig Millionen Gefallene und noch einmal zahllose Zivilisten, die in den Kampfhandlungen und Bombardierungen umgekommen waren.

Am schwersten betroffen waren die mittel- und südosteuropäischen Staaten. Selbst viele agrarisch geprägte Gebiete waren zum Kriegsende nicht mehr in der Lage, sich selbst zu ernähren. Auf den Straßen und Wegen Deutschlands, Italiens und den ehemals von Deutschland und seinen Verbündeten besetzten Territorien irrte ein Millionenheer entlassener KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter, ehemaliger Soldaten und Vertriebenen umher. Die Zerstörung der Verkehrswege, vor allem der Eisenbahnen und der Zusammenbruch der Kommunikationssysteme, hatten das Wirtschaftslebens in Zentraleuropa nahezu völlig zum Erliegen gebracht. Die Versorgung der Bevölkerung mit Hausbrand blieb lange Zeit unzureichend und wurde für viele Menschen besonders im eisigen Nachkriegswinter 1946/47 zu einer Frage von Leben und Tod. In weiten Teilen Mitteleuropas, besonders in Deutschland und den ehemals unterjochten und nun von der Roten Armee neuerlich besetzten ostmitteleuropäischen Staaten, waren weite Teile der ausgepower-ten und mangelernährten Bevölkerung in den ersten beiden Kriegsjahren buchstäblich vom Hungertod bedroht. Die seelischen Verwüstungen und psychologischen Traumata, die die NS-Herrschaft und ihre Folgen hinterlassen hatten, waren dabei wohl noch schwerer abzutragen als die immensen materiellen Schäden.

In dieser desperaten Lage spielten sowohl in Deutschland, Österreich und Italien wie auch in den nun befreiten west- und mitteleuropäischen Staaten die allerorten verblüffend schnell reorganisierten Gewerkschaften beim Wiederaufbau und beim zunächst nur auf niedrigem Niveau gelungenen Neu-

aufbau und Inanghalten des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens bereits unmittelbar nach Kriegsende eine beachtliche, in ihrer Wirksamkeit für den Wiederaufbau insgesamt kaum zu überschätzende Rolle. Zunächst ging es in weiten Teilen Europas vielerorts in erster Linie darum, die primitivste Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten und Aufbauarbeiten durchzuführen. Gewerkschafter beteiligten sich auf lokaler Ebene und in den Betrieben in vielfältiger Weise an der Instandsetzung der kommunalen Versorgungssysteme und öffentlichen Einrichtungen und nicht zuletzt an der Beschaffung und Verteilung von Lebensmitteln und Kleidung, Brennstoffen und Wohnraum.

Der Kampf für eine konkrete Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft und gegen die Abwälzung der Lasten des Krieges allein auf die arbeitende Bevölkerung stellte sich so in nahezu allen europäischen Ländern in den ersten Nachkriegsjahren als erstes und unmittelbar zu bewältigendes Aufgabengebiet der sich neu formierenden Gewerkschaftsbewegung dar – zumindest in denjenigen Ländern, in denen die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen für den Wiederaufbau einer unabhängigen Gewerkschaftsbewegung überhaupt gegeben waren. Zugleich stand für viele Gewerkschaftsvertreter in Europa die Frage nach der grundsätzlichen wirtschaftlichen und politischen Neuordnung ihrer jeweiligen nationalen Gesellschaftssysteme im Raum: Während die orthodox-kommunistischen Gewerkschafter den Zeitpunkt einer staatssozialistischen Transformation mehr oder minder nach dem Vorbild der Sowjetunion gekommen sahen, plädierten die Anhänger der „freien“ ebenso wie der christlichen Gewerkschaftsbewegung in unterschiedlichen Schattierungen für eine starke staatliche Präsenz im wirtschaftlichen Leben und umfangreiche gewerkschaftliche Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte in einer sozialpolitisch eingegegten, mehr oder minder geplanten oder wenigstens regulierten Marktwirtschaft im Rahmen einer parlamentarischen Demokratie, in der die individuellen Persönlichkeitsrechte garantiert sein sollten.

Jenseits ihrer lokalen, regionalen und nationalen Aktionskreise sahen sich die Arbeitnehmerorganisationen nach der Befreiung von Nazidiktatur und Faschismus ähnlich wie in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg bald aber auch mit der Frage konfrontiert, wie sie sich auf internationaler Ebene neu formieren sollten und welche Forderungen an die internationale Neuordnung der Nachkriegszeit zu stellen seien.

Dabei sollten die innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen über den angesichts der wirtschaftlichen Misere von der US-Regierung nun angekündigten „Europäischen Wiederaufbauprogramm“ (European Recovery

Program/ kurz: ERP) auf internationaler Ebene zum Auszug sämtlicher nichtkommunistischer Organisationen aus dem zunächst ideologieübergreifend konzipierten Weltgewerkschaftsbundes (WGB) führen, ein Vorgang, der insbesondere in Frankreich und Italien auf nationaler Ebene seine Entsprechung fand. Mit diesem „Marshall-Plan“ – benannt nach dem damaligen US-amerikanischen Außenminister George C. Marshall, der diesen am 5. Juni 1947 in einer aufsehenerregenden Rede an der Harvard University der Öffentlichkeit präsentierte – war zugleich die Frage nach der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit innerhalb Europas gestellt.

Bevor auf diese Probleme eingegangen wird, soll jedoch zunächst kurz skizziert werden, wie sich die Gewerkschaftslandschaft in den späteren sechs europäischen Kernstaaten nach Kriegsende sowie auf internationaler Ebene überhaupt neu formiert hatte. Und es soll ein Blick geworfen werden auf die biografischen Spezifika jener schmalen Schicht gewerkschaftlicher Spitzenfunktionäre, die nach Kriegsende in die höchsten Ämter ihrer Organisationen vorrückten und die uns in der Folgezeit als zentrale Akteure gewerkschaftlicher Politik auf europäischer und internationaler Ebene wieder begegnen werden.

1.1 Der organisatorische Neuaufbau der Gewerkschaften in den späteren Gründungsstaaten der Europäischen Gemeinschaften

Grundsätzlich ist zunächst in Erinnerung zu rufen, dass nach Kriegsende zahlreiche gewerkschaftliche Funktionäre, aber auch viele einfache Gewerkschaftsmitglieder sowohl der ehemaligen Aggressorstaaten Deutschland und Italien, wie auch der von ihnen überfallenen Länder den gemeinsamen Erfahrungshintergrund jahrelanger Verfolgung und gemeinsamen Kampfes gegen die totalitäre Unterdrückung teilten. Die organisatorische Spaltung der politischen wie der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung schien vielen von ihnen für den Siegeszug der Nationalsozialisten und ihrer Verbündeten mitverantwortlich zu sein. Hinzu kam, dass die Niederringung von Nationalsozialismus und Faschismus nur durch ein Bündnis der westlichen Alliierten mit der Sowjetunion möglich gewesen war und so in den im Neuaufbau begriffenen Gewerkschaftsbewegungen zahlreiche Länder des befreiten Europas die Vorstellung weit verbreitet war, dass die ideologischen Schismen der Vergangenheit beim Neuaufbau ihrer Organisationen nun hinter sich zu lassen seien. Doch letztlich gelang es nur den Gewerkschaften in den drei westdeutschen Besatzungszonen und in Österreich, nach mehreren Zwi-

schenschritten richtungs- und ideologieübergreifende Gewerkschaftsorganisationen aus der Taufe zu heben (und dann auch zu bewahren), in der nicht nur die Anhänger der ehemals freien und christlichen Gewerkschaften, sondern – zunächst jedenfalls – auch kommunistische Funktionäre und Mitglieder vereint waren.

1.1.1 Westdeutschland

Auf dem Gründungskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) für die Bundesrepublik Deutschland vom 12. bis 14. Oktober 1949 in München konnte die weltanschauliche Spaltung in Richtungsgewerkschaften der Zwischenkriegszeit durch die Etablierung einer „Einheitsgewerkschaft“ (als Dachverband von zu diesem Zeitpunkt 16 Einzelgewerkschaften) weitgehend überwunden werden. Auf die vom „Parlament der Arbeit“ nun beschlossenen wirtschafts- und sozialpolitischen Leitsätze mit den Forderungen nach Sozialisierung der Schlüsselindustrien, Wirtschaftsplanung und Mitbestimmung konnten sich sowohl kommunistische, sozialistische wie auch christdemokratische Gewerkschaftsfunktionäre ohne allzu gravierende Friktionen einigen. Sie zogen so die Lehre aus der Erfahrung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, die, so ihre vermutlich nicht ganz richtige, jedoch weitverbreitete und wirkungsmächtige Lesart, durch die unheilvolle Spaltung der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik mitverschuldet worden sei, welche in der Zukunft nun um jeden Preis vermieden werden müsse. Zugleich hatte der zwölfjährige Verfolgungsdruck durch das NS-Regime unfreiwillig die Grundlage für die nun regelmäßig beschworene „Einheit“ der Gewerkschaftsbewegung gelegt. Nicht zufälligerweise kam es so, längerfristig gesehen, außer in Westdeutschland nur noch im nun neutralen Österreich zur Gründung eines Einheitsverbandes.

Besonders in der Außenpolitik pochte namentlich Hans Böckler zunächst erfolgreich auf die parteipolitische Unabhängigkeit seiner Organisation und scheute in der Frage der Beteiligung der Bundesrepublik an der internationalen Verwaltung der Ruhrbehörde nicht vor Konflikten mit der ideologisch-programmatisch und durch zahlreiche personelle Querverbindungen eng verbündeten Sozialdemokratie zurück. Am 16. Februar 1951 erlag Böckler jedoch einem Herzinfarkt. Unter seinem Nachfolger, dem von Böckler selbst empfohlenen Christian Fette (1895–1971) gelang es nicht, die im Kohlebergbau und der Stahlindustrie erreichte paritätische Mitbestimmung auch in der Gesamtwirtschaft durchzusetzen und damit ein fundamentales Zielpunkt

des DGB zu realisieren. Auf dem außerordentlichen Bundeskongress des DGB 1951 in Essen gelang es dann der IG Metall, ihren eigenen Vorsitzenden, Walter Freitag (1889–1958), in einer in der DGB-Geschichte einmaligen und von der SPD orchestrierten Kampfabstimmung als Nachfolger Fettes mit knapper Mehrheit durchzusetzen. Unter Freitag sank der europapolitische Elan des DGB als Gesamtorganisation zunächst einmal deutlich ab, ein Vorgang, der sich an der nun starken Anlehnung der DGB-Spitze an die SPD deuten lässt, deren integrations skeptische Grundhaltung zu diesem Zeitpunkt noch nicht überwunden war.²⁵⁸

1.1.2 Italien

Nicht allein in Westdeutschland, sonder auch in den übrigen westeuropäischen Staaten vollzog sich der gewerkschaftliche Wiederaufbau zunächst ebenfalls im Zeichen der organisatorischen Einheit. Einer Einheit allerdings, die sich angesichts des sich ab 1947 schnell verfestigenden Konflikts zwischen der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten und den von den USA wesentlich elastischer angeführten westlichen Bündnispartnern, als zunehmend prekär erwies und die nur vorübergehend aufrecht erhalten werden konnte. Nicht zufälligerweise konnte in Italien – wo die Repression der Gewerkschaften durch das faschistische Regime am längsten andauert hatte – die gewerkschaftliche Einheit zumindest einige Jahre lang aufrecht erhalten werden, ehe auch hier die ideologischen Fliehkräfte die Oberhand gewannen.

Mit der „Confederazione Generale Italiana del Lavoro“ (CGIL) konnte dann noch während des Krieges durch den „Patto di Roma“ (Pakt von Rom) eine alle relevanten politische Strömungen (Christdemokraten, Sozialdemokraten/Sozialisten und Kommunisten) umfassende Einheitsorganisation gegründet werden, die die in der „resistenza“ gebildete Einheitsfront gegen den Faschismus auf der Ebene der Gewerkschaften auch nach Kriegsende zunächst konservierte.

Die Satzung der CGIL vom Januar 1945 proklamierte ausdrücklich die parteipolitische Unabhängigkeit der Organisation, doch gewannen in der Praxis die Kommunisten und die mit ihnen verbündeten Linksozialisten

258 Auf die nur „lauwarme“ Begrüßung des Schuman-Plans durch den DGB wird weiter unten eingegangen.

(„Nenni-Sozialisten“²⁵⁹) bald die Oberhand. Die kommunistische Strömung stützte sich dabei auf die ganz überwiegende Mehrheit der Mitglieder und stellte mit Giuseppe Di Vittorio (1892–1957) zudem den charismatischen, auch jenseits der kommunistischen Arbeiterschaft respektierten Generalsekretär der Organisation. Politisch abgestützt wurde die gewerkschaftliche „unità“ zunächst durch die bis 1947 amtierende postfaschistische Allparteienregierung aus Christdemokraten, Sozialisten und Kommunisten. Dass es ein Jahr nach deren Scheitern und dem Wahlerfolg der Democrazia Cristiana (DC) bei den Parlamentswahlen 1948 zur Sezession des christdemokratischen Gewerkschaftsflügels, dann auch eines Teils der Sozialisten, der Sozialdemokraten und Republikaner, aus der CGIL kam, hatte mehrere, in ihrer Gewichtung – besonders was den Einfluss der US-amerikanischen Gewerkschaften und des US-State Department angeht²⁶⁰ – umstrittene Ursachen. Von erheblicher Bedeutung dürfte die enge Verknüpfung der christlichen Gewerkschaftsspitze mit der DC gewesen sein, deren Politik sie in der Folgezeit erheblich beeinflussen konnte, und auch der Vatikan stand dem Projekt „Gewerkschaftseinheit“ misstrauisch bis ablehnend gegenüber. Letztlich erwiesen sich die unterschiedlichen ideologischen Grundströmungen innerhalb der Organisation, die schließlich in der Frage der gewerkschaftlichen Haltung zum Marshall-Plan offen zutage traten, als zu heterogen, um auf Dauer überbrückt werden zu können.²⁶¹

Einen letzten dramatischen Anstoß zum Bruch bildete dabei das Attentat auf Palmiro Togliatti, dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei Italiens (Partito Comunista Italiano/PCI) durch einen faschistischen Studenten am 14. Juli 1948. Frustration und Abscheu der Linken entluden sich nun in gewaltsamen Protesten mit Toten und Verletzten und die Exekutive der CGIL rief gegen die Stimmen der „Gemäßigten“ zum Generalstreik auf – nicht zuletzt wohl auch, um die zunächst spontanen Arbeitsniederlegungen in ein kontrollierteres Fahrwasser zu lenken. Nichtsdestotrotz traten nun zu-

259 Der PCI und die sozialistische Partei Italiens unter ihrem Generalsekretär Pietro Nenni hatten sich noch während des Krieges eng aneinander angelehnt und traten bei den Parlamentswahlen 1948 auf einer gemeinsamen Liste an. Der Linkskurs der Partei führte zu einer Reihe von Abspaltungen. In der zweiten Hälfte der 1950er Jahre sollte sich namentlich der Partito Socialista Italiano (PSI) – nicht zuletzt unter dem Eindruck der Niederschlagung des Aufstands in Ungarn – von der PCI lösen und nach heftigen internen Auseinandersetzungen 1963 in eine Mitte-Links-Regierung mit der DC eintreten.

260 Vgl. hierzu die ausführliche Romero: *The United States and the European Trade Union Movement*, insbesondere S. 178 ff.

261 Vgl. hierzu Manfred Boni: *Italien und der Marshall-Plan. Das Ende der Einheitsgewerkschaft*, in: Haberl/Niethammer, *Der Marshall-Plan und die europäische Linke*, S. 339–358; Pasture, *Histoire*, S. 235 ff.

nächst die elf christdemokratischen Mitglieder aus dem Exekutivausschuss der CGIL aus und gründeten eine „Libera CGIL“. Aus ihr ging wenig später, nach dem Übertritt weiterer sozialdemokratischer und republikanischer Gewerkschafter, die „Confederazione Italiana Sindacati dei Lavoratori“ (CISL) hervor, der zweite große italienische Gewerkschaftsverband der Nachkriegszeit. Letztlich fächerte sich die Gewerkschaftslandschaft so nach Kriegsende erneut entsprechend der ideologischen Bruchlinien der vorfaschistischen Ära auf, auch wenn die CGIL – ihrem Namen entsprechend – ihren Anspruch als gewerkschaftlicher Einheitsverband Italiens aufzutreten, aufrecht erhielt und in ihren Reihen tatsächlich immer zumindest ein starker sozialistischer Flügel und einige „Unabhängige“ in ihr aktiv blieben.²⁶²

Auf der anderen Seite des Gewerkschaftsspektrums betonte auch die CISL ihre Überkonfessionalität und parteipolitische Unabhängigkeit und schloss sich demonstrativ dem IBFG an. Politisch und kulturell stand sie allerdings letztlich der DC unter ihrem unumstrittenen Vorsitzenden und mehrfachem Ministerpräsidenten Alcide de Gasperi (1881–1954) gerade in den ersten Jahren der Republik sehr nahe.²⁶³ Die italienischen Christdemokraten führten nach dem Auseinanderfallen der postfaschistischen Allparteienkoalition bekanntermaßen über Jahrzehnte hinweg mit wechselnden Koalitionspartnern die Regierungsgeschäfte. Vor diesem Hintergrund bildete – nach einem weiteren organisationspolitischen Umweg – eine Gruppe sozialdemokratischer Gewerkschafter mit der „Unione Italiana del Lavoro“ (UIL) einen dritten Dachverband, der in den kleineren, gemäßigt linken Parteien des sich im Windschatten der Nenni-Sozialisten ausdifferenzierenden politischen Spektrums ihre Hauptansprechpartner sah. Die organisatorische Spaltung der nichtkommunistischen Organisationen stand dabei übrigens in völligem Widerspruch zu der von der US-Administration und den amerikanischen Gewerkschaften verfolgten Politik der Sammlung aller nichtkommunistischen Kräfte in einem Einheitsverband und verweist deutlich auf die Grenzen des Einflusses aus dieser Richtung.²⁶⁴

262 Die 1918 gegründete und katholisch orientierte CIL hatte in den frühen 1920er Jahren rund 1,5 Millionen Mitglieder, besonders aus der Landwirtschaft.

263 Die Anbindung der CISL an die DC schlug sich, wie dies auch bei der CGIL und dem PCI der Fall war, in einer engen Verflechtung des Führungspersonals der jeweiligen Organisationen nieder. Etwa ab Mitte der 1950er Jahre schlugen dann beide Gewerkschaften einen von ihren politischen Ansprechpartnern unabhängigeren – und untereinander kooperativeren – Kurs ein.

264 Vgl. hierzu Alessandro Brogi: *The AFL and CIO between „Crusade“ and Pluralism in Italy, 1944–1963*, in: van Goethem/Waters, *The International History of the AFL-CIO during the Cold War*, S. 59–84.

Die Dominanz der CGIL in der italienischen Arbeiterschaft blieb zunächst einmal ungebrochen. Mitte der 1960er Jahre umfasste sie immer noch mehr Mitglieder als die beiden Konkurrenzorganisationen zusammen. Auch in den Betriebskommissionen des Landes (*commissione interne*) blieb sie zunächst die mit Abstand dominierende Kraft.²⁶⁵ Allerdings konnten die CISL und nach einer längeren Anlaufphase auch die UIL in den 1950er Jahren einige Geländegewinne verbuchen. Beide waren, abweichend von der Norm, dass jedes Land nur durch eine Gewerkschaftsföderation vertreten sein sollte, in den mittlerweile gegründeten IBFG aufgenommen worden. Bei den alljährlichen Wahlen zu den Betriebskommissionen bei FIAT überflügelte die CISL 1954 erstmals die CGIL, was landesweit als spektakuläre Niederlage der kommunistischen Gewerkschaftsbewegung und dem mit ihr verbündeten PCI angesehen wurde. In der Folgezeit modifizierten die italienischen Kommunisten ihren politischen Kurs dann erheblich. Im Zeichen des viel diskutierten Eurokommunismus nabelten sich die CGIL und (sich wohl wechselseitig beeinflussend) der PCI immer stärker von Moskauer Vorgaben und Erwartungen ab und stellten sich schließlich grundsätzlich auf den Boden des existierenden parlamentarischen Systems.²⁶⁶ Zugleich modifizierten sie ihre zunächst grundsätzlich ablehnende Haltung zum mittlerweile auf den Weg gebrachten europäischen Einigungsprozess.²⁶⁷

1.1.3 Frankreich

Der Wiederaufbau der Gewerkschaftsbewegung in Frankreich wies zu derjenigen in Italien einige Parallelen, aber auch einige signifikante Abweichungen auf. Hier hatte 1939 der Bundesvorstand der CGT („bureau confédéral“) nach Bekanntwerden des Hitler-Stalin-Paktes mit Ausnahme seiner beiden kommunistischen Vertreter jegliche Form der Kollaboration mit dem „Na-

265 Vgl. Jürgen Seifert: Zur Situation der italienischen Gewerkschaften, in: GMH 1958, S. 544–549; Beaver, *Trade Unions*, S. 7.

266 Vgl. hierzu Steiert: „Eurokommunismus“ in der Gewerkschaftsbewegung Italiens und Frankreichs, in: Wehling/Pawelka, *Eurokommunismus*, S. 57–104.

267 Unter di Vittorio's Nachfolger als CGIL-Generalsekretär, Agostino Novella, wurden 1965, gemeinsam mit der zögerlichen CGT, zunächst ein Verbindungsausschuss, zwei Jahre später dann ein Verbindungsbüro der CGIL-CGT in Brüssel institutionalisiert, um die Interessen der beiden Gewerkschaftsbünde innerhalb der Europäischen Gemeinschaften zu vertreten. Ab 1966 waren zwei Vertreter der CGIL im Wirtschafts- und Sozialausschuss präsent, 1969 wurden formale Beziehungen zwischen dem Verbindungsbüro und der Europäischen Kommission etabliert.

zismus“ als Verleugnung der „Prinzipien der menschlichen Solidarität“ auf das Schärfste verurteilt.²⁶⁸ Das führte zur neuerlichen Abspaltung der Kommunisten, nachdem sich CGT und CGTU – nicht zuletzt angesichts der nationalsozialistischen Bedrohung – erst 1936 nach fünfzehn Jahren getrennter Organisationsgeschichte wieder zusammen gefunden hatten.

Nachdem das Vichy-Regime 1940 die Gewerkschaftszentralen aufgelöst und verboten hatte, näherten sich auch die verschiedenen gewerkschaftlichen Richtungen im Untergrund dann in einem Klima zunehmender Repression aller gewerkschaftlichen Bestrebungen auch in Frankreich aneinander an. Dies allerdings zunächst unter Ausschluss jener parteiorthodoxen Kommunisten, die den Parolen ihrer nunmehr illegalen Parteileitung zur Zusammenarbeit mit den Besatzern Folge leisteten, ehe der Überfall Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 dem armseligen Schauspiel ein Ende setzte und sich die Kommunisten nun sehr schnell – wie um den vergangenen Schaden wieder gut zu machen – zu einer tragenden Säule innerhalb der französischen Widerstandsbewegung entwickelten.

Das „Manifest der Zwölf“ vom November 1940 war, wie oben bereits erwähnt, von hohen (Ex-)Funktionären der CGT und CFTC gemeinsam unterzeichnet worden. Zu einer Fusion beider Richtungen kam es jedoch nicht, stattdessen waren die illegal weiter operierenden Organisationen mit je eigenen Vertretern im Mai 1943 gegründeten Nationalen Widerstandsrat vertreten, wodurch sich nach 1945 – stärker als etwa in Italien – auch die christliche Gewerkschaftsföderation nach dem Krieg auf ihre aktive Beteiligung an der Résistance als Legitimationsressource berufen konnten.

Zuvor hatten sich CGT und CGTU unter dem Außendruck des gemeinsam bekämpften Besatzungsregimes neuerlich in einer Einheits-CGT zusammen gefunden (durch die „Accords du Perreux“). Nach Kriegsende erlebte die CGT als Auffangbecken des gesamten Gewerkschaftsspektrums jenseits der minoritären christlichen Gewerkschaftsbewegung vor dem Hintergrund der zunächst miserablen Wirtschaftslage einen wahren Eintrittsboom, der die Mitgliederzahl der Organisation auf über sechs Millionen ansteigen ließ, die schließlich um ein Mehrfaches über der Vorkriegszeit lag.²⁶⁹ Zugleich verschob sich das innerverbandliche Machtgefüge nun wie in Italien dramatisch hin zu den parteiorthodoxen Kommunisten. Daran änderte auch die erneute Bestellung Jouhaux' zum Generalsekretär nichts (nach dessen Rückkehr aus

268 Der Text der Resolution findet sich bei Georges Vidalenc: *Comment et pourquoi se sont produits les scissions syndicales* (Editions Force Ouvrière), Paris, o.J.

269 Angabe nach Georg Scheuer: *Gewerkschaften in Frankreich*, in: GMH, 7/1959, S.399–406, hier: S.405.

deutscher Gefangenschaft im Lager Buchenwald), zumal ihm mit Benoît Franchon ein Mitglied des Politbüros des Parti Communiste Français (PCF) gleichberechtigt zur Seite gestellt wurde.

Ab Ende 1946 kam es dann innerhalb der CGT zu ersten Absprachen und Zusammenkünften meist jüngerer anti- oder auch nur nichtkommunistischer Gewerkschafter, die sich auf die schon in der „Charta von Amiens“ niedergelegten parteiunabhängigen Traditionen der CGT beriefen. Die Minderheit der nichtkommunistischen „Syndikalisten“ wandte sich besonders gegen den nun paradoxerweise von der orthodox-kommunistischen Majorität eingeschlagenen Kurs, aktuelle wirtschaftliche und soziale Forderungen der Arbeiterschaft und gar Arbeitsniederlegungen als unpatriotischen Anschlag auf den Wiederaufbau der französischen Wirtschaft rigoros abzulehnen, solange sich die Kommunisten in der Regierung befanden.

Umgekehrt reihte sich nach dem Ende des Nachkriegs-„Tripartismus“ aus Sozialisten, Kommunisten und Christdemokraten durch die Entlassung der kommunistischen Minister von Regierungschef Ramadier²⁷⁰ im Mai 1947 und nach einer kurzen Phase verblüffter Desorientierung besonders im Oktober und November des Jahres, angeführt von der CGT, eine Arbeitsniederlegung an die nächste. Die politisch motivierte Streikwelle wurde nun ihrerseits von weiten Teilen der nichtkommunistischen Minderheit innerhalb der CGT nicht akzeptiert, zumal die oft aussichtslosen Ausstände schließlich ihrerseits zum Sturz der Regierung Ramadier im November 1947 beitrugen. Dies alles und auch unterschiedliche Vorstellungen über den von der kommunistischen Majorität abgelehnten Marshall-Plan führten, befördert durch Unterstützungszusagen der amerikanischen Gewerkschaften, besonders der AFL und ihres hochaktiven Europaemissärs Irving Brown, schließlich Ende 1947 zum neuerlichen Bruch der gewerkschaftlichen Einheit innerhalb der CGT.²⁷¹ Die nichtkommunistische Minderheit verließ nun die Organisation und konstituierte sich als CGT-Force Ouvrière (FO), deren Vorsitzender der

270 Der Sozialist Paul Ramadier zählte schon in der Vorkriegszeit zu den führenden Politikern Frankreichs und amtierte 1947 als erster Ministerpräsident der IV. Republik. Die vielfältigen innen- und außenpolitischen Gründe – eine wichtige Rolle spielten gegenläufige Auffassungen über den Marshall-Plan und die französische Kolonialpolitik in Indochina – können hier nicht diskutiert werden.

271 Vgl. hierzu jetzt Barrett Dower: *The Influence of the American Federation of Labor on the Force Ouvrière*, in: van Goethem/Waters, *The International History of the AFL-CIO during the Cold War*, S. 85–102; vgl. auch Angster, *Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie*, S. 164 ff; Angster beschreibt ebenfalls ausführlich die finanzielle und organisatorische Hilfe der AFL beim Aufbau der FO, konstatiert aber dennoch, dass die Spaltung der CGT von den Amerikanern „nicht direkt herbei geführt“ (wurde), da sich die Minderheit Ende 1947 ohnehin zum Austritt entschlossen hatte.

mittlerweile über siebzigjährige Léon Jouhaux übernahm und die schon durch das vorangestellte Akronym im Namen ihren Anspruch unterstrich, die eigentliche Bewahrerin der „cégétistischen“, parteiunabhängigen französischen Gewerkschaftstradition zu sein.²⁷²

Wie in Italien sollte jedoch auch in Frankreich der kommunistisch orientierte Dachverband trotz kontinuierlicher Mitgliederverluste lange Zeit der mit Abstand stärkste gewerkschaftliche Zusammenschluss bleiben. Noch Mitte der 1960er Jahren stellte die CGT mit zu diesem Zeitpunkt (vorgeblich) rund 1.500.000 Mitgliedern die FO weit in den Schatten, die damals (nach eigenen Angaben) 450.000 Mitglieder umfasste. Stark aufgeholt hatte der ursprünglich christlich orientierte Dachverband mit 1965 etwa 800.000 Mitgliedern.²⁷³ Dabei hatten sich die Mitglieder der CFTC im November 1964 auf ihrem richtungsweisenden Pariser Kongress mit großer Mehrheit für eine Säkularisierung ihres Verbandes entschieden und sich in „Confédération française démocratique du travail“ (CFDT) umbenannt, die in der Folgezeit unter dem Stichwort „Arbeiterselbstverwaltung“ einen dezidierten Linkskurs einschlug, zahlreiche Aktionsbündnisse mit der CGT einging und hinsichtlich ihrer Organisationsstärke langsam zu dieser aufschloss.²⁷⁴ Eine christlich-katholische Minderheit um Gaston Tessier gründete nun erneut – und unter dem alten Namen CFTC – einen Dachverband christlicher Gewerkschaften, sodass ab Mitte der 1960er gleich vier ideologisch unterschiedliche Gewerkschaftsgruppierungen um Einfluss und Mitglieder konkurrierten.²⁷⁵

272 Zur Gründung der FO vgl. insbes. den Sammelband von Michel Dreyfus/Gérard Gautron/Jean-Louis Robert (Hg.): *La naissance de Force ouvrière*.

273 Eine Zusammenstellung der zur Verfügung stehenden und mit Vorsicht zu bewertenden Zahlen gibt Gobin: *Consultation et Concertation*, Bd. 1, S. 196.

274 Etwa ein Zehntel der Mitglieder wandten der CFDT allerdings den Rücken und gründete die CFTC wieder neu. Zur Geschichte der CFTC/CFDT vgl. generell Franck Georgi: *L'invention de la CFDT 1957–1970. Syndicalisme, catholicisme et politique dans la France de l'expansion*, Paris 1995.

275 Hinzu kommt mit der 1944 gegründeten „Confédération générale des Cadres“ (CGC) noch eine Art Angestelltengewerkschaft und eine ganze Reihe kleinerer Organisationen. Einen guten Überblick über die Nachkriegsgeschichte der französischen Gewerkschaften bietet Johan Verberckmoes: *The politics of ideological diversity in France*, in: Patrick Pasture/Johan Verberckmoes/Hans De Witte (Hg.), *The Lost Perspective? Trade Unions Between Ideology and Social Action in the New Europe*, Vol. 1, S. 7–51.

1.1.4 Belgien

Wie in Frankreich knüpften auch in den drei Beneluxstaaten die führenden und meist schon in der Vorkriegszeit aktiven gewerkschaftlichen Aktivisten beim Wiederaufbau der nationalen Gewerkschaftsorganisationen nach dem Ende der Besatzungszeit an die traditionellen gewerkschaftlichen Organisationsprinzipien an. Vor dem Einmarsch der Wehrmacht 1940 war es den meisten Gewerkschaftsführern des Landes gelungen, sich ins Ausland abzusetzen, teils in den unbesetzten Teil Frankreichs und teils auch direkt nach Großbritannien. Eine nicht geringe Anzahl der Funktionäre kehrte jedoch später ins Land zurück und beteiligten sich an der Untergrundarbeit gegen die deutschen Besatzer.

Dabei war die christliche Gewerkschaftsbewegung gerade in Belgien bereits in der Zwischenkriegszeit zu einer festen politischen Größe geworden, die sich durchaus mit den sozialistisch/sozialdemokratischen Gewerkschaften messen konnte. Seit 1923 firmierte sie unter dem Namen „Confédération des Syndicats Chrétiens“ (CSC) bzw. „Algemeen Christelijk Vakverbond“ (ACV).²⁷⁶ Schon am 4. September 1944, dem Tag der Befreiung Brüssels, nahm die CSC ihre Tätigkeit wieder auf und konnte sich am Wiederaufbau des Landes beteiligen. Schwieriger gestaltete sich die Rekonstruktion des nichtkonfessionellen Gewerkschaftsflügels: Hier bedurfte es einer längeren Klärungsphase, ehe schließlich die Anhänger der „Confédération Générale du Travail de Belgique“ – die erst 1937 als von der belgischen Arbeiterpartei nunmehr organisatorisch endgültig getrennte Formation gegründet worden war – mit kleineren kommunistischen und anarchosyndikalistischen Gruppierungen fusionieren konnten. Schließlich kam es unter dem Namen „Fédération générale du travail de Belgique“ (FGTB) bzw. „Algemeen Belgisch Vakverbond“ (ABVV) doch noch zu einer Vereinigung der ideologisch zunächst recht heterogenen und in mehrere Konföderationen aufgespaltenen Gewerkschaftslinken, die sich in der Folgezeit eng an die belgische Arbeiterpartei anlehnte.²⁷⁷ Innerhalb der belgischen Gewerkschaftslandschaft spielten CSC/ACV einerseits, FGTB/ABVV andererseits seit Kriegsende und letztlich bis heute eine annähernd gleichrangige Rolle.²⁷⁸

²⁷⁶ Im Folgenden wird die französische Abkürzung verwendet.

²⁷⁷ Vgl. hierzu Zondergeld: Belgien, S. 279–430.

²⁷⁸ Zur Entwicklung der Mitgliederzahlen vgl. Randolph W. Wintgens: Belgische Gewerkschaften. Herkunft, Struktur, Funktion, Diss., Bonn 1974, S. 15 ff. Neben den beiden Großorganisationen bestand (und besteht) in Belgien zudem mit der liberalen „Central Général des Syndicats Libéraux“ (CGSLB) ein drit-

In den 1950er Jahren richteten die sozialistischen Gewerkschaften ihre programmatischen Forderungen auf den Ausbau der sozialen Sicherungssysteme, „Wirtschaftsdemokratie“ und umfangreiche Sozialisierungen. Besonders der wallonische Teil der FGTB setzte unter ihrem unbestrittenen Führer André Renard zudem auf „direkte Aktionen“, „Klassenkampf“ und nun auch auf eine föderale Neuordnung des Landes, um der aus ihrer Sicht benachteiligten und von der Kohlekrise gebeutelten Wallonie Handlungsspielräume bei der angestrebten ökonomischen und sozialen Transformation des Landes zu ermöglichen. Nichtsdestotrotz splitteten die belgischen Gewerkschaften, anders als die politischen Parteien, nicht an den regionalen Landesgrenzen aus; sie bildeten so bis heute eine der wenigen organisatorischen Klammern des belgischen Gesamtstaates.

Trotz der vom wallonischen Linksflügel der FGTB eingeschlagenen klassenkämpferischen Rhetorik unterschieden sich die programmatischen Leitvorstellungen beider Gewerkschaftsbünde letztlich nur graduell. In der Forderung nach Wirtschaftsdemokratie, dem Ausbau des Sozialstaates und selbst nach begrenzten Sozialisierungen waren beide Gruppierungen nicht weit voneinander entfernt, sodass ihre Politik immer öfter in Gemeinschaftsaktionen mündete und namentlich in der Europapolitik, davon wird weiter unten noch die Rede sein, zogen beide Organisationen grundsätzlich an einem Strang. Mit einem kontinuierlich über der 60-Prozent-Marke angesiedelten Organisationsgrad zählten die belgischen Gewerkschaften dabei bis heute zu den sicherlich einflussreichsten Gewerkschaften in Westeuropa. Die CSC/ACV sah im „Gewerkschaftspluralismus“ des Landes geradezu eine unumgängliche Erfolgsbedingung für eine wirksame Vertretung der Interessen der belgischen Arbeitnehmer.²⁷⁹

ter, als repräsentativ anerkannter Gewerkschaftsverband, dessen Anteil an der Gesamtzahl der belgischen Gewerkschaftsmitglieder die 10 Prozent-Marke freilich nie überschritt. Einen guten Überblick über die Nachkriegsgeschichte der belgischen Gewerkschaften bieten die folgenden beiden Aufsätze von Patrick Pasture, *Belgian Trade Unions*, in: Phelan, *Trade Unionism since 1945*, S. 3–36; ders., *Belgium: pragmatism in pluralism*, in: ders./Verberckmoes/De Witte, *The Lost Perspective? Trade Unions Between Ideology and Social Action in the New Europe*, Vol. 1, S. 91–135.

279 Vgl. hierzu Wintgens, ebd., S. 225 f.

1.1.5 Niederlande

Komplizierter als in Belgien gestaltete sich der gewerkschaftliche Neuaufbau in den Niederlanden, wo jedoch die vielfältigen innergewerkschaftlichen Bruchlinien der Vergangenheit in der Nachkriegszeit ebenfalls erneut zum tragen kamen. Die vom sozialdemokratisch orientierten Nederlands Verbond van Vakverenigingen (NVV) ausgehenden Bestrebungen nach einer Überwindung der gewerkschaftlichen Zersplitterung der Vorkriegszeit und nach einem „doorbraak“ (Durchbruch) zu gewerkschaftlicher Einheit zeigten nur begrenzte Erfolge und sollten nicht zuletzt daran scheitern, dass nicht wenige NVV-Funktionäre durch ihre Kooperation mit den nationalsozialistischen Besatzern vor der endgültigen Gleichschaltung der niederländischen Gewerkschaftsbewegung als kompromittiert angesehen wurden.²⁸⁰

Die deutschen Besatzungsbehörden hatten zunächst lediglich das Streikrecht aufgehoben und die stark links stehenden „Nationalen Arbeitssekretariate“ verboten, die drei großen niederländischen Gewerkschaftszentralen jedoch in ihrer Organisation unangetastet gelassen. Dabei hatten die meisten NVV-Funktionäre ihre Tätigkeit auch dann noch fortgesetzt, als die Organisation im Juli 1940 Hendrik Jan Woudenberg, einem niederländischen Nationalsozialisten, unterstellt wurde. Als Woudenberg im Juli 1941 auch zum Kommissar der konfessionellen Gewerkschaften ernannt wurde, weigerten sich zahlreiche Gewerkschaften der protestantischen Gewerkschaftsföderation – des Christelijk Nationaal Vakverbond (CNV, deutsch: Christlich-Nationaler Gewerkschaftsbund) – unter diesen neuen Bedingungen zu arbeiten (und letztlich im Dienst der deutschen Besatzer), was die (Selbst-)Auflösung des CNV nach sich zog.

Aber auch viele katholische Gewerkschafter wollten den neuen „Gewerkschaftsführer“ ihres „R.K. Werkliedenverbond“ (RKWV) (Römisch-Katholischer Arbeitnehmerverband) nicht akzeptieren. Auch hier war die (Selbst-)Auflösung des Verbandes die Folge. Die Mitglieds- und Verwaltungsakten der konfessionellen Verbände gingen nun auf den NVV über, dessen Angestellte so mittelbar an der Liquidation der christlichen Konkurrenzorganisati-

280 Zum Folgenden vgl. Peter van Dam: Religion und Zivilgesellschaft, besonders S. 93–128; komprimiert: ders., Die Geschichte der niederländischen Gewerkschaftsbewegung. Erstellt: Dezember 2012, www.uni-muenster.de/NiederlandeNet/nl-wissen/wirtschaft/vertiefung/gewerkschaften/; Patrick Pasture, The unattainable unity in The Netherlands, in: ders./Verberckmoes/De Witte, The Lost Perspective? Trade Unions Between Ideology and Social Action in the New Europe, Vol. 1, S. 136–179; ferner: Langeveld, Niederlande – Reform und Kooperation, in: ders. u. a., Zwischen Wunsch und Wirklichkeit, S. 57–278.

onen beteiligt waren – ein Umstand, welcher in der unmittelbaren Nachkriegszeit „zu scharfen Vorwürfen gegenüber dem NVV führen sollte.“²⁸¹ Schließlich beschloss dann auch die NVV-Führung die Selbstauflösung des Verbandes und vermied so im letzten Moment dessen unrühmliche Umwandlung in die nun nach deutschem Vorbild geschaffene „Nederlands Arbeids Front.“

Schon vor dem Hintergrund solcher aus der Erlebniswelt der Besatzungszeit hervorgegangener Spannungen war also in den Niederlanden nach Kriegsende kaum daran zu denken, die vormals getrennt organisierten sozialdemokratischen, katholischen und protestantischen Arbeitnehmer in einer einheitlichen Organisation zusammenzuführen. Hinzu kam, dass die in der historischen Forschung immer wieder durch das Hauptmerkmal der „Versäulung“ beschriebene gesellschaftliche Grundstruktur des Landes die Jahre der Besatzung weithin unbeschadet überdauert hatte – und damit auch die tief greifende ideologisch-kulturelle und in der Folge auch organisatorische Segmentierung der niederländischen Gesellschaft.²⁸² Im Ergebnis gründete sich die calvinistisch-protestantische CNV unmittelbar nach der Befreiung aufs Neue und auch der katholische Zweig der niederländischen Arbeiterbewegung errichtete – nun unter dem Namen „Katholieke Arbeidersbeweging“ (KAB, deutsch: „Katholische Arbeiterbewegung“) – bald wieder eine eigenständige gewerkschaftliche Struktur.

Zwischengewerkschaftliche Kooperation fand nun nicht zuletzt in den verschiedenen Gremien und Kammern des in der Nachkriegszeit wie kaum in einem anderen Land korporatistisch geprägten niederländischen Staates statt, besonders in der für die holländische Nachkriegsentwicklung herausragend bedeutsamen „Stichting van de Arbeid“²⁸³, daneben auch in den 1950 ge-

281 Van Dam: Religion und Zivilgesellschaft, S. 88.

282 Mit Verzuiling (Versäulung) bezeichnet man vor allem in den Niederlanden die vornehmlich konfessionell begründete Segmentierung der Gesellschaft, deren Grad gegenseitiger Abschottung noch weit über diejenige der auch in anderen Gesellschaften zu beobachtenden sozialen Milieus hinaus geht und die die Niederlande bis in die 1970er Jahre fundamental geprägt haben. Unterschieden wird dabei eine protestantisch-calvinistische, eine römisch-katholische und eine sozialistisch/sozialdemokratische Säule mit jeweils parallelen sozialen Organisationen wie Kirchengemeinden, Bildungsanstalten, Volksbanken, Sportvereinen, Medien und anderem mehr. Zuweilen wird eine vierte, „liberal-residuale“ Säule genannt; vgl. hierzu exemplarisch Paul Luykx, Versäulung in den Niederlanden. Eine kritische Betrachtung der neueren Historiographie, in: Zentrum für Niederlande-Studien, 2/1991, S. 39–51.

283 Die Stichting van de Arbeid war das Beratungsorgan der Regierung in sozialpolitischen Fragen und Tarifangelegenheiten. Sie war als privatrechtliche Organisation von den drei „anerkannten“ Gewerkschaften (NVV, KAB und CNV) einerseits, den verschiedenen Arbeitgebervertretern andererseits als privatrechtliche Stiftung ins Leben gerufen worden. Die Stichting war für die Ausarbeitung des niederländi-

setzlich neu geregelten betrieblichen Mitbestimmungsorganen. Während die zunächst keineswegs randständige, parteiorthodox-kommunistisch dominierte „Eenheids Vakcentrale“ (EVC, deutsch: Einheitsgewerkschaftszentrale) seit dem Ende der 1940er Jahre immer weiter marginalisiert wurde,²⁸⁴ waren die drei nichtkommunistischen Gewerkschaftsverbände mit diesem Kurs korporatistischer Einbindung durchaus erfolgreich. Sie konnten ihre Mitgliederzahlen (fast im Gleichschritt) von rund 644.00 im Jahr 1946 über 883.000 (1950) auf 1.000.053 (1955) steigern. Das Stärkeverhältnis der drei „anerkannten“ Gewerkschaftsrichtungen untereinander änderte sich dabei seit den frühen 1950er Jahren kaum noch: Stärkster Verband blieb stets der NVV, unterschritt dabei aber immer mehr oder minder knapp die 50-Prozent-Schwelle aller Gewerkschaftsmitglieder im Land. Die Mehrheit der konfessionell organisierten Gewerkschafter stellte stets die KAB, die so in den 1950er Jahren stets auf rund ein Drittel aller in den „anerkannten“ Organisationen vertretenen Mitglieder kam, dem CNV hielt hiervon ein Fünftel bis ein Sechstel die Treue, wodurch die beiden christlichen Organisationen zusammen genommen die NVV an Stärke knapp übertrafen.²⁸⁵

1.1.6 Luxemburg

In Luxemburg schließlich kam es nach Kriegsende, parallel zur Entwicklung in Belgien und den Niederlanden, ebenfalls zu einer Rekonstruktion der Gewerkschaftslandschaft der Zwischenkriegszeit. An die Stelle des Luxemburger Metall-, Berg- und Industriearbeiterverbandes trat im September 1944 der „Letzebuerger Arbechter Verband“ (LAV), der sich mit einigen kleineren Organisationen zur „Confédération Générale du Travail Luxembourgeoise“ (CGT-L oder CGT-Lux.) in einer lockeren Konföderation zusammenfand

schen Arbeitsrechts von großer Bedeutung und hatte erheblichen Einfluss auf die in den Nachkriegsjahren staatlich geleitete Preis- und Tarifpolitik. Was die Letztere angeht, traten die Gewerkschaften in den Niederlanden erst im Verlauf der 1960er Jahre wieder als eigenständige Akteure in Erscheinung.

284 Zum Bedeutungsverlust des EVC und den hierfür maßgeblichen verschiedenen internen und externen Gründen vgl. Langeveld, *Niederlande – Reform und Kooperation*, in: ders. u.a., *Zwischen Wunsch und Wirklichkeit*, S. 156 ff.

285 Vgl. Patrick Pasture: *Belgian Trade Unions. Between Social Movement and Service Center*, in: Phelan, *Trade Unionism since 1945*, S. 3–36, hier; S. 5, Tab. 1.

und der sich seit den frühen 1950er Jahren zur mitgliederstärksten Organisation innerhalb der Gewerkschaftsbewegung des Landes entwickelte.²⁸⁶

Geführt von Nic. Biever und dann über Jahrzehnte von Antoine Krier, der den Zweiten Weltkrieg zunächst in Frankreich und dann im Schweizer Exil überlebt hatte und unterstützt von seinem Bruder Pierre – er war Mitglied der Luxemburger Exilregierung in London und nach der Befreiung Arbeitsminister seines Landes – schien auch in Luxemburg für einen kurzen Moment eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung in Reichweite. Wie in Frankreich und Italien fand auch im Großherzogtum die Koexistenz von Sozialdemokraten und Kommunisten in einer gemeinsamen Organisation jedoch ein baldiges und hier nachgerade tumultartiges Ende. Schon vor dem Eintritt eines kommunistischen Ministers in die im November 1945 nun auch in Luxemburg installierte antifaschistische Allparteienregierung aus Kommunisten, Sozialdemokraten, Liberalen und Christdemokraten hatte sich die kommunistische Fraktion des LAV nach chaotischen Auseinandersetzungen als „Freier Letzeburger Arbechterverband“ (FLA) von der LAV abgespalten. Ein Jahr später war sie mit mehr als 10.000 Mitgliedern sogar zur vorübergehend mitgliederstärksten Organisation im Land herangewachsen.

Der auch durch persönliche Animositäten des gewerkschaftlichen Spitzenpersonals befeuerte Bruderkampf beider Organisationen beherrschte in Luxemburg die gewerkschaftliche Szenerie der Nachkriegszeit, wobei die ideologischen Grabenkämpfe des Kalten Krieges im Großherzogtum mit einer selbst für westeuropäische Verhältnisse seltenen Erbittertheit ausgefochten wurden.²⁸⁷ Ausgegrenzt von den übrigen Parteien flüchtete sich die kommunistische Partei Luxemburgs (KPL) nach einer Phase des Pragmatismus in stalinistischen Rigorismus und in einen blinden Glauben an die Sowjetunion. Dass sie die sich im Land herausbildende Kultur des sozialen Kompromisses (im Rahmen der sogenannten Tripartite aus Vertretern von Regierung, Unternehmern und Gewerkschaften) angesichts des offenkundigen

286 Vgl. „Wichtige Probleme für die Landeszentrale der freien Gewerkschaften. Zum Kongress der CGT, in: Arbecht/Der Proletarier, Zeidong vum Letzeburger Arbechter Verband, 4. Oktober 1947, S. 1.

287 Besonders die für die Geschichte der Luxemburger Arbeiterbewegung sehr bedeutenden Krier-Brüder zählten zu den eingeschworenen Antikommunisten im Land und hatten schon während des Kampfes gegen das berüchtigte „Maulkorbgesetz“ von 1937 jedwede Zusammenarbeit mit kommunistischen Organisationen vehement abgelehnt (das Gesetz zielte auf die Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten und konnte mit knapper Not durch ein Referendum abgewehrt werden). Verwunderlich bleibt, dass die Exil- und Verfolgungserfahrung, die die führenden Protagonisten aller drei Luxemburger Gewerkschaftsrichtungen teilten, die intergewerkschaftlichen Querelen nicht wenigstens abmilderten.

wirtschaftlichen Aufschwungs seit den 1950er Jahren ohne Wenn und Aber verdammt, kostete sie schließlich ihren gewerkschaftlichen Verbündeten und läutete den verzögerten, dann aber schnellen Niedergang der KPL in den 1970er Jahren ein.²⁸⁸ Bereits zuvor hatte sich die FLA 1966 in den LAV integriert, nachdem sie Anfang der 1950er Jahre auf den dritten Platz der Luxemburger Gewerkschaftsrankliste zurückgefallen war.²⁸⁹

Parallel dazu war es gewissermaßen im Windschatten der Auseinandersetzungen zwischen der sozialreformerischen und sozialrevolutionären Linken des Landes auch in Luxemburg zur Wiederbelebung einer christlichen Gewerkschaftsorganisation in Form des bereits 1921 aus der Taufe gehobenen „Lëtzebuerger Chrëschtliche Gewerkschaftsbond“ (LCGB) gekommen, der sich hinter dem LAV auch langfristig behaupten konnte (1965 kam der LAV auf rund 20.000 und der LCBG auf rund 10.000 Mitglieder)²⁹⁰. In ihren grundsätzlichen sozial- und wirtschaftspolitischen Forderungen näherten sich die beiden verbliebenen gewerkschaftlichen Richtungen wie in Belgien und den Niederlanden seit den 1950er Jahren zunehmend aneinander an, zumal sich der LAV nun langsam von den noch in der unmittelbaren Nachkriegszeit verfochtenen Sozialisierungsforderungen abwandte und statt dessen auf Mitbestimmungskonzepte setzte, die – nicht allein in Luxemburg – schon seit Langem Zentralforderungen auch der christlichen Gewerkschaftsbewegung gewesen waren.²⁹¹

1.2 Die gewerkschaftlichen Spitzenfunktionäre – personelle und programmatische Kontinuitäten

Bis zum Beginn des Jahres 1947 war in allen sechs Staaten, die später das „Kleineuropa“ der Montanunion und dann der EWG bilden sollten, deutlich geworden, dass sich ideologische Traditionen, anders gesagt, überkommene Denk- und Weltdeutungsschemata, durch Fusionsbeschlüsse und Einheitsappelle nicht einfach überbrücken ließen. Ein wichtiger Grund dafür lag nicht

288 Vgl. hierzu Sascha Wagener: Die Linke in Luxemburg, in: Birgit Daiber/Cornelia Hildebrandt (Hg.): Die Linke in Europa. Analysen linker Parteien und Parteilanzen, Berlin 2009, S. 25–33.

289 Vgl. Jean-Marie Majerus: La vie syndicale au lendemain de la Seconde Guerre mondiale (1944–1949), in: Raymond Steil/Jacques Maas (Hg.), 75 Joer fräi Gewerkschaften. Contributions à l'histoire du mouvement syndical luxembourgeois, OGBL, Esch-Alzette, 1992, S. 263–282.

290 Angaben nach Gobin: Consultation et concertation, Bd. 1, S. 196.

291 Vgl. Majerus: Die Partei der christlichen Gewerkschaften, S. 703.

zuletzt in den personellen Kontinuitäten, welche die nach dem Krieg neu gegründeten gewerkschaftlichen Organisationen mit ihren Vorläufern in der Zwischenkriegszeit verknüpften. Da uns das Führungspersonal der verschiedenen nationalen Gewerkschaftsorganisationen im Folgenden auch auf europäischer Ebene immer wieder begegnen wird, ist ein etwas ausführlicherer Blick auf die überschaubare Gruppe jener Spitzenfunktionäre zu werfen, die nicht nur die Politik ihrer Organisationen im Allgemeinen, sondern vor allem auch die Leitlinien der gewerkschaftlichen Europapolitik in der frühen Nachkriegszeit maßgeblich prägen sollte.

Zunächst zur Situation in Westdeutschland, wo eine Alterskohorte in die gewerkschaftlichen Spitzenämter vorrückte, die ihre politische und gesellschaftliche Prägung noch im Kaiserreich erfahren hatte und die bereits in der Weimarer Republik Teil der erweiterten gewerkschaftlichen Führungselite gewesen war. Dazu zählte namentlich Hans Böckler (1875–1951), der als unangefochtene Führungspersönlichkeit der westzonalen und dann bundesrepublikanischen Gewerkschaftsbewegung am 14. Oktober 1949 zum ersten Vorsitzenden des DGB gewählt wurde. Böckler hatte seine gewerkschaftliche Karriere schon Jahre vor dem Ersten Weltkrieg als Gewerkschaftssekretär des Deutschen Metallarbeiterverbandes begonnen und hatte in der Endphase der Weimarer Republik als Abgeordneter der SPD dem Reichstag angehört. Im Verlauf des Krieges waren Kontakte zum Kreisauer Kreis und damit zu einem der wichtigsten innerdeutschen Widerstandszirkel zustande gekommen, sodass er auch auf internationalem Parkett als unbelasteter und in der Vergangenheit nicht kompromittierter Vertreter der (west-) deutschen Arbeiterschaft auftreten konnte.²⁹²

August Schmidt (1878–1965), der zwischen März 1949 und Juli 1953 als erster Vorsitzender der IG Bergbau amtierte, blickte auf eine ähnlich lange, von der NS-Zeit unterbrochene, Gewerkschaftskarriere zurück, die ihn 1928 bis zum stellvertretenden Vorsitz des freigewerkschaftlichen Bergbauverbandes geführt hatte. Auch sein Nachfolger, Heinrich Imig (1893–1956), hatte schon vor 1933 wichtige Funktionen in der Organisation innegehabt, ebenso wie Fritz Tarnow (1880–1951), der in der Zwischenkriegszeit zeitweise Sekretär des Internationalen Holzarbeiterverbandes gewesen war, die Nazizeit

292 Zur Person Böcklers und seine Rolle als der unumstrittene gewerkschaftliche Spitzenfunktionär schlechthin in der westdeutschen Nachkriegszeit vgl. generell Karl Lauschke: Hans Böckler, Bd. 2, Gewerkschaftlicher Neubeginn 1945–1951, Frankfurt am Main 2005. Auch die von Böckler wesentlich geprägte Außenpolitik des DGB und seine europapolitischen Leitvorstellungen werden hier nuanciert ausgeleuchtet.

überwiegend im schwedischen Exil verbracht hatte und in den Jahren 1947–1949 das Amt des Sekretärs des Gewerkschaftsrats der Bizone bzw. Trizone bekleidete. Gewerkschaftsveteranen waren auch die beiden ersten Vorsitzenden der IG Metall, Walter Freitag und Johannes („Hans“) Brümmer (1886–1966), Letzterer im Übrigen einer der ganz wenigen westdeutschen Gewerkschaftsführer der Nachkriegszeit mit einem kommunistischen Parteibuch. Eine ähnlich strukturierte berufliche Vita wies auch der gleichaltrige Mathias Föcher (1886–1967) auf, der als Repräsentant der christlichen Traditionslinie auf dem Gründungskongress des DGB zu einem der Stellvertreter Böcklers gewählt wurde.

Zu dieser Generation der bereits während des Kaiserreichs sozialisierten Gewerkschafter, die schon den Ersten Weltkrieg als erwachsene Männer erlebt und die die gewerkschaftspolitischen Diskurse der Zwischenkriegszeit bereits in verantwortlichen gewerkschaftspolitischen Funktionen miterlebt hatten, gesellte sich eine Reihe weiterer gewerkschaftlicher Spitzenfunktionäre aus der sogenannten „Kriegsjugendgeneration“ der um 1900 Geborenen. Diese Gruppe, zu der sich der Böckler-Nachfolger Christian Fette, Werner Hansen (1905–1972) Willi Richter (1894–1972) und auch noch Ludwig Rosenberg (1903–1977) und der spätere IG-Metall-Vorsitzende Otto Brenner (1907–1972) und einige weitere zählen lassen, gehörte zu einer Funktionärgeneration, die bis 1933 zwar nur selten an die Spitze der Gewerkschaften vorgerückt war, aber auf der mittleren Führungsebene bereits eine wichtige Rolle gespielt hatte.²⁹³

Sie alle importierten schon allein durch ihren beruflichen Werdegang und qua ihrer Biografie naturgemäß wesentliche Ideenelemente der innergewerkschaftlichen und allgemeinpolitischen Diskurse der Zwischenkriegszeit in die Nachkriegszeit. Viele teilten die Erfahrung von Verfolgung und zuweilen mehrmaliger Verhaftung in der NS-Diktatur, mindestens aber von sozialer Exklusion aus der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ und der Vernichtung oder wenigstens schweren Beeinträchtigung ihrer ökonomischen Existenz. Fast alle waren mehr oder minder locker an verschiedenen Widerstandsnetzwerke angeschlossen oder sogar an prominenter Position an ihnen beteiligt gewesen; andere, überwiegend die Jüngeren unter ihnen, hatten daran mitgewirkt, dem NS-Regime von Außen, etwa im Londoner Exil,

293 Vgl. Borsdorf: Deutsche Gewerkschaftsführer – biografische Muster, in: ders. u.a., Gewerkschaftliche Politik, S. 11–41; Köpper, Gewerkschaften und Außenpolitik, S. 24. Borsdorf unterschied innerhalb dieser Gruppe zwei Generationen von Gewerkschaftsaktivisten, jene der „Gewerkschaftsbeamten“ (geboren zwischen 1875 und 1890) und jene der „Funktionäre“ (geboren zwischen 1895 und 1910).

entgegenzutreten. Die Erfahrung der Unterdrückung und des Kampfes gegen den NS-Staat stellte so wie in den meisten anderen europäischen Ländern auch in Westdeutschland ein wichtiges geistiges Fundament für die politische Grundausrichtung der Gewerkschaften nach Kriegsende dar. Dass sich zumindest die Spitzenfunktionäre der westdeutschen Gewerkschaften während der NS-Herrschaft nicht hatten kompromittieren lassen, erleichterte dabei sicherlich die schnelle Integration der westdeutschen Gewerkschaften in die sich nun herausbildenden internationalen Gewerkschaftsstrukturen.²⁹⁴

Eine ähnlich hohes Maß an personeller Kontinuität wie in der deutschen Gewerkschaftsbewegung lässt sich auch in den übrigen kontinentaleuropäischen Gewerkschaften diagnostizieren.²⁹⁵ Allerdings mit dem Unterschied, dass die führenden Repräsentanten der Nachkriegszeit ganz überwiegend nicht aus der „zweiten Reihe“ stammten, sondern schon in der Zwischenkriegszeit in die Führungsspitze ihrer Organisationen aufgerückt waren. In Frankreich übernahm Léon Jouhaux erneut den Posten des CGT-Generalsekretärs, nachdem er in der Besatzungszeit mehrfach inhaftiert worden war, u. a. auch im KZ Buchenwald. Ihm zur Seite stand nun zunächst als gleichberechtigter Generalsekretär Benoît Frachon (1893–1975), der nun den bald dominierenden kommunistischen Flügel innerhalb der CGT repräsentierte und der in der Zwischenkriegszeit Generalsekretär der CGTU gewesen war. Jouhaux behielt dieses Amt bis zur neuerlichen Spaltung der CGT durch die Gründung der FO, deren erster Generalsekretär nun sein langjähriger Mitstreiter Robert Bothereau wurde, ebenfalls ein ehemaliger Spitzenfunktionär der Vorkriegs-CGT.

294 Dem steht die Tatsache nicht entgegen, dass für den DGB an der Verhandlungen um den Schuman-Plan mit Rolf Wagenführ und Hans Grosse zwei Gewerkschaftsfunktionäre als außen- und wirtschaftspolitische Experten beteiligt waren, die ebenfalls bereits in der Weimarer Republik gewerkschaftlich aktiv waren, die aber anders als die meisten ihrer Kollegen ihre berufliche Karriere auch während des „Dritten Reichs“ erfolgreich vorangetrieben hatten. Anders gelagert scheint der Fall Hans vom Hoff gewesen zu sein, der zeitweise dem Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB angehörte und gegen den in den frühen 1950er Jahren ebenfalls und in seinem Fall vermutlich unberechtigte Vorwürfe wegen seines Verhaltens in der NS-Zeit erhoben wurden. Zu allen Dreien vgl. Bühlbäcker, Europa im Aufbruch. Alle drei schieden schließlich aus der Gewerkschaftsbewegung aus, wobei der unfreiwillige Abgang des Böckler-Vertrauten von Hoff vermutlich als Ergebnis einer Denunziation anzusehen ist. Dass Bühlbäcker, die gegen Wagenführ und Grosse erhobenen Vorwürfe als unbegründet abtut, erscheint wenig nachvollziehbar (vgl. ebd., S. 288 ff; ähnliche wie hier urteilt dazu Ahland, Rosenberg, S. 136, Anm. 104).

295 Je nach Person unterschiedlich umfangreiche und detaillierte Einzelbiographien der französischen Funktionäre finden sich in dem nach ihrem Begründer als „Le Maitron“ bekannten monumentalen Nachschlagewerk: Dictionnaire biographique du mouvement ouvrier français. Dictionnaire biographique, mouvement ouvrier, mouvement social de 1940 à mai 1968. Die Artikel der mittlerweile 10 „Bände“ bzw. CDs sind, teilweise lediglich via Internet – kostenpflichtig – zugänglich [Maitron-en-ligne].

Generalsekretär der FO-Metallgewerkschaft wurde erneut „Léon“ Chevalme, der dieses Amt für die CGT-Métaux schon von 1922–1942 innegehabt hatte. Der 1882 geborene Jouhaux-Vertraute zählte wie dieser selbst über Jahrzehnte hinweg zum engsten Führungskreis der CGT und war einer der in der Öffentlichkeit bekanntesten Repräsentanten der französischen Arbeiterbewegung. 1923 war er erstmals zu einem der (damals drei) Gewerkschaftssekretäre des CGT-Metallarbeiterverbandes gewählt worden und in diesem Amt immer wieder bestätigt worden. Sein Prestige rührte sicherlich auch daher, dass er an der Ausarbeitung des oben erwähnten „Manifests der Zwölf“ entscheidend beteiligt war. Als sich 1947 innerhalb der FO eine Gruppierung proeuropäischer Aktivisten in den „Forces ouvrières syndicalistes européennes“ zusammenfand, bestimmte sie Chevalme zu ihrem Präsidenten.²⁹⁶

Ganz ähnliche personale Traditionsschienen verbanden auch die CFTC mit der Vorkriegszeit: Hier übernahm 1944 erneut Gaston Tessier (1887–1960) den Posten des Generalsekretärs – er hatte ihn bereits seit Gründung der CFTC bis zu ihrer Auflösung 1940 ununterbrochen innegehabt. Ihm folgte 1948 Maurice Bouladoux (1907–1977), zu diesem Zeitpunkt noch in einem für gewerkschaftliche Spitzenfunktionäre der Nachkriegszeit relativ jugendlichen Alter. Aber auch Bouladoux war schon vor dem Verbot der CFTC deren stellvertretender Generalsekretär gewesen, hatte sich der Résistance angeschlossen und war wie Tessier einer der Signataren des „Manifeste de Douze“ gewesen.²⁹⁷

Auch in den Benelux-Staaten knüpften die wieder erstandenen Gewerkschaften personell auf das Engste an die Zeit vor der deutschen Okkupation an, die hier – wie auch in Frankreich, aber anders als in Deutschland und Italien – ja ohnehin nur wenige Jahre gedauert hatte. Paul Finet (1895–1967), der erste Generalsekretär des FGTB, hatte seine gewerkschaftliche Karriere 1925 als Ortssekretär des sozialistischen belgischen Metallarbeiterverbandes in Montigny-sur-Sambre²⁹⁸ begonnen und war bereits in den 1930er Jahren erst zum stellvertretenden Generalsekretär der Gesamtorganisation und 1936 zum Landessekretär des sozialistischen belgischen Gewerkschaftsbundes aufgestiegen. Während des Zweiten Weltkriegs war er im Informationsministe-

296 Zu den „Forces ouvrières syndicalistes européennes“ vgl. unten. Zu Chevalme vgl. Jean-Luc Pinol, Art.: Léon Chevalme, Art. in: Maitron-en-ligne.

297 Zu beiden informiert man sich ebenfalls am besten in den entsprechenden Artikeln des „Maitron“-Michel Dreyfus, Art.: Gaston Tessier.

298 Bei Charleroi, der Ort wurde in den 1970er Jahren eingemeindet.

rium der belgischen Exilregierung beschäftigt und appellierte im Rundfunk an den Durchhaltewillen seiner Landsleute. Später sollte er als erster Präsident des IBFG die ersten politischen Schritte der neuen Internationale maßgeblich mitprägen. Vor allen Dingen jedoch sollte er sich nach seiner Wahl in die hohe Kommission der neu gegründeten EGKS (und dann als ihr Präsident) zu einem der wirklich maßgeblichen Repräsentanten der Gewerkschaftsbewegung auf europäischer Ebene entwickeln. Dass das „Montan-europa“ – hiervon wird unten noch zu reden sein – nach einigen Anlaufschwierigkeiten im Bereich der Sozialpolitik mit zahlreichen Maßnahmen hervortrat, war auch das Verdienst Finets.²⁹⁹

Finets Nachfolger als FGTB-Generalsekretär, Louis Major (1902–1985), hatte in der Gewerkschaftsbewegung des Landes ebenfalls schon vor dem deutschen Überfall eine wichtige Rolle gespielt und war im „Belgische Transportarbeiters Bond“ in den Vorstand aufgestiegen. Zugleich Mitglied im Vorstand der nun verbotenen belgischen Arbeiterpartei war er am Widerstand gegen die Besatzung maßgeblich beteiligt und organisierte die Verteilung der illegalen Gewerkschaftszeitung „De Werker“. Dafür, dass nicht sämtliche gewerkschaftlichen Spitzenfunktionäre der Nachkriegszeit aus der Phase der NS-Herrschaft gänzlich unkompromittiert hervor gegangen waren, liefert Finets und Majors Landsmann August Cool (1903–1983) eines der sehr wenigen Gegenbeispiele. Cool hatte es nach einer innergewerkschaftlichen Blitzkarriere bereits mit 29 Jahren zum Generalsekretär des Dachverbandes der christlichen Gewerkschaften Belgiens, der CSC, gebracht. Während des Zweiten Weltkriegs wurde er zum Führer des flämischen Flügels der CSC und wirkte – wie der erheblich berühmtere Chef der belgischen Sozialisten, Hendrik de Man – innerhalb der von den Deutschen eingesetzten, der DAF entsprechenden Einheitsorganisation mit, aus der er sich nach einigen Monaten allerdings wieder zurückzog.³⁰⁰ Jedenfalls hinderte ihn diese kurze und umstrittene Episode seiner Funktionärskarriere nicht daran, im Oktober 1946 erneut das Amt des CSC-Präsidenten zu übernehmen (und es für nicht weniger als zwanzig Jahre zu behalten). In dieser Zeit spielte er nicht allein in der belgischen Gewerkschaftsszenerie und beim Aufbau des belgischen Sozialmodells mit einer festen institutionellen Verankerung der Gewerkschaften

299 Vgl. hierzu den Nachruf auf Finet durch den späteren Präsidenten der Hohen Behörde, Dino del Bo, in: Hohe Behörde (Hg.), Bulletin der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Nr. 56, 10/1965, S. 5–8.

300 Emmanuel Gerard: *Adaption en Temps de Crise (1921–1944)*, in: ders. (Hg.), *Histoire du Mouvement Ouvrier Chretien en Belgique*, S. 174–145.

(„Konzertation“) eine maßgebliche Rolle, sondern auch auf internationaler und europäischer Ebene, besonders auch innerhalb der christlichen Gewerkschaftsinternationale.³⁰¹

Auch die Führungsfiguren der niederländischen Gewerkschaftsbewegung in der Nachkriegszeit fügen sich in die bisher identifizierten biographischen Muster ein: Sie hatten bereits vor der deutschen Okkupation hohe und oft die höchsten Ämter in ihren Organisationen inne, den deutschen Besatzern (in freilich unterschiedlichen Grade Widerstand geleistet) und gehörten alle einer Generation an, die bereits den Ersten Weltkrieg bewusst miterlebt hatten. Dies galt ebenso für Evert Kupers (1885–1965)³⁰² und Hendrik (Henk) Oosterhuis (1893–1962), den ersten beiden Vorsitzenden des NVV³⁰³ wie für Adrianus Cornelis de Bruijn (1887–1968)³⁰⁴, den ersten Vorsitzenden der katholischen Gewerkschaftsbewegung KAB. Letzterer hatte diese Funktion bereits in dessen 1941 aufgelösten Vorgängerorganisation innegehabt. Es galt auch für Hermann Amelink (1881–1957), der schon vor dem Zweiten Weltkrieg ein wichtiger Protagonist der christlichen Gewerkschaftsinternationale gewesen war und von 1915–1946 den CNV als Generalsekretär geleitet hatte – unterbrochen durch den Zweiten Weltkrieg, den er nacheinander im polizeilichen Durchgangslager Schoorl, dem KZ Buchenwald und schließlich im „Geisellager“ Kamp Sint-Michielsgestel verbrachte.³⁰⁵ Wie groß die personelle Kontinuität zur Vorkriegszeit war, zeigt sich auch darin, dass der Vorkriegspräsident des CNV, Antoon Stapelkamp (1886–1960)³⁰⁶, dieses Amt nach Kriegsende erneut übernahm.

301 Vgl. die entsprechenden Abschnitte bei Pasture, *Histoire*. Zur Rolle Cools in der belgischen Gewerkschaftsbewegung vgl. auch Gerard, *Histoire*.

302 Vgl. Bob Reinalda, Art.: Evert Kupers, in: BWSA, Bd. 8 (2001), S. 132–140.

303 Kupers war bereits 1929 zum Vorsitzenden des NVV gewählt worden und in der Vorkriegszeit auch auf internationaler Ebene besonders als Repräsentant der niederländischen Gewerkschaften innerhalb der IAO sehr aktiv gewesen. 1945 übernahm er erneut die Verbandsleitung, ehe ihm 1949 Oosterhuis nachfolgte (bis 1956).

304 Vgl. Jan Roes, Art.: Adrianus Cornelis de Bruijn: BWSA, Bd. 3, 1988, S. 23–26.

305 Vgl. Werkman, Art.: Amelink.

306 Vgl. ders., Art.: Antoon Stapelkamp, in: BWSA, Bd. 7, 1998, S. 210–215.

In Luxemburg traten ebenfalls die führenden „dirigeants“ der Vorkriegszeit nach Kriegsende erneut an die Spitze ihrer Verbände, sei es im LAV (Antoine Krier und Nic Bieber³⁰⁷), sei es im LCGB (Jean Baptiste Rock)³⁰⁸.

In Italien schließlich waren die Gewerkschaften vom faschistischen Regime so lange wie nirgendwo sonst aus dem politischen und sozialen Leben des Landes ausgeschaltet worden. Aber selbst hier rekrutierte sich die schmale Schicht gewerkschaftlicher Spitzenfunktionäre nach dem Zweiten Weltkrieg immer noch aus Männern, die vor der Zeit des Faschismus innerhalb der italienischen Arbeiterbewegung wichtige Funktionen innegehabt hatten und die im Widerstand gegen den Faschismus gekämpft hatten und verfolgt und inhaftiert worden waren. Das traf auf den kommunistischen Generalsekretär der CGIL, Giuseppe Di Vittorio (1892–1965),³⁰⁹ ebenso zu wie auf Achille Grandi (1883–1946)³¹⁰ und selbst noch auf Giulio Pastore (1902–1969),³¹¹

307 Nic. (eigentlich: Nicolas) Bieber (1894–1965) war schon 1920 zum Generalsekretär des damals fusionierenden Metallarbeiterverbands und Berg- und Hüttenarbeiterverbands gewählt worden, dem Vorläufer des LAV. Die Kriegsjahre verlebte er in Frankreich, wo er Kontakte zur Résistance hatte. 1947 wurde er zum Vorsitzenden der sozialistischen Fraktion in der Luxemburger Abgeordnetenkammer gewählt und war als Arbeitsminister maßgeblich am Aufbau der Luxemburger Sozialgesetzgebung beteiligt; vgl. hierzu Émile Haag, *De Nic Bieber à Joseph Daleiden: l'évolution du syndicalisme*, in: ders./Guy May, *Une réussite originale-Le Luxembourg au fil des siècles*; Luxemburg 2011, S. 518–527. Antoine Krier (1897–1983) war bereits vor dem Krieg Generalsekretär des LAV (und zudem Vorsitzender der Luxemburgischen Arbeiterpartei gewesen). Auch er verbrachte die Kriegsjahre im Exil, ehe er nach der Befreiung in der LAV erneut an die erste Stelle aufrückte. Zu Antoine Krier vgl. auch Dichgans, *Montanunion*, S. 358–360.

308 Jean Baptiste Rock (1886–1971) war zunächst Generalsekretär und dann bis 1951 Präsident des LCGB, die Besatzungszeit verbrachte er zeitweilig in KZ-Haft, vgl. Majerus, *Die Partei der christlichen Gewerkschaften*, S. 683.

309 Als Mitglied der Kommunistischen Partei Italiens wurde di Vittorio in den 1920er Jahren mehrfach verhaftet und floh 1925 nach Frankreich. Im spanischen Bürgerkrieg zählte er zu den Organisatoren der Internationalen Brigaden. Nach Frankreich zurückgekehrt wurde er 1937 Herausgeber der kommunistischen Tageszeitung „La voce degli Italiani“. 1941 wurde er verhaftet und saß bis 1943 auf der Gefangeneninsel Ventotene in Haft. Ab 1944 war er bis zu seinem Tod Generalsekretär der CGIL.

310 Grandi hatte bereits von 1921–1926 die CIL geführt. Im August 1944 gründete er die *Associazione Cristiane dei Lavoratori Italiani* (ACLI), die als sozialreformerischer „think tank“ der christlichen Arbeiterbewegung Italiens eine wichtige Rolle spielte und entscheidend an der Gründung der CISL beteiligt war. Sein relativ früher Tod verhinderte, dass er in der italienischen Gewerkschaftsbewegung der Nachkriegszeit erneut eine wichtige Rolle übernehmen konnte.

311 Auch Pastore war bereits in sehr jungem Alter in den frühen 1920er Jahren in der italienischen Gewerkschaftsbewegung aktiv geworden und hatte sich später auch als Journalist betätigt. Von den faschistischen Behörden erhielt er Berufsverbot. Mitte der 1930er Jahre engagierte er sich in der „Katholischen Aktion“ und bildete im Kriege ab 1942, u. a. mit Alcide de Gasperi, die ersten geheimen Gruppen der *Democrazia Christiana*. Im April 1944 wurde Pastore verhaftet, jedoch wenige Wochen später durch das Vordringen der Alliierten wieder befreit. Er war maßgeblich an der Abspaltung der CISL-Libera von der CGIL beteiligt und bekleidete von 1950–1958 das Amt des CISL-Generalsekretärs.

di Vittorios langjährigen Gegenspieler aufseiten der CISL. Letzterer avancierte später zum wohl wichtigsten Vertreter der nichtkommunistischen Gewerkschaften auf internationaler und europäischer Ebene.

Alles in allem war das Führungspersonal der Gewerkschaften in den sechs Ländern der späteren EGKS und der EWG schon rein biografisch in äußerst starkem Maße mit den gewerkschaftlichen Gedankenwelten, Diskursen und Ideologien der pränationalsozialistischen und – mit Abstrichen – selbst präfaschistischen Vorkriegszeit der 1920er Jahre verknüpft. Dass sich die grundsätzlichen ideologischen Weltdeutungsmuster auch während der Herrschaft der Nationalsozialisten und ihrer Verbündeten nicht einfach abgeschliffen hatten, zeigte sich schlagend in der Tatsache, dass sich die Gewerkschaftsbewegung außer in Westdeutschland (und Österreich) allerorten in sehr hohem Maße analog zu den ideologischen Bruchlinien der Vorkriegszeit rekonstruierte. Auch auf internationaler Ebene riss die Tradition weltanschaulich voneinander getrennter Richtungsorganisationen nicht ab – der Versuch, die kommunistischen Gewerkschaften (unter Einschluss der gleichgeschalteten „Staatsgewerkschaften Osteuropas“) mit den „freien“, sozialistisch orientierten Organisationen in einem einheitlichen Weltgewerkschaftsbund (WGB) zusammenzufügen, blieb eine wohl von vornherein zum Scheitern verurteilte Episode.

Auch in Bezug auf die internationale Politik und die Europavorstellungen überbrückte so eine starke Traditionsschiene die Zeit von Krieg, Diktatur und Besatzung.³¹² In den Benelux-Staaten und in Frankreich nahmen nach 1945 fast ausnahmslos jene Gewerkschaftsfunktionäre wieder die zentralen gewerkschaftlichen Spitzenpositionen ein, die sie unter dem Druck der deutschen Okkupanten (bzw. der mit diesen kooperierenden Behörden wie dem Vichy-Regime) zwischen 1940 (wie in Frankreich) und 1942 (wie in den Niederlanden) hatten verlassen müssen.

In Deutschland und Italien konnte auf ein derartiges Reservoir ehemaliger Führungsfunktionen schon alleine aufgrund der Dauer der NS-Herrschaft und des Mussoliniregimes nur eingeschränkt zurückgegriffen werden. In Westdeutschland schob sich stattdessen die gewerkschaftliche Führungsreserve der Weimarer Republik in den Vordergrund, zunächst meist die älteren, im Reich gebliebenen Funktionäre wie Hans Böckler und August Schmidt, dann die meist jüngeren Remigranten wie beispielsweise Ludwig

312 Vgl. zum Folgenden Köpper: Gewerkschaften und Außenpolitik, S. 22 ff. Köpper hat die Verwurzelung der Außenpolitik der westdeutschen Gewerkschaften einerseits in der europapolitischen Ideenwelt der Vorkriegszeit und den Erfahrungen im Widerstand und Exil bereits eindringlich dargestellt.

Rosenberg. In Italien hatte die fast zwanzigjährige Dauer der faschistischen Diktatur dafür gesorgt, dass sich eine Führungsreserve wie in Deutschland nicht mehr hatte ausbilden könne; neben die älteren „Gewerkschaftsveteranen“ wie di Vittorio und Grandi – der unumstrittene Führer des sozialistischen Flügels der italienischen Gewerkschaften, Bruno Buozzi, war in der Nacht vom 3. auf den 4. Juni 1944 zusammen mit dreizehn anderen Personen in der Nähe von Rom ermordet worden³¹³ – trat nun allein in diesem Land eine Reihe jüngerer „uomini nuovi“ wie Bruno Storti (1913–1994) und Italo Viglianesi (1916–1995) auf den Plan, die nun schnell in die erste Reihe ihrer Organisationen vorrückten und auch auf internationaler Ebenen bald eine Rolle spielen sollten.³¹⁴

Für unser Thema von besonderer Bedeutung ist, dass die meisten führenden Gewerkschaftsvertreter des späteren „Kleineuropa“ schon rein biografisch von den im ersten Kapitel der Darstellung geschilderten intensiven Europadiskussion geprägt worden waren. Viele von ihnen hatten schon in den 1920er Jahren in ihren Organisationen herausgehobenen Positionen innegehabt, nicht wenige bereits als Präsidenten oder Generalsekretäre, manche hatten, wie etwa die Franzosen Jouhaux und Tessier, der Holländer Kupers oder die Luxemburger Gebrüder Krier, schon in der internationalen Gewerkschaftspolitik dieser Zeit eine wichtige Rolle gespielt – sei es im Rahmen des IGB oder der verschiedenen IBS selbst, sei es in den verschiedenen Foren und Arenen internationaler Gewerkschaftspolitik, die der Völkerbund und die ILO bereit stellte. Daran anschließend hatten sich zahlreiche Spitzenfunktionäre entweder dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus und den Faschismus angeschlossen, wobei die Intensität ihres Engagements freilich variierte. Sie waren dabei geradezu zwangsläufig mit den in nahezu allen europäischen Widerstandsgruppen ausgearbeiteten außenpolitischen Programmen in Berührung gekommen, in denen, wie wir gesehen haben, föderative Lösungen der europäischen Nachkriegsordnung von den verschiedensten Gruppen in zahlreichen Ländern thematisiert worden waren.

Die zweite Gruppe dieser Spitzenfunktionäre rekrutierte sich aus denjenigen, die sich der nationalsozialistischen bzw. faschistischen Gewaltherrschaft durch Emigration entzogen hatten und hier ebenfalls mit der oben geschilderten Europadiskussion in Berührung gekommen waren. Mit der schon

313 Buozzi war neben Grandi und di Vittorio einer der Unterzeichner des „Patto di Roma“ gewesen.

314 Storti wurde 1954 zum stellvertretenden Generalsekretär der CISL gewählt und 1958 als Nachfolger Pastores zum Generalsekretär. Dieses Amt bekleidete er bis 1976. Viglianesi war auf dem Gründungskongress der UIL zum Generalsekretär bestellt worden und blieb dies bis 1969.

während des Krieges vereinbarten Wirtschaftsunion Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs war hier zugleich auch ein erster Einigungsschritt europäischer Staaten in der Praxis in Angriff genommen worden.

Vor dem Hintergrund des Erfahrungshintergrunds fast aller gewerkschaftlicher Spitzenfunktionäre nimmt es nicht wunder, dass die Analyse der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage und die daraus resultierenden außenpolitischen Schlussfolgerungen des ganz überwiegenden Teils der nichtkommunistischen Gewerkschaften zahlreiche Parallelen aufweisen sollte.

2 ERNEUTE GEWERKSCHAFTLICHE EUROPABEKENNTNISSE IN DER UNMITTELBAREN NACHKRIEGSZEIT

Die programmatischen und personellen Kontinuitäten aus der Vorkriegszeit überwölbten gerade in der Europapolitik den durch die nationalsozialistische und faschistische Gewaltherrschaft vollzogenen Bruch gewerkschaftlicher Organisationsgeschichte. Die Erfahrung des Scheiterns der deutschen und der italienischen Demokratie und der Überwältigung Frankreichs, Belgiens, Luxemburgs und der Niederlande durch die nationalsozialistischen Besatzer führte auch im Gewerkschaftslager dieser Länder zu intensiven Überlegungen darüber, wie sich die Staatengemeinschaft in der Nachkriegszeit neu formieren müsse, um solchen Gefahren in der Zukunft zu begegnen, und gab so der Europaidee neuen Auftrieb. So nimmt es nicht Wunder, dass sich erste, zunächst zuweilen noch recht vage formulierte Entschlüsse, Appelle und Diskussionen in Bezug auf einen europäischen Zusammenschluss bereits früh in den programmatischen Aussagen und Kongressberichten der Gewerkschaften in recht großer Dichte niederschlugen.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit standen allerdings, wie erwähnt und verständlicherweise, zunächst noch die wirtschaftlichen und sozialen Tagesprobleme und der organisatorische Neuaufbau der Gewerkschaftsorganisationen selbst im Vordergrund der Aktivitäten. Zugleich dominierten in der unmittelbaren Nachkriegszeit auch im Gewerkschaftslager die Hoffnungen, dass sich die Kriegsbündnis zwischen der Sowjetunion und ihrer westlichen Alliierten über das Kriegsende hinaus würde aufrecht erhalten lassen. Die Auflösung des IGB und die Gründung eines „Weltgewerkschaftsbundes“ (WGB) im Oktober 1945 – die hauptsächlich auf Initiative der britischen Gewerkschaften des TUC, der CGT und der sowjetischen Staatsgewerkschaften zustande gekommen war – spiegelte so zunächst die gewerkschaftlichen Träume einer von den Weltmächten garantierten globalen Friedensordnung in diesen ersten Monaten nach Kriegsende wider.³¹⁵

Doch schon ab der Mitte des Jahres 1947, nur zwei Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, zeichneten sich deutlich die Konturen des heraufzie-

315 Vgl. hierzu Otto R. Ließ, Art.: Weltgewerkschaftsbund, in: Siegfried Mielke (Hg.), Internationales Gewaltherrschaftshandbuch, Wiesbaden 1982, S. 10–20.

henden Ost-West-Konflikts ab, die die internationale Politik bis zum Fall der Berliner Mauer und der Auflösung der Sowjetunion mehr als vier Jahrzehnte prägen sollten und die das vorübergehend vorherrschende Grundkonzept interalliiierter Weltkooperation nun schnell als illusorisch erscheinen ließen. Wie im Zeitraffer verfielen vor diesem Hintergrund buchstäblich binnen weniger Monate auch die gewerkschaftlichen Hoffnungen sowohl auf eine internationale Friedensordnung wie auch auf einen funktionsfähigen gewerkschaftlichen Organisationszusammenhang zwischen den nichtkommunistischen Gewerkschaften des Westens und den Staatsgewerkschaften des Ostens.

2.1 Westdeutschland

Die Gewerkschaften der britischen Zone Westdeutschlands befassten sich bereits auf ihrem ersten Bundeskongress im April 1947 in Bielefeld – noch bevor das Scheitern der US-amerikanisch-sowjetischen Allianz endgültig absehbar war – mit der Europa-Frage und forderten in einer Entschließung zur europäischen Verständigung, „dass sich die Völker in irgendeiner Form zusammenfinden“. Als „Kristallisationszentrum zu einer zukünftigen Neuordnung Europas“ sei dabei die Überwindung des deutsch-französischen Gegensatzes eine der vordringlichsten Aufgaben und „die Gewerkschaften wünsch(t)en den Weg beschritten, um mit Frankreich im Geiste europäischer Verständigung zu einer gemeinsamen Aufbauarbeit zu gelangen.“³¹⁶ Dies war zweifellos recht unkonkret und weit von einem detaillierten Aktionsplan entfernt, verankerte aber immerhin den Europa-Gedanken und den Imperativ deutsch-französischer Zusammenarbeit zu einem sehr frühen Zeitpunkt im Ideenarsenal der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung Westdeutschlands. Ansonsten dominierte auf dem Kongress die Vorstellung, dass ebenso wie die kapitalistische Wirtschaftsordnung auch der Nationalstaat als dessen vermeintlich adäquates Gehäuse seine Daseinsberechtigung verloren habe.³¹⁷

Unterschiedlich nuancierte Europabekenntnisse erschienen in der Folgezeit in zahlreichen Publikationen der westdeutschen Gewerkschaften³¹⁸ und

316 Vgl. Protokoll.1. Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes für die britische Zone vom 22. bis 25. April 1947 in Bielefeld, Zitate: S. 163 f.

317 Vgl. Köpper: Gewerkschaften und Außenpolitik, S. 28 f.

318 Vgl. ebd., S. 27 ff.

schließlich fand die ambitionierte politische Zielversion der „Vereinigten Staaten von Europa“ einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im ersten Grundsatzprogramm des DGB, das auf dessen Gründungskongress im Oktober 1949 in München verabschiedet wurde, ihren programmatischen Niederschlag.³¹⁹

2.2 Frankreich

In Frankreich hatte die ideologisch zu diesem Zeitpunkt zutiefst gesplante CGT auf ihrem ersten Bundeskongress 1946 zunächst keine explizit auf Europa bezogenen Forderungen erhoben. Allerdings dürfe, so hieß es, das Ruhrgebiet nicht mehr auf Dauer eine Bedrohung für den Frieden darstellen und müsse deshalb „internationalisiert“ werden.³²⁰ Zu diesem Zeitpunkt waren jene teils „reformistischen“, teils „anarcho-syndikalistischen“, jedenfalls auf den parteiunabhängigen Charakter der Organisation bestehenden Gewerkschafter, bereits hoffnungslos in die Minderheit geraten. Die meisten von ihnen fanden sich nun, wie oben geschildert, in der später als „Force Ouvrière“ bekannten Gruppierung zusammen. Namensgeber und Kristallisationspunkt der Minorität war die gleichnamige Wochenzeitung, die 1945 aus einem Organ der gewerkschaftlichen Untergrundpresse, der „Résistance Ouvrière“, hervorgegangen war.³²¹

2.2.1 Force Ouvrière und Europa

Nach langem Zögern waren am 19. Dezember 1947 Léon Jouhaux und vier weitere Mitglieder der nichtkommunistisch-orthodoxen Minderheit aus dem Bundesausschuss der CGT ausgetreten, womit die neuerliche Spaltung der Organisation vollzogen worden war. Schon auf dem Gründungskongress von Force Ouvrière im April 1948 zeigte sich das ausgeprägt proeuropäische Engagement der neuen Organisation, die sich in der Folgezeit zu einem wichti-

319 Protokoll. Gründungskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes in München, 12.-14. Oktober 1949, Köln 1950, S. 325.

320 Vgl. CGT: Congrès National de Paris, 8 au 12 Avril 1946, Compte Rendu Sténographie des Débats, Paris 1946, S. 376.

321 Vgl. Lorwin: French Labor Movement, S. 115.

gen europapolitischen Impulsgeber im westeuropäischen Gewerkschaftslager entwickeln sollte.

Léon Jouhaux, der Nestor und jedenfalls auf internationalem Parkett über Jahrzehnte sicherlich prestigeträchtigste, charismatische Akteur der französischen Gewerkschaftsbewegung, unterstrich vor den Delegierten der Gründungsversammlung zunächst die „sehr nützliche“ Rolle der ILO für die soziale Emanzipation der Arbeiterschaft auf internationaler Ebene und damit auch für den Erhalt des Friedens und knüpfte so direkt an die internationalen Ordnungsvorstellungen der europäischen Gewerkschaften in der Zwischenkriegszeit an.³²² Sodann wandte er sich mit großer Ausführlichkeit dem Thema Europa zu. Seine laut Protokoll stürmisch applaudierte Rede stand unter dem Motto der Notwendigkeit der ökonomischen Einheit Europas und war ein eindringlicher Appell an die französische und internationale Gewerkschaftsbewegung, hierbei eine führende Rolle einzunehmen. Gefordert wurde ein „europäische Föderalismus“ und, so Jouhaux, es sei die Aufgabe der Arbeiterorganisationen, dessen Errichtung zum Wohle der Arbeiterschaft zu gestalten. Konkret forderte er die Einrichtung eines „europäischen Ministeriums“, dem die Souveränitätsrechte in den Bereichen Transport, „Antriebswesen“, Fernmeldewesen, Erziehung sowie Arbeit und Gesundheit zu übertragen seien.

Als Schlüsseldokument früher gewerkschaftlicher Europapläne nach 1945 und um den Verdacht einer möglichen Randständigkeit der von Jouhaux präsentierten Agenda zu entkräften, scheint es lohnend, die (häufig etwas gravitatisch und bedeutungsschwer klingenden) Ausführungen des späteren Friedensnobelpreisträgers an dieser Stelle ausführlicher wiederzugeben:

„[...] je le déclare fermement, de créer les conditions de l'économie européenne de demain. Je suis, pour ma part, partisan de sceller d'une façon forte la communion et la collaboration entre les pays européens qui veulent la réaliser. [...]

Et entre toutes les démocraties, une collaboration économique doit naître par l'établissement de larges unions douanières.

Les grandes sources d'énergie doivent être exploitées internationalement et la législation sociale doit être unifiée par l'alignement sur la plus favorable à la classe ouvrière.

La Constitution française a admis l'abandon, sous réserve de réciprocité, d'une part de souveraineté. Mais encore faut-il faire passer cette conception dans les faits et nous affirmons que l'établissement d'un ministère européen s'occupant

322 Confédération Générale du Travail Force Ouvrière, Congrès Constitutif (vom 12.–13. April 1948), S. 99 f.

des transports, de la force motrice, des P.T.T.³²³, de l'Éducation, du Travail et de la Santé n'est pas une vue utopique. Il faut se diriger hardiment vers le fédéralisme européen ouvert à tous: même si les portes sont fermées devant chez elles, les doivent laisser les leurs ouvertes et elles doivent l'affirmer hautement. L'organisation de l'Europe doit être démocratique et exclure toute tentative du capitalisme international de profiter d'elle pour maintenir son puissance. Rappelons nous que le capitalisme s'est rationalisé nationalement à une certaine époque: il est capable de se rationaliser sur le plan international. Mais dans la réalisation du fédéralisme européenne, c'est aux organisations ouvrières qu'il appartient de jouer le rôle le plus important et de ne cesser d'être vigilantes.³²⁴

Bekenntnisse zur europäischen Einigung gehörten auch in der Folgezeit geradezu zum Kern der ideologischen DNA der FO und wurden in ähnlicher Form von anderen namhaften Funktionären der Organisation beispielsweise im Anschluss an den im Mai 1948 abgehaltenen Europa-Kongress in Den Haag der Öffentlichkeit präsentiert und auch auf den folgenden Kongressen der FO immer wieder vorgetragen.³²⁵ Hier bestand ein wesentliches weltan-

323 P.T.T. = Postes, Télégraphes, Téléphones.

324 Confédération Générale du Travail Force Ouvrière, Congrès Constitutif (vom 12.–13. April 1948), S. 101 f.

„[...] ich erkläre mit Bestimmtheit, die Bedingungen für die europäische Ökonomie von morgen zu schaffen. Ich bin, für meinen Teil, ein Anhänger davon, die Gemeinschaft und die Zusammenarbeit unter den europäischen Ländern, die dazu bereit sind, auf starke Weise zu besiegen.

[...]

Und unter allen Demokratien muss eine ökonomische Zusammenarbeit durch die Errichtung großer Zollunionen ins Leben gerufen werden.

Die großen Energiequellen müssen international nutzbar gemacht werden und die Sozialgesetzgebung muss vereinheitlicht werden, indem sie in der für die Arbeiterklasse günstigsten Weise ausgerichtet wird. Die französische Verfassung hat, unter der Bedingung der Gegenseitigkeit, die Übertragung eines Teils der (nationalen) Souveränität gestattet. Aber noch muss man dieses Konzept an die Wirklichkeit anpassen und wir bekräftigen, dass die Errichtung eines europäischen Ministeriums, dass für das Verkehrs- und Antriebswesen, das Kommunikationswesen, die Erziehung, die Arbeit und die Gesundheit zuständig ist, keine utopische Aussicht ist. Man muss sich mutig an die Spitze in Richtung eines europäischen Föderalismus stellen, der für alle offen ist [...].

Die Organisation Europas muss demokratisch erfolgen und jeden Versuch des internationalen Kapitalismus ausschließen, davon zu profitieren, um seine Macht zu erhalten. Erinnern wir uns, dass es der Kapitalismus in einer gewissen Epoche vermocht hat, sich auf nationaler Ebene zu rationalisieren: Er ist auch in der Lage, sich auf internationaler Ebene zu rationalisieren. Doch bei der Verwirklichung des europäischen Föderalismus liegt es an den Arbeiterorganisationen, denen es vorbehalten ist, die wichtigste Rolle zu spielen und die in ihrer Wachsamkeit nicht nachlassen dürfen.“ (Übersetzung R.F.)

325 So fand sich auf dem folgenden Kongress der Organisation das Bekenntnis, dass „[...] l'intérêt du monde pacifiste est que l'Europe prenne conscience d'elle-même et qu'elle forge son unité. [...] Les temps sont venus où l'Europe doit cesser d'être une mosaïque d'Etats concurrents et trop souvent ennemis.“ 2ième Congrès confédéral de la C.G.T.-Force ouvrière (vom 25.–28. Oktober 1950). Compte Rendu Sté-

schauliches Unterscheidungsmerkmal zur CGT, die sich nun eng an den orthodox-kommunistischen PCF anlehnte und die antieuropäischen Affekte der kommunistischen Partei bis mindestens in die 1960er Jahre ohne Abstriche teilte.

Befördert wurde die proeuropäische Haltung der FO Sicherlich auch durch gleichlaufende Überlegungen der nichtkommunistischen und nicht gaullistischen Parteien, besonders weiter Teile europapolitisch inspirierter Sozialisten. Die SFIO und namentlich Léon Blum formulierten im Sommer 1947 das Konzept einer „ausgleichenden und vermittelnden ‚Troisième Force‘ zwischen den Weltmächten“³²⁶ Die Idee einer solchen europäischen „dritten Kraft“ zwischen der Sowjetunion und den USA – stets unterlegt mit der Hoffnung auf die Beteiligung Großbritanniens – wurde in der Folgezeit von der FO und nach einigen ideologischen Kapriolen auch von der SFIO gemeinsam beschworen, auch wenn die Gewerkschaft trotz dieser und anderer ideologischer Gemeinsamkeiten („planification“) ihre politische Unabhängigkeit auch gegenüber den Sozialisten immer betonte.³²⁷

Zu einem wichtigen Schrittmacher der Europa-Idee im sozialistischen Lager avancierte dann besonders in Frankreich das „Comité international pour les États-Unis socialistes d'Europe“, in dem die französischen Sozialisten, aber auch viele Vertreter der FO, eine wichtige Rolle spielten. Hier dominierte seit dem Gründungskongress in Montrouge im Juni 1947 folgerichtig ebenfalls die Überzeugung, dass nur ein föderiertes Europa als dritte Kraft zwischen den sich nun abzeichnenden Blöcken den Weg hin zu einer demokratischen Form des Sozialismus ermöglichen würde.³²⁸ Es war sicherlich

nographié des Débats, S. 17 („[...] es im Interesse einer friedlichen Welt liegt, dass sich Europa seiner selbst bewusst wird und dass es seine Einheit schmiedet. [...] Es ist nun an der Zeit, dass Europa aufhört ein Mosaik aus konkurrierenden und viel zu oft sich feindlich gegenüber stehenden Staaten zu sein“, R.F.)

326 Vgl. Wilfried Loth: Sozialismus und Internationalismus. Die französischen Sozialisten und die Nachkriegsordnung Europas 1940–1950, Stuttgart 1977, S. 101 ff.; ders., Léon Blum und das Europa der dritten Kraft, in: Rüdiger Hohls/Iris Schröder/Hannes Siegrist (Hg.), Europa und die Europäer, Stuttgart 2005, S. 442–445.

327 Vgl. Alain Bergounioux: Force ouvrière, Paris 1975, S. 23, Lorwin, French Labor Movement, S. 128, Denis Lefebvre, Le Parti socialiste et Force ouvrière, in: Dreyfus/Gautron/Robert, La naissance de Force ouvrière, Rennes 2003, S. 43–57, insbes. S. 52 ff. Diese „Kapriolen“, sprich die europapolitisch zunächst taktierende Haltung der französischen Sozialisten, lag in erster Linie in dem vielleicht von Vorhinein aussichtslosen Versuch begründet, mit der integrationsunwilligen Labour Party zu einem abgestimmten Vorgehen zu kommen.

328 Vgl. Loth: Sozialismus und Internationalismus, S. 199.

kein Zufall, dass mit René Lhuillier ein führender FO-Funktionär zum Generalsekretär des Exekutivrats der französischen Bewegung ernannt wurde.³²⁹

Auf dem Haager Europa-Kongress, der knapp einen Monat nach dem Gründungskongress der FO vom 7. bis zum 10. Mai 1948 im Rittersaal der niederländischen Metropole stattfand, waren dann immerhin eine kleine Riege hochrangiger Repräsentanten dieses Gewerkschaftsverbandes vertreten, die entscheidend mit dafür sorgte, dass die Belange der organisierten Arbeiterbewegung auf dieser europäischen Großveranstaltung zumindest teilweise beachtet wurden.

2.2.2 Die „Forces ouvrières syndicalistes européennes“ (FOSE)

Zum eigentlichen Ideenspender und Motor der FO-Europapolitik entwickelte sich, wie Hélène Roussel in ihrem maßgeblichen Aufsatz über die FO und Europa herausgearbeitet hat,³³⁰ in der Folgezeit die „Forces ouvrières syndicalistes européennes“. Die Gruppierung konstituierte sich offiziell am 29. Mai 1948 und verfügte mit der „Tribune européenne“ auch über ein eigenes Presseorgan. Die Vertreter der FO, die einige Wochen zuvor am Europa-Kongress in Den Haag teilgenommen hatten – auf ihre Rolle dort wird im nächsten Kapitel eingegangen – spielten bei der Gründung die entscheidende Rolle. Zum Präsidenten wurde der bereits in der Zwischenkriegszeit auf dem Parkett der internationalen Gewerkschaftsbewegung wohlbekannte Léon Chevalme gewählt, der Generalsekretär der CGT- und dann der (CGT-) FO-Metallarbeitergewerkschaft. Generalsekretär wurde Raymond le Bourre,³³¹ Léon Jouhaux übernahm die Ehrenpräsidentschaft.³³²

Nur wenige Tage nach ihrer Gründung verabschiedete das Sekretariat („Bureau“) der FOSE am 7. Juni 1948 eine Resolution, in der die Gruppierung ihre Vorstellungen über den weiteren Verlauf der ökonomischen Einigung Europas (und zugleich des „deutschen Problems“) konkretisierte:

329 Vgl. ebd., S. 201.

330 Vgl. Hélène Roussel: *Force ouvrière et l'Europe*, in: Dreyfus/Gautron/Robert, *La naissance de Force ouvrière*, Rennes 2003, S. 236–249.

331 Le Bourre war zu diesem Zeitpunkt Generalsekretär der Schauspielergewerkschaft (Fédération du Spectacle). Weitere Gründungsmitglieder waren Jean Mathe, der stellvertretende Generalsekretär der einflussreichen Fédération des PTT (Postes/Télégraphes/Téléphones) und Roger Lapeyre, der Generalsekretär der Gewerkschaft für öffentliche Arbeit, vgl. ebd., S. 23 ff.

332 Ebd., S. 239.

„Les syndicalistes partisans de l'unité européenne sont sensibles au péril que ferait courir à la cause de l'Europe une solution qui placerait définitivement l'Allemagne sous un régime d'exception, au-dessous des autres nations européennes. C'est pourquoi ils préconisent l'eupéanisation des industries clés européennes et en particulier la constitution d'une Société européennes des houillères, chargée sous la contrôle européen de l'exploitation des mines et de la répartition du charbon.“³³³

Die Resolution der FOSE lehnte sich eng an ein Manifest an, dass bereits ein Monat zuvor von einer Reihe belgischer und französischer Gewerkschafter, darunter mehrerer Vertreter der etwas später gegründeten Gruppe selbst, am Rande des Haager Kongresses erarbeitet worden war.³³⁴ Für die FOSE stellte das vorgeschlagene Projekt eine erste Basis für die wirtschaftliche (Re-) Organisation Europas dar. Explizit wurde der Verzicht eines Teils der staatlichen Souveränität und dessen Übertragung auf einen europäischen „Organismus“ gefordert, der die Keimzelle einer zukünftigen europäischen Regierung darstellen sollte. Zur Wahrung der Interessen der Arbeiterschaft sei deren Beteiligung an der Verwaltung der Minen unabdingbar, wodurch, so die Hoffnung der FOSE, im Einklang mit ihrem „anarchistischen“ geistigen Erbe, zugleich die Gefahr einer übermäßigen „staatlichen Bürokratisierung“ („bureaucratization étatique“) abgewehrt werden könne.³³⁵

Unverkennbar waren in dem Projekt der FOSE Kernbestandteile des zwei Jahre später von Robert Schuman vorgelegten Plans zur Gründung der EGKS bereits enthalten. FO-Gewerkschafter wie Léon Chevalme nahmen für die Gewerkschaften, besonders für die FO und FOSE dann auch in Anspruch, als geistige Wegbereiter des Montanprojekts eine mitentscheidende Rolle gespielt zu haben.³³⁶

Tatsächlich zog die Idee der FOSE ebenso wie das erwähnte Manifest der gewerkschaftlichen Kongressteilnehmer in Den Haag schnell weitere Kreise, wurde bald etwa von Léon Blum aufgegriffen und in einer wichtigen Tages-

333 Zitiert nach ebd., S. 236, Quelle: „Résolution par le Bureau des FOSE le 7. juin 1948: projet d'une Société européennes des houillères.“ (Die der europäischen Einigung verbundenen Gewerkschafter sind sich der Gefahr für die Lösung der europäischen Frage bewusst, die davon ausgehen würde, wenn Deutschland unter den übrigen europäischen Nationen endgültig einem Ausnahmegesetz unterworfen würde. Aus diesem Grund befürworten sie die Europäisierung der europäischen Schlüsselindustrien und insbesondere die Bildung einer europäischen Kohlegesellschaft, die unter europäischer Kontrolle mit der Ausbeutung der Bergwerke und der Verteilung der Kohle beauftragt wird, RF).

334 Vgl. hierzu das folgende Kapitel.

335 Ebd., S. 237.

336 Léon Chevalme: Le Plan Schuman et les syndicats, in: Notre Europe. Revue européenne. 1952. 3. Jg., 3e année, n° 11–12. Strasbourg: Société européenne d'éditions et de publications.

zeitung wie „Le Monde“ zustimmend kommentiert.³³⁷ André Philipp, prominenter französischer Sozialist, Präsident des sozialistischen Flügels der Europabewegung und eng verbunden mit Jean Monnet, stellte im November 1949 sozial- und christdemokratischen Parlamentariern Pläne für eine europäische Kontrollbehörde für die Stahl- und Kohleindustrie vor, in der den Gewerkschaften weitgehende Mitbestimmungsrechte eingeräumt werden sollten und die sich dann ein Jahr später in der Abschlussresolution der Wirtschaftskonferenz der Europäischen Bewegung in Westminster wiederfinden sollten.³³⁸ Der spätere FO-Vorsitzenden Robert Bothereau sollte 1963 seinen Nachfolger André Bergeron an das europapolitische Erbe seiner Organisation erinnern. Als einen Beweis für den aus seiner Sicht herausragenden Beitrag der FO an der Integration Europas führte er auch die Beteiligung Jouhaux' an den ministeriellen Diskussionen über den Schuman-Plan und die Beziehungen führender FO-Vertreter mit Schuman selbst an.³³⁹

Als europapolitische Avantgarde spielte die FOSE innerhalb der FO eine beträchtliche Rolle und prägte entscheidend den diesbezüglichen politischen Kurs der Organisation. Auf dem Bundeskongress der FO im Oktober 1950 wurde die intensive Mitarbeit der Gruppe etwa auf den mittlerweile abgehaltenen Kongressen der Europabewegung begrüßt und ihre Rolle als europapolitischer Sprecher der FO auch formell anerkannt.³⁴⁰

2.3 Italien

In Italien hatte sich schon vor Kriegsende mit dem von einer antifaschistischen Gruppe um Altiero Spinelli mit dem „Movimento Federalista Europeo“³⁴¹ (MFE) ein weiterer wichtiger politischer Animateur für den späteren europäischen Einigungsprozess etabliert, der wesentlich dazu beitrug, einen grundsätzlich proeuropäischen Grundkonsens in den politischen Parteien und pressure groups jenseits des PCI und (bezogen auf das erste Nachkriegsjahr-

337 Vgl. Roussel: *Force ouvrière et l'Europe*, S. 244.

338 Vgl. hierzu John Gillingham, *Coal, Steel, and the Rebirth of Europe, 1945–1955: The Germans and French from the Ruhr Conflict to Economic Community*, Cambridge, 1992 S. 223 f.

339 Vgl. Roussel, *Force ouvrière et l'Europe*, S. 244.

340 Ebd., S. 239 f.

341 Vgl. hierzu den knappen Überblick von Sergio Pistone: *Italian pressure groups and political parties in the discussion on European Union*, in: Walter Lipgens/Wilfried Loth (Hg.), *Documents on the History of European Integration*, Bd. 3: *The Struggle for European Union by Political Parties and Pressure Groups in Western European Countries*, S. 132–141.

zehnt: der CIGL) einerseits, der (post-)faschistischen Ultrationalisten andererseits fest zu verankern.

Innerhalb der italienischen Gewerkschaften setzte die CIGL seit ihrer Gründung – die selbst in hohem Maße als Ergebnis der unterschiedlichen Auffassungen zwischen kommunistischen und nichtkommunistischen Gewerkschaftern über die Beteiligung des Landes am Marshall-Plan und ganz allgemein vor den ideologischen Konfliktlinien des aufziehenden Kalten Krieges zu interpretieren ist – im Mai 1950 starke Hoffnungen auf die inner-europäische Einigung. Sie grenzte sich so, ideologisch ähnlich wie die FO im benachbarten Frankreich, dezidiert von ihrer zunächst explizit antieuropäischen kommunistisch-linksozialistischen Konkurrenzorganisation ab.³⁴²

Auf dem IBFG-Kongress des Jahres 1951 präsentierte die CISL eine Resolution, in der sie sich klar für den „progressiven und rationellen“ Zusammenschluss der europäischen Volkswirtschaften („*mercati*“) aussprach.³⁴³ Bei der UIL als dem dritten aus den gewerkschaftlichen Spaltungen der italienischen Nachkriegszeit hervorgegangenen Dachverband scheinen sich die europabezogenen Diskurse anfangs weniger euphorisch gestaltet zu haben. Doch nach der Aufnahme der Organisation in den IBFG (am 1. Januar 1952) erachtete auch die UIL es schon auf ihrem zweiten Kongress vom Dezember 1953 als unabdingbar, zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der italienischen Arbeiterschaft eine „unbedingte Entscheidung“ („*incondizionata scelta*“) für das europäische Integrationsprojekt zu treffen.³⁴⁴

Die republikanisch-sozialdemokratisch eingefärbte Organisation zog in dieser Frage in der Folgezeit mit der eher (links-)katholisch-christdemokratischen nationalen Konkurrenz der CISL in den sich herausbildenden internationalen und europäischen Gewerkschaftsstrukturen grundsätzlich an einem Strang. Eine Antriebsfeder dieses unbeirrten proeuropäischen Engagements der beiden italienischen Gewerkschaftsföderationen bildete dabei sicherlich die Hoffnung, dem unterentwickelten und von hoher Arbeitslosigkeit gebeutelten Unteritalien – und damit den dort ansässigen Arbeitskräften – neue Entwicklungsmöglichkeiten zu erschließen und zugleich ausländisches Kapital in den strukturschwachen Süden des Landes zu locken.³⁴⁵

342 Zur frühen Europapolitik des CISL, vgl. Formigoni, *I sindacati italiani e il processo di integrazione europea (1947–1960)*, in: Ciampani, *L'altra via per l'Europa*, S. 19–52, insbes. S. 22 ff.

343 Ebd., S. 22.

344 Ebenda, S. 23. Zur Europapolitik der UIL vgl. insbes. Turone, *Storia dell'Unione Italiana del Lavoro*, S. 127 ff.

345 Vgl. Haas: *The Uniting of Europe*, S. 231 f.

2.4 FGBT, NVV und CGT-L: Die freien Gewerkschaften, die Benelux-Gemeinschaft und die europäische Einigung

Frühe Bekenntnisse zur europäischen Einigung fanden sich nach Kriegsende nicht zuletzt in den ersten programmatischen Dokumenten und Entschlüssen der nichtkommunistischen Gewerkschaften der Niederlande, Belgiens und Luxemburgs. Für sie stellte sich die Frage nach ihrer Haltung zu einer verstärkten ökonomischen Zusammenarbeit innerhalb Europas in sehr konkreter Form, als im Laufe des Jahres 1946 die Verwirklichung der zwei Jahre zuvor von den drei Londoner Exilregierungen beschlossenen Zollunion auf der politischen Tagesordnung erschien.

Die nun aufgenommenen Regierungsverhandlungen mündeten 1948 in der Benelux-Zollunion mit einem gemeinsamen Außenhandelsstarif. Die ökonomischen Auswirkungen auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Benelux-Länder in der Folgezeit ist gewiss debattierbar und im Einzelnen nur schwer einzuschätzen, wurde von den Zeitgenossen insgesamt jedoch als eher positiver Stimulus für die wirtschaftliche Entwicklung der beteiligten Länder angesehen. Aus der Zollunion ging nach langen Verhandlungen am 3. Februar 1958 die Benelux-Wirtschaftsunion hervor. Der Benelux-Vertrag ermöglichte ab 1960 den freien Personen-, Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehr innerhalb der Gemeinschaft und schaffte – lange vor dem Schengener Abkommen – die Personen- und Grenzkontrollen innerhalb des Bündnisses ab.³⁴⁶

Dabei intensivierte die zahlreichen Konferenzen und Verhandlungsrunden noch einmal die ohnehin engen (wirtschafts-)politischen Kontakte und Austauschprozesse der beteiligten Politiker untereinander. Die eminente politische Bedeutung des christ- und sozialdemokratischen Führungspersonals Beneluxstaaten als abgestimmt agierender politischer Impulsgeber für den europäischen Einigungsprozess in den 1950er Jahren ist in der einschlägigen wissenschaftlichen Literatur unstrittig und breit dokumentiert.³⁴⁷

346 Vgl. Johannes Koll: Benelux-Union und europäische Avantgarde, in: NiederlandeNet, Münster, www.uni-muenster.de/NiederlandeNet/nlwissen/politik/vertiefung/beziehungen/union.html#2u.

347 Insbesondere nach dem Misslingen des Projekts einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft gab den Benelux-Außenminister, Paul Henri Spaak, Jan Willem Beyen und Joseph Bech, im Mai 1955 in

Die sozialistischen Gewerkschaften der drei (späteren) Benelux-Staaten hatten ihre Positionen über das Vereinigungsprojekt frühzeitig aufeinander abgestimmt und begleiteten das Vorhaben durch zahlreiche Stellungnahmen und Resolutionen. Am 21. Oktober 1947 versammelten sich auf Initiative der FGBT Spitzenvertreter der drei betroffenen Gewerkschaftsbünde in Brüssel (FGBT, NVV und CGTL/LAV) und beschlossen die Einsetzung mehrerer mit gewerkschaftsnahen Experten besetzter Studienkommissionen, um die mit der Zollunion zusammenhängenden Chancen und Probleme zu beraten.³⁴⁸

Die mit bemerkenswerter Schnelligkeit vorgelegten Arbeitsdokumente wurden dann auf einer Konferenz der sozialistischen Gewerkschaften der Beneluxländer beraten, die vom 19. bis 24. April 1948 in Amsterdam stattfand. Die Schlussforderungen dieser Debatte wurden in fünf ausführlichen Resolutionen niedergelegt. Sie betrafen die von den Gewerkschaften als für einen Erfolg der Beneluxunion unumgängliche angesehenen Anpassungen a) der ökonomischen Strukturen, b) der Steuerbelastung, c) der Preise, Löhne und der Währungspolitik (*politique monétaire*), d) die Vereinheitlichung der Beiträge und Leistungen der Sozialversicherungen und e) der Wirtschaftsorganisation.

Die in dem einschlägigen Aufsatz von Thierry Grosbois ausführlich wiedergegebenen gewerkschaftlichen Forderungen zur Ausgestaltung der Beneluxunion³⁴⁹ sollen hier nicht im Detail wiedergegeben werden. Grundsätzlich waren sich die Diskutanten einig, dass die ökonomische Integration ihrer Länder geeignet sei, einen wichtigen Impuls für den wirtschaftlichen Wiederaufbau geben zu können und sich mögliche Hindernisse auf diesem Weg „sich ohnehin stellen würden und sich als sicherlich schwerwiegender erwei-

einem gemeinsamen Memorandum über die weitere wirtschaftliche und politische Integration Europas den entscheidenden Anstoß zu einer „*rélançe européenne*“, die schließlich 1957 zum Abschluss der Römischen Verträge und damit zur Gründung der EWG und von Euratom führte. Vgl. hierzu die zusammenfassende Darstellung von Katharina Garvert-Huijnen, Die BeNeLux-Zusammenarbeit. Ein Vorbild für die europäische Integration? In: NiederlandeNet, Münster, www.uni-muenster.de/NiederlandeNet/nl-wissen/geschichte/vertiefung/europa/vorbild.html.

348 Vgl. zum Folgenden insbes. Grosbois : *L'attitude des syndicats socialistes néerlandais, belge et luxembourgeois à l'égard du Bénélux, du plan Marshall et de l'OECE*, S. 327–358; sowie Antoine Celen/Georges Grindberg, *La F.G.T.B et la construction européenne*, in: Institut Royal des Relations Internationales/Commission d'Étude Interuniversitaire (Hg.), *Le rôle des Belges et de la Belgique dans l'édification européenne*, Bruxelles 1981, S. 393–414.

349 Vgl. Grosbois: *L'attitude des syndicats socialistes*, S. 330–333.

sen würden, wenn Benelux nicht geschaffen werden würde.³⁵⁰ Der NVV qualifizierte die von der kommunistischen Linken des Landes am Benelux-Projekt vorgetragene Kritik als „Klassenkampf-Melancholie.“³⁵¹

Um die Wirtschaftsunion zu einem Erfolg werden zu lassen und um die Arbeiterschaft an den erwarteten Prosperitätszuwächsen zu beteiligen, bedürfe es jedoch umfangreicher staatlicher Anpassungsmaßnahmen und Steuerungen unter systematischer Beteiligung der Arbeitnehmerorganisationen. So sprach sich die Amsterdamer Konferenz u. a. für eine Konvergenz der Fiskalpolitik der drei Länder einschließlich einer Begrenzung der direkten Steuersätze und eine langfristige Anpassung der Preise, Löhne und Geldpolitik sowie für eine Vereinheitlichung der sozialen Sicherungssysteme aus. Im Bereich der Wirtschaftsorganisation setzte die Konferenz auf eine Koordination der öffentlichen Investitionen, besonders im Eisenbahn und Energiebereich und forderte hierfür die Schaffung nationaler Planungsbüros sowie eines allgemeinen Planungsbüros der Benelux-Union selbst. Zugleich würde die Organisation der Wirtschaft die Mitbestimmung der Arbeitnehmer auf den verschiedenen Ebenen der Wirtschaft erforderlich machen.³⁵²

Beteiligung der Arbeiterschaft, ökonomische Gesamtplanung und soziale Harmonisierung: In der Auseinandersetzung mit der Benelux-Union hatten die sozialistischen Gewerkschaften der beteiligten Länder bereits 1948 jene Grundvorstellungen herausgearbeitet, an der sie auch die europäischen Integrationsprojekte der Folgezeit maßen.

Dabei war die Europaidee in der unmittelbaren Nachkriegszeit besonders innerhalb der belgischen Arbeiterbewegung und innerhalb dieser besonders in den Reihen der FGTB auf fruchtbaren Boden gefallen. Besonders die „Cahiers socialistes“, geleitet von Raymond Rifflet und ursprünglich als Untergrundpublikation des belgischen Widerstandes gegründet, entwickelten sich zu einem über die Landesgrenzen wirksamen Diskussionsforum einer jüngeren Generation europaausgerichteter Reform- und unorthodoxer Linksozialisten innerhalb und außerhalb der Gewerkschaftsbewegung, in der zahlreiche Probleme besonders der ökonomischen Reorganisation Europas aus linksföderalistischer Perspektive erörtert wurden.

350 Ebenda, S. 330 (Quelle: Fédération Générale du Travail Belgique. Congrès statutaire 19, 20 et 21 mai 1951, S. 397, Übersetzung: RF).

351 Ebd., S. 333 („klassen-strijderszwartgalligheid“).

352 Ebd., S. 322.

Mit André Renard³⁵³ (1911–1962) zählte der aufstrebende Stern der wallonischen Gewerkschaftsbewegung (und spätere Vorsitzende der Beratenden Versammlung der EGKS) zum engsten Umfeld der Rifflets und seiner Publikation, um die sich schnell eine Art eigenständiger Zweig der belgischen Europabewegung konstituierte. Für die Redakteure und Anhänger der „Cahiers socialistes“ sollte die Idee einer europäischen Föderation nicht allein den Politikern überlassen bleiben, sondern sich vor allem durch die Masse der Arbeiter realisieren. Bei der ökonomischen „Förderung“ wurde den Gewerkschaften als Interessenvertretung der Arbeiterschaft eine entscheidende Rolle zugewiesen.³⁵⁴

2.5 Die christliche Gewerkschaftsbewegung und die Europa-Idee

Nicht allein die tendenziell sozialistischen Gewerkschaften Westeuropas beschäftigten sich schon früh mit der Idee der europäischen Integration, sondern auch die christlichen Gewerkschaften auf nationaler und internationaler Ebene. Nach wie vor gaben auf Letzterer die belgischen, niederländischen und französischen Organisationen den Ton an, die an dieser Stelle gemeinsam behandelt werden können. Um es vorweg zu nehmen: Auch die christliche Gewerkschaftsbewegung legte schon in den ersten Nachkriegsjahren, sodass Urteil Patrick Pastures, ein geradezu „radikales europäisches Engagement“ an den Tag.³⁵⁵

Auch wenn die christlichen Gewerkschaften, wie bereits in der Zwischenkriegszeit, die aus ihrer Sicht notwendige Bewahrung ihrer jeweiligen nationalen Identitäten weiterhin unterstrichen, verwarfen sie jedoch erneut jenen „radikalen Nationalismus“, der auch in ihren Augen für die beiden Weltkriege die Hauptverantwortung trug. Zugleich wurde die Einigung Europas wie bereits vor dem Zweiten Weltkrieg als das probate Mittel gesehen, die französisch-deutschen Konflikte nachhaltig zu befrieden.³⁵⁶

353 Renard avancierte in der Folgezeit sicherlich zu einem der wichtigsten belgischen Gewerkschaftsführer und gewerkschaftlichen Europapolitiker. Seine anarchosyndikalistisch inspirierten Idee direkter und parteiunabhängiger Gewerkschaftsaktion und sein ausgeprägter (wallonischer) Regionalismus überdauerten seinen frühen Tod und prägten maßgeblich sowohl die FGTB wie auch die sozialistische Partei des Landes. Zu Renard vgl. die ausführliche Biographie von Tilly, André Renard.

354 Vgl. hierzu Pierre Tilly: *Milieux intellectuels et ouvriers belges et le Congrès de La Haye. Une Europe pour et par les travailleurs*, in: Guieu/le Dréau, *Le Congrès de l'Europe*, S. 109–122, insbes. S. 112 ff.

355 Pasture: *Histoire*, S. 266.

356 Ebenda.

Ähnlich wie ihre sozialdemokratischen Konkurrenten setzten die christlichen Gewerkschaften auf die Idee eines „Dritten Weges“ zwischen sowjetischer Kommandowirtschaft und US-amerikanischem Kapitalismus, die sie freilich anders als diese stark an die Grundvorstellung eines christlich geprägten okzidental oder europäischen Kulturraums knüpften und so mit der Vorstellung einer gemeinsamen christlich-abendländischen Wertebasis in Europa verbanden. In der Praxis und in der Konsequenz allerdings unterschieden sich die europäischen Einigungsideen der frühen Nachkriegsphase kaum von denjenigen der Sozialisten bzw. der freien Gewerkschaften. Beide neigten dazu, grundlegende Menschenrechte und Freiheiten und damit verbunden die Leitvorstellung der Demokratie als genuin europäische Werte zu begreifen. Der Kampf gegen jedwede totalitäre Herausforderung wurde so tendenziell als spezifisch europäische Aufgabe begriffen.³⁵⁷

Der IBCG interessierte sich nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst besonders für die politische und militärische Integration Europas, die nun auch als Abwehrmaßnahme gegen die sowjetkommunistische Gefahr als unabdingbar angesehen wurde. Die niederländische Regierung entsandte so Jos Serrarens als ihren Vertreter in eine Studienkommission des Brüsseler Paktes³⁵⁸ über die Fortführung der europäischen Integration.

Namentlich Serrarens, über dessen Rolle in der internationalen christlichen Gewerkschaftsbewegung während der Zwischenkriegszeit bereits berichtet wurde, plädierte ab 1948 als Mitglied der Zweiten Kammer des niederländischen Abgeordnetenhauses und als Abgeordneter der Parlamentarischen Versammlung des Europarats immer wieder für die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Marktes und für eine progressive Abschaffung der innereuropäischen Zölle als zwingende ökonomische Voraussetzung für den europäischen Wiederaufbau. Dass das hierdurch ausgelöste wirtschaftliche Wachstum jedoch keineswegs automatisch zu einer Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeiter führen würde, war dabei offenbar auch die allgemeine Ansicht der christlichen Gewerkschafter. Hierzu sei vielmehr die institutionalisierte Einbindung der Gewerkschaften in die politischen und ökonomischen Entscheidungsprozesse erforderlich.

357 Ebd., S. 267.

358 Der Brüsseler Pakt wurde am 17. März 1948 von Frankreich, Großbritannien und den Benelux-Staaten unterzeichnet. Das eigentliche Ziel des Militärbündnisses war der Aufbau einer militärischen und strategischen Kooperation als Antwort auf eine mögliche sowjetische Aggression in Mittel- und Westeuropa.

Vor diesem Hintergrund sprach sich Serrarens dafür aus, dass die europäische Wirtschaft auf europäischem Niveau „organisiert und gesteuert“ (*organisée et dirigée*) werden sollte – wofür er die Schaffung einer „supranationalen Autorität“ vorschlug.³⁵⁹ Ab dem Jahr 1948 widmete sich die Zeitschrift der christlichen Gewerkschaftsinternationale immer wieder europäischen Fragen.³⁶⁰ Prominente Repräsentanten der christlichen Gewerkschaften wie August Cool oder Gaston Tessier spielten auf dem Haager Europa-Kongress im Mai 1948 im Zusammenspiel mit ihren freigewerkschaftlichen Kollegen eine wichtige Rolle und beteiligten sich an der Ausarbeitung erster konkreter integrationspolitischer Vorschläge.³⁶¹ Wie sehr das Europa-Thema in den ersten Nachkriegsjahren die Fantasie der christlichen Gewerkschaftsbewegung beflügelte, zeigte sich beispielsweise auch im Geschäftsbericht der belgischen C.I.C. für die Zeit von 1947–1949:

„Il faut refaire l'Europe. Il faut la rendre à nouveau économiquement viable [...]. Il faut saluer avec sympathie, à la fois, les efforts de renovation economique qui se discernent dans le monde et les tendances, qui, ici et là, se developpent pour organiser, pour fédérer l'Europe.“³⁶²

359 Ebd., S. 268.

360 Ebd., S. 266.

361 Zur gewerkschaftlichen Rolle innerhalb der Europa-Bewegung und auf dem Haager Kongress vgl. das folgende Kapitel.

362 L'activité de la C.I.C de 1947 à 1949, zitiert nach: E. Vervliet, *Le Mouvement Ouvrier Chrétien et l'Intégration Européenne*, in: Institut Royal des Relations Internationales/Commission d'Étude Interuniversitaire (Hg.), *Le rôle des Belges et de la Belgique dans l'édification européenne*, Bruxelles 1981, S. 415–439, hier: S. 415. (Man muss Europa wiedererrichten. Man muss es aufs Neue ökonomisch lebensfähig machen [...]. Man muss die Anstrengungen zum ökonomischen Wiederaufbau, die sich in der Welt abzeichnen, mit Sympathie begrüßen, ebenso wie die verschiedenen Tendenzen, die sich entwickeln, um Europa zu organisieren und zu föderalisieren, R.F..)

3 GEWERKSCHAFTSVERTRETER IN DER EUROPA-BEWEGUNG: ÜBER DEN HAAGER KONGRESS BIS ZUM „AKTIONSKOMITEE FÜR DIE VEREINIGTEN STAATEN VON EUROPA“ JEAN MONNETS

Für die Idee der europäischen Integration hatten sich bereits in der Zwischenkriegszeit eine ganze Reihe zivilgesellschaftlicher Organisationen wie etwa die Paneuropa-Union Coudenhove-Kalergis engagiert. Ihren nationalen Sektionen waren, trotz des elitären Charakters der gräflichen Initiative, auch der eine oder andere mehr oder minder prominente proeuropäische Gewerkschaftsvertreter und einige der Arbeiterbewegung entstammende Politiker beigetreten, einzelne hatten Positionen bekleidet. Nach dem Zweiten Weltkrieg stellten dann die verschiedenen europäischen Initiativen bzw. die Europabewegung selbst in weit höherem Ausmaß als zuvor ein bisher wenig beachtetes Aktionsfeld gewerkschaftlicher Europapolitik dar.

Überhaupt waren in den ersten Nachkriegsjahren auf eine politische und wirtschaftliche Vereinigung Europas – oder zumindest auf eine enge Kooperation der europäischen Staaten – abzielende Verbände und Zusammenschlüsse geradezu wie Pilze aus dem Boden geschossen. Die verschiedenen Verbände der europäischen Bewegung verzeichneten in allen westeuropäischen Ländern zumindest einige Jahre lang einen nachgerade boomartigen Zulauf. Die auf den Kongressen und Versammlungen der proeuropäischen Organisationen entwickelten Vorstellungen und Konzepte wurden von der zeitgenössischen Publizistik umfassend aufgegriffen und prägten zumindest in den späten 1940er und frühen 1950er Jahren das öffentliche Meinungsklima in starkem Maße.³⁶³

Die organisatorische Form, in der sich die europäische Bewegung in den ersten Nachkriegsjahren entfalten sollte, wurde dabei fraglos maßgeblich von Winston Churchill geprägt. Der ehemalige Kriegspremier hatte im Oktober 1946 in seiner berühmten Rede vor Züricher Studenten gefordert, „eine Art Vereinigte Staaten von Europa zu schaffen“, die auf einer engen „Partnerschaft von Deutschland und Frankreich“ beruhen sollte und damit ein im-

363 Vgl. Alan Hick: „The European Movement“, in: Walter Lipgens/Wilfried Loth (Hg.), Documents on the History of European Integration, Bd. 4, Transnational Organizations of Political Parties and Pressure Groups in the Struggle for European Union, S. 319–433, hier: S. 323.

menses publizistisches Echo ausgelöst. Auf seine Initiative hin war es seinem engen politischen Mitstreiter (und Schwiegersohn), dem konservativen Politiker Duncan Sandys, gelungen, im Laufe der folgenden Monate ein „British United Europe Committee“ zu etablieren, das sich im Juni 1947 endgültig als „United Europe Movement“ (UEM) unter Vorsitz Churchills konstituierte.

Der politische Zuschnitt dieser Europagruppe war zweifellos überwiegend konservativ, zumal das Exekutiv-Komitee der Labour Party sich jeder Mitarbeit von Anfang an verweigerte, da die britische Arbeiterpartei den Kriegspremier als Initiator und Mentor innereuropäischer Kooperation ablehnten und dem Oppositionsführer keine Plattform für innenpolitische Erfolge bieten wollte.³⁶⁴ Die Relevanz des UEM lag sicherlich nicht in ihrer höchst unscharfen und ohnehin wenig ausgearbeiteten Programmatik. Wichtig für die weitere institutionelle und politische Entwicklung der europäischen Bewegung wurde sie durch die hocheffektive Netzwerk-Arbeit besonders Duncan Sandys'. Unter dessen Ägide sich die meisten proeuropäischen Gruppen ab Ende 1947 zu einem „Internationalen Komitee für die Europäische Einigung“ zusammen.

3.1 Die „Union europäischer Föderalisten“

Unter den Mitgliedern dieses „Internationalen Komitees“ – die sich diesem zuweilen erst nach intensiven und kontroversen Debatten angeschlossen hatten – ist an erster Stelle die „Union europäischer Föderalisten“ – „Union Européenne des Fédéralistes“ (UEF) – zu nennen. Das entschieden föderalistische politische Grundsatzprogramm der Organisation hatten schon im September 1946 ebenso überzeugte wie idealistische Föderalisten unterschiedlicher parteipolitischer Herkunft aus 14 europäischen Ländern im idyllischen Hertenstein am Vierwaldstätter See entworfen und in die zwölf Thesen ihres dann „Hertensteiner Programm“ genannten Grundsatzmanifests gegossen. In ihnen wurde die Forderung nach einem europäischen Bundesstaat erhoben, an den die beteiligten Staaten einen Teil ihrer wirtschaftlichen, politischen und militärischen Souveränitätsrechte abzugeben hätten und der sich als Europäische Union in die Organisation der Vereinten Natio-

³⁶⁴ Vgl. hierzu Niess: Die europäische Idee, S. 132 f. Nichtsdestotrotz gelang es Sandys, drei sozialistische Labour-Unterhausabgeordnete und drei weitere Labour-Mitglieder zur Teilnahme an seinem zunächst nur 22-köpfigem Komitee zu bewegen. Auch Bertrand Russel gehörte ihm als einer von drei namhaften Wissenschaftlern an.

nen einfügen sollte. Am 17. Dezember 1946 erfolgte dann die eigentliche, zunächst provisorische Gründung der UEF als europäischer Dachverband verschiedener, den Grundgedanken des Hertensteiner Programms verpflichteter proeuropäischer Bewegungen aus zahlreichen westeuropäischen Ländern, die zusammen genommen, anders als die Gruppe um Churchill/Sandys, über eine breite Mitgliederbasis verfügte.³⁶⁵

Innerhalb der UEF waren mit dem intellektuellen Impulsgeber des Föderalismus, Henri Brugmans, mit Eugen Kogon und Alexandre Marc (als erstem Generalsekretär der UEF) sowie mit Altiero Spinelli eine ganze Reihe der wichtigsten europapolitischen Inspiratoren und Antreiber der folgenden Jahrzehnte aktiv.³⁶⁶

Parteilpolitisch umfasste die Gruppe nahezu das gesamte politische Spektrum mit Ausnahme der moskautreuen Kommunisten und konservativen Nationalisten. Allerdings erwies sich das „linksföderalistische Programm“ Brugmans insgesamt doch eher für das politische Mitte-Links-Lager als attraktiv. Wirtschaftspolitisch propagierten die Föderalisten „einen Mittelweg zwischen reiner Markt- und Planwirtschaft, einen ‚planisme concurrentiel‘“³⁶⁷. Das Privateigentum sollte im Europa der Föderalisten zwar garantiert bleiben, die Rechte der Arbeiter aber durch umfangreiche Mitbestimmungsrechte auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene gewahrt werden, eine grundsätzliche Ausrichtung, die naturgemäß auch für Vertreter des gewerkschaftlichen Spektrums anschlussfähig war.

Besonders in der französischen Sektion der UEF spielten dann auch zeitweilig prominente Funktionäre besonders der FO eine bedeutsame Rolle, zumal die UEF neben der Beteiligung der regionalen und lokalen Körperschaften (d.h. nicht allein der nationalen Ebene) am europäischen Einigungsprozess auch die angemessene Mitwirkung der verschiedenen ökonomischen und kulturellen Vereinigungen und explizit auch die Beteiligung und Einbindung der Arbeiterschaft an der europäischen Einigung unterstrich.³⁶⁸

365 Vgl. hierzu zusammenfassend Niess: Die europäische Idee, S. 77.

366 Vgl. ebd., insbes. S. 55–58, S. 72–91. Eine tief greifende ideengeschichtliche Analyse des philosophisch-programmatischen Profils der UEF und der Denkansätze ihrer ideologischen Protagonisten bietet Ruge, Die Erfindung des „Europa der Regionen“-Kritische Ideengeschichte eines konservativen Konzepts, Frankfurt am Main 2003. Auch Ruge betont die begriffliche und konzeptionelle Verwurzelung der innerhalb der UEF entwickelten Europaiden mit den europapolitischen Debatten der 1920er und 1930er Jahre.

367 Vgl. Niess: Die europäische Idee, S. 112.

368 Vgl. hierzu die im September 1947 vom ersten Kongress der „Union Française des Fédéralistes“ angenommene Resolution der französischen Sektion der UEF, abgedruckt in: Lipgens/Loth, Documents, Bd. 3, S. 72–73; zur Geschichte der UEF insgesamt vgl. Alan Hick, The European Union of Federalists (UEF), in: Lipgens/Loth, Documents, Bd. 4, S. 8–111.

3.2 Nouvelles Equipes Internationales und der „Mouvement des Travailleurs Chrétiens d'Europe“

Im Lager der christlichen Demokraten sammelte die Nouvelles Equipes Internationales (NEI)³⁶⁹ die Europabefürworter. Bei ihrer Gründung war einmal mehr der IBCG-Generalsekretär Jos Serrarens in Erscheinung getreten, wenn auch primär in seiner Eigenschaft als niederländischer Parlamentsabgeordneter.³⁷⁰ Vizepräsident der französischen NEI-Sektion war in den 1950er Jahren mit Roger Reynaud einer der führenden Funktionäre der CFTC, der auch innerhalb des IBCG dem Exekutivausschuss angehörte und der 1958 in die Hohe Behörde der EGKS gewählt werden sollte.³⁷¹ Überhaupt pflegte der IBCG in den 1950er Jahren intensive Kontakte mit der christdemokratischen Europabewegung, besonders mit der NEI-Jugendorganisation, der „L'Union Internationale des Jeunes Démocrates Chrétiens“.

Daneben sammelten sich eine Reihe prominenter christlicher Gewerkschafter im ebenfalls eng mit dem IBCG verbundenen „Mouvement des Travailleurs Chrétiens d'Europe“ (MTCE) unter dessen Generalsekretär Theo Grinevald. Der mit finanzieller Unterstützung des IBCG entstandenen, aber dieser formell nicht angehörenden Gruppierung, gehörten laut Pasture nicht zuletzt prominente Mitglieder der italienischen ACLI (Associazione Cristiani Dei Lavoratori Italiani) an. Als Präsident amtierte August Cool, was die enge Anbindung der Gruppierung mit dem IBCG deutlich unterstrich. Vorübergehend engagierten sich auch einige herausgehobene Vertreter des christlichen Arbeitnehmerflügels der CDU in Westdeutschland wie der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Karl Arnold und Jacob Kaiser innerhalb des MTCE.³⁷²

369 Zur Rolle gewerkschaftlicher Vertreter innerhalb der UEF und der NEI vgl. überdies Gobin, *Consultation et Concertation*, Bd. 1, S. 181, Anm. 1.

370 Vgl. Pasture: *Histoire*, S. 220, Anm. 31.

371 1957 intensivierten die christlichen Gewerkschaften ihre Kontakte zur NEI und konnten auch dadurch erreichen, dass Reynaud im Folgejahr als gewerkschaftlicher Vertreter in die Hohe Behörde der Montanunion entsandt wurde (vgl. Pasture, *Histoire*, S. 279 f.) Zu den Beziehungen zwischen den IBCG-Gewerkschaften und der NEI vgl. auch Samuel H. Barnes, *Christian Trade Unions and European Integration: Organizations and Problems, Relations industrielles/Industrial Relations*, Bd. 17, H. 1, 1962, S. 15–33, insbes. S. 24.

372 Vgl. Pasture: *Histoire*, S. 25 f, ders., *Fist of the Dwarf*, S. 9. Nachdem Grinevald 1951 auf einen Posten in der ILO angenommen hatte, nahm der Umfang ihrer politischen Aktivitäten allerdings, trotz der Bemühungen seines Nachfolger Reynaud, stark ab (ebenda).

3.3 Die sozialistische Europabewegung

Die freigewerkschaftlichen Arbeitnehmervertreter engagierten sich teilweise innerhalb der UEF, mehrheitlich jedoch naturgemäß in der Sozialistischen Bewegung für die Vereinigten sozialistischen Staaten von Europa (Mouvement socialiste pour les États-Unis d'Europe/MSEUE). Proeuropäische Linkssozialisten waren erstmals am 22./23. Februar 1947 in London zu Beratungen über gesamtwirtschaftliche Fragen in Europa zusammen gekommen und hatten im Juni desselben Jahres – zunächst unter dem Titel „Comité International pour les États-Unis Socialistes d'Europe“ in Montrouge unweit von Paris den Gründungskongress der neuen Organisation abgehalten. Im November 1948 erfolgte die Namensänderung, womit zugleich die mittlerweile gewonnene Erkenntnis zum Ausdruck kam, dass für eine Vereinigung Europas nun nicht mehr die vorherige sozialistische Transformation der Nationalstaaten angesehen wurde, sondern sich diese auch innerhalb eines europäischen Rahmens vollziehen könne.

Zugleich wurde die MSEUE nun Vollmitglied der „Europäischen Bewegung“, die mittlerweile aus dem „Internationalen Komitee für die Koordinierung der Bewegungen für die Einheit Europas“ hervorgegangen war. Mit dem MSEUE-Mitglied René Lhuillier wurde nun zugleich einer der prominentesten FO-Europaaktivisten zum Generalsekretär der französischen Sektion der Europäischen Bewegung gewählt.

Im MSEUE sammelten sich neben zahlreichen führenden Repräsentanten der sozialistischen Parteien zahlreiche prominente Vertreter der ideologisch mehr oder minder sozialistisch grundierten Gewerkschaften Europas. Prominente Gewerkschaftsvertreter innerhalb des MSEUE waren u. a. Enzo Dalla Chiesa (einer der Gründer der UIL), René Richard (FO), Henri Ceuppens (FGTB) und einmal mehr Ludwig Rosenberg.³⁷³

Die europapolitischen Vorstellungen innerhalb der Gruppe waren allerdings in ihrer Anfangsphase zunächst weniger prägnant und deutlich heterogener als etwa in der ideologisch ebenfalls durchaus nicht vollständig homogenen UEF. Zwar hatten sich die europäisch gesinnten Sozialisten in der

373 Zur MSEUE vgl. Olivier Philip: *Le problème de l'Union européenne*. Préface de Denis de Rougemont, Neuchâtel 1950, S. 189–193, Wilfried Loth, *The Mouvement Socialiste pour les États-Unis d'Europe*, in: *Transnational Organizations of Political Parties and Pressure Groups in the Struggle for European Union, 1945–1950*, De Gruyter, Berlin/New York, 1990, S. 277–318; Niess, *Die europäische Idee*, insbes. S. 87 ff; Gérard Bossuat, *Les eurosocialistes de la SFIO. Réseaux et influence*, in: ders. (Hg.), *Histoire nouvelle de groupes d'influence et des acteurs de l'unité européenne*, Brüssel 2003, S. 409–429.

Schlussresolution von Montrouge dazu bekannt, dass eine „Übertragung nationaler Souveränitätsrechte auf einen föderativen Organismus erforderlich ist, um das politische und wirtschaftliche Chaos in Europa zu beenden.“³⁷⁴ Konkrete Konzepte, wie dies erreicht werden könne, blieben sie jedoch erst einmal schuldig. Zugleich dominierte im MSEUE lange die Vorstellung, dass allein eine Vereinigung sozialistischer europäischer Staaten wünschenswert sei, womit das Projekt natürlich in eine ferne Zukunft verschoben war (während die UEF tendenziell erst die Vereinigung und dann innerhalb der zu schaffenden Föderation zu einer Art demokratischen Sozialismus voranschreiten wollte).

Als sich ab Dezember 1947 auf Initiative des ungeliebten Churchill-Komitees die meisten europäischen Gruppen und Sektionen zu einem „Internationalen Koordinationskomitee der Bewegungen für die Europäische Einheit“ zusammen schlossen, blieb der sozialistische Teil der Europabewegung zunächst außen vor. Sie konnten sich so auch nicht an der Hauptaufgabe des Verbindungskomitees beteiligen, eine öffentlichkeitswirksame Versammlung zu organisieren, auf der die weitverbreitete Unterstützung für die europäische Einigung in Europa öffentlich demonstriert werden, praktische Schritte auf diesem Weg beraten und den Regierungen konkrete Vorschläge für das Projekt der europäischen Integration unterbreitet werden sollten.³⁷⁵

Als sich der Vorstand des internationalen sozialistischen Europa-Komitees im Vorfeld der berühmten Europa-Konferenz von Den Haag – die vom 7. bis 10. Mai 1948 herausragende Repräsentanten des politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens Europas zusammenführen sollte – dann mit knapper Mehrheit und der damaligen Mehrheitsmeinung der SFIO und der ohnehin abweisenden Haltung der Labour Party folgend³⁷⁶ gegen eine Teilnahme an dieser Veranstaltung und damit gegen die Zusammenarbeit mit nichtsozialistischen Europa-Befürwortern aussprach, erwiesen die europäischen Sozialisten dem europäischen Einigungsprojekt einen Bärendienst. Endgültig selbst aus dem Spiel nahmen sich Teile der europäischen Linken

374 Zitiert nach Niess: Die europäische Idee, S. 88.

375 Vgl. European Movement (Hg.): The Hague Congress and After, London 1949, S. 4.

376 Vgl. hierzu Wilfried Loth: Vor 60 Jahren: der Haager Europa-Kongress, in: *integration*, H. 2/2008, S. 179–190. Henris Frenay von der französischen Sektion des des sozialistischen Europa-Komitees klagte später, dessen britischen Mitglieder „verfielen auf jede einfache Nennung des Namens Churchill in einen Trance-Zustand und jede Möglichkeit vernünftigen Verstehens lag in Ohnmacht.“ Zitiert nach ebd., S. 184.

dann, als sich eine sozialistische Konferenz der am Marshall-Plan beteiligten Länder, die am 21. und 22. März in London tagte, auf Initiative der Labour Party verbindlich dagegen aussprach, den wiederholten Avancen zur Mitarbeit im europäischen Verbindungsausschuss und damit an der Teilnahme am nun in Den Haag geplanten Europa-Kongress zu folgen. Die 40 Labour-Abgeordneten, die ihre Teilnahme bereits zugesagt hatten, wurden zur Absage aufgefordert, auch die SFIO und SPD „verboten“ ihren Vertretern die Teilnahme am Kongress.³⁷⁷

Erst im Nachgang der Haager Zusammenkunft konnte sich die MSEUE dann doch zu einer Beteiligung an der ideologieübergreifenden Europäischen Bewegung entschließen, die sich am 25. Oktober 1948 auf dem Folgekongress der Europabewegung in Brüssel konstituierte – ein Indiz übrigens dafür, dass die in Den Haag formulierten europapolitischen Zielvorstellungen zumindest im Grundsatz eine Plattform und Arbeitsgrundlage darstellte, die auch das sozialistische-progressive politische Spektrum akzeptieren konnte. Die nun gemeinsam von Winston Churchill, Léon Blum, dem christdemokratischen italienischen Ministerpräsidenten Alcide de Gasperi und Paul-Henri Spaak übernommene Ehrenpräsidentschaft der Europäischen Bewegung symbolisierte von nun an transnational die parteiübergreifende Kooperationsbereitschaft in der Europafrage.

Anders als die sozialistischen Pro-Europäer innerhalb der SPD hatten sich zahlreiche ihrer britischen und französischen Gesinnungsgenossen nicht daran hindern lassen, gewissermaßen auf eigen Rechnung, nach Den Haag zu reisen. In Frankreich wichen eine ganze Reihe prominenter Linkspolitiker auf den im Juli 1947 von dem ehemaligen Widerstandskämpfer und überzeugtem Europäer René Courtin gegründeten, parteiübergreifenden „Conseil français pour l'Europe Unie“ aus, zu dessen Präsidenten Edouard Herrriot gewählt wurde. Mitglieder des „Conseil“, der sich umgehend dem „Internationalen Verbindungskomitee“ anschloss und der sich so an der Durchführung des Haager Kongresses beteiligte, wurden unter andere die prominenten So-

377 Vgl. ebd., S. 185; ders. Sozialismus und Internationalismus, S. 204–209. Die generell distanzierte Einstellung der SPD zur Europa-Bewegung und zunächst auch zur europäischen Einigung ist maßgeblich auf die politische Autorität Kurt Schumachers zurückzuführen, der noch die Gründung der Montanunion als Projekt konservativ-klerikaler Eliten interpretierte und, wie man sagen muss, denunzierte. Vgl. hierzu Jürgen Mittag, Europäische Profilbildung im Widerstreit: Der Haager Kongress 1948 und der Europagedanke in der deutschen Sozialdemokratie, in: Depkat/Graglia, Entscheidung für Europa, S. 263–290.

zialisten André Philipp, Paul Ramadier und André Le Trocquer und – „auch dies für die SFIO beeindruckend – Léon Jouhaux [...]“.³⁷⁸

3.4 Gewerkschaftliche Repräsentanten auf dem Haager Europa-Kongress: Ein Europa für und durch die Arbeiter?³⁷⁹

Auf dem Haager Kongress kamen am 3. Mai 1948 und damit nur drei Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs an die 800 Politiker – darunter 14 aktive und 45 ehemalige Minister, Wirtschaftsvertreter, Kirchenvertreter, Wissenschaftler, Künstler und Intellektuelle und auch ein zahlenmäßig kleiner, aber schlagkräftiger Trupp prominenter und international erfahrener Gewerkschafter aus 28 europäischen Ländern zusammen.³⁸⁰ Jedes Land hatte dabei 15 Repräsentanten plus zwei zusätzliche Vertreter für jede Million Einwohner in die Versammlung entsenden können. Die Zusammenkunft stieß europaweit auf ein breites, länderübergreifendes Medieninteresse³⁸¹ und eine am Rande des Kongresses veranstaltete proeuropäische öffentliche Kundgebung der Europäischen Bewegung wurde von rund 40.000 Teilnehmern besucht.

Konkrete Ergebnisse des Kongresses war die einige Monate später in Brüssel auf den Weg gebrachte länderübergreifende Organisation der europäischen Bewegung, die sich von nun an in einem (etwas unübersichtlich geratenen) transnationalen Zusammenschluss für die Einigung in Europa einsetzte. Zugleich gab der Kongress den entscheidenden Anstoß zur Gründung des Europarates als ersten Schritt in Richtung einer engeren innereuropäi-

378 Loth: Sozialismus und Internationalismus, S. 205. Es ist nicht ganz einsichtig, warum Niess den „Conseil“ als politisch „konservativ bis liberal“ einstuft (Die europäische Idee, S. 158), obwohl er an anderer Stelle die Beteiligung einer ganzen Reihe prominenter Funktionäre der im weiteren Sinne nicht-kommunistischen Linken unter ihren Mitgliedern vermerkt (ebd., S. 184). Sicherlich verstand sich der „Conseil“ als eine Schwesterorganisation der britischen UEM und damit nicht als proeuropäische Massenbewegung, sondern als pressure group illustrierter Politiker und herausgehobener Repräsentanten des öffentlichen Lebens, was ihm wie dem Churchill-Komitee elitäre Züge verlieh.

379 Grundlegend als Quelle: European Movement, Europe Unites. The Hague Congress and After, London 1949.

380 Die Bedeutung des Kongresses für den Aufbau eines proeuropäischen, partei- und gruppenübergreifenden Netzwerks scheint unstrittig. Auf dem Kongress lernte Konrad Adenauer mit Walter Hallstein seinen später wohl wichtigsten europapolitischen Mitstreiter kennen, wobei beide ihre Einladung wiederum dem sozialistischen Emigranten Alfred Mozer zu verdanken hatten. Den Haag wurde als Tagungsort gewählt, weil eine niederländische Großbank die Kosten für die Organisation übernommen hatte.

381 Vgl. hierzu insbes. den neueren Aufsatz von Alexander Reinfeldt: The Hague „Congress of Europe“: A Congress of the Europeans. Elites, the Public and European Unification, in: Guieu/le Dréau, Le Congrès de l'Europe, S. 287–298.

schen Zusammenarbeit sowie der damit verbundenen Schaffung einer Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten³⁸² Wichtiger noch war aber, dass die Schlussdokumente der Veranstaltung eine Reihe grundsätzlicher Erwägungen über die künftige Ausgestaltung der europäischen Einigung enthielten, auf die sich die beteiligten Akteure in der Zukunft berufen konnten.

In einem politischen Ausschuss, einem kulturellen Ausschuss sowie einem Wirtschafts- und Sozialausschuss wurden die unterschiedlichen Themen beraten und schließlich mit jeweils sehr großen Mehrheiten beschlossen – im Wirtschafts- und Sozialausschuss allerdings, wie zu zeigen sein wird, erst nach erheblichen Auseinandersetzungen zwischen einem wirtschaftsliberalen Unternehmerflügel und einer kleinen Gruppe verbissen um den Inhalt der Schlussresolution ringender Gewerkschafter.

Konsultiert man den maßgeblichen Bericht über den Ablauf der Veranstaltung, wird schnell deutlich, dass das „progressive“ Lager auf dem Kongressparkett mit zahlreichen Interventionen in Erscheinung trat; die Gewerkschaftsvertreter unter den Kongressteilnehmern meldeten sich dabei naturgemäß besonders im Wirtschafts- und Sozialausschuss zu Wort – und dies mit Nachdruck und ausführlich. Zwar glänzte in der deutschen Gruppe sowohl Schumacher-SPD wie auch die Gewerkschaftsbewegung aus Solidarität mit dem Kurs der britischen Labour-Führung durch Abstinenz und auch in der italienischen Delegation waren Vertreter des progressiven Lagers rar gesät und Gewerkschafter des Landes überhaupt nicht präsent, da zu diesem Zeitpunkt die kommunistische Mehrheit der noch vereinigten CGIL eine Beteiligung der Organisation an jedweden europäischen Einigungsprojekten ablehnte.³⁸³

Hingegen hatten sich prominente französische, belgische und niederländische Sozialisten über die Boykottaufrufe der internationalen Sozialistenkonferenz und der MSEUE hinweggesetzt. Sie bildeten, gemeinsam mit immerhin 23 von ursprünglich 40 teilnahmewilligen Vertretern der Labour Party und dem auf dem Kongress sehr präsenten Gewerkschafter und Linksozialisten Robert „Bob“ Edwards (1905-1990)³⁸⁴ sowie einer Gruppe sozial-

382 Zum Überblick von Wilfried Loth: Vor 60 Jahren: der Haager Europa-Kongress, in: *integration*, H. 2/2008, S. 179–190, vgl. auch seine ältere Darstellung, *Sozialismus und Internationalismus*, insbes. S. 209–21 sowie Niess, *Europäische Idee*, S. 181–220.

383 Vgl. hierzu Simone Paoli: *The Italian Delegation to the Hague „Congress of Europe“*, in: Guieu/le Dréau, *Le Congrès de l'Europe*, S. 211–222.

384 Edwards war zu diesem Zeitpunkt Generalsekretär der Chemical Workers' Union und zugleich Vorsitzender der Independent Labour Party.

reformerischer Christdemokraten, ein starkes Gegengewicht gegen die wirtschaftsliberalen und konservativen Anhänger eines ökonomischen „laissez faire“.

Den aktiven Kern dieses „progressiven“ Lagers bildete dabei eine prominente Riege zumeist belgischer und französischer Gewerkschafter. Erstere war mit Cool und Finet und somit mit dem Spitzenpersonal beider relevanten Gewerkschaftsrichtungen des Landes in Den Haag präsent. Und auch in der französischen Gruppe befanden sich FO-Vertreter von Rang, darunter Chevalme, Lhuillier und Mathé. Wie in der belgischen Delegation war mit den beiden CFTC-Spitzenfunktionären Tessier und Bouladoux auch die christliche Gewerkschaftsbewegung des Landes mit ihrem Führungspersonal auf dem Parkett vertreten.³⁸⁵ Innerhalb des Kongresses schälten sich, wie in der Europabewegung überhaupt, schnell zwei politische Lager heraus: Auf der einen Seite befanden sich die Föderalisten, die in einem bundesstaatlich geeinten Europa die einzige Chance für die Zukunft des Kontinents sahen und nach der Schaffung supranationaler europäischer Institutionen riefen, auf der anderen Seite die intergouvernementalistischen „Realisten“, die, verkörpert von dem auf dem Kongress allerdings sehr zurückhaltend agierenden Winston Churchill, lediglich einen Staatenbund anstrebten, in dessen Rahmen die nationalen Souveränitätsrechte im Kern unangetastet bleiben sollten. Die Gewerkschaftsvertreter unter den Kongressteilnehmern stärkten ausnahmslos das Lager der Föderalisten, die in unterschiedlicher Form zu einer Übertragung nationalstaatlicher Souveränitätsrechte auf die europäische Ebene bereit waren.

Was die ökonomische Organisation Europas anbelangte, so richteten die Gewerkschaftsvertreter – wohl auf Initiative der französischen Teilnehmer der FO, die sich nun innerhalb der FOSE zusammenschließen sollten – ihr Hauptaugenmerk auf die Idee einer europäischen Kohleunion unter Beteiligung und Mitverwaltung der Arbeiterschaft und verabschiedeten ein diesbezügliches Manifest, das bald darauf in der belgischen „Volonté“ veröffentlicht wurde.³⁸⁶

385 Vgl. Bernhard Lachaise: La délégation française au Congrès de la Haye, in: Guieu/le Dréau, Le Congrès de l'Europe à La Haye, S. 151–186.

386 Tilly: Milieux intellectuels, S. 115 f. Das „Manifeste des forces ouvrières syndicalistes européennes a la Haye, du 7 au 10 mai 1948“ wurde dann in der „Volonté“ vom 19. Juni 1948 abgedruckt. Es wurde u. a. von Rifflet, Chevalme, Lafont, Tessier, Cool und dem Briten Edwards sowie dem Holländer Jef Last unterzeichnet.

Zugleich engagierten sich die Gewerkschafter, wie bereits angesprochen, besonders im Komitee für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten.³⁸⁷ Hier gerieten sie allerdings in einen harten Gegensatz zu den wirtschaftsliberalen Adepten einer möglichst weitgehend unregulierten europäischen Marktwirtschaft, die besonders den gewerkschaftlichen Vorschlag nach einer koordinierten europäischen Investitionspolitik als einen geradezu unsittlichen Anschlag auf die Freiheit des Unternehmertums förmlich abschmetterten.³⁸⁸

Der heftigste Streit zwischen den Gewerkschaftsvertretern und den konservativ-marktliberalen Kongressteilnehmern um Lord Layton und Daniel Serruys³⁸⁹ entzündete sich jedoch nicht an der Frage der Investitionssteuerung, sondern an der Formulierung der Präambel der Schlussresolution. Denn bereits in der Diskussion über die „Teilhabe („association“) der Arbeiter an der wirtschaftlichen Entwicklung“ hatten die gewerkschaftlichen Sprecher (Lohest und Lebourre für die FGTB und die FO) eine Resolution präsentiert, in der die Notwendigkeit einer „übergreifenden ökonomischen Organisation“ („overall economic organisation“) betont wurde, aus deren Notwendigkeit als weitere gewerkschaftliche Zentralforderung abgeleitet wurde:

„The workers should therefore be associated with the development of European economy at all stages, both in individual concerns and at the co-ordinating level.“³⁹⁰

Zum einzigen wohl wirklichen Eklat auf dem insgesamt durch Konsens- und Kompromissuche geprägten Kongress kam es, als das für die Ausarbeitung der Abschlussresolution des Wirtschafts- und Sozialausschusses eingesetzte Redaktionskomitee am Folgetag einen Text präsentierte, in dem lediglich von einer Beteiligung „aller an der Produktion interessierten Gruppen“ am wirtschaftlichen Aufbau Europas die Rede war; die Arbeiter selbst wurden ebenso wenig erwähnt wie die Gewerkschaften. Nachdem die 14 Gewerk-

387 Vgl. European Mouvement: Europe Unites. The Hague Congress and After, London, 1949, S. 40–71.

388 Lhuillier schlug vergeblich vor, die Abschlussresolution mit dem Zusatz zu versehen, „that an international organization on which workers would have strong representation should be set to control investment.“ (Ebd., S. 56).

389 Layton war Abgeordneter der britischen Konservativen und ein Mitstreiter Churchills, Serruys (1875–1950) hatte sich als hoher Beamter im französischen Handelsministerium bereits in der Zwischenkriegszeit mit den europäischen Zoll- und Handelsproblemen beschäftigt und hatte nach dem Zweiten Weltkrieg die wirtschaftsliberale „Europäische Liga für wirtschaftliche Zusammenarbeit“ mitbegründet.

390 European Mouvement: Europe Unites, S. 45

schaftsvertreter die Abschlussresolution in der derart vorgelegten Form ablehnten und diese entgegen ihrem Willen mehrheitlich angenommen wurde, verließen sie unter Protest die Ausschusssitzung.³⁹¹

Offenbar kam es nun zu hektischen Konsultationen und Vermittlungsversuchen hinter den Kongresskulissen. Schlussendlich konnten sich die Gewerkschaftsvertreter nach einer nochmaligen ausführlichen Debatte der Gelegenheit in der abschließenden Plenarsitzung dann doch durchsetzen und die beanstandete Passage in ihrem Sinne abändern. Denn in der entscheidenden Passage der Wirtschafts- und Sozialresolution hieß es nun wieder:

„The exigencies of modern economic development must be reconciled with the integrity of human personality. In any economic organization such as we envisage it must be decided where the responsibility rests; and in order to avoid any tendency towards totalitarianism and to safeguard the economic independence of the individual, the workers and their representative organizations should be closely associated with the setting-up and development of the economy of United Europe.“³⁹²

Ob der Einsatz der Gewerkschaftsvertreter während des Haager Kongresses letztlich als Erfolg oder Misserfolg zu bewerten ist, ist gewiss interpretierbar. Die „Tribune“, das Organ der FOSE, beurteilte die Ergebnisse des Kongresses überraschend negativ.³⁹³ Denn Immerhin konnten die Gewerkschaftsvertreter künftig darauf verweisen, dass den „Arbeitern und ihren repräsentativen Organisationen“ die Mitbeteiligung bei der künftigen Ausgestaltung der wirtschaftlichen Einigung Europas schon in Den Haag zugesichert worden sei. Auch in der von der Haager Konferenz verabschiedeten politischen Abschlussresolution konnte sich das progressive Lager jedenfalls im Grundsatz wiederfinden. So wurden die Völker Europas bereits im ersten Punkt der Erklärung in die „dringende Pflicht“ genommen, „einen wirtschaftlichen und politischen Bund zu schaffen, um Sicherheit und sozialen Fortschritt zu gewährleisten“. Zugleich entsprach die vom Kongress im Anschluss zum Ausdruck gebrachte Auffassung,

„dass die Völker Europas nunmehr einen gewissen Teil ihrer Hoheitsrechte übertragen und unter einander verschmelzen, um so wirtschaftlich und politisch in gleicher Entwicklung ihrer gemeinsamen Hilfsquellen vorwärtzuschreiten.“³⁹⁴

391 Ebd., S. 50 f.

392 Ebd., S. 68.

393 Vgl. Roussel: *Force ouvrière et l'Europe*, S. 235.

394 *European Movement: Europe Unites*, S. 38.

Dies war nicht allzu weit von den besonders seitens der belgischen und französischen Gewerkschaftsvertreter verfochtenen supranationalen Leitvorstellungen entfernt. Eugen Kogon, der als überzeugter Föderalist von der UEF in die Versammlung entsandt worden war, kam so in seinen „Frankfurter Hefte“ zu einem recht positiven Urteil darüber, wie weit das „progressive Lager“ seine Positionen in die Kongressdebatten und -entscheidungen hatte einbringen können:

„Den beteiligten Sozialisten, Christlich-Sozialen, Syndikalisten und Fortschrittlichen gelang es, eindeutig zu verhindern, dass Churchill, dessen Bedeutung für die Einigung Europas im Übrigen von jedermann anerkannt wird, und seine meist ebenso reichen wie stockkonservativen Gefolgsleute dem Kongress ihr Gepräge geben konnten; insbesondere wird die gewonnene Plattform auch kein Ausfallglacis gegen Sowjetrußland werden, sondern ein zwischen den Weltmächten neutralisierend wirkendes Kräftefeld eigener Art und Selbstständigkeit: eben Europa, weder Vorposten von Atlantis noch Anhängsel von Eurasien.“³⁹⁵

3.5 Der weitere Weg der Europabewegung und die Gewerkschaften

Auf den weiteren Konferenzen der Europabewegung gelang es den Gewerkschaften dann – nun unterstützt von den Europasozialisten der MSEUE – einige ihrer wesentlichen Zielvorstellung im Ideenkanon der Europabewegung fester zu verankern.³⁹⁶ Auf der Wirtschaftskonferenz der Europäischen Bewegung in Westminster war der kombinierte Einfluss der anwesenden Sozialisten und Gewerkschafter, darunter Ludwig Rosenberg und André Philip, unübersehbar.³⁹⁷ Die Konferenz empfahl wie schon in Den Haag einmal mehr grundsätzlich die schrittweise Abschaffung der innereuropäischen

395 Vgl. Eugen Kogon: Der Haager Europäische Kongreß, in: Frankfurter Hefte, Juni 1948, Nr. 6, S.481–483.

396 Zur Europäischen Bewegung in Deutschland vgl. Alan Hick: Die europäische Bewegung, in: W. Loth, Die Anfänge der europäischen Integration 1945–1950, Bonn 1990, S. 237–244; sowie jetzt Jürgen Mittag: Die Europäische Bewegung in Deutschland (1949–2009), in: Bitzegeio/Kruke/Woyke, Solidargemeinschaft und Erinnerungskultur im 20. Jahrhundert, Bonn 2009, S. 149–188; Mittag betont die bedeutende Rolle der DGB-Gewerkschaften im Deutschen Rat der Europäischen Bewegung, dessen Exekutivbüro Ludwig Rosenberg angehörte (vgl. ebd., S. 163 f.).

397 Zum Verlauf und den Ergebnissen der Westminster-Konferenz vgl. Werner Bührer: Ruhrstahl und Europa. Die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und die Anfänge der europäischen Integration 1945–1952, München 1986, S. 160 f.

Zollschranken, die Freiheit des Zahlungsverkehrs und mittelfristig die Arbeitnehmerfreizügigkeit sowie eine Art gemischter Marktwirtschaft, in denen auch die öffentliche Kontrolle über wichtige Wirtschaftszweige möglich sein sollte. Als neues Element wurde nun zudem die Etablierung einer europäischen Regierungskörperschaft zur Verwaltung der europäischen Schlüsselindustrien (Kohle, Eisen und Stahl, Elektrizität und Transport) als notwendig erachtet – zu denen nun auch die Definition der allgemeinen Investitionspolitik in den betroffenen Industriezweigen zählen sollte:

“A European governmental body which would have as its function the definition of general policies in the industry concerned, in particular the policies concerned with investment, volume of production, and prices, in order that it shall always be in line with the general policy and with the economic and social aims of a European Union.”³⁹⁸

Diesem „governmental body“ sei eine „Beratende Körperschaft“ („consultative body“) zur Seite zu stellen, in der Vertreter der Unternehmer, der Beschäftigten und „Repräsentanten des öffentlichen Interesses“ sich zusammenfinden sollten. Zusätzlich schlug die Konferenz vor, dass auch die Beratende Versammlung des Europarats eingeladen werden sollte, auf ihrer ersten Sitzung einen „Wirtschafts- und Sozialausschuss“ („Economic and Social Council“) zu etablieren. Dieser Wirtschafts- und Sozialausschuss (WSA) sollte eine gleiche Zahl von Vertretern der Unternehmer wie der Arbeitnehmer umfassen sowie drittens von der „Beratenden Versammlung“ auszuwählende Fachleute, deren Anteil im WSA auf maximal ein Drittel begrenzt sein sollte. Zu seinen Aufgaben sollte es u. a. gehören,

„make proposals for improving production and distribution, for facilitating the movement of labour, for the maintenance of full employment, for promoting good industrial relations, for the raising of standards of living and of working conditions, and for bringing about a growing uniformity of economic practice between the nations, as for example in connection with the transferability of rights to social services.“³⁹⁹

Die Vorschläge des Ausschusses sollten publiziert und der Beratenden Versammlung vorgelegt werden; zur Erledigung seiner Arbeit sei ihm ein angemessen ausgestattetes Sekretariat zur Verfügung zu stellen. Auf der folgenden

398 Die Resolutionen finden sich im Internetportal des CVCE: www.cvce.eu/obj/politische_resolution_des_kongresses_von_den_haag_7_10_mai_1948-de-15869906-97dd-4c54-ad85-a19f2115728b.html (hier: S. 6; Quelle: European Movement, European Economic Conference of Westminster, April 20th–25th 1949. Resolutions, Brüssel 1949.

399 Ebenda.

„Sozialkonferenz“ der Europabewegung, die vom 3. bis zum 8. Juli 1950 in Rom stattfanden, wurden die sozialen Ziele, die während des europäischen Einigungsprozesses zu beachten seien und für die sich die beteiligten Gewerkschaftsvertreter mit Nachdruck eingesetzt hatten, noch einmal präzisiert.

Die vom Haager Kongress angestoßene und während der Westminster-Konferenz unmittelbar bevorstehende Gründung der Europarats erwies sich in den Augen überzeugter Integrationsbefürworter in der Realität allerdings schon nach den ersten Sitzungen der Beratenden Versammlung als Sackgasse.⁴⁰⁰ Auf die weit hinter ihren Vorstellungen zurückbleibende Ausgestaltung der neuen Organisation hatten die Gewerkschaften keinerlei Einfluss nehmen können.⁴⁰¹ Mit seiner „Beratenden Versammlung“ (später: Parlamentarische Versammlung) wies der Europarat zwar erstmals eine internationale Organisation in Europa eine parlamentarische Komponente auf. Ihre Funktion ging aber nicht über den eines Forums der Beratung und des Meinungsaustauschs hinaus. Allein entscheidend war und ist das einstimmig beschließende Ministerkomitee.

Auch die Europabewegung selbst verlor im weiteren Verlauf der 1950er Jahre erkennbar an Schwungkraft und öffentlicher Aufmerksamkeit. Ohne

400 Als Antwort auf die seitens des Haager Kongresses geforderten Einigungsprobleme konkretisierten in der zweiten Jahreshälfte 1948 die Mitglieder des im März 1948 gegründeten Brüsseler Paktes (einem Sicherheitsbündnis zwischen Großbritannien, Frankreich und den Benelux-Staaten) ihre Pläne zur Integration Europas. In einem nun eingesetzten „Studienkomitee“ lagen die Ansichten und Interessen der beteiligten Staaten allerdings weit auseinander. Strittig war besonders die Frage der Etablierung einer europäischen parlamentarischen Versammlung, die von Großbritannien abgelehnt, von den übrigen Mitgliedern aber befürwortet wurde. Als Kompromiss beschloss der Konsultativrat des Brüsseler Paktes schließlich die Schaffung eines europäischen Ministerrats und einer Beratenden Versammlung im Rahmen eines Europarats, ohne die Versammlung allerdings mit nennenswerten, gar supranationalen, Kompetenzen auszustatten. Endgültig ausgearbeitet wurde die Satzung des Europarats dann von einer Botschafterkonferenz, an der neben den fünf Mitgliedern des Brüsseler Pakts mit Dänemark, Norwegen, Schweden, Irland und Italien die späteren zehn Gründungsmitglieder des Europarats vertreten waren. Ihre Beratungen mündeten dann im „Londoner Vertrag“, der am 5. Mai 1949 unterzeichnet wurde und am 3. August 1949 in Kraft trat. Obwohl sich der Europarat besonders durch seinen Einsatz für Menschenrechte, rechtsstaatliche Prinzipien und demokratische Grundrechte gewiss schon bald beachtliche Verdienste erwarb (Unterzeichnung der Europäischen Menschenrechtskonvention und Etablierung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte schon am 4. November 1950), führte seine Gründung aufseiten der Integrationsbefürworter angesichts der aus ihrer Sicht unbefriedigenden, letztlich traditionell-zwischenstaatlichen Lösung zu großer Enttäuschung (vgl. hierzu exemplarisch Klaus Brummer, *Der Europarat, Eine Einführung*, Wiesbaden 2008, S. 23).

401 In der die Europarat-Gründung vorbereitenden Studienkommission war der von der niederländischen Delegation entsandte Serrarens der einzige Gewerkschaftsvertreter. Er leitete den Ausschuss für soziale Angelegenheiten, vgl. Patrick Pasture: *The Fist of the Dwarf. Christian Trade Unions as a European Pressure Group (1945–1958)*, in: JEIH, Heft 2, Bd. 1 (1995), S. 5–26, hier: S. 9.

sie jedoch, so das sich mittlerweile verfestigende Urteil der historischen Forschung, hätte es die mit dem Schuman-Plan beginnende supranationale europäische Einigung nicht gegeben.⁴⁰²

3.6 Jean Monnets „Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa“ und die Gewerkschaftsbewegung

Als nach der – weiter unten behandelten – Gründung der EGKS verschiedene Pläne für eine Ausdehnung der Befugnisse der Hohen Behörde im Sande verliefen und nachdem dann nach jahrelangen Regierungsverhandlungen das Projekt einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) und damit auch die Hoffnungen auf eine Europäische Politische Gemeinschaft am 30. August 1954 am Widerstand der französischen Nationalversammlung gescheitert war, trat am 13. Oktober 1955 mit dem auf Initiative Jean Monnets gegründeten „Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa“ ein neuer außerstaatlicher Akteur auf den Plan, um dem europäischen Einigungsprozess „von Außen“ neue Impulse geben zu können. Die Persönlichkeit Monnets, der zuvor eine Wiederwahl zum Präsidenten der Hohen Behörde abgelehnt hatte, spielte dabei ohne Zweifel eine kaum zu überschätzende Rolle.

Ihm gelang es, im „Aktionskomitee“ die Vorsitzenden der christlich-demokratischen, liberalen und sozialistischen politischen Parteien einerseits, die Hauptverantwortlichen der nichtkommunistischen Gewerkschaften andererseits im seit Gründung der Montanunion nun real bestehenden „Europas der Sechs“ zusammenzubringen. Dabei war bereits die erfolgreiche Gründung allein, wie Monnet selbst in seinen Memoiren zu Protokoll gab,⁴⁰³ unter

402 Vgl. hierzu Jürgen Mittag: Mythos oder Realität? Demokratische Legitimität und die Formierung der europäischen Zivilgesellschaft seit 1945, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen, 31/2004, S. 133–156, hier: S. 197.

403 Vgl. Monnet: Erinnerungen, S. 515. Monnet beschreibt hier, wie in den letzten Tagen des Jahres 1954 in Luxemburg Walter Freitag, Heinrich Imig und Heinrich Sträter (von 1950–1958 Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der IG Metall, später 1958–1961 Mitglied des Europäischen Parlaments) von sich aus an ihn herantraten, um ihm ihre unkonditionierte Unterstützung bei seinen weiteren Bemühungen um die weitere europäische Integration zuzusichern. Monnet fügt an, dass er sich von der Allianz mit den Gewerkschaften auch ein Umdenken bei der SPD erhoffte. Erwähnt sei an dieser Stelle, dass im Vorjahr bereits Heinz Potthoff – mittlerweile neben Finet der zweite gewerkschaftliche Vertreter innerhalb der Hohen Behörde – Ollenhauer und Wehner bei einem aus seiner Sicht „historischen Mittagessen“ im Straßburger Hotel Maison Rouge miteinander bekannt gemacht hatte (vgl. Potthoff, Zwischen Schlosserlehre und Europapolitik, S. 137).

tätiger Mithilfe und überhaupt erst durch den Anstoß führender (in diesem Fall: westdeutscher) Gewerkschafter zustande gekommen.⁴⁰⁴ Die Finanzierung des Unternehmens wurde ebenfalls zur Hälfte von den Gewerkschaften übernommen.⁴⁰⁵

Das Komitee Monnets zielte darauf ab, eine Parteien- und Gewerkschaftsfront zu bilden, die auf politischer Ebene das europäische Vorgehen auf technischer und diplomatischer Ebene unterstützte. Dies sollte durch die direkte Einwirkung auf die nationalen Regierungen und Parlamente geschehen. Besonders für die sogenannte „*rélanche européenne*“ in der Mitte der 1950er Jahre und für die problemlose Ratifizierung der Römischen Verträge und damit der Gründung der EWG und Euratom wird dem Komitee in der historischen Forschung seit geraumer Zeit eine wichtige Rolle zugeschrieben.⁴⁰⁶

Gleich zu Beginn war es Monnets „größter Erfolg [...], dass es ihm in Bonn mithilfe des integrationsfreundlichen DGB Walter Freitags gelang, am 25. Juli 1955 die Zustimmung der inzwischen von Erich Ollenhauer und Herbert Wehner geführten SPD zum Projekt der Atomgemeinschaft und grundsätzlich zum weiteren Ausbau der Europäischen Gemeinschaft zu gewinnen und mit dieser historischen Wende in der außen- und deutschlandpolitischen Orientierung der Sozialdemokratie dem europäischen Projekt in Deutschland für die Zukunft eine breite parteiübergreifende Basis zu verschaffen.“⁴⁰⁷

Ob diese gewerkschaftliche Hilfe allein mit dem Namen Freitags zu verbinden ist, sei an dieser Stelle dahin gestellt. Zu den 35 Gründungsmitgliedern des Komitees Monnets zählten nicht weniger als 14 Gewerkschaftsver-

404 Vgl. Hierzu generell Antonio Varsori: Jean Monnet et il Comitato d'Azione per gli Stati Uniti d'Europa dalla origini ai Trattati di Roma, in: Andrea Ciampiani (Hg.), *L'altra via per l'Europa. Forze sociali e organizzazione degli interessi nell'integrazione europea (1947–1957)*, Mailand 1995, S. 139–170 sowie Pasture, *Trade Union as a transnational movement in the European Space*, S. 115 und Köpper, *Gewerkschaften und Außenpolitik*, S. 171 f.

405 Die andere Hälfte kam von den politischen Parteien. Zur Finanzierung vgl. den Bericht Ludwig Rosenbergs über das Aktionskomitee Monnets im DGB-Bundesvorstand, in: Bd. 11: *Der Deutsche Gewerkschaftsbund 1949–1956*, bearb. von Josef Kaiser, Köln 1996, S. 863 f.

406 Vgl. hierzu an erster Stelle die in Bezug auf die Gründung der EWG nach wie vor als Standardwerk anzusehende Untersuchung von Küsters, *Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft*, insbes. S. 228–231; unter den neueren Darstellungen vgl. exemplarisch; Wilfried Loth, *Europas Einigung. Eine unvollendete Geschichte*, Frankfurt am Main 2014, S. 56–74.

407 Knipping, Rom, 25. März 1957, S. 90; zum Einfluss des Monnet-Komitees auf die Europapolitik der SPD vgl. insbes. Patrick Bredebach, *Europa als politisches Konkurrenzthema zwischen christdemokratischen und sozialdemokratischen Parteien in Italien und Deutschland zwischen 1945 und dem Beginn der 60er Jahre*, Diss., Frankfurt am Main 2012, S. 266 ff.

treter, die in ihren Heimatorganisationen allesamt hohe und höchste Posten bekleideten. Zu nennen sind Robert Botherau und Georges Bouladoux, die Generalsekretäre der FO und der CFTC, August Cool, André Renard, der Generalsekretär des wallonischen Verbandes innerhalb des freigewerkschaftlichen belgischen Gewerkschaftsbundes FGTB, sein Luxemburger Kollege Antoine Krier, Hendrik Oosterhuis, Präsident des (ebenfalls freigewerkschaftlichen) NVV, Giulio Pastore, der Generalsekretär der CISL und von deutscher Seite neben Walter Freitag, dem Vorsitzenden des DGB auch Heinrich Imig, derjenige der Bergarbeitergewerkschaft und Ludwig Rosenberg.⁴⁰⁸ Auch acht Jahre später – 1963 – las sich das Verzeichnis der Arbeitnehmervertreter des Monnet-Komitees nach wie vor wie ein Auszug aus einem Personenlexikon des Spitzenpersonals der nichtkommunistischen Gewerkschaften im mittlerweile konsolidierten Europa der Sechs.⁴⁰⁹

Auf deutscher Seite entwickelte sich besonders Rosenberg zu einem der wichtigsten Unterstützer des Franzosen, dessen Komitee er bis zu seiner Auflösung im Jahr 1975 angehörte. Nachdem die Verträge zum Gemeinsamen Markt und zu Euratom 1958 institutionelle Wirklichkeit geworden waren, widmete sich das Komitee „in den weiteren Jahren besonders der schrittweisen Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion, der Vergemeinschaftung der Währungsreserven, der Erhöhung der Mittel des Sozialfonds und dem Beitritt Großbritanniens.“⁴¹⁰ Frank Ahland hat in seiner akribischen Biografie über den späteren DGB-Vorsitzenden Ludwig Rosenberg jüngst detailliert herausgearbeitet, in welchem hohem Ausmaße sein Protagonist und die übrigen gewerkschaftlichen Vertreter im Monnet-Komitee das von der EWG-Kommission unter Walter Hallstein nach 1958 eingeschlagene hohe Tempo der europäischen Wirtschaftsintegration politisch flankierten.⁴¹¹

408 Vgl. Jean-Marie Pernot: *Le syndicalisme français et la construction de l'Europe*, S. 27 sowie Bernard Lefort, (Hrsg.), *Une Europe inédite: Documents des Archives Jean Monnet*, Villeneuve d'Ascq 2001, S. 209. Weitere Gründungsmitglieder waren u. a. Walter Hallstein und Guy Mollet.

409 In diesem Jahr gehörten Botherau, Dalla Chiesa, Bruno Storti, Otto Brenner, Heinrich Guthermut (der Nachfolger Imigs als Vorsitzender der IG Bergbau), Heinrich Tacke und Ludwig Rosenberg, Krier, Louis Major (der Generalsekretär des belgischen Gewerkschaftsbundes und spätere Vorsitzende des WSA) sowie Dirk Roermers dem Komitee an, vgl. DGB, Bundesvorstand, (Hg.): *Vereinigte Staaten von Europa – Partner der freien Welt*, Düsseldorf 1963, S. 4 (Rede Jean Monnets auf der Großkundgebung der freien Gewerkschaften der EWG-Länder am 6. Juli 1963 in Dortmund).

410 Ahland, Rosenberg, S. 171.

411 Ebd., insbes. S. 162–171.

4 EUROPÄISCHE GEWERKSCHAFTSPOLITIK IN DER PRAXIS UND DER BEGINN ORGANISierter ZWISCHENGEWERKSCHAFTLICHER KOOPERATION AUF EUROPÄISCHER EBENE NACH 1945: MARSHALL-PLAN, RUHRSTATUT UND DIE „INTERSYNDICALE DE LA RUHR“

Konkret wurde die Frage eines einheitlichen europäischen Wirtschaftsraums in der frühen Nachkriegszeit erstmals durch den Marshall-Plan politisch virulent. Die divergierenden innergewerkschaftlichen Auffassungen zwischen kommunistischen und nichtkommunistischen Gewerkschaftern zu dem amerikanischen Wiederaufbauprogramm verursachten in Deutschland den endgültigen Abbruch zonenübergreifender gewerkschaftlicher Zusammenarbeit im Rahmen der Interzonenkonferenzen und besiegelten in Frankreich die (neuerliche) Aufspaltung der CGT in einen orthodox-parteilinken Flügel einerseits und einen sozialreformerisch-sozialistischen Flügel andererseits. In Italien gaben sie einen starken Impuls für das endgültige Auseinanderbrechen der CGIL und auf internationaler Ebene versetzten sie dem ohnehin zunehmend prekären Einheitsexperiment des Weltgewerkschaftsbundes endgültig den Todesstoß.

4.1 Die Anfänge internationaler zwischengewerkschaftlicher Zusammenarbeit auf europäischer Ebene im „Gewerkschaftlichen Beratungsausschusses für den europäischen Hilfsplan“

Der Plan des amerikanischen Außenministers zwang die nichtkommunistischen Gewerkschaften erstmals nach Kriegsende, ihre europapolitischen Forderungen auch in der Praxis aufeinander abzustimmen und eine ständige organisatorische Verbindung zwischen der organisierten Arbeiterschaft der am Wiederaufbauplan beteiligten Länder zu etablieren. Aufbauend auf bereits zuvor etwa, aber nicht allein, im Rahmen der Benelux-Union etablierter zwischengewerkschaftlicher Kontakte und Konsultationen fand auf Initiative des britischen TUC, der belgischen FGTB und des niederländischen NVV im März 1948 eine erste Marshall-Plankonferenz der Arbeitnehmerorganisatio-

nen derjenigen Länder statt, die sich am European Recovery Program (ERP) beteiligten (bzw. beteiligen konnten).⁴¹²

Hier betraten erstmals auch Vertreter der Gewerkschaften der drei westdeutschen Besatzungszonen wieder die Bühne eines internationalen Gewerkschaftskongresses, unter ihnen Hans Böckler. Überhaupt umfasste die Teilnehmerliste zahlreiche gewerkschaftliche Spitzenvertreter Westeuropas.⁴¹³ Besonders unter den deutschen Vertretern vorhandene Bedenken,⁴¹⁴ die Annahme der Marshall-Planhilfe könnte die gerade von den westdeutschen Gewerkschaften anvisierten Verstaatlichungs- und wirtschaftlichen Mitbestimmungspläne unterlaufen, konnten von den auf den ersten internationalen und europäischen Kongressen der Gewerkschaften von Beginn an allgegenwärtigen Vertretern der amerikanischen Gewerkschaftsorganisationen und durch offizielle US-Dokumente offenbar weitestgehend ausgeräumt werden.⁴¹⁵

Stattdessen interpretierten die beteiligten Gewerkschaftsvertreter den Marshall-Plan als eine erste Möglichkeit, die Wirtschaft einer großen Anzahl von Staaten planmäßig aufeinander abzustimmen und zu lenken. Ludwig Rosenberg – dessen Wort als maßgeblicher außenpolitischer Experte des DGB und angesehener europapolitischer Vordenker und Aktivist in den internationalen Strukturen der Gewerkschaftsbewegung nun zunehmend an Gewicht gewann – unterstrich dies in der DGB-Funktionärszeitung kurze Zeit nach Anlaufen des Plans folgendermaßen:

412 Vertreten waren freie und christliche Gewerkschaften aus 16 Ländern. Zu den etwas später anzuschließenden bilateralen Kontakten der westzonalen Gewerkschaften bzw. des DGB vgl. Lauschke: Böckler, S. 272 f.

413 Vgl. hierzu insbes. Grosbois: *L'attitude des syndicats socialistes*, S. 345 ff. Anwesend waren u. a. Louis Major (FGBT) und August Cool (CIC) für Belgien, Jean Fohrmann (CGTL/LAV) für Luxemburg, die Niederländer Kuipers (NVV) und Serrarens (KAB bzw. IBCG),

414 Die Haltung der westdeutschen Gewerkschaften zum Marshall-Plan war keineswegs einheitlich. Per saldo war „eine generelle Zustimmung mit abgestuften Einschränkungen und salvatorischen Klauseln der Grundtenor fast aller entsprechender Beschlüsse der Gewerkschaftsführungen“, so das immer noch zutreffende Urteil von Ulrich Borsdorf, In Kauf genommen. Der Marshall-Plan und die Zweiteilung der Einheitengewerkschaft in Deutschland, in: Haberl/Niethammer, *Der Marshall-Plan und die europäische Linke*, S. 194–211, hier: S. 204. Zur Haltung der westdeutschen Gewerkschaften zum Marshall-Plan insgesamt vgl. Köpper, *Gewerkschaften und Außenpolitik*, S. 32 ff.

415 Köpper, ebd., 37. Zur Debatte um den Gewerkschaftsplan innerhalb des DGB und den von einer Minderheit um Viktor Agartz vorgebrachten Argumenten gegen den Beitritt der deutschen Westzonen vgl. die ausführliche Dokumentation in: Quellen, Bd. 7: *Gewerkschaften in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft 1945–1949*, bearb. Von Siegfried Mielke und Peter Rütters unter Mitarbeit von Michael Becker, Köln 1991, S. 1057–1079.

„Es ist eine der seltsamen Widersprüche der Geschichte, dass ein hochkapitalistisches Amerika die Völker Europas immer wieder daran erinnern muss, dass nur gemeinsame Planung und Lenkung ihrer Wirtschaft den Weg aus dem Chaos weist und ein krampfhaftes Beharren auf oft praktisch nicht mehr wirksamen Souveränitätsansprüchen den Gegebenheiten unserer Zeit widerspricht.“⁴¹⁶

Insgesamt korrespondierte die Grundidee des Marshall-Plans mit den in unterschiedlichen Zusammenhängen und von diversen Akteuren in der jüngsten Vergangenheit (mit-) entwickelten europäischen Einigungsplänen. Die in London versammelten Gewerkschaftsvertreter erklärten sich vor diesem einheitlichen ideologischen Hintergrund einhellig „entschieden für die Unterstützung des Hilfsplans.“⁴¹⁷ Zugleich gründeten die Delegierten ein „gemischtes“ internationales Gewerkschaftskomitee in Form eines „Gewerkschaftlichen Beratungsausschusses für den europäischen Hilfsplan“, um ihre Haltung zur Marshall-Planhilfe zu koordinieren und zu dessen Präsidenten der NVV-Generalsekretär Kupers gewählt wurde. „Gemischt“ war es deshalb, weil es auch einige dem IBCG angeschlossene christlichen Organisationen umfasste, ehe sich diese 1953 aus dem Verbund zurückzogen und der IBCG seine eigene Gruppierung für die OEEC gründete.⁴¹⁸

Bald nachdem die infolge des Marshallplans geschaffene Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) in Paris ihre Arbeit aufgenommen hatte, gelang es – nach Verhandlungen zwischen Kupers und OEEC-Generalsekretär Robert Marjolin⁴¹⁹ – den Beratungsausschuss unter dem bis heute gebräuchlichen Namen „Trade Union Advisory Committee“ (TUAC) als offizielles gewerkschaftliches Konsultativorgan bei der OEEC zu etablieren. In Paris wurde ein Verbindungsbüro des TUAC angesiedelt, das zunächst von Walter Schevenels⁴²⁰ geleitet wurde.

416 Ludwig Rosenberg: Gewerkschaften und ERP, in: Der BUND, Nr. 20 vom 24. September 1949, S. 9. Die Passage findet sich ebenfalls bei Köpper, Gewerkschaften und Außenpolitik, S. 43.

417 Erklärung der internationalen Gewerkschaftskonferenz Europäischer Hilfsplan: Der europäische Hilfsplan und die Gewerkschaften, abgedruckt in: ebd., S. 1063–1065.

418 Zur Haltung des IBCG zum Marshallplan vgl. Pasture: Histoire, S. 242 ff.

419 Zu dem späteren EWG-Kommissar vgl. unten, S. xi. Zur Anerkennung des TUAC als Beratungsorgan der OEEC vgl. Grosbois: L'attitude des syndicats socialistes, insbes. S. 352 f.

420 Auch Schevenels zählte zu jener Riege gewerkschaftlicher Repräsentanten, die ihre politisch-ideologische Prägung während der Zwischenkriegszeit erfahren hatten. Ursprünglich im freigewerkschaftlichen belgischen Metallarbeiterverband aktiv, war er 1929 zum Generalsekretär des IGB gewählt worden. 1945 übernahm er im WGB das Amt des stellvertretenden Generalsekretärs, nach Gründung des IBFG wurde er schließlich Generalsekretär des Europäischen Regionalorganisation (zu Schevenels vgl. allgemein van Goethem: The Amsterdam International).

Die Londoner Konferenz, der eine Reihe weiterer Versammlungen folgten, markiert so den Beginn der organisierten zwischengewerkschaftlichen Zusammenarbeit auf der Ebene des „Westens“. Die Gründung des IBFG – die dann im November 1949 ebenfalls in London folgen sollte – wurde hier in der Praxis vorweggenommen.

Mit dem „Beratungsausschuss“ bzw. TUAC und seinem Pariser Büro entstand erstmals nach Kriegsende ein Forum des regelmäßigen Austausches hochkarätiger Repräsentanten der demokratischen (west-)europäischen Gewerkschaften untereinander (unter Beteiligung der Amerikaner).⁴²¹ Im Rahmen des Marshall-Plans flossen von 1948–1952 insgesamt rund 12,4 Milliarden US-Dollar in 16 europäische Länder, zumeist in Form direkter Zuschüsse unter der Bedingung, mit diesen US-amerikanischen Waren zu kaufen, zu einem geringeren Teil als Kredit. Zweifellos gab der Marshall-Plan – hier sind sich die Wirtschaftshistoriker ausnahmsweise verhältnismäßig einig – der wirtschaftlichen Erholung der geförderten Staaten in der frühen Nachkriegszeit einen wichtigen Impuls.⁴²² Schon aus der zeitgenössischen Sicht der nichtkommunistischen Gewerkschaften wurde das ERP dabei äußerst günstig beurteilt und als erster Baustein innereuropäischer Wirtschaftskooperation angesehen. Auf der dritten Konferenz der ERP-Gewerkschaften, die vom 18. bis 20. April 1950 in Rom stattfand, hieß es in einer „Erklärung der ERP-Gewerkschaftsorganisationen über den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas“⁴²³ jedenfalls unzweideutig:

421 Welche Bedeutung besonders die europäischen Gewerkschaften dem European Recovery Program beimaßen, zeigt schon die Teilnehmerliste des Gewerkschaftlichen Beratungsausschusses für den Europäischen Hilfsplan. An seiner Berner Sitzung vom 9. Januar 1949 beispielsweise waren die folgenden stimmberechtigten Delegierten anwesend: Evert Kupers, Präsident des Holländischen Gewerkschaftsbundes als Vertreter der Benelux-Länder, Ausschusspräsident; Vincent Tewson, Generalsekretär des Britischen Gewerkschaftsbundes und Sekretär des Ausschusses; Arthur Deakin, Generalsekretär des Britischen Transportarbeiterverbandes, James B. Carey als Sekretär-Kassierer, Vertreter des CIO, Irving Brown, Vertreter der AFL in Europa und im Beratungsausschuss; Konrad Nordahl, Sekretär des Norwegischen Gewerkschaftsbundes, Vertreter der skandinavischen Länder; Giulio Pastore, Generalsekretär des freien Italienischen Gewerkschaftsbundes; Leon Jouhaux, Präsident der französischen CGT — Force ouvrière; Ludwig Rosenberg, damals noch volkswirtschaftlicher Mitarbeiter der Gewerkschaften der Bi-Zone, Gaston Tessier als Vertreter der christlichen Gewerkschaften, und Giacomo Bernasconi, Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Alle Angaben nach: Giacomo Bernasconi, Die Berner Sitzung des Gewerkschaftlichen Beratungsausschusses für den Europäischen Hilfsplan, in: Gewerkschaftliche Rundschau: Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Bd. 41 (1949), S. 49–51.

422 Zum Forschungsstand vgl. Albrecht Ritschl: The Marshall Plan, 1948–1951, in: EH.Net Encyclopedia, edited by Robert Whaples, February 10, 2008, <http://eh.net/?s=marshall-plan>.

423 Abgedruckt in: Giacomo Bernasconi, Gewerkschaften und Marshall-Plan, in: Gewerkschaftliche Rundschau, Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Bd. 42 (1950), S. 163–167.

„Die Konferenz anerkennt mit tiefer Genugtuung, dass die Ergebnisse des Europäischen Wiederaufbau-Programms während der vergangenen zwei Jahre beachtenswert gewesen sind und betrachtet es als unerlässlich, das ERP weiterzuführen.“⁴²⁴

Zugleich forderte der Kongress weitere Anstrengungen zur nicht allein ökonomischen Integration Europas und betonten die „Wichtigkeit der europäischen Einheit“, ohne die für „Probleme wie die Koordinierung der Investitionen, Liberalisierung des Handels, Gründung einer Europäischen Zahlungs-Union und Bewegungsfreiheit der Arbeitskräfte“ keine „vollkommene und zufriedenstellende Lösung“ gefunden werden könne.⁴²⁵ Besonderer Wert wurde dabei auch an dieser Stelle auf eine europaweite „Koordinierung der Investitionen“ gelegt, für die nicht weniger als einen Transfer von nationalen Souveränitätsrechten erforderlich sei:

„Die Liberalisierung des Handels- und Zahlungsverkehrs, vorausgesetzt, dass sie mit nationalen und internationalen Maßnahmen zur Erhaltung der Vollbeschäftigung verbunden ist, kann zur besten Verteilung des vorhandenen Kapitals beitragen. Dessen ungeachtet wird auch die direkte Koordinierung der Investitionen durch Regierungen oder ihnen verantwortliche Institutionen als Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung notwendig sein. Eine derartige Koordinierung, wie alle auf die Harmonisierung der Wirtschaftsprogramme ausgerichteten Schritte, bedeutet, dass die betreffenden Länder einen Teil ihrer Souveränität werden aufgeben müssen. Während anzunehmen ist, dass die Koordinierung der Produktion und Investitionen auf europäischem Plan nicht vollständig und unverzüglich durchgeführt werden kann, ist es denkbar, dass eine solche Koordinierung in einer Reihe von Schlüsselindustrien, wie Elektrizität, Stahl, Kohle, Textilien, Düngemittel u. a. m., leichter erreicht werden kann.“⁴²⁶

Dass sich auch die Vertreter des britischen TUC zu solch weitgehenden Forderungen hinreißen ließen, erklärt sich vermutlich daraus, dass sie das Vereinigte Königreich nicht zu den von den zu ergreifenden Maßnahmen „betroffenen Staaten“ zählten.⁴²⁷

424 Ebd., S. 163.

425 Ebd., S. 167.

426 Ebd., S. 165.

427 Ernest Bevin, die zentrale Führungspersonlichkeit der britischen Arbeiterbewegung und damalige Außenminister, hatte auf dem TUC-Kongress im August 1947 seine dezidierte Zustimmung zum Marshall-Plan u. a. damit begründet, dass Großbritannien „weder in der Lage [sei], die Besatzungskosten zu

4.2 Das Ruhrstatut und die „Intersyndicale de la Ruhr“

Nicht allein der Marshall-Plan stellte die Gewerkschaften in den ersten Nachkriegsjahren in ihrer konkreten Politik vor die Aufgabe internationaler Kooperation. Vor dem Hintergrund der teils konträren und wiederholt modifizierten Deutschlandpläne der Alliierten kam es nun zu ersten bilateralen Kontakten zwischen den gewerkschaftlichen Dachverbänden. Für den DGB um Hans Böckler stand dabei zunächst der Versuch weit oben auf der politischen Prioritätenliste, die umfangreichen alliierten Demontagepläne durch das vermittelnde Einwirken US-amerikanischer und westeuropäischer Gewerkschaften auf ihre jeweiligen Regierungen wenn nicht zu verhindern, so doch abzumildern.⁴²⁸

Einen entscheidenden Schub bekamen die zwischengewerkschaftlichen Kooperationsbemühungen, als am 28. Dezember 1948 die Regierungen Belgiens, Frankreichs, Luxemburgs, der Niederlande, des Vereinigten Königreichs und der USA das Londoner Deutschland-Kommuniqué mit dem Entwurf eines Abkommens über die Errichtung einer Internationalen Ruhrbehörde veröffentlicht hatten. Mit der schließlich am 28. April verabschiedeten Übereinkunft über die Errichtung der Internationalen Ruhrbehörde – die bald darauf in Düsseldorf ihre Arbeit aufnehmen sollte – wurde die gesamte Kohle-, Koks- und Stahlproduktion des Ruhrgebiets – zunächst ohne jegliche unmittelbare deutsche Beteiligung – dem Kontrollregime der sechs Signatarstaaten unterstellt, um sie einerseits dem europäischen Wiederaufbau nutzbar zu machen und um zudem die alliierten Sicherheitsinteressen durch die Kontrolle der deutschen „Waffenschmiede“ zu befriedigen.

Innerhalb des DGB waren die Londoner Kontrollpläne zunächst mit großem Missfallen, teils mit Entrüstung aufgenommen worden. Mancher, wie der IG Chemie-Papier-Keramik-Vorsitzende Wilhelm Gefeller, verdammt sie gar als eine „Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln“⁴²⁹ Trotz teils tief sitzender Empörung über das geplante Statut gelang es den westdeutschen Gewerkschaften, anders als den Sozialdemokraten, der zunächst ohne deutsche Beteiligung geplanten neuen Behörde schließlich jedoch mit positiver Kritik zu begegnen. In einer von Viktor Agartz, Heinrich Deist und Erich

tragen noch die deutsche Bevölkerung zu ernähren“ (Borsdorf, In Kauf genommen, S. 207). In der Folgezeit demonstrierte das britische Beispiel, dass sich die Annahme der Marshall-Planhilfe und umfangreiche Sozialisierungen keineswegs ausschlossen.

428 Vgl. Lauschte, Hans Böckler, S. 265 ff.

429 Vgl. ebd., S. 267, zitiert nach: Stellungnahme der Gewerkschaften zum Ruhrstatut vom 7. Januar 1949, in: Quellen, Bd. 7, S. 963–967, hier: S. 964, Anm. 3.

Potthoff formulierten Stellungnahme des DGB zum Ruhrstatut wurde zwar deutlich kritisiert, dass die Bestimmungen des Ruhrstatuts „eine einseitige Oberherrschaft von sechs Siegerstaaten begründen und eine am Ausgang des letzten Jahrhunderts beliebte Politik der offenen Tür anwenden [...]“⁴³⁰, zugleich unterstrich die Stellungnahme jedoch einmal mehr die gewerkschaftliche Auffassung, dass „der europäische Wirtschaftsraum nur gesunden kann, wenn die europäischen Staaten sich von nationalstaatlicher Beschränkung freihalten und die europäischen Wirtschaftsfragen nach europäischen Gesichtspunkten regeln.“⁴³¹ Vorgeschlagen wurde nicht weniger als die gemeinsame europäische Verwaltung der kontinentalen Kohlevorkommen und des Stahlsektors:

„Die europäische Regelung der Verteilung von Kohle, Koks und Stahl ist nur dann gegeben, wenn alle Zentren der europäischen Schwerindustrie gleich behandelt werden. Die deutschen Gewerkschaften wären bereit, auch hier durch die erste Neuschöpfung eines Organs der internationalen Wirtschaft für das Ruhrgebiet einer Vorleistung Deutschlands zuzustimmen. Es muss jedoch gleichzeitig die Verpflichtung festgelegt werden, dass in absehbarer Zeit ähnliche Regelungen für alle gleichartigen europäischen Industriegebiete geschaffen werden. Das deutsche Muster soll nur solche Verpflichtungen enthalten, die auch alle anderen europäischen Staaten bereit wären zu übernehmen.“⁴³²

Die Vorschläge des DGB lagen weitgehend auf der Linie jener Vorstellungen, die, wie wir gesehen haben, besonders innerhalb der französischen Brudergewerkschaft etwa zeitgleich entwickelt und nur wenige Monate zuvor auf dem Haager Europa-Kongress von den dort anwesenden Gewerkschaftsvertretern offensiv propagiert worden war. Sicherlich dürfte dies dem Kreis um Böckler auch bewusst gewesen sein, zumal die DGB-Spitze durch ein mittlerweile bei der FO in Paris etabliertes Verbindungsbüro unter Leitung von Albert Preuss⁴³³ über die dort entwickelten europapolitischen Szenarien wenigstens

430 Ebd., S. 964.

431 Ebd., S. 965.

432 Ebd., S. 966.

433 Zu den Kontakten zwischen Böckler und Preuss finden sich eine Reihe von Hinweisen bei Lauschke, Böckler, S. 269 f. Laut einem Artikel des ehemaligen „Die Zeit“-Chefredakteurs Josef Müller-Marein wurde dieser „von seinem Freunde Ludwig Rosenberg als ein militanter Emigrant aus der deutschen Arbeiterbewegung charakterisiert (vgl. Josef Müller-Marein: Neue Farbe, alter Geist. Zwanzig Jahre „Pariser Kurier“ – eine deutsche Zeitung in Frankreich in: „Die Zeit“ vom 18.08.1972). Jedenfalls hatte der heute nahezu vollständig vergessene Preuss bereits in den 1930er Jahren als Emigrant in Paris umfangreiche Kontakte zu verschiedenen Vertretern der französischen Linken aufgebaut. Diese Verbindungen machte sich nach 1945 außer Hans-Böckler offenbar auch der erste deutsche Missionschef in Paris zunutze (vgl. Ulrich Lappenküper, Wilhelm Hausenstein. Adenauers erster Missionschef in Paris, in: Vierteljahresshefte für

in den Grundzügen orientiert gewesen sein dürfte. Umgekehrt konnte Preuss bald nach Bekanntwerden der gewerkschaftlichen Stellungnahme zum Ruhrstatut Böckler wissen lassen, dass diese bei den maßgeblichen Funktionären im nichtkommunistischen Gewerkschaftslager auf starke Sympathie gestoßen sei.⁴³⁴

Jedenfalls fand am Januar 27. Januar 1949 eine Besprechung zwischen Vertretern der amerikanischen und französischen Gewerkschaften mit Hans Böckler und dem DGB-Vorstand sowie Vertretern der IG Metall und der IG Bergbau in Düsseldorf statt. Über das langfristige Ziel einer gesamteuropäischen Neuordnung der Grundstoffindustrien herrschte unter den Teilnehmern Konsens. Zugleich müsste in einem ersten Schritt der Versuch unternommen werden, dass Ruhrstatut so zu verändern, dass die Gewerkschaftsvertreter in die Verwaltung der Ruhrressourcen angemessen eingebunden werden. Forderungen nach einer Überführung der Grundstoffindustrien in Gemeineigentum wurden dabei auch von den amerikanischen Vertretern nicht widersprochen. Zugleich wurde vorgeschlagen, die Ruhrfrage auf einer Konferenz weiter zu erörtern, an der zunächst nur die belgischen, französischen und luxemburgischen Gewerkschaften teilnehmen sollten.⁴³⁵

Kurze Zeit später kam es – einmal mehr unter Beteiligung Irving Browns, des bei den ersten Treffen europäischer Gewerkschafter schier omnipräsenten europäischen Repräsentanten der AFL⁴³⁶ – zu einem ersten Treffen belgi-

Zeitgeschichte, Heft 4, 43. Jg. (1995), S. 635–678, hier: S. 651 f). Ab 1952 gab Preuss den „Pariser Kurier. Deutsche Zeitung in Frankreich/ Périodique Allemand Bilingue“ heraus, zu dessen zwanzigjährigen Jubiläum unter anderen Ludwig Rosenberg und Jean Monnet (neben Bundeskanzler Willy Brandt) gratulierten. Eine Würdigung seiner Rolle als Mittler nicht allein zwischen den deutschen und französischen Gewerkschaften findet sich im „Sozialdemokratischen Pressedienst vom 06.01.1969, S. 4–5.

434 Vgl. Lauschke, ebenda.

435 Ebd., S. 270.

436 Zum Einfluss der US-Administration und der US-Gewerkschaften auf den DGB, aber auch die nichtkommunistischen Gewerkschaften in Frankreich und Italien vgl. die materialreiche, wenn auch in ihren Schlussfolgerungen anfechtbare Untersuchung von Angster. Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie; zum selben Thema vgl. auch Romero. The United States and the European Trade Union Movement: 1944–1951. Die materiellen Hilfen speziell der AFL an eine ganze Reihe nichtkommunistischer Gewerkschaftsorganisationen sind mittlerweile von einer ganzen Reihe von Autoren herausgearbeitet worden. Vgl. hierzu insbesondere Anthony Carew, Labour under the Marshall Plan. The Politics of Productivity and the Marketing of Management Science, Manchester 1987, S. 101 ff; Pasture, Histoire, S. 244. Die amerikanische Finanzhilfe besonders an die FO ist sicherlich nicht zu unterschätzen, sollte aber auch nicht übertrieben werden. Der Bruch innerhalb der französischen wie auch der italienischen Gewerkschaftsbewegung wäre aber zweifellos auch ohne sie vollzogen worden. Einige überzogene Interpretationen korrigierte zuletzt Karl Lauschke. Die Einflussnahme der CIA auf die europäische Gewerkschaftsbewegung, in: Schwitanski, „Nie wieder Krieg!“, Essen, 2012, S. 125–134.

scher, französischer und luxemburgischer Vertreter der freigewerkschaftlichen Bergbau- und Metallverbände. Man beschloss, was angesichts der verheerenden Reputation Deutschlands unmittelbar nach den noch allgegenwärtigen Verbrechen NS-Deutschlands in den besetzten Nachbarstaaten keineswegs allen Anwesenden leicht fiel, zur Diskussion der Ruhrproblematik Kontakt zu den entsprechenden deutschen Gewerkschaften aufzunehmen.⁴³⁷

Bei einer ersten Zusammenkunft in Düsseldorf scheint, wenig überraschend, das Verhalten der Deutschen in der jüngsten Vergangenheit breiten Raum eingenommen zu haben.⁴³⁸ Trotz der offenkundigen psychologischen Empfindlichkeiten fand am 14. und 15. März 1949 in Luxemburg eine erste freigewerkschaftliche europäische Konferenz statt, die in einer Resolution ihren einmütigen Willen zur Schaffung eines neuen, politisch und wirtschaftlich vereinigten Europas Ausdruck verlieh und zugleich – mit den Stimmen der deutschen Vertreter – eine „Internationale Sozialisierung“ der Ruhr verlangte.⁴³⁹

Das nun gegründete zwölköpfige intergewerkschaftliche Komitee der „Intersyndicale de la Ruhr“ umfasste je zwei Vertreter aus den Benelux-Staaten, aus Frankreich und nunmehr auch aus Großbritannien und den drei westdeutschen Besatzungszonen und war die erste europäische Gewerkschaftsorganisation überhaupt. Die Zusammenkünfte und Arbeiten des „Ruhrkomitees“ wurden dabei vom Dachverband der freien Gewerkschaften Luxemburgs, dem CGTL/LAV, aus koordiniert, dessen Generalsekretär, Antoine Krier, gewissermaßen als ehrenamtlicher Sekretär der Gruppierung fungierte.⁴⁴⁰ Konkret erledigte Astrid Lulling,⁴⁴¹ die 1963 die erste Gewerkschaftssekretärin der Europäischen Föderation der Agrargewerkschaften (EFA) werden sollte, als angestellte Funktionärin des „Lëtzebuurger Arbechter-Verband“ die Korrespondenz zwischen den beteiligten Organisationen

437 Vgl. Verschueren: *Fermer les mines*, S. 33 f.

438 Ebenda, S. 34 (Quelle: IISH: *Archive de l'intersyndicale des mineurs et métallurgistes de la CISL: Conférence intersyndical sur les problèmes de la Ruhr, 14–15 mars 1949*).

439 Die Entschließung der Luxemburger Konferenz über das Ruhrproblem findet sich in: Deutscher Gewerkschaftsbund (britische Besatzungszone), Bundesvorstand (Hg.): *Die Gewerkschaftsbewegung in der britischen Besatzungszone 1947–1949, Geschäftsbericht, Köln 1949*, S. 142 f. Die Formel der „Internationalen Sozialisierung“ stieß im Nachgang allerdings auf Vorbehalte der IG Metall, die neuerliche Besprechungen und Konkretisierungen ihres Inhalts wünschte, vgl. hierzu das „Rundschreiben der Industriegewerkschaft Metall für die britische Zone und das Land Bremen – Der Vorstand – vom 26.10.1949, abgedruckt in: Horst Lademacher/Walter Mühlhausen, *Sicherheit, Kontrolle, Souveränität. Das Petersberger Abkommen vom 22. November 1949. Eine Dokumentation, Melsungen 1985*, S. 307–311 (Dok. 53).

440 Vgl. hierzu Lauschke: Böckler, S. 272 f.

441 Zu Lulling vgl. Fattmann: *Gewerkschaften ohne Grenzen*, S. 14 f.

und fungierte als Dolmetscherin bei den Sitzungen der gewerkschaftlichen Vertreter der angeschlossenen Verbände. Die Sprachfähigkeiten der Luxemburger dürfte dabei wohl der wesentliche Grund dafür gewesen sein, dass die „Intersyndicale“ im Großherzogtum ihren Sitz nahm und dass so – als die Behörden der Montanunion etwa drei Jahre später in Luxemburg ihre Arbeit aufnahmen – europäische Gewerkschaftsstrukturen vor Ort bereits vorhanden waren.

Mit ihrer Forderung, in die Verwaltung der zu errichtenden Ruhrbehörde institutionell einbezogen zu werden, bissen die beteiligten Gewerkschafter bei den alliierten Regierungen indes auf Granit. Immerhin aber war nun ein erster organisatorischer Rahmen europabezogener gewerkschaftlicher Politik entstanden mit dem Ziel, den Arbeitnehmerorganisationen in der zu gründenden Ruhrbehörde einen angemessenen Platz zu schaffen und gegenüber der neuen Behörde und den sie tragenden Staaten den Standpunkt der Gewerkschaften zu allen wirtschaftlichen und sozialen Fragen geltend zu machen. In diesem Sinne entstand mit dem gewerkschaftlichen Ruhrkomitee die erste europäische Gewerkschaftsorganisation – jedenfalls wenn man von der im April 1948 aus Anlass der Gründung der Benelux-Union in Amsterdam aus der Taufe gehobenen Verbindung der freien Gewerkschaften der Benelux-Staaten absieht und den Beratungsausschuss zur Marshallplanhilfe ebenfalls nicht dazu zählt.⁴⁴²

Die Arbeit der neuen Gruppierung verlief zunächst allerdings keineswegs reibungslos, anscheinend auch, weil die deutschen Gewerkschafter den von den übrigen vorgebrachten Befürchtungen über Dumpingpreise angesichts der niedrigen deutschen Löhne und der schnell steigenden Produktion im Ruhrgebiet wenig Verständnis entgegen brachten⁴⁴³. Nachdem ein für den 23. Juli geplantes Treffen des intergewerkschaftlichen Ausschusses ebenso wegen deutscher Termenschwierigkeiten verschoben werden musste wie ein für den 20. August vorgesehener Ersatztermin, stieß die Abwesenheit und die dafür geltend gemachten Entschuldigungen⁴⁴⁴ der deutschen Vertreter auf einer schließlich für den 15. und 16. September anberaumten Konferenz des Gewerkschaftskomitees auf völliges Unverständnis der aus den Benelux-Ländern, Frankreich und Großbritannien angereisten Gewerkschaftsrepräsentan-

442 Vgl. Gobin: *Consultation et Concertation*, Bd. 1, S. 172.

443 Vgl. Tilly: André Renard, S. 420.

444 Die Deutschen hatten zuerst auf ihre Beanspruchung durch ihre Vorbereitungen auf die erste Bundestagswahl verwiesen und dann in Anschlag gebracht, für den Ausweichtermin so spät eingeladen worden zu sein, dass die nötigen Aus- und Einreisegenehmigungen bei den zuständigen Konsulaten nicht mehr zu erhalten gewesen seien.

ten. Die versammelten gewerkschaftlichen Spitzenfunktionäre sahen in den vorgegebenen Terminschwierigkeiten ein Zeichen der Wiederkehr des „esprit allemand“, das mit scharfen Worten missbilligt wurde.⁴⁴⁵ Überhaupt blieb in den Ausführungen der gewerkschaftlichen Spitzenfunktionäre besonders der Benelux-Länder der Bezug auf die deutschen Verbrechen während zweier Weltkriege omnipräsent. Nicht wenige Gewerkschaftsfunktionäre der ehemaligen Kriegsgegner betrachteten Deutschland so lange als eine Gefahr für den Weltfrieden, wie seine Schlüsselindustrien sich nicht unter einer gemeinschaftlichen Kontrolle befanden.⁴⁴⁶

Allerdings schwächten sich die aufgebrochenen Spannungen und Animositäten schnell ab, auch weil die Deutschen das Anliegen der übrigen, in der Verwaltung der Ruhr gleichberechtigt eingebunden zu werden, grundsätzlich akzeptierten. Vermutlich spielte auch das persönliche Prestige Hans Böcklers, der sich in die internationalen Beratungs- und Verständigungsprozesse intensiv eingeschaltet hatte, eine nicht unerhebliche Rolle wie auch die schlichte Tatsache, dass die verschiedenen Formate der europäischen Bewegung einerseits, die internationalen und bilateralen gewerkschaftlichen Zusammenkünfte andererseits die Gelegenheit geboten hatten, Misstrauen gegenüber den deutschen Gewerkschaftsvertretern wenigstens abzumildern. Und mit der Idee, außer der Ruhr auch die übrigen europäischen Montangebiete mittelfristig unter eine gemeinsame Verwaltung zu stellen, war im Grundsatz eine Plattform gefunden, die die gewerkschaftlichen Interessen kreativ bündelte und, wenig akademisch formuliert, unter einen Hut brachte.⁴⁴⁷

Zudem bot sich dem DGB-Bundesvorstand um Hans Böckler bald die auch praktische Gelegenheit, die Bereitschaft der deutschen Gewerkschaften unter Beweis zu stellen, für das Fernziel europäischer Ordnungsvorstellungen eng gefasste nationale Interessen hintenan zu stellen. Denn mit den am 22. November 1949 auf dem Petersberg bei Bonn fixierten Abmachungen zwischen den Alliierten Hohen Kommissaren und dem Deutschen Bundeskanzler war auch die Frage nach der Zukunft der Ruhrbehörde unerwartet schnell in den Fokus der politischen Debatte gerückt.

Obwohl der DGB noch am 21. November 1949 in einer Stellungnahme an die Bundesregierung ihre schwerwiegenden Bedenken gegenüber dem Ruhrstatut ausführlich dargelegt hatten, stimmte Hans Böckler nur wenige Tage später dem im Laufe des Novembers von Bundeskanzler Adenauer mit den

445 Vgl. Verschueren: *Fermer les mines*, S. 34 f.

446 Ebenda.

447 Ebenda.

alliierten Hohen Kommissaren ausgehandelten Petersberger Abkommen zu.⁴⁴⁸ Die organisierte Arbeitnehmerschaft stellte sich so hinter den von der Bundesregierung verfolgten außenpolitischen Kurs der Westbindung der jungen Bundesrepublik und nahm hierfür sogar einen den heftigen Konflikt mit der SPD Kurt Schumachers⁴⁴⁹ – und auch im eigenen Lager⁴⁵⁰ – in Kauf. Als Gegenleistung für verschiedene Milderungen des Besatzungsstatuts und – aus gewerkschaftlicher Sicht zentral: Einer Revision des Demontageprogramms und der Streichung 18 großer Industrieanlagen von der Demontageliste – sagte die Bundesregierung ihren Beitritt zur Internationalen Ruhrbehörde und zum Europarat zu und erklärte sich für die Zukunft zur sicherheitspolitischen Zusammenarbeit bereit.

In der Stellungnahme des DGB zum Petersberger Abkommen, die von Kanzler Adenauer während der ohnehin aufgeladenen Plenardebatte zur Überraschung der SPD verlesen wurde – in ihr richtete Kurt Schumacher seine berühmte Invektive „Kanzler der Alliierten“ an den Bundeskanzler – hieß es im entscheidenden zweiten Abschnitt:

„Obwohl das deutsch-alliierte Abkommen nicht in allen Teilen befriedigt, halten die Gewerkschaften eine Mitarbeit der Bundesregierung in der internationalen Ruhrbehörde für richtig. Dies vor allem, weil die Befürchtungen bezüglich Artikel 31 des Ruhrstatuts gegenstandslos geworden zu sein scheinen.⁴⁵¹ An den Beitritt der Bundesregierung knüpfen die Gewerkschaften die Erwartung, dass in der Folge die Schwerindustrie Europas in den Arbeitsbereich der Ruhrbehörde einbezogen wird.“⁴⁵²

448 Vgl. die „Stellungnahme der Gewerkschaften zum Ruhrstatut und Gesetz Nr. 75“, in: Lademacher/Mühlhausen, Sicherheit, Kontrolle, Souveränität, S. 454–457 (Dok. 90). Das am Vorabend der Londoner Ruhr-Konferenz erlassene Gesetz Nr. 75 der Militärregierungen bezog sich auf die Entflechtung und Umgestaltung der Kohlen- und Eisenwirtschaft in der Bizone.

449 Zu den europapolitischen Vorstellungen Schumachers vgl. bspw. Wolfgang Benz: Kurt Schumachers Europakonzeption, in: Ludolf Herbst u. a., Vom Marshallplan zur EWG, München 1990.

450 Zur „teilweise recht geharnischten Kritik“ vgl. Lauschke: Böckler, S. 179.

451 Art. 31 des Ruhrstatuts legte fest, dass eine deutsche Regierung, die dem Ruhrstatut beitrifft, „die im Rahmen des Abkommens vorgesehene Verantwortung und solche anderen Verpflichtungen übernimmt, wie sie von den Signatarmächten vereinbart werden können“. Die „ziemlich verschnörkelte“ Bestimmung wurde von Adenauer als möglicher Blankoscheck für alles, was die anderen Mitgliedsstaaten in der Zukunft möglicherweise beschließen, in den Verhandlungen kritisiert. Die Kommissare versicherten darauf, der Artikel besage lediglich, dass innerhalb der Ruhrbehörde getroffene Mehrheitsbeschlüsse auch für Deutschland gelten und auch Deutschland selbst die Möglichkeit habe, sich für die Revision gewisser Punkte des Ruhrstatuts einzusetzen und hierfür Mehrheiten zu suchen, vgl. hierzu Hans Buchheim, Deutschlandpolitik 1949–1972. Der politisch-diplomatische Prozess, Stuttgart 1984, S. 20.

452 Abgedruckt in: Lademacher/Mühlhausen, Sicherheit, Kontrolle, Souveränität, S. 472 (Dok. 95). Adenauer rief den überrumpelten Sozialdemokraten die gewerkschaftliche Stellungnahme förmlich unter die

Die Zustimmung Böcklers und des DGB zum „Petersberger Abkommen“ ist gewiss auch vor dem Hintergrund der vorherigen transnationalen gewerkschaftlichen Abstimmung und Kooperation zu interpretieren. Durch die Arbeit der „Intersyndicale de la Ruhr“ verfügten die Gewerkschaften bezogen auf die europäische Eisen- und Stahlindustrie über einen verhältnismäßig differenzierten, von allen Beteiligten akzeptierten Kanon an Vorstellungen, die die Zustimmung Böcklers zum deutschen Beitritt zu Ruhrbehörde als einen ersten Schritt zu einer gesamteuropäischen Verwaltung der Kohle und Stahlindustrie zumindest erleichterte, wenn nicht überhaupt erst ermöglichte.

Auf der Folgekonferenz des gewerkschaftlichen Ruhrausschusses, die am 15. Januar 1950 in Aachen stattfand, konnten die beteiligten Gewerkschaftsvertreter ihre Haltung zur künftigen Rolle der Ruhrbehörde und der von ihnen schließlich angestrebten europäischen Lösung noch einmal präzisieren. Die Schlussresolution enthielt ebenso die Forderung, dass im Generalsekretariat der Behörde eine Abteilung für soziale Fragen geschaffen werden müsse, sowie die neuerliche Aufforderung, dass innerhalb der Organisation ein gewerkschaftlicher Konsultativausschuss geschaffen werden solle. Zugleich sprachen sich die Gewerkschafter für die Entnazifizierung der Unternehmensleitungen an der Ruhr aus und unterstrichen den gewerkschaftlichen Anspruch auf paritätische Mitbestimmung in der Montanindustrie. Was die Zukunft der Ruhrbehörde selbst betraf, so sah man diese nun, entsprechend der auf den vorangegangenen Treffen entwickelten Vorstellungen, als auszubauende Keimzelle internationaler wirtschaftlicher Kontrolle der westeuropäischen Kohle-, Eisen- und Stahlindustrie. Sobald die „Ausdehnung der internationalen Kontrolle der Ruhr auf die Gesamtheit der Kohle- und Stahlindustrie Nord-West-Europas“ vollzogen sei, müsse die Organisation „der OECE oder einer ähnlichen internationalen Wirtschaftsorganisation, die noch in der Zukunft geschaffen werden kann, unterstellt werden [...]“⁴⁵³

Der Plan für die Etablierung einer solchen Wirtschaftsorganisation ließ nicht lange auf sich warten: Am 9. Mai 1950 präsentierte der französische Außenminister Robert Schuman seinen Plan zur Errichtung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

Nase und gab noch in seinen Memoiren den Ablauf der Ereignisse mit genüsslicher Schadenfreude wieder (vgl. Konrad Adenauer, *Erinnerungen 1945–1953*, Stuttgart 1965, S. 286 ff; Deutscher Bundestag, 1. Wahlperiode, 18. Sitzung, 24. und 25. November 1949, S. 501).

453 Die etwas unübersichtlich aufgebaute „Resolution des intergewerkschaftlichen Ruhrausschusses (Konferenz Aachen) findet sich ebenfalls in: Lademacher/Mühlhausen, *Sicherheit, Kontrolle, Souveränität* S. 534–538 (Dok. 125), Zitat: S. 536 f.

5 GEWERKSCHAFTEN UND SCHUMAN-PLAN

Mit dem am 9. Mai 1950 seitens des französischen Außenministers Robert Schuman präsentierten Plan zur Errichtung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl wurde ein neues Kapitel europäischer Zusammenarbeit auf nun erstmals supranationaler Ebene aufgeschlagen, mit ihrer Etablierung weniger als zwei Jahre später die Grundlage für die bald folgende, weiter gespannte EWG (und auch für Euratom) gelegt. Die französische Regierung schlug vor, „die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle- und Stahlproduktion einer gemeinsamen Hohen Behörde zu unterstellen, in einer Organisation, die den anderen europäischen Ländern zum Beitritt offensteht. Die Zusammenlegung der Kohle- und Stahlproduktion wird sofort die Schaffung gemeinsamer Grundlagen für die wirtschaftliche Entwicklung sichern – die erste Etappe der europäischen Föderation – und die Bestimmung jener Gebiete ändern, die lange Zeit der Herstellung von Waffen gewidmet waren, deren sicherste Opfer sie gewesen sind.“ Die Initiative trug dabei der in den Reihen selbst enthusiastischer Integrationsbefürworter verbreiteten Erkenntnis Rechnung, dass sich Europa nicht „mit einem Schlage [...] und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung“ würde herstellen lassen.⁴⁵⁴

Die Erklärung Robert Schumans stieß in Frankreich, Deutschland, Italien und den drei Beneluxstaaten außer im Lager der Kommunisten und konservativen Nationalisten unter den relevanten politischen Kräften auf überwiegend positive Reaktionen (sieht man einmal mehr von der deutschen Sozialdemokratie ab). Das galt – im Grundsatz jedenfalls – auch für die Gewerkschaften der beteiligten Länder. Da der Vorschlag des französischen Außenministers die in den Jahren zuvor, wie wir gesehen haben, in unterschiedlichen Foren entwickelten europapolitischen Leitvorstellungen der nichtkommunistischen Gewerkschaften im Kern widerspiegelte, kann dies kaum verwundern. Erwartungsgemäß sprachen sich lediglich die kommunistischen Gewerkschaftsverbände, besonders die CGT und, wenn auch schon bald in abgeschwächter Form, die italienische CGIL, beide Mitglieder des WGB, gegen die geplante Integration der europäischen Montanindustrie aus. Im Zeichen des nun verfestigten Kalten Krieges sahen sie wie bereits im Mar-

454 Die Regierungserklärung Schumans findet sich in: Hohls/Schröder/Siegrist: Europa und die Europäer, S. 453–455.

shall-Plan in jeder Form der westeuropäischen Integration eine vom US-Imperialismus gesteuerte Aggression gegenüber der Sowjetunion.⁴⁵⁵

Daneben stieß die Einigungsidee – überraschenderweise, wenn man den unter Hans Böckler eingeschlagenen europapolitischen Kurs des DGB denkt – besonders zunächst bei den westdeutschen Gewerkschaften auf eine Reihe von Bedenken und Vorbehalten. In ihren Stellungnahmen zum Schuman-Plan begrüßten sie zwar immer wieder die „Idee“ des Vorschlags, knüpften ihre Zustimmung aber eine ganze Reihe von Vorbedingungen. Dazu zählte die Forderung, dass vor der Ratifizierung des Vertrages alle noch bestehenden wirtschaftlichen Diskriminierungen Westdeutschlands – wie die noch bestehende Begrenzung der westdeutschen Stahlproduktion – endgültig beseitigt werden müssten. Auch die Auflösung der ungeliebten Internationalen Ruhrbehörde müsse garantiert werden. Schwer greifbare nationale Ressentiments spielten ebenfalls eine Rolle und äußerten sich in diffusen Befürchtungen, der Schuman-Plan solle in erster Linie den Bedürfnissen der französischen Stahlindustrie zu Gute kommen. Und für die IG Bergbau wurde die durch die kartellrechtlichen Bestimmungen des EGKS-Vertrags bedroht gesehene Fortexistenz des „Deutschen Kohlenverkaufs“ (DKV) in den Rang einer Schicksalsfrage für das Wohl und Wehe der deutschen Bergarbeiter erhoben.⁴⁵⁶ Letztlich gab der DGB erst auf der Sitzung des Bundesausschusses vom 7. Mai 1951, knapp drei Wochen nach der Vertragsunterzeichnung in Paris, dem Plan endgültig seine Zustimmung.⁴⁵⁷

455 Zur Haltung der CGT wie der CGIL gegenüber dem europäischen Einigungsprozess in den 1950er und 1960er Jahren vgl. allgemein Tania Régin, *Les relations intersyndicales françaises*, Bourgogne 2003 sowie nach wie vor die ältere Darstellung von Gerda Zellentin, *Die Kommunisten und die Einigung Europas*, Frankfurt am Main 1964.

456 Zu den Vorbehalten der DGB-Gewerkschaften und speziell zum Problem des von gewerkschaftlicher Seite mit Zähnen und Klauen verteidigten einheitlichen Absatzes der Ruhrkohle durch eine zentrale Verkaufsorganisation vgl. aus zeitgenössischer gewerkschaftlicher Perspektive den Aufsatz von Rolf Wagenführ, *Zur Frage des Deutschen Kohlenverkaufs*, in: *GMH* 7/1951, S. 365–368. Zur zunächst zögerlichen Haltung der IG Metall vgl. Lauschke, *Die IG Metall und die Anfänge der europäischen Integration*; Jojevic, *Nachholende Europäisierung der IG Metall*, in: ebd., S. 103–122; in einem gewissen Spannungsfeld zu beiden Beiträgen steht der an selber Stelle veröffentlichte Aufsatz von Suzuki, *The High Authority of the ECSC*. Zur Haltung des DGB zum Schuman-Plan vgl. zudem nach wie vor Horst Thum, *Mitbestimmung in der Montanindustrie. Der Mythos vom Sieg der Gewerkschaften*, Stuttgart 1982, S. 98–105. Die für die unentschlossene und zögerliche Haltung der westdeutschen Gewerkschaften ursächlichen innenpolitischen Rahmenbedingungen und innerverbandlichen Machtquerelen sind dabei bereits vor Jahrzehnten ausführlich dargestellt und einleuchtend analysiert worden: vgl. Köpper, *Gewerkschaften und Außenpolitik*, insbes. S. 136–152. Insgesamt blieb die vorübergehend schwankende und unsichere Haltung der westdeutschen Gewerkschaften eine kurze Episode, die schon 1954/55 ihr Ende fand.

457 Vgl. Köpper, ebd., S. 123.

Trotz der innerhalb der DGB-Gewerkschaften nicht zu übersehenden Reserven gegenüber der geplanten Kohle- und Stahlgemeinschaft gelang es den freien Gewerkschaften der Schuman-Plan-Länder schnell, ihre Vorstellungen über die zu gründende Gemeinschaft im Wesentlichen auf einen Nenner zu bringen. Dafür stand den (west-) europäischen Gewerkschaftsvertretern nunmehr, nach und neben dem Gewerkschaftlichen Beratungsausschuss für den europäischen Hilfsplan, der „Intersyndical de la Ruhr“, den verschiedenen Internationalen Berufssekretariaten und den verschiedenen Foren und Konferenzen der Europa-Bewegung mit dem just gegründeten IBFG eine weitere, sich nun als zentral erweisende Plattform des Meinungsabgleichs und -austauschs über die wirtschaftspolitische Zukunft ihres Kontinents zur Verfügung.⁴⁵⁸

Eine anlässlich der Erklärung des französischen Außenministers vom IBFG für den 22. und 23. Mai 1950 nach Düsseldorf einberufene internationale Gewerkschaftskonferenz versammelte die verschiedenen nationalen Bergbau- und Metallgewerkschaften ebenso wie die „Intersyndicale de la Ruhr“. Die Konferenz bekräftigte die zuvor bereits von der „Intersyndicale“ gefassten Beschlüsse in einer Resolution, in der die Position des IBFG zum Schuman-Plan festgelegt und ein umfangreicher Forderungskatalog über die Aufgaben der zu errichtenden „europäischen Autorität“ präsentiert wurde:

„Dans la réorganisation définitive de la Ruhr, la direction des industries doit être confiée à des organismes administratifs avec représentation de tous les intérêts sur un pied d'égalité, à la direction de chaque industrie et de chacune des entreprises.

[...]

L'autorité européenne pour les industries lourdes serait chargée d'assurer le ravitaillement en matières premières des industries participantes.

De normaliser les prix sur les marchés intérieurs et d'exportation des produits de ces industries.

D'établir des plans communs de production et d'investissements en vue de moderniser et de spécialiser la production et d'améliorer la qualité des produits.

De coordonner le travail de recherches technologiques.

D'harmoniser la production des industries lourdes ainsi que les plans de production et d'investissements en vue de développer l'économie de l'Europe occidentale et des marchés d'outre mer.

458 Zur historischen Entwicklung des IBFG vgl. insbes. Carew u. a., *The International Confederation of Free Trade Unions*; einen guten gerafften Überblick der ersten drei Jahrzehnte bietet nach wie vor Kurt B. Tudyka, *Internationaler Bund Freier Gewerkschaften*, in: Mielke, *Internationales Gewerkschaftshandbuch*, S. 3–9.

De prendre toutes les mesures adéquates afin d'assurer au niveau maximum la rémunération de l'emploi et de concourir au développement des conditions d'existence des travailleurs.⁴⁵⁹

Wenige Tage später unterstrich der Exekutivausschuss des IBFG das „vitale Interesse“ der freien Gewerkschaften an einer „rationalen Organisation“ der westeuropäischen Schwerindustrie und verlangte die „angemessene Repräsentation“ der freien Gewerkschaften bei jedweder Diskussion über die Prinzipien und Detailfragen des Schuman-Plans auf nationaler und internationaler Ebene.⁴⁶⁰

Zugleich rief der Ausschuss ein sogenanntes Schuman-Plan-Komitee der vom Schuman-Plan potenziell betroffenen Gewerkschaftszentralen und internationalen Berufssekretariate ins Leben, mit der Aufgabe, die Gewerkschaftsinternationale und die ihr angeschlossenen Dachverbände über die Verhandlungen der verschiedenen Regierungsdelegationen und bald gebildeten Unterausschüsse der sechs Schuman-Plan-Länder auf dem Laufenden zu halten und den Versuch zu unternehmen, diese im Sinne der in den vergangenen Jahren in verschiedenen Zusammenhängen entwickelten europapolitischen Leitvorstellungen zu beeinflussen.⁴⁶¹

Personell gesehen waren mit Ludwig Rosenberg, Robert Bothereau, Antoine Krier und Arthur Gailly einmal mehr die Führungsmitglieder der nationalen Gewerkschaften mit der Schuman-Plan-Frage befasst, sodass es sich,

459 „Bei der endgültigen Reorganisation des Ruhrgebiets muss die Verwaltung der Industrien auf eine administrative Körperschaft übertragen werden, in der die (gesellschaftlichen) Interessen durch gleichberechtigte Repräsentanten vertreten sind. Dies gilt für die Verwaltung jedes Industriezweigs und jedes Unternehmens

[...]

Die europäische Autorität für die Schwerindustrie soll damit beauftragt werden, die Versorgung der beteiligten Industrien mit Rohstoffen zu sichern, die Preise der Produkte dieser Industrien im Inland und bei den Exporten zu normalisieren, gemeinsame Pläne in Bezug auf die Produktion sowie in Bezug auf die Investitionen zur Modernisierung und Spezialisierung der Produktion und zur Verbesserung der Qualität der Produkte auszuarbeiten, die technologische Forschung zu koordinieren, die Produktion der Schwerindustrie sowie die Produktions- und Investitionspläne zu harmonisieren, um die Wirtschaft Westeuropas und der Überseegebiete zu entwickeln, alle angemessenen Maßnahmen zu ergreifen, um ein maximales Lohnniveau der Beschäftigten zu sichern und dazu beizutragen, die Lebensverhältnisse der Arbeiter zu verbessern.“ (R.F.)

460 Vgl. Maria Eleonora Guasconi: The I.C.F.T.U. and the European Integration Process, in: Éric Busière/Michel Dumoulin, *Milieus économiques et intégration européenne en Europe occidentale au Xxe siècle*, Arras 1998, S. 359–370, hier: S. 361

461 Zum Schuman-Plan-Komitee des IBFG und dem von diesem eingesetzten Unterausschuss vgl. ebd., S. 360 ff.

personell gesehen, beim Schuman-Plan-Komitee im Grunde um nichts anderes als die Fortsetzung der „Intersyndicale“ handelte, deren europapolitischen Grundvorstellungen nun in die Stellungnahmen und Forderungen des IBFG-Ausschusses übernommen wurden.

Innerhalb des Ausschusses stand – wie nicht anders zu erwarten – besonders der TUC, im Verbund mit den nordeuropäischen Gewerkschaftszentralen, den Prinzipien des Schuman-Plans nicht nur desinteressiert, sondern feindselig gegenüber. Als die Mitglieder des Schuman-Plan-Ausschusses am 20. Oktober 1950 in einer einstimmig verabschiedeten Resolution die grundsätzlichen Prinzipien des Schuman-Plans billigten und auf eine angemessene gewerkschaftliche Beteiligung in den verschiedenen Organen der zu schaffenden EGKS pochten, geschah dies ohne Beteiligung der britischen und schwedischen Gewerkschaften.⁴⁶²

Noch deutlicher als die im IBFG zusammen geschlossenen freien Gewerkschaften machte sich von Beginn an der IBCG und seine Mitgliedsverbände zum Fürsprecher der französischen Vereinigungsinitiative. Das größte Verdienst des Schuman-Plans bestand in ihren Augen in der Tatsache, dass mit der Schaffung der Hohen Behörde erstmals eine supranationale Autorität ins Leben gerufen werden sollte, von der sich die christlichen Gewerkschaften positive Effekte für eine ökonomische Expansion der zu verwaltenden Industrien und damit einen wichtigen Beitrag für eine vehement eingeforderte Politik der Vollbeschäftigung versprach. Erwartet wurde zudem, dass die Gemeinschaftsorgane mit den nötigen Mitteln ausgestattet werden, um mit der ökonomischen Vereinigung möglicherweise auftretende negative soziale Konsequenzen durch geeignete Maßnahmen angemessen zu begegnen. Insgesamt waren die Erwartungen der christlichen Gewerkschaften weitgehend deckungsgleich mit denen der freien Gewerkschaften. Wie die Letzteren forderten auch die christlichen Gewerkschaften eine angemessene Repräsentanz der Arbeiterschaft in den Organen der Gemeinschaft und bestanden darauf, dass auch die christlichen Organisationen zufriedenstellend berücksichtigt werden müssten.⁴⁶³

Nachdem am 20. Juni 1950 in Paris die Schuman-Plan-Konferenz durch den französischen Außenminister eröffnet worden, fand einen Tag später die erste Arbeitssitzung der von den sechs Teilnehmerländern nach Paris entsandten Delegationen statt. Der Verlauf der von wechselhaften Bündnissen der Beteiligten geprägten, fachlich komplexen Verhandlungen kann hier

462 Vgl. ebd., S. 362 f unter Verweis auf die entsprechenden IBFG-Protokolle.

463 Vgl. Pasture: Histoire, S. 268–270.

nicht im Einzelnen wiedergegeben werden.⁴⁶⁴ Die Arbeiten konzentrierten sich zunächst auf institutionelle Fragen. Die Benelux-Staaten pochten darauf, sich nicht vom deutsch-französischen Duo dominieren lassen, leiteten aber für die dafür notwendigen institutionelle Absicherungen teilweise gegensätzliche Forderungen ab. Im Zentrum der Debatte stand die „Hohe Behörde“, die von Monnet ursprünglich als eine von nationalstaatlichen Direktiven völlig unabhängige Schlüsselinstitution der neu zu bildenden Gemeinschaft gedacht war, der aber schließlich, besonders auf Drängen der niederländischen Delegation, ein ursprünglich nicht vorgesehener Ministerrat zur Seite gestellt wurde.⁴⁶⁵ Bald kam, wohl auf Anregung André Philips, auch die Idee einer parlamentarischen Versammlung ins Gespräch, „um dem Ganzen eine politisch-demokratische Dimension zu geben.“⁴⁶⁶ Anschließend behandelten die Delegierten die oft fachlichen Wirtschaftsfragen, insbesondere das Problem der Dekartellisierung der Schwerindustrie im Ruhrgebiet. Die letzten Fragen politischer Art, wie die nach dem Sitz und der Zusammensetzung der EGKS-Institutionen, wurden schließlich von den Ministern geregelt.

Günstig für die Gewerkschaften wirkte sich grundsätzlich aus, dass in den frühen 1950er Jahren auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges der Konkurrenzkampf zwischen Ost und West noch keineswegs entschieden war, seitens der westeuropäischen Regierungen, egal welcher Couleur, zunächst eine tendenziell hohe Bereitschaft bestand, die Arbeiterschaft und ihre (nichtkommunistischen) Repräsentanten in ihre Politik der Westintegration möglichst weitgehend einzubinden.⁴⁶⁷

Mit der Ernennung Hans vom Hoffs als Mitglied der fünfköpfigen deutschen Delegation hatte die Bundesregierung den Vorschlag der Gewerkschaften entsprochen. Vom Hoff, der zu diesem Zeitpunkt als Leiter der Haupt-

464 Zu den Verhandlungen vgl. Richard T. Griffiths, *The Schuman Plan Negotiations. The Economic Clauses*, in: Klaus Schwabe (Hg.), *Die Anfänge des Schuman-Plans 1950/51*, S. 35–71; Hanns Jürgen Küsters, *Die Verhandlungen über das institutionelle System zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl*, in: ebd., S. 73–102; Gilbert Trausch, *Der Schuman-Plan zwischen Mythos und Realität. Der Stellenwert des Schuman-Planes*, in: Hudemann/Kaelble/Schwabe, *Europa im Blick der Historiker*, München 1995, S. 105–128.

465 Vgl. hierzu exemplarisch die prägnante Darstellung von Trausch, ebd., S. 123 f.

466 Ebd., S. 124.

467 Vgl. Haas: *The Uniting of Europe*, S. 362; Gobin, *Consultation et Concertation*, Bd. 1, S. 184; sowie Hans-Erich Volkmann, *Der DGB, Adenauer und der Schuman-Plan*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, Heft 3, Bd. 44 (1996), S. 223–246. Mit dem Zurücktreten der „roten Gefahr“ verminderte sich dann im späteren Verlauf der 1950er Jahren offenkundig und zumindest der Tendenz nach die Bereitschaft der nun meist konservativen Regierungen, die Gewerkschaften in ihre weitere Integrationspolitik hin zum EWG-Europa einzubinden.

abteilung Wirtschaftspolitik (noch) Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB war, stellte in den folgenden Verhandlungsmonaten die wohl wichtigste Scharnierstelle zu den an den Verhandlungen interessierten Gewerkschaften dar.⁴⁶⁸ Doch auch wenn den übrigen Regierungsdelegationen Gewerkschaftsvertreter nur als Sachverständige beigeordnet waren, konnten die Gewerkschaften zudem grundsätzlich auf die dezidiert arbeitnehmerfreundliche, sozialen Erwägungen aufgeschlossene Grundhaltung Jean Monnets, des Konferenzvorsitzenden, vertrauen.⁴⁶⁹

Ungeachtet ihres nationalen Status trafen sich die gewerkschaftlichen Vertreter in den verschiedenen nationalen Delegationen einmal in der Woche in der Pariser Zentrale der FO, um gemeinsame Positionen hinsichtlich des Aufbaus und der Kompetenzen der EGKS zu erarbeiten. Obwohl diese Treffen, die zumeist von einem Vertreter des IBFG moderiert wurden, lediglich informellen Charakter hatten und die getroffenen Absprachen für die Teilnehmer nicht bindend waren, schreibt Ernst B. Haas, der wohl kompetenteste zeitgenössische Analytiker des europäischen Einigungsprozesses in den 1950er Jahren, dem Einfluss dieser Absprachen auf die Bestimmungen des EGKS-Vertrags eine hohe Bedeutung zu:

„These consultations were largely responsible for the provisions of the Treaty defining the situations in which the High Authority must call on the Consul-

468 Vgl. Haas, ebd., S. 362; Rolf Wagenführ, Schuman-Plan und Gewerkschaften, in: GMH, 4/1951, S. 173–178, hier S. 173; zu vom Hoff vgl. ausführlich Bühlbäcker, Europa im Aufbruch, S. 38–43.

469 Vgl. hierzu exemplarisch das von Walter Hallstein an Adenauer verfasste Protokoll über die „Besprechung beim Vorsitzenden der Konferenz über den Schuman-Plan, Monnet, in Houjarrey“ vom 2. Juli 1950, in: Akten zur auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (hrsgg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte), Teil: 1949/50., September 1949–Dezember 1950, München 1997, Dok. 82, S. 218–223. Besonders Bühlbäcker insinuiert an verschiedenen Stellen, die Beteiligung der Gewerkschaftsvertreter an den Schuman-Plan-Verhandlungen seien kaum mehr als ein Feigenblatt gewesen und moniert besonders die Abwesenheit eines Gewerkschaftsvertreters in der französischen Regierungsdelegation (vgl. Bühlbäcker, Debatten um die Montanunion, S. 56; ders. Europa im Aufbruch, S. 36 ff.). In Monnets Erinnerungen ist über die Einbindung der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen in die Verhandlungen hingegen Folgendes nachzulesen: „Am 20. Juni (1950, RF) eröffnete Schuman die Konferenz der Sechs im Salon de l’Horloge. [...] Der Wortführer des Quai d’Orsay verlas dann die Zusammensetzung der französischen Delegation, in der besonders Clappier, Alphand, Hirsch, Uri und Desrousseaux, [...], eine Rolle spielten und führte dann aus, dass eine Anzahl von Persönlichkeiten zwar nicht bei den Unterredungen dabei sein, aber um ihren Rat befragt würden. Unter ihnen die Präsidenten der großen Parlamentskommissionen, Jouhaux, der Präsident des Wirtschaftsrates, Villiers, Präsident der Arbeitgeber, die Chefs der verschiedenen Bereiche der Metallindustrie und der Kohlegruben und schließlich Bothe-reau und Tessier für die Gewerkschaften FO und CFTC.“ (Monnet, Erinnerungen, S. 408). Unter den Experten der belgischen und luxemburgischen Verhandlungsgruppe fanden sich mit Renard und Fohrmann hochkarätige Repräsentanten der nationalen Gewerkschaften dieser Länder.

tative Committee, minimizing the situations permitting delegation of power to trade associations, and the unwritten agreement governing the selection of „trade union representatives“.⁴⁷⁰

Auch Andrea Ciampani schätzt den gewerkschaftlichen Einfluss auf die vertragliche Umsetzung der Vorschläge des französischen Außenministers in seinem Überblick über die für die Beteiligung der Gewerkschaften am europäischen Einigungsprozess relevanten Archivbestände als außerordentlich hoch ein und hebt dabei die Rolle des gewerkschaftlichen Schuman-Plan-Komitees hervor:

„The meetings of the Schuman Plan Committee, starting from the International Ruhr Conference (Düsseldorf, 22nd–23rd May 1950) bear witness of the intensive ICFTU participation in the formulation of the Schuman Plan itself: the constant presence of Giuseppe Glisenti representing CISL, the action of Vincent Tewson, Léon Jouhaux, Léon Chevalme, the close collaboration between Gust de Muynck (assistant secretary of ICFTU) and Uri and Monnet; the role of Irwing Brown; the preparation of Finet's candidature in Community organizations; relations between ICFTU and International Confederation of Christian Trade Unions.“

Insgesamt scheint es den gewerkschaftlichen Vertretern der sechs Gründungsmitglieder der Montanunion gelungen zu sein, die Ausgestaltung des Gründungsvertrags dieser ersten supranationalen Organisation auf europäischer Ebene in ihrer eigenen Wahrnehmung in mindestens zufrieden stellendem Maße zu beeinflussen. Ludwig Rosenberg urteilte in der Januarausgabe der gewerkschaftlichen Monatshefte des Jahres 1952 jedenfalls mit einiger Genugtuung, die Arbeitnehmerorganisationen hätten „ihre Feuerprobe in den Schuman-Plan-Verhandlungen bestanden und bewiesen, dass sie in der Lage sind, wesentlich zum Gelingen und zur sachlichen Verbesserung dieser praktischen Vorschläge beizutragen.“⁴⁷¹ Zugleich endete, nach einer kurzen Phase der Unsicherheit, bald nach der Arbeitsaufnahme der EGKS der zwischenzeitliche europaskeptische Alleingang der IG Metall.⁴⁷²

470 Haas, ebd.; das „unwritten agreement“ bezog sich auf das Verhältnis der Mitglieder, welche die freien und die christlichen Gewerkschaften in den vorgesehenen Beratenden Ausschuss der EGKS entsenden sollten und darauf, dass die Repräsentanten der Arbeitnehmerorganisationen in der Hohen Behörde und im Gerichtshof der Montanunion von beiden Gewerkschaftsrichtungen einvernehmlich vorgeschlagen werden sollten.

471 Ludwig Rosenberg: Europa, Anfang oder Ende? In: GMH 1/1952, S. 1–4, hier: S.4.

472 Vgl. hierzu Karl Lauschke: Die IG Metall und die Anfänge der europäischen Integration, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen, 42/2009, S. 89–102; Jelena Jojević, Nachholende Europäisierung der IG Metall?, in: ebd., S. 103–122.

6 DIE GEWERKSCHAFTEN UND DIE EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOHLE UND STAHL: ERFAHRUNGEN, GEMEINSCHAFTSBEZOGENE INTERESSEN-POLITIK UND POLITISCHE LEITVORSTELLUNGEN

Am 23. Juli 1952 trat mit der Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde bei der französischen Regierung der Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl in Kraft. Die Ziele der EGKS waren ganz allgemein die Schaffung eines gemeinsamen Marktes für Kohle, Koks, Eisenerz, Schrott und Stahl, die Sicherung der Versorgung und die Regulierung der Montanindustrie durch eine geeignete Antimonopolgesetzgebung, die Steigerung der Produktivität und die Förderung von Investitionen und Forschung. Dazu gesellte sich von vornherein aber auch der in Art. 3 e) EGKS-Vertrag etwas umständlich formulierte sozialpolitische Auftrag, „auf eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter hinzuwirken, die es erlaubt, diese Bedingungen im Rahmen der Fortschritte in jeder der zu ihrem Aufgabenkreis gehörenden Industrien einander anzugleichen.“

Dabei gab der EGKS-Vertrag der Montanunion von Beginn an ein gewisses sozialpolitisches Instrumentarium an die Hand. So konnte die Hohe Behörde als das Exekutivorgan der Gemeinschaft, sofern sie „in außergewöhnlichem Umfang eine Verminderung des Bedarfs an Arbeitskräften der Kohle- und Stahlindustrie [feststellte], die besondere Schwierigkeiten für die Wiederbeschäftigung der freigewordenen Arbeitskräfte in einem oder mehreren Gebieten mit sich bringt“⁴⁷³, und sofern die beteiligten Regierungen einen dahingehenden Antrag stellten, nach Zuziehung des Beratenden Ausschusses „in den ihrer Zuständigkeit unterstehenden Industrien oder mit Zustimmung des Rates in jeder anderen Industrie die Finanzierung der von ihr gebilligten Programme zur Schaffung neuer Betätigungsmöglichkeiten erleichtern [...]“⁴⁷⁴ Wichtiger noch war die Möglichkeit, „nicht rückzahlungspflichtige Beihilfe[n]“ zu bewilligen, um Zeiten (vorübergehender) Arbeitslosigkeit,

473 Art. 56 EGKS.

474 Art. 56 b EGKS.

Aufwandsentschädigungen für die Suche nach einem neuen Arbeitsplatz oder auch Umschulungen für Arbeitnehmer mit zu finanzieren.⁴⁷⁵

6.1 Institutionelle und organisatorische Rahmenbedingungen gewerkschaftlicher Interessenpolitik im Montaneuropa der Sechs: Die Hohe Behörde

Hierbei kam der Hohen Behörde mit ihren neun Mitgliedern (maximal zwei aus jedem Teilnehmerland) eine politische und wirtschaftliche Schlüsselposition in der neuen Gemeinschaft zu. Sie war berechtigt, durch Erhebung von Umlagen auf die Erzeugung von Kohle und Stahl und durch Aufnahme von Anleihen (was sie umfangreich nutzte) die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Mittel zu beschaffen (Art. 49 EGKS-Vertrag). Nach Art. 14 hatte sie das Recht, im Rahmen ihrer Kompetenzen „verbindliche Entscheidungen“ zu fällen.

Mit Heinz Potthoff und Paul Finet gehörten der Hohen Behörde von Beginn an zwei prominente und international bestens vernetzte Vertreter des Gewerkschaftslagers an, Letzterer amtierte von 1958–1959 als ihr Präsident.⁴⁷⁶ Im neu geschaffenen Europäischen Gerichtshof war mit dem von den Niederlanden entsandten christlichen Gewerkschafter Jos Serrarens auch in der Judikative der Einfluss der Arbeitnehmerschaft gewahrt.

Als gegen Ende der 1950er Jahre die französische Regierung unter Präsident de Gaulle unter dem Eindruck weitreichender Vorschläge einer gemeinschaftlichen, „supranationalen“ Lösung der Kohlekrise den Versuch unternahm, wieder direkten Einfluss auf die Kohlepolitik seines Landes zu gewinnen und dem mittlerweile als Präsident der Hohen Behörde amtierenden

475 Vgl. Art. 56 c EGKS. Die Bewilligung dieser Leistungen war dabei von der Zahlung eines mindestens gleich hohen besonderen Beitrages durch den beteiligten Staat abhängig, es sei denn, dass der Rat mit Zweidrittelmehrheit eine Abweichung zuließ.

476 Der belgische Sozialist und Gewerkschafter Finet war 1952 von den übrigen Kommissaren als neuntes Mitglied der Hohen Behörde entsprechend der vertraglichen Bestimmungen kooptiert worden. In den 1950er Jahren ist er als einer der zentralen Ansprechpartner der sich herausbildenden europäischen Gewerkschaftsbewegung anzusehen; das gilt auch für Heinz Potthoff, der im Januar 1950 auf Vorschlag des DGB von der Bundesregierung zum stellvertretenden deutschen Mitglied der Internationalen Ruhrbehörde berufen worden war und der im Anschluss daran der Hohen Behörde zehn Jahre lang angehören sollte.

den Finet eine Verlängerung seiner Amtszeit verweigerte, stieß dies auf den entschiedenen Protest der Montangewerkschaften.⁴⁷⁷

6.2 Die Gemeinsame Versammlung und der Beratende Ausschuss

Der Hohen Behörde als Schlüsselinstitution der EGKS war im Verlauf der Pariser Verhandlungen mit der Gemeinsamen Versammlung auch eine parlamentarische Körperschaft zur Seite gestellt worden. Nach Inkrafttreten der Römischen Verträge sollte aus ihr die Versammlung der Europäischen Gemeinschaften bzw. das Europäische Parlament hervor gehen. Die formalen Kompetenzen der Gemeinsamen Versammlung waren zunächst zweifellos äußerst limitiert. Ihre Befugnisse beschränkten sich im Wesentlichen darauf, die Hohe Behörde zu kontrollieren, ihre Jahresberichte zu debattieren und durch allgemeinpolitische Stellungnahmen zu versuchen, Einfluss auf das politische Meinungsklima der Zeit zu nehmen. Ihre wohl wichtigste Funktion bestand darin, die Legitimität der innerhalb der EGKS-Politik getroffenen Entscheidungen durch eine gewisse demokratische Rückanbindung zu steigern. Dass der Stellenwert der Gemeinsamen Versammlung als eine Art demokratischer Wächter und *spiritus rector* der Montanunion zunächst dennoch durchaus hoch eingeschätzt wurde, zeigte sich am augenfälligsten wohl in der Tatsache, dass die nationalen Parlamente zahlreiche führende Politiker in die Gemeinsame Versammlung entsandten.⁴⁷⁸

Grundsätzlich drängte das Montanparlament von Beginn an – und in den Augen seines ehemaligen Präsidenten Furler jedenfalls nicht gänzlich ohne Erfolg, auf die Weiterentwicklung der europäischen Integration.⁴⁷⁹ Allerdings scheiterten gleich zu Beginn seiner Tätigkeit die hochfliegenden Vorschläge der aus seinen Reihen hervorgegangenen sogenannten „Ad-hoc-Ver-

477 Vgl. Gobin: *Consultation et Concertation*, Bd. 1, S. 244 f. Der von den freien und christlichen Gewerkschaften gegenüber den Regierungen gemeinsam vorgetragene Protest entzündete sich auch daran, dass zu ihrem völligen Unverständnis auch Serrarens nicht erneut in den Europäischen Gerichtshof berufen wurde.

478 Vgl. Hans Furler: *Im neuen Europa. Erlebnisse und Erfahrungen im Europäischen Parlament*, Frankfurt am Main 1963, S. 18 f.

479 Vgl. ebd., S. 13. Die Gemeinsame Versammlung ist bisher meines Wissens ein Stiefkind geschichtswissenschaftlicher Betrachtung geblieben, so dass der interessierte Leser nach wie vor verwiesen bleibt auf die zeitgenössische Darstellung von Schierwater, *Parlament und Hohe Behörde der Montanunion*.

sammlung“ zur Schaffung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft gemeinsam mit dem EVG-Projekt.⁴⁸⁰

Zum wohl wichtigsten Forum gewerkschaftlicher Politik im Montaneuropa der Sechs entwickelte sich der von den Gewerkschaften zuvor so vehement geforderte Beratender Ausschuss. Als „Hilfsorgan“ der EGKS der Hohen Behörde beigeordnet, stellte das Arbeitnehmerlager in ihm (neben den Erzeugern und Verbrauchern) ein Drittel der zunächst 51 Mitglieder stellte. Die Hohe Behörde hatte den Ausschuss „laufend über die allgemeinen Richtlinien ihrer Tätigkeit zu unterrichten. Auch wenn die Zusammensetzung und Kompetenzen dieses Gremiums hinter den gewerkschaftlichen Forderungen nach Parität zurückblieben, bot es doch den wohl wichtigsten Zugangskanal gewerkschaftlicher Interessenpolitik.⁴⁸¹

Dass die Gewerkschaften selbst das neue Gremium Ernst nahmen, zeigte sich schon an seiner durchaus hochkarätigen Besetzung: Auf der Arbeitgeberbank gaben sich hier keineswegs nach Luxemburg entsandte Funktionäre aus der zweiten Reihe, sondern hohe und höchste Repräsentanten der zuständigen Fachgewerkschaften und ihrer Dachverbände, darunter Generalsekretäre und Vorsitzende, ein Stelldichein.⁴⁸²

6.3 Die organisatorische Antwort der Gewerkschaften auf die Montanunion: der „21er-Ausschuss“ und die „Fédération des Syndicats Chrétiens dans la CECA“

Als die EGKS ihre Arbeit aufnahm, wurde das Schuman-Plan-Komitee des IBFG aufgelöst und durch eine permanente Organisation ersetzt. Mittlerweile war im November 1950 mit der Europäischen Regionalorganisation des

480 Zur „Ad-hoc-Versammlung“ der Montan-Union vgl. etwa Martin Schwarz: In jedem Scheitern liegt ein Neuanfang. Das Beispiel der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft oder warum braucht die Europäische Union eine Sicherheits- und Verteidigungspolitik?, in: Thomas Stahl (Hg.), Historische Streiflichter, Münster 2004, S. 86–117, insbes. S. 98 ff. Vgl. hierzu auch die Erinnerungen des Präsidenten dieser Versammlung, Paul Henri Spaak, Memoiren eines Europäers, Hamburg 1969, S. 292 ff.

481 Art. 18 EGKS-Vertrag. Die Gewerkschaften hatten eine paritätische Besetzung allein mit Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite und insbesondere ein Selbstbefassungsrecht des Beratenden Ausschusses zu allen sozialpolitisch relevanten Fragen (und nicht nur ein Recht zur Stellungnahme) gefordert.

482 Mit Freitag und ihm folgend Willi Richter gehörten beispielsweise die Vorsitzenden des DGB zeit ihrer Amtszeit dem Beratenden Ausschuss an. Mindestens bis in die späten 1960er Jahre blieb er ein Forum der westeuropäischen Gewerkschaftsprominenz. Kurzporträts seiner Mitglieder finden sich bei Dichgans, Montanunion.

IBFG (ERO) ein weiteres Forum intergewerkschaftlichen Meinungsaustauschs in Europa gegründet worden. Versuche der ERO und ihres Generalsekretärs Schevenels, die Gewerkschaftsarbeit innerhalb der EGKS unter ihre Fittiche zu nehmen, scheiterten angesichts der divergierenden Ansichten der britischen und nordeuropäischen Gewerkschaften einerseits, der Gewerkschaften der Schuman-Plan-Länder andererseits. Die Metall- und Bergarbeitergewerkschaften der Sechs insistierten darauf, ihre Politik innerhalb der neuen Gemeinschaft eigenständig zu koordinieren.⁴⁸³ 1952 wurde auf ihre Initiative ein Komitee von 21 gewerkschaftlichen Vertretern aus der Taufe gehoben, das in der Folgezeit der Erarbeitung der grundsätzlichen Richtlinien der gewerkschaftlichen Arbeit innerhalb der Montanunion und der Koordinierung der gewerkschaftlichen Positionen gegenüber den Organen der Gemeinschaft diente. Den Kern der Gruppe bildete ein achtköpfiges Exekutivkomitee, das die Tagesarbeit erledigte und regelmäßig in Luxemburg präsent war. Dem nach seiner Mitgliederzahl bald „21er-Ausschuss“ genannten Gremium gehörten die Metall- und Bergarbeitergewerkschaften sowie die Dachverbände der freien Gewerkschaften der sechs EGKS-Länder plus je ein Vertreter der Metall- und Bergarbeiterinternationale sowie des IBFG bzw. der ERO an. Der 21er-Ausschuss wurde mit einem dreiköpfigen Verbindungsbüro ausgestattet, das zunächst von Antoine Krier und dann von dem in der gewerkschaftlichen Europapolitik der folgenden beiden Jahrzehnte hochaktiven Harm G. Buiters geleitet wurde.

Marguerite Bouvard beschrieb den *modus operandi* gewerkschaftlicher Europapolitik durch den Montanausschuss in ihrer grundlegenden Arbeit über die Arbeiterbewegung in der europäischen Sechsergemeinschaft – noch aus der zeitlichen Nahdistanz – wie folgt:

“The Committee of XXI did not function as a centralized policy-making body. Rather, it acted as a coordinating body for its membership. Members negotiated with each other in a formal, diplomatic manner and plenary meetings occurred only three or four times a year. In the interval the executive committee managed daily activity, although policy decisions required confirmation by the full committee. In addition, the practice arose of convening biennial conferences attended by three delegates from each affiliated organization.”⁴⁸⁴

483 Zum 21er Ausschuss vgl. nach wie vor Bouvard: *Labor Movements*, S. 51–55; ferner Hans-Victor Schierwater, *Die Arbeitnehmer und Europa*, hier: S. 304.

484 Bouvard: *Labor Movements*, S. 52.

Auch die christlichen Gewerkschaften reagierten auf die Errichtung des Gemeinsamen Marktes für Kohle und Stahl organisatorisch mit einer Anpassung. Zunächst richteten sie allerdings lediglich im Brüsseler Generalsekretariat des IBCG eine Unterabteilung für die EGKS ein. Offensichtlich erschien diese Form gewerkschaftlichen Lobbyings aber schnell als unbefriedigend und den wachzunehmenden Aufgaben nicht gewachsen. Daher wurde im März 1955 mit der „Fédération des Syndicats Chrétiens dans la CECA“ (FSC-CECA) eine eigenständige gewerkschaftliche Interessenorganisation gegenüber den EGKS-Organen gegründet, die sich weitgehend auf die Dachverbände und christlichen Bergarbeiter- und Metallarbeiterverbände Belgiens, der Niederlande und Frankreichs stützte. Wie beim 21er-Ausschuss waren auch hier die einzelnen Organisationen ungeachtet ihrer numerischen Stärke mit jeweils einer Stimme vertreten. Anders als im 21er-Ausschuss waren innerhalb der FSC-CECA allerdings Mehrheitsentscheidungen grundsätzlich möglich. Zweidrittelmehrheiten banden, jedenfalls in der Theorie, auch die minoritären Organisationen. Zudem verfügte ihr Generalsekretär im Unterschied zu seinem Kollegen im 21er-Ausschuss über umfangreiche Kompetenzen für eigene Empfehlungen und Initiativen. Insgesamt präsentierte sich die Föderation in der Anfangsphase der EGKS ideologisch homogener als ihre freigewerkschaftliche Konkurrenz und einigte sich schon in der Mitte der 1950er Jahre auf eine Reihe von Forderungen. Im Einzelnen setzte sich die FSC-CECA mit Nachdruck für eine Ausdehnung der Montanunion, für eine föderative Struktur der zu bildenden Europäischen Gemeinschaften und für eine europäische und nicht nationale Vertretung der Gewerkschaften bei den Verhandlungen zur Gründung der EWG und von Euratom in Rom ein.⁴⁸⁵

Die politische Wirksamkeit der Europaorganisation der freien Gewerkschaften innerhalb der EGKS ist häufig als gering eingeschätzt worden: „Nennenswerten Einfluss auf die EGKS konnte aber auch der 21er Ausschuss nicht ausüben, da die Auffassungen seiner Mitglieder zu weit auseinander lagen,“ heißt es in der Einleitung zur Übersicht über die Bestände der internationa-

485 Zum FSC-CECA vgl. ebenfalls insbes. Bouvard: *Labor Movements*, S. 82–86, sowie, wie stets in Bezug auf die internationale christliche Gewerkschaftsbewegung, Pasture, *The Fist of the Dwarf*, S. 17 f. ders., *Histoire*, S. 273 f. Die satzungsmäßig garantierte Möglichkeit von Mehrheitsentscheidungen war insofern eingeschränkt, als bei Dissens in fundamentalen Fragen die Minderheit den Exekutivausschuss der christlichen Gewerkschaftsinternationale als Schlichter anrufen konnte (vgl. Bouvard, *Labor movements*, S. 83).

len Gewerkschaften im Archiv der sozialen Demokratie.⁴⁸⁶ Und tatsächlich kam der 21er-Ausschuss, salopp gesprochen, zunächst nur sehr schwer in die Gänge. Man verzettelte sich über der Frage, wie die Kosten für das nun in Luxemburg errichtete Verbindungsbüro aufzuteilen seien und darüber, wie die als ungerecht empfundene Zusammensetzung der Beratenden Versammlung abgeändert werden könne. Hinzu kamen Kompetenzstreitigkeiten mit der Europäischen Regionalorganisation des IBFG, die ebenfalls die europäische Politik der Gewerkschaften – über den Rahmen der EGKS hinaus – zu koordinieren beanspruchte. Unterschiedliche, von einer teils engstirnigen nationalen Interessenlage geprägte Auffassungen über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer, die Auflösung oder Beibehaltung des kartellierten Kohleverkaufs im Ruhrgebiet oder die Frage der Harmonisierung von Löhnen und Sozialstandards konnten im 21er-Ausschuss in den ersten Jahren seines Bestehens nicht überwunden werden. Zugleich erwies sich die Vorstellung, dass die Politik der Hohen Behörde durch die Anwesenheit der beiden gewerkschaftlichen Vertreter (also von Finet und Potthoff) gewissermaßen von selbst den Wünschen der Arbeitnehmerorganisationen entsprechen würde, als Illusion.⁴⁸⁷

Schon ab Mitte der 1950er Jahre gelang es den Mitgliedern des 21er-Ausschusses dann jedoch, ihre politischen Leitvorstellungen über die Wirtschafts- und Sozialpolitik innerhalb der EGKS enger aufeinander abzustimmen und ihre Forderungen zu vereinheitlichen. Ein hierfür maßgeblicher Faktor lag sicherlich in der Tatsache begründet, dass mit dem 21er-Ausschuss und den verschiedenen EGKS-Regionen nunmehr ein permanenter Rahmen des Interessenaus- und -abgleichs der verschiedenen nationalen Gewerkschaftsvertreter untereinander geschaffen war:

„One factor that helped produce a common policy for the free trade unions was the overlap of persons serving on the Common Assembly, the Consultative Committee, and the Committee of XXI. The same trade unionists frequently met in different places, acting in different capacities on each occasion. Under these conditions dome assimilation of viewpoints was bound to occur.“⁴⁸⁸

Zweifellos lässt sich der Bouvard'sche Befund über die freien Gewerkschaften auch auf die christliche FSC-CECA und, mehr noch, auf die Angleichung der Standpunkte zwischen beiden Gruppierungen übertragen. Jedenfalls entwi-

486 Buschak: Der Europäische Gewerkschaftsbund und die Europäischen Gewerkschaftsverbände, S. 10.

487 Vgl. Haas: The Uniting of Europe, S. 372 f.

488 Bouvard: Labor Movements, S. 54.

ckelte der 21er-Ausschuss ab Mitte der 1950er Jahre ein umfangreiches Programm wirtschafts- und sozialpolitischer Forderungen.

Die zunächst vagen und widersprüchlichen wirtschaftspolitischen Vorstellungen konnten während der zweiten Konferenz des 21er-Ausschusses 1956 zu einem Programm verdichtet werden, dass die Forderung nach einer antizyklischen Investitionspolitik, Preiskontrollen und genereller Planung der Produktion enthielt und sich erkennbar an schon zuvor entwickelten gewerkschaftliche Forderungen anlehnte. Zugleich verständigten sich die Mitglieder des 21er-Ausschusses früh auf Koordinierung ihrer nationalen Tarifpolitik im Kampf um die 40-Stunden-Woche.⁴⁸⁹ Die von den Gewerkschaften geforderte Anpassung der Arbeitsbedingungen an den innerhalb der Gemeinschaft auf nationaler Ebene erreichten Höchststand wurde in den folgenden beiden Jahrzehnten zu einer gewerkschaftlichen Standardforderung schlechthin. Bereits in den 1950er Jahren legte die Hohe Behörde auf Ersuchen der Gewerkschaften schnell eine ganze Serie von Untersuchungen über die wirtschaftliche und soziale Situation der Arbeiterschaft im Zuständigkeitsbereich der Montanunion vor, die sich in den Augen der Gewerkschaften für die argumentative Untermauerung ihrer sozial- und tarifpolitischen Forderungen auf nationaler Ebene als nützlich erwiesen.⁴⁹⁰

Dabei gelang mit dem „Gemischten Ausschuss für die Harmonisierung der Arbeitsbedingungen in der Steinkohlenindustrie“ die Etablierung eines in sozialpolitischen Fragen sehr aktiven Diskussionsforums für die Belange der Arbeitnehmer innerhalb der EGKS, der sich gemäß dem Vorbild der IAO aus Vertretern der Unternehmer, Arbeitnehmer und Regierungen zusammensetzte.⁴⁹¹

Die Einrichtung des Gremiums erfolgte aufgrund einer am 20. Dezember 1954 vom Beratenden Ausschuss der EGKS einstimmig gefassten Entscheidung und insbesondere auf Initiative André Renards (dem Vorsitzenden der

489 Vgl. Haas: *The Uniting of Europe*, 378 f.

490 Einer ersten Darstellung über die Beschäftigungssituation im französischen Bergbau und der italienischen Eisen- und Stahlindustrie folgte schon 1954 ein ausführlicher Bericht über die berufliche Bildung in der Eisen- und Stahlindustrie der sechs EGKS-Länder (vgl. *Communauté européenne du charbon et de l'acier. Haute autorité, (Hg.), La formation professionnelle dans l'industrie siderurgique des pays de la Communauté, Luxembourg 1954.*) Zahlreiche weitere Untersuchungen folgten, die es den nationalen Gewerkschaften erlaubten, unter Verweis auf die fortschrittlicheren Verhältnissen in anderen Ländern der Gemeinschaft auf sozial- und arbeitsrechtliche Angleichungen nach oben zu pochen.

491 Vgl. hierzu auch: *Europäische Gemeinschaften (Hg.), 50 Jahre im Dienste der Bergarbeiter und der Steinkohlenindustrie. Der Gemischte Ausschuss für die Harmonisierung der Arbeitsbedingungen in der Steinkohlenindustrie, Luxemburg 2001.*

Beratenden Versammlung zu diesem Zeitpunkt). Ihre Umsetzung unter aktiver Mithilfe Finets zeigte deutlich den hohen Stellenwert, den die Hohe Behörde den Arbeitnehmerorganisationen im Montaneuropa beimaßen.⁴⁹²

6.4 Die sozialpolitische Ausgestaltung der EGKS als gewerkschaftliche Schlüsselforderung

Zum wichtigsten gewerkschaftlichen Arbeitsfeld innerhalb der EGKS avancierte bald die Sozialpolitik. Gerade in diesem Bereich konnten sich die beteiligten Organisationen schnell auf einen konsistenten Forderungskatalog einigen und offenkundig mit Erfolg in den Entscheidungsprozess innerhalb der Montanunion einspeisen. Dabei spielten persönliche Kontakte zu den gewerkschaftlichen Ansprechpartnern innerhalb der Hohen Behörde und zu den verschiedenen Dienststellen der EGKS, Initiativen aus der Beratenden Versammlung und aus dem obengenannten „gemischten Ausschuss“ eine wesentliche Rolle.

Tanja Annette Grootz ist in ihrer detaillierten Darstellung der Entwicklung der europäischen Rentenversicherungssysteme – vielleicht auch zu ihrer eigenen Überraschung – zu dem Ergebnis gekommen, dass die Montanunion und die europäischen Gewerkschaften bei der Fortentwicklung der sozialen Arbeitnehmerrechte im Bergbau der sechs EGKS-Staaten eine bedeutsame Rolle gespielt haben.⁴⁹³

Angesichts der Bedrohung von Arbeitsplätzen im Bergbau infolge der für die Zeitgenossen gänzlich überraschend einsetzenden Kohlekrise, ergriffen die im 21-er Ausschuss zusammengeschlossenen Bergarbeitergewerkschaften 1958 die Initiative und forderten am 11./12. November des Jahres die Verabschiedung eines Europäischen Bergarbeiterstatuts. Eingeklagt wurden u.a. EGKS-weite Verbesserungen bei der Alters- und Invalidenrente sowie eine einheitliche Absenkung des Rentenalters für die gesundheitlich besonders belasteten Untertagearbeiter. Zwar konnte-obwohl sich die Hohe Behörde und auch die Gemeinsame Versammlung (wie auch später das Europäische Parlament) die gewerkschaftlichen Forderungen zu eigen machten und intensiv unterstützten, ein solches Statut auf der Ebene der EGKS-Staaten nicht realisiert werden, da die Mitgliedstaaten zu einer so weitreichenden Übertragung sozialpolitischer Kompetenzen nicht bereit waren. Allerdings gelangen

492 Vgl. Verschueren: *Fermer les mines*, S. 48–51.

493 Vgl. Grootz: *Alterssicherung*, insbes. S. 137–145.

in den folgenden Jahren erhebliche sozialpolitische Verbesserungen auf nationaler Ebene, die ohne die umfangreichen Vorarbeiten und die intensive Propagierung einer Angleichung der europäischen Alterssicherungssysteme nach oben – insbesondere durch den und innerhalb des „Gemischten Ausschuss für die Harmonisierung der Arbeitsbedingungen in der Steinkohlenindustrie“ – nicht möglich gewesen wären.⁴⁹⁴ Als die demokratischen Bergarbeitergewerkschaften der Sechs auf einer am 4. Juli 1964 in Dortmund abgehaltenen Großkundgebung ihre Forderung nach Einführung ihre Forderung nach einem Europäischen Bergarbeiterstatut noch einmal nachdrücklich in der Öffentlichkeit unterstrichen, konnten sie nicht zuletzt auf die Unterstützung des damaligen Präsidenten der Hohen Behörde, Rinaldo (Dino) del Bo, zählen. Als prominenter Redner der Veranstaltung betonte er die Notwendigkeit eines sozialen Europas, dessen Verwirklichung durch die Verabschiedung eines Bergarbeiterstatuts einen Schritt näher rücken würde.⁴⁹⁵

Blickt man resümierend auf das Output gemeinschaftlicher Sozialpolitik innerhalb der EGKS, so dürften an der weitverbreiteten These einer weithin wirkungslosen Politik der beteiligten IBFG- und IBCG-Organisationen und ihrer europäischen Verbände erhebliche Zweifel angebracht sein. Als sich die gewerkschaftlichen Vertreter am Vorabend der Fusion der drei europäischen Exekutiven auf einem Kolloquium in Menton/Südfrankreich zusammenfanden, zu dem die Hohe Behörde der EGKS etwa einhundert Vertreter der EWG-Gewerkschaften eingeladen hatte, waren zahlreiche Aktiva in der sozialpolitischen Bilanz der Montanunion bzw. der Hohen Behörde zu verbuchen:

1953 stellte sie der französischen Regierung erstmals einen nicht rückzahlbaren Zuschuss zur Durchführung eines Programms des französischen Staatskonzerns Charbonnages de France zur Wiederbeschäftigung von ca. 5.000 Bergarbeitern aus der südfranzösischen Region Centre-Midi in lothringischen Kohlegruben zur Verfügung. In den Folgejahren nahmen die Hilfsleistungen der EGKS angesichts der 1956/57, für die Beteiligten gänzlich unerwarteten Kohlekrise, schnell beträchtlichen Umfang an. Bis 1960 belief sich die Gesamtzahl der umgeschulten Arbeitnehmer bereits auf ungefähr 110.000 in 195 Produktionsstätten von 127 Unternehmen.⁴⁹⁶ In Menton konnte der

494 Vgl. Grootz, ebd., S. 142 ff.

495 Ebd., S. 141 f.

496 Communauté européenne. Bulletin mensuel d'information, Mars 1960. „La Haute Autorité a permis la réadaptation de 110.000 travailleurs“, S. 3.

Luxemburger Gewerkschafter und Sozialist Jean Fohrmann⁴⁹⁷ in seiner Eigenschaft als Mitglied der Hohen Behörde unter dem Applaus der anwesenden Gewerkschafter darauf verweisen, dass die EGKS vom März 1954–ezember 1965 Wiederbeschäftigungs- und Umschulungsbeihilfen, Aufstockungen der nationalen Arbeitslosenhilfe, Erstattung von Umzugs- und Reisekosten und ähnliche Vergünstigungen für nicht weniger als 218.000 Arbeitnehmer im Wert von 65 Millionen Dollar bereitgestellt habe.⁴⁹⁸ Zugleich hatte die EGKS erhebliche Mittel zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen und für die Verbesserung der beruflichen Bildung bereitgestellt.⁴⁹⁹ Bis 1967 hatte die Hohe Behörde mit allen sechs Staaten der Gemeinschaft Abkommen über die Cofinanzierung von Arbeitslosengeldzuschüssen, Umzugsbeihilfen, Umschulungsmaßnahmen etc. gemäß Art. 56 § 2 des EGKS-Vertrags abgeschlossen, zuletzt wurde 1966 mit der Regierung Luxemburgs ein Grundsatzabkommen über solche Anpassungshilfen vereinbart. Allein vom 1. Februar 1966 bis zum 31. Januar 1967, in der letzten Phase ihrer eigenständigen Arbeit, stellte die Hohe Behörde immerhin 16,5 Millionen Rechnungseinheiten für die „Anpassung“ von immerhin 58.392 Arbeitnehmern bereit, was gegenüber dem Vorjahr fast eine Verdoppelung bedeutete.⁵⁰⁰ Nach Ländern aufgeschlüsselt kam die Förderung zu 59 Prozent dabei übrigens den Arbeitnehmern der Bundesrepublik zugute (es folgten Belgien mit 17 Prozent, die Niederlande mit 16 Prozent, Frankreich mit 5 Prozent, Italien mit 3 Prozent und Luxemburg mit 16 Prozent).⁵⁰¹

Aus sozialpolitischer Sicht mindestens ebenso bedeutsam wie die Anpassungshilfen waren die von der EGKS kofinanzierten Arbeiterwohnungsprogramme. Seit dem Anlaufen ihrer Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus für die Arbeitnehmer der EGKS-Industrien beteiligte sich die Hohe Behörde bis zum 31. Januar 1967 am Bau von 102.590 Wohnungen, von denen zu diesem Zeitpunkt 64.549 vermietet waren und 38.041 in das Eigentum der Arbeitnehmer übergehen sollten.⁵⁰²

497 Jean Fohrmann (1904–1973) war von 1952–1965 Vizepräsident der Gemeinsamen Versammlung der EGKS und dann des Europäischen Parlaments gewesen und von 1965–1967 Mitglied der Hohen Behörde.

498 Vgl. Günther Heyder: Für ein Europa der Arbeitnehmer, in: GMH, 3/1966, S. 143–46, hier: S. 145.

Zur sozialpolitischen Bilanz der EGKS vgl. auch die entsprechenden Passagen einer Denkschrift Heinz Potthoffs von Mitte 1962, in ders.: Zwischen Schlosserlehre und Europapolitik, Bielefeld 1972, S. 268 f.

499 Ebenda.

500 Vgl. Handbuch der Montan-Union – 163. Lieferung, Folge 3, S. 329 ff;

501 Ebd., S. 335.

502 Vgl. EGKS: Hohe Behörde, 15. Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft (1. Februar 1966 bis zum 31. Januar 1967), Luxemburg 1967, S. 365.

Insgesamt konnte sich die Sozialpolitik der EGKS durchaus sehen lassen. Dabei war es den Gewerkschaften per saldo nach erheblichen Anlaufschwierigkeiten und mithilfe ihrer europabezogenen Interessenverbände gelungen, ihre Positionen besser als in der Anfangsphase aufeinander abzustimmen und den zunächst nur sehr eingeschränkten sozialpolitischen Aktionsradius der Hohen Behörde erheblich auszudehnen.⁵⁰³ Vor diesem Hintergrund hatten es die im 21er-Ausschuss zusammen geschlossenen Gewerkschaften mehrheitlich nicht für notwendig erachtet, etwa nach dem Vorbild der FSC-CECA eine stärker integrierte gewerkschaftliche Struktur gegenüber den Organen der EGKS ins Leben zu rufen. Namentlich die deutschen Vertreter innerhalb des Gremiums lehnten den stark mit dem Namen André Renards verbundenen Vorschlag ab, den 21er-Ausschuss zu einer perspektivisch auch mit tarifvertraglichen Befugnissen ausgestatteten supranationalen Gewerkschaftsorganisation fortzuentwickeln.⁵⁰⁴ Am Vorabend der EWG-Gründung herrschte im Lager der sozialistischen EGKS-Gewerkschaften statt dessen die Auffassung vor, dass innerhalb des 21er-Ausschuss ein weitreichender innerorganisatorischer Konsens erzielt worden sei, die Organisation sich bewährt habe und den gestellten Anforderungen genüge.⁵⁰⁵

503 Vgl. hierzu auch Rumpf: Deutsche Industriegewerkschaften, S. 139 f.

504 Vgl. Haas: *The Uniting of Europe*, S. 384–386.

505 Vgl. ebd. sowie Rumpf, ebd., S. 67 f. Nach 1958 setzten die Metall- und Bergarbeitergewerkschaften ihre Arbeit gegenüber den europäischen Organisationen, eingebunden in das Europäische Gewerkschaftssekretariat, als „Montanausschuss“ fort, ehe sich die Metall- und Bergarbeitergewerkschaften 1963 dann zu eigenständigen Industrieverbänden ausdifferenzierten.

7 VON DER KONFERENZ VON MESSINA ZU DEN RÖMISCHEN VERTRÄGEN: DIE ROLLE DER NICHT-KOMMUNISTISCHEN GEWERKSCHAFTEN AUF DEM WEG ZUM „EWG-EUROPA“ (1958-1973)

Im August 1954 verweigerte die Französische Nationalversammlung dem in den beiden Jahren zuvor ausgehandelten Vertrag zur Gründung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft die Ratifizierung. Damit wurde auch das weiterführende Ziel einer Europäischen Politischen Gemeinschaft auf Jahrzehnte hin ad acta gelegt, und die von der „Ad-hoc-Kommission“ der Gemeinsamen Versammlung bereits fertig ausgearbeitete europäische Verfassung verschwand in den Schubladen der Regierungsarchive.

Trotz oder wegen dieses herben Dämpfers der Einigungsbemühungen lancierten unterschiedliche Akteure wie die Gemeinsame Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl oder die Regierungen der Benelux-Staaten schnell neuerliche Ideen einer nun wieder auf die Wirtschaft konzentrierten Einigung Europas.

Im Juni 1955 prüften die Außenbeauftragten der sechs Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl auf der Konferenz von Messina neuerlich die Möglichkeit weiterer Integrationsschritte und arbeiteten Richtlinien für eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit und – dies war eine neue Idee aus dem Umfeld Monnets – im Bereich der friedlichen Nutzung der Atomenergie aus. Die Konferenzteilnehmer einigten sich auf eine Reihe von Vorschlägen zur neuerlichen Forcierung der Integrationsbemühungen und der „Geist von Messina“ wurde später sprichwörtlich für ein konstruktives, proeuropäisches Verhandlungsklima.

Eine Kommission unter Vorsitz des belgischen Außenministers Paul Henri Spaak sollte die in Messina ausgearbeiteten Richtlinien auf ihre praktische Verwirklichung hin prüfen, der so genannte Spaak-Bericht wurde im Februar 1956 den beteiligten Regierungen vorgelegt. Ende Mai 1956 billigte eine Außenministerkonferenz in Venedig den Spaak-Bericht als Grundlage für weitere Verhandlungen, sodass am 26. Juni in Val Duchesse – ähnlich wie bereits während der Schuman-Plan-Verhandlungen im Rahmen überschaubarer Delegationen hoher Beamter und Regierungsvertreter – in eine zweite Verhandlungsphase eingetreten werden konnte. Nach konfliktreichen Verhandlungen konnten schließlich am 25. März 1957 die Verträge zur Grün-

derung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und von Euratom in Rom unterschrieben werden.⁵⁰⁶

Die EWG sollte sich in der Folgezeit zum Kernprojekt der weiteren europäischen Integration entwickeln. Ihr Hauptziel bestand – neben den unterschiedlich gelagerten allgemeinpolitischen Zielvorstellungen der Beteiligten – zunächst einmal darin, den Wohlstand innerhalb der Gemeinschaft durch Schaffung eines Gemeinsamen Marktes zu fördern. Dafür sollten die Zölle und mengenmäßigen Beschränkungen innerhalb eines Zeitraums von höchstens fünfzehn Jahren schrittweise abgeschafft, eine Zollunion mit einem gemeinsamen Außenzolltarif und einer gemeinsamen Handelspolitik gegenüber Drittländern eingerichtet und gemeinsame Wettbewerbsregeln im Sinne eines grundsätzlichen Kartellverbots erlassen werden. Zugleich sollte auch der diffizile Bereich der Agrarpolitik innerhalb der Sechs im Rahmen einer Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) geregelt werden, indem ein gemeinsamer Agrarmarkt geschaffen und die sehr verschieden nationalen Protektions- und Subventionssysteme vergemeinschaftet werden – ohne dass die Verträge über die dabei anzuwendenden Methoden genauere Auskunft gaben. Schließlich sollte eine gemeinsame Verkehrspolitik etabliert werden. Darüber hinaus sollten die Arbeitsbedingungen harmonisiert und ein europäischer Sozialfonds eingerichtet werden. Grundsätzlich folgte der Vertragstext einer ökonomischen Rationale, betonte aber zugleich den weit über eine Freihandelszone hinausreichenden Charakter der Gemeinschaft als supranationale Rechtsgemeinschaft.⁵⁰⁷

Am Ende der Konferenz von Messina hatte der Ministerrat der sechs EGKS-Staaten erklärt, dass nunmehr der Zeitpunkt gekommen sei, „die Schaffung eines Vereinigten Europas durch den Ausbau der gemeinsamen Institutionen, durch die schrittweise Fusion der nationalen Wirtschaften und durch

506 Zu Euratom sei hier nur allgemein angemerkt, dass sie Aufbau und Entwicklung der Nuklearindustrie in den sechs Mitgliedstaaten fördern sollte. Ihre Ergebnisse in diesem Bereich blieben allerdings, vielleicht mit Ausnahme der Forschungsförderung, hinter den Erwartungen zurück und als Arena gewerkschaftlicher Politik spielte sie eine nur untergeordnete Rolle.

507 Die Literatur zur Gründung der EWG kann an dieser Stelle nicht aufgezählt werden. Einen kompakten Überblick bietet Mitrag, *Kleine Geschichte*, S. 104–122 (mit ausgewählter weiterführender Literatur); als ausführliche Standarddarstellung m.E. nach wie vor maßgeblich: Küsters, *Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft*. Zur Verankerung der GAP in den Römischen Verträgen und den dahinter liegenden Motiven und Interessen vgl. insbes. Guido Thieme, *Vom „Pool Vert“ zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft*. Europäische Integration, Kalter Krieg und die Anfänge der Gemeinsamen Agrarpolitik 1950–1957, München 1999, sowie Kiran Klaus Patel, *Europäisierung wider Willen*. Die Bundesrepublik Deutschland in der Agrarintegration der EWG 1955–1973, München 2009, S. 49–112.

die schrittweise Koordination ihrer Sozialpolitik fortzusetzen.“ Ziel dieser als „unerlässlich“ angesehenen Politik sei es zum einen, Europa seinen Einfluss in der Welt zurückzugeben und zum anderen „den Lebensstandard seiner Bevölkerung stetig zu heben.“⁵⁰⁸ Vor dem Hintergrund ihrer seit dem Marshallplan entwickelten grundsätzlichen europapolitischen Vorstellungen konnte dies im Grundsatz nur auf die Zustimmung der nichtkommunistischen Gewerkschaften der Sechs stoßen. Allerdings verlangten sie von vornherein die angemessene Beteiligung der Arbeiterorganisationen an den Verhandlungen und pochten grundsätzlich auf ihre Kernvorstellung, dass eine ökonomische Integration alleine die sozialen Probleme der Arbeiterschaft nicht werde lösen können.

Besonders die erste Forderung lief jedoch ins Leere. Unter den gegebenen politischen Rahmenbedingungen gelang es den Gewerkschaften nicht, anders als in den Verhandlungen zur Errichtung der Montanunion, ihre jeweiligen gewerkschaftlichen Repräsentanten an der konkreten Ausarbeitung der in Messina gefassten Beschlüsse direkt zu beteiligen. Dies galt für die unter Vorsitz des belgischen Außenministers Paul Henri Spaak von April 1955 bis zum Juni 1956 tagende intergouvernementale Kommission, die den schließlich nach ihm benannten Bericht zur Vorbereitung eines gemeinsamen europäischen Marktes und zu Euratom ausarbeitete. Und dies galt auch für die im Anschluss an diesen „Spaak-Bericht“ eingesetzten Regierungsausschuss, in dessen Delegationen keine Repräsentanten der jeweiligen Gewerkschaftsbewegung vertreten waren.

Da die freien und christlichen Gewerkschaften so bei der Ausarbeitung der Römischen Verträge über keine direkten Einflussmöglichkeiten verfügten, mussten sie den Versuch unternehmen, die Aushandlung der EWG- und Euratom-Verträge gewissermaßen von außen zu beeinflussen. Offenbar auf eine Initiative Kees van Wingerdens und Louis Majors etablierten die IBFG-Gewerkschaften in den EGKS-Staaten ein sogenanntes „Pariser Büro“, das die führenden Repräsentanten der freien Gewerkschaften in den Jahren der EWG- und Euratom-Verhandlungen zur Abstimmung ihrer Positionen regelmäßig zusammenführte.⁵⁰⁹

Dabei ist unübersehbar, dass sich in den Augen der Gewerkschaftsvertreter mittlerweile die Montanunion zu einem keineswegs perfekten, aber trotzdem richtungsweisenden institutionellen Bezugspunkt für die weitere Entwicklung der europäischen Integration entwickelt hatte. Freie und christliche

508 Zit. n. Archiv der Gegenwart v. 4. Juni 1955, S. 5191.

509 Vgl. Gobin: Consultation et Concertation, Bd. 1, S. 201.

Gewerkschaften forderten so im Bezug auf die institutionelle Ausgestaltung der zu gründenden EWG unisono, dass, analog zu den Regelungen der EGKS, sich unter den Mitgliedern der zu schaffenden EWG-Kommission ein Vertreter der Gewerkschaftsbewegung befinden müsse. Diese Kommission sei dabei, wieder nach dem Vorbild der Luxemburger Organisation, mit eigenen Finanzmitteln auszustatten. Des Weiteren sollte, dies war von Beginn an eine Schlüsselvorgabe der europäischen Arbeitnehmerorganisationen, ein Wirtschafts- und Sozialausschuss (WSA) eingerichtet werden, der mindestens über dieselben Befugnisse verfügen sollte wie der Beratende Ausschuss der EGKS und dem zudem ein eigenes Initiativrecht gegenüber der Kommission und dem Ministerrat zugestanden werden müsste. Überhaupt sollte die EWG nach Meinung der Gewerkschaften genauso wie die EGKS mit einem Minimum an sozialpolitischen Kompetenzen versehen werden. Gefordert wurde zudem, entsprechend den in der Montanunion mittlerweile entwickelten Vorstellungen, eine grundsätzliche Harmonisierung der sozialpolitischen Regelwerke der Mitgliedsstaaten „nach oben“. Schließlich sollten EWG und Euratom gemeinsam mit der Montanunion eine Parlamentarische Versammlung erhalten. Anders als ihr Vorläufer in der EGKS sollte diese nach den Vorstellungen der Gewerkschaften zu einem echten Kontrollgremium gegenüber den Exekutivorganen der neuen Gemeinschaften gemacht werden; zu diesem Zweck verlangten sie von Anfang an, das spätere Europäische Parlament möge sich aus gewählten – und nicht von den nationalen Parlamenten ernannten – Vertretern zusammensetzen.

Immerhin gelang es der gewerkschaftlichen Lobbyarbeit schließlich, mit der Unterstützung der holländischen und belgischen Regierungsdelegationen, im letzten Moment durchzusetzen, dass zumindest der von ihnen geforderte Wirtschafts- und Sozialausschuss – von dem im ursprünglichen Spaak-Bericht vom Frühjahr 1956 noch keine Rede gewesen war – als „Hilfsorgan“ der neuen Gemeinschaften doch eingerichtet wurde.⁵¹⁰ Die Kompetenzen und die Zusammensetzung des WSA blieben allerdings hinter den gewerkschaftlichen Forderungen zurück. Das Gleiche galt für die Parlamentarische Versammlung, die nun als Nachfolgerin der Gemeinsamen Versammlung der EGKS als Organ der drei Europäischen Gemeinschaften geschaffen wurde. Zugleich beinhalteten die Vertragstexte lediglich vage formulierte sozialpolitische Zielvorstellungen und ein Vertreter in der Kommission der EWG,

510 Vgl. die zusammenfassende Darstellung der hier nicht in allen Einzelheiten nachzuzeichnenden gewerkschaftlichen Aktionen von Étienne Deschamps, Die Rolle der Gewerkschaften und die sozialen Bestimmungen des EWG-Vertrags, CVCE, www.cna.lu.

wie in der Hohen Behörde der EGKS, wurde den Arbeitnehmerorganisationen ebenfalls nicht zugestanden.⁵¹¹

In der Luxemburger Gewerkschaftszeitung „Arbecht“, die den Vorgängen auf europäischer Ebene und der gewerkschaftlichen Europapolitik stets ein hohes Maß an Aufmerksamkeit widmete, katalogisierte Antoine Krier, der Generalsekretär der CGT-L, die Vorbehalte und enttäuschten Hoffnungen der Gewerkschaften folgendermaßen:

„Die Verträge über den Gemeinsamen Markt und Euratom befriedigen die organisierten Arbeiter noch lange nicht. Trotzdem sind die freien Gewerkschaften der sechs Länder für die Verträge. Sie bedauern an erster Stelle, dass die Verträge ohne die Mitarbeit der Gewerkschaften ausgearbeitet wurden. Sie bedauern ferner, dass die sozialen Probleme in diesen Verträgen eher vernachlässigt, denn berücksichtigt wurden.

Sie stellen fest, dass die Europäische Kommission (Hohe Behörde) nur wenig, der Ministerrat hingegen überaus große Vollmachten hat. Sie vermissen in dem gemeinsamen Vertrag einen Artikel, der die soziale Harmonisierung gewährleistet. Trotz diesen und andern Mängeln bejahen die freien Gewerkschaften die Europa-Verträge. Sie bekennen sich zu diesen Verträgen, die trotz ihrer Unvollständigkeit besser sind, wie das zur Zeit Bestehende. Die freien Gewerkschaften erklären immer wieder, dass ein Neues Europa ohne die Arbeiter unmöglich sein wird. Das neue Europa setzt darum eine Reorganisation der Wirtschaft voraus, die den Schaffenden bessere Arbeits- und Lebensbedingungen sichern muss. Die Arbeiter sind bereit, an dieser Reorganisation der Wirtschaft mitzuarbeiten. Sie sind überzeugt, dass Mängel und Anomalien der Verträge in dem Maße beseitigt werden, indem die berufenen Vertreter auf allen Stufen der Gemeinschaft mitberatend und mitbestimmend beteiligt werden. Neben der Exekutive der Europäischen Kommission interessiert besonders der Wirtschafts- und Sozialausschuss die Arbeiter. (...) Dem Wirtschafts- und Sozialausschuss ist das Initiativrecht zuzuerkennen und die Möglichkeit, paritätische Kommissionen zur Lösung auftauchender Probleme einzusetzen. Die organisierte Arbeiterschaft der sechs Länder hält darauf, im europäischen Sozialfonds und in der Investitionsbank gemäß ihrer Stärke vertreten zu sein. Dasselbe gilt für alle andern Kommissionen, die für den gemeinsamen Markt

511 Allerdings dürfte die Ernennung Paul Finets zum Präsidenten der Hohen Behörde durch den Rat der Außenminister am 7. Januar 1958 als mehr oder minder bewusste Kompensation dieses Mangels zu deuten sein; mit der Ernennung Roger Reynauds, einem Repräsentanten der christlichen Gewerkschaftsbewegung, zu dessen Stellvertreter, stieg die Zahl gewerkschaftlicher Repräsentanten in der Hohen Behörde vorübergehend sogar auf drei von neun Mitgliedern. Zugleich relativiert sich das Fehlen eines Gewerkschaftsvertreters in der Kommission auch dadurch, dass mit Sicco Mansholt – auf den weiter unten noch ausführlicher eingegangen werden muss – und dem prominenten Luxemburger Sozialisten Michel Rasquin wenigstens zwei Mitglieder der Kommission als gewissermaßen natürliche Ansprechpartner der Gewerkschaften anzusehen waren. Rasquin, zuvor Wirtschaftsminister des Großherzogtums, starb allerdings schon am 27. April 1958.

und für Euratom eingesetzt werden. Ein europäisches Arbeitsamt, das paritätisch zu verwalten ist, drängt sich auf. Es hat sich nicht nur mit der Arbeitsmarktlage und der Arbeitsvermittlung, sondern auch und vor allem mit dem Schutz der jungen Arbeitskräfte zu beschäftigen.

Den Gewerkschaften entstehen neue und große Aufgaben in dem Europa, das im Werden ist.

Die Gewerkschaften wollen dieses neue Europa. – Sie wollen aus dem werden- den Europa das große Europa schaffen, das Europa der sozialen Gerechtigkeit, des Friedens und der Freiheit.“⁵¹²

Trotz aller Enttäuschung über die unzureichende Beteiligung der Arbeiterbewegung bekräftigte Krier die grundsätzliche Bereitschaft der Gewerkschaften zur Mitwirkung an der „relance européenne“. Robert Bothereau, der Generalsekretär der FO, sah mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge trotz aller Vorbehalte gar die „Stunde Europas“⁵¹³ gekommen. Dass die deutschen Gewerkschaften die Ausgestaltung des EWG-Vertrags als „Fehlschlag“ und „Sieg reaktionärer Interessen“ in Bausch und Bogen verdammt haben sollen, ist noch in jüngster Zeit behauptet worden und zeugt von der hartleibigen Widerstandsfähigkeit eingefahrener historiografischer Fehltrite.⁵¹⁴ Die Gewerkschaften blieben weiterhin davon überzeugt (und betonten dies auch immer wieder), dass insbesondere der Gemeinsame Markt bzw. die EWG sich per se – als Grundvoraussetzung beschleunigten wirtschaftlichen Wachstums einerseits, als, mehr oder minder idealistisch gesehene Bedingung europäischer Aussöhnung und des Friedens in Europa andererseits – für die Arbeiterschaft in den beteiligten Nationen von unschätzbarem Wert erweisen würde.

512 Antoine Krier: Europa wird sein, in: „Arbecht“ v. 7.12.1957.

513 Robert Bothereau, L'heure européenne, in: Force ouvrière vom 24.01.1957, 14. Jg., S. 1.

514 Vgl. Stephan Seifen: Die Bedeutung der europäischen Beschäftigungspolitik für den Strategiewandel der Gewerkschaften, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen, 42/2009, S. 187–213, hier: S. 190. Die Berufung auf Elsner, EWG, S. 40 macht die Behauptung nicht glaubwürdiger, zumal sich selbst dieser berufene Fundamentalkritiker der europäischen „Einigung deutlich vorsichtiger ausdrückt – allerdings erst einige Seiten später. Zur tatsächlichen Haltung „der“ westdeutschen Gewerkschaften können die oft unter der Rubrik „Europa-Wirtschaft“ firmierenden Beiträge in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ herangezogen werden, die ein deutlich helleres Bild zeigen.

8 DIE GEWERKSCHAFTEN UND „EWG-EUROPA“ (1958-1973): DIE ERFAHRUNGEN MIT DEN INSTITUTIONEN, GEMEINSCHAFTSBEZOGENE INTERESSENPOLITIK UND POLITISCHE LEIT- VORSTELLUNGEN

Dass die institutionelle Entwicklung der EWG im ersten Jahrzehnt in starkem Maß von der Gründungskommission der neuen Organisation mitbestimmt und vorangetrieben wurde, dürfte – bei aller Kritik an den „Säulenheiligen“ des europäischen Einigungsprozesses und ihrer dabei vermeintlich übermäßig hervorgehobenen Rolle –, als gesichertes historisches Wissen anzusehen sein. Innerhalb des Entscheidungssystems der EWG konnte allein die Kommission die Politik der Gemeinschaft initiieren, ohne ihre Vorschläge der Ministerrat nicht tätig werden. Innerhalb des europäischen Entscheidungssystems stellte so – neben der Hohen Behörde und ferner neben der eigenständigen Euratom-Kommission – die Kommission der EWG, ab 1967 dann die EG-Kommission⁵¹⁵ – den ersten Adressaten gewerkschaftlicher Einflussnahme dar.

8.1 Die Kommission

Walter Hallstein, der erste Präsident der EWG-Kommission, hatte bereits als Staatssekretär im Außenministerium der Regierung Adenauer und während der Verhandlungen, die dem Abschluss der Römischen Verträge voraus gingen, nicht nur seine proeuropäischen Überzeugungen, sondern auch sein beträchtliches Verhandlungsgeschick eindrücklich unter Beweis gestellt und so im Lager der Fürsprecher einer verstärkten und supranationalen europäischen Integration parteiübergreifend ein hohes Maß an politischer Reputati-

⁵¹⁵ Mit dem sogenannten „Fusionsvertrag“ von 1965 wurden neben den drei Ministerräten der EWG, EGKS und von Euratom die beiden Kommissionen (EWG und Euratom) und die Hohe Behörde (EGKS) miteinander verschmolzen.

on erworben.⁵¹⁶ Für die Gewerkschaften kam hinzu, dass er gegenüber den Forderungen der Arbeitnehmerorganisationen durchgehend eine aufgeschlossene Haltung einnahm.⁵¹⁷

Die unter seinem Vorsitz bis 1967 amtierenden ersten beiden Kommissionen sollten sich für den weiteren europäischen Einigungsprozess von wesentlicher Bedeutung erweisen. Er selbst avancierte in den folgenden Jahren nicht nur in den Augen der deutschen und europäischen Öffentlichkeit, sondern auch außerhalb der Gemeinschaft, als „Mister Europe“ zur Personifizierung des „european spirit“.⁵¹⁸ Dabei wiesen beide Hallstein-Kommissionen⁵¹⁹ mit ihren zunächst ja lediglich neun Mitgliedern (zu denen sich als eine Art zehnter Kommissar ihr erster Generalsekretär Émile Noël⁵²⁰ zählen lässt) bis zur erzwungenen Ablösung Hallsteins in Folge der Krise des „leeren Stuhls“⁵²¹

516 Über Hallstein (und in einem Atemzug auch von der Groeben) urteilte Alfred Müller-Armack, ihr „Gegenspieler“ innerhalb der deutschen Delegation bei der Ausarbeitung des Spaak-Berichts und dann der Römischen Verträge: „Die letzte große Frage, die es zu regeln galt, war die der Institutionen. Auch hier gab es zwei Schulen: die Institutionisten, zu denen in der deutschen Delegation Hallstein, von der Groeben und Ophüls gehörten, und die Funktionalisten mit Erhard an der Spitze. Ihnen (den „Institutionisten“, RF) schwebte vor, durch Schaffung supranationaler Organisationen eine Über-Montanunion zu schaffen als Vorstufe eines künftigen Bundesstaates. Neben die Hohe Behörde sollte die Kommission treten mit ähnlichen supranationalen Befugnissen.“ Alfred Müller-Armack, *Auf dem Weg nach Europa, Erinnerungen und Ausblicke*, Tübingen u. Stuttgart 1971, S. 106–120.

517 Vgl. etwa die Darstellung des DGB-Sozialexperten Heise: *Sozialpolitik*, S. 118 ff., S. 248 f.

518 Eine Biographie des ersten Präsidenten der EWG-Kommission liegt merkwürdigerweise nicht vor. Von den zahlreichen Aufsätzen und Artikeln vgl. insbes. Wilfried Loth, Walter Hallstein. Ein überzeugter Europäer, in: *Europäische Kommission, Geschichte und Erinnerungen*, S. 87–98; zu seiner Rolle als Kommissionspräsident vgl. ders./Marie-Thérèse Bitsch: *Die Kommission Hallstein 1958–1967*, in: ebd., S. 57–86.

519 Als Hallstein-Kommission wird im folgenden die erste und zweite EWG-Kommission unter seiner Präsidentschaft (Januar 1958–Januar 1967) verstanden.

520 Zu Noël vgl. Gérard Bossuat, Émile Noël, ein Leben im Dienste der europäischen Einigung, in: *Europäische Kommission, Geschichte und Erinnerungen*, S. 221–236.

521 Als Politik des „leeren Stuhls“ wird das dauerhafte Fernbleiben der französischen Verhandlungsdelegation von den Europäischen Ratssitzungen in der Zeit vom 1. Juli 1965 bis zum 30. Januar 1966 bezeichnet, wodurch das politische System der EWG faktisch lahm gelegt wurde. Ursächlich für die Krise waren Bestrebungen der EWG-Kommission, die Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben besonders im Agrarbereich auszuweiten und auf eine neue Grundlage zu stellen. Dem Europäischen Parlament sollte ein Kontrollrecht über die Mittelverwendung eingeräumt werden. Zudem sollten insbesondere in der Gemeinsamen Agrarpolitik gemäß den im EWG-Vertrag getroffenen Bestimmungen nach Ablauf einer Übergangszeit von acht Jahren, also zum 1. Januar 1966, im Rat nicht mehr nach dem bis dahin geltenden Einstimmigkeitsprinzip abgestimmt werden, sondern mit qualifizierter Mehrheit. Letztendlich entluden sich in dem Konflikt die Spannungen zwischen den supranationalen, „föderalistischen“ Europakonzepten der Équipe um Hallstein und Mansholt und den intergouvernementalen, auf ein „Europa der Vaterländer“ abzielenden Vorstellungen de Gaulles, vgl. hierzu jetzt die akribische Darstellung von Philip Bajon, *Europapolitik „am Abgrund“*. Die Krise des „leeren Stuhls“ 1965–66, Stuttgart 2012.

ein hohes Maß an personeller Kontinuität auf.⁵²² Dies traf mit Abstrichen auch noch auf die folgende Kommission unter Jean Rey mit ihren nun vierzehn Mitgliedern zu.⁵²³

Wenn es um die Frage der „Erfahrung“ der Gewerkschaften mit der Europäischen Integration im EWG-Europa geht, ist ein kurzer Blick auf diesen kleinen Kreis der Kommissare geboten. Zunächst zu Robert Marjolin: Als einer der beiden französischen Vertreter und in seiner Eigenschaft als einer der drei Vizepräsidenten zählte er zu den politischen Schwergewichten des Gremiums, dem er bis zum Ende der zweiten Kommission Hallstein angehörte. Zuständig für die Bereiche Wirtschaft und Finanzen nahm er innerhalb des Kollegiums eine Schlüsselrolle ein.⁵²⁴ Der Belgier Jean Rey, ein Liberaler und vorheriger Wirtschaftsminister Belgiens, amtierte als Nachfolger Hallsteins als erster Präsident der 1967 fusionierten Exekutiven der drei Gemeinschaften. Zuvor war er von 1958–1967 das für den Außenhandel zuständige Kommissionsmitglied. Als Kommissar für Arbeit und Soziales – und damit als einer der wichtigsten Ansprechpartner für die Gewerkschaften – gehörte Lionelli Levi-Sandri⁵²⁵ nach seinem Amtsantritt bis 1970 zu den Konstanten innerhalb der Exekutive der Gemeinschaften. Dasselbe galt für Hans von der Groeben, dem zweiten deutschen Kommissionsmitglied, der bereits an der Ausarbeitung der Römischen Verträge maßgeblich beteiligt war. Er diente in den Kommissionen Hallstein und Rey⁵²⁶ als Kommissar für den Bereich Wettbewerb und war wesentlich an der Herausbildung des europäischen Wettbewerbsrechts beteiligt.

522 Zur Hallstein-Kommission und ihren einzelnen Mitgliedern vgl. nach wie vor die die sicherlich durchaus parteiischen, nichtsdestotrotz nach wie vor sehr lesenswerten Charakterbilder von Theo M. Loch, *Die Neun von Brüssel*, Köln 1963.

523 Vgl. hierzu Marie-Thérèse Bitsch: Die ersten Jahre der gemeinsamen Kommission (1967–1972), in: Europäische Kommission, *Geschichte und Erinnerungen*, S. 135–164.

524 Zur Rolle Marjolins innerhalb der Kommission vgl. beispielsweise von der Groeben: *Deutschland und Europa*, S. 298 f.

525 Levi-Sandri, geboren 1910, hatte sich während des Weltkriegs im italienischen Widerstand engagiert und sich danach der italienischen Sozialdemokratie angeschlossen. In der ersten EWG-Kommission, der er ab 1961 als Nachfolger für Giuseppe Petrilli angehörte, setzte er sich vor allem für die Angleichung von Arbeits- und Sozialrecht zwischen den EWG-Staaten ein; vgl. hierzu Antonio Varsori, *Die Ursprünge der europäischen Sozialpolitik*, in: Europäische Kommission, *Geschichte und Erinnerungen*, S. 459–474. Auch Levi-Sandri hatte sich, obwohl auch er mit einem christdemokratischen Parteibuch ausgestattet, gerade wegen seiner frühzeitigen Bemühungen um den Aufbau einer europäischen Sozialpolitik im Lager seiner gewerkschaftlichen Ansprechpartner erhebliches Ansehen erworben, vgl. Heise, *Sozialpolitik*, S. 110 f.

526 Zu Jean Rey vgl. Yves Conrad, Jean Rey: „überzeugter Europäer“ und „zurückhaltender Idealist“, in: Europäische Kommission, *Geschichte und Erinnerungen*, S. 119–134.

Mit Sicco Leendert Mansholt amtierte seit Gründung der EWG ein Kommissionsmitglied mit exzeptionellem politischen Gestaltungswillen bis 1973 ununterbrochen als Vizepräsident der Kommission der EWG – ab 1967 dann der EG-Kommission – und übernahm vor seinem Ausscheiden im Januar 1973, nach dem unvorhergesehenen Rückzug des Italieners Malfatti, für sieben Monate das Amt des Präsidenten. Seine Rolle innerhalb der Politik der EWG, besonders, aber nicht ausschließlich, in der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik von den späten 1950er bis in die frühen 1970er Jahre kann kaum überschätzt werden. Bereits zwischen 1945 und 1958 hatte er das Amt des niederländischen Landwirtschaftsministers innegehabt. Als (undogmatischer) Sozialist war besonders der Agrarkommissar und Vizepräsident der Kommission immer bereit, die Auffassungen der Gewerkschaften in seine Überlegungen mit einzubeziehen und Maßnahmen der Gemeinschaft zu diskutieren. Dabei legte er, dies belegen zahlreiche Zeugnisse, ein hohes Maß an Überzeugungskraft an den Tag, das selbst politische Gegner nicht unbeeindruckt ließ.⁵²⁷

Insgesamt wiesen die beiden Ersten, von 1958–1967 amtierenden Kommissionen der EWG unter der Präsidentschaft Hallsteins in personeller wie auch hinsichtlich ihres politisch-ideologischen Selbstverständnisses ein hohes Maß an Geschlossenheit auf.⁵²⁸ Alle Mitglieder der Kommission, viel-

527 Zu Mansholts Rolle als Mitglied und kurzzeitiger Präsident der EWG/EG-Kommission vgl. insbes. Jan van Haarst, Sicco Mansholt: Mut und Überzeugung, in: Europäische Kommission, Geschichte und Erinnerungen, S. 177–194; zu seiner Rolle als Agrarkommissar vgl. ders., Die gemeinsame Agrarpolitik: ein vorrangiges Aktionsfeld, in: ebd., S. 343–366, sowie Knudsen, Farmers on Welfare (gesamt). Die längst überfällige Biografie dieser fast vergessenen europäischen Gründungspersönlichkeit lieferte vor einigen Jahren dann Johan van Merriënboer, Mansholt. A biography, Brüssel, 2011; zum politischen Denken Mansholts außerordentlich aufschlussreich: Sicco Mansholt, La Crise, Conversations avec Janine Delaunay, Paris 1974.

528 Neben den Genannten gehörte auch der Luxemburger Lambert Schaus beiden Kommissionen Hallsteins an (als zuständiges Mitglied für Verkehr). Lediglich der Italiener Malvestini war 1962 von seinem Landsmann Giuseppe Caron (und dieser dann 1964 wiederum von Guido Colonna di Paliano) abgelöst worden; Robert Lemaigren, der zweite Franzose in der (ersten) Kommission Hallstein, wurde 1962 durch Henri Rochereau ersetzt. Wie sehr die konkrete Ausgestaltung europäischer Politik auch innerhalb des Gremiens von der Persönlichkeit des zuständigen Kommissionsmitglieds abhängig war, führt im Übrigen gerade der Vergleich zwischen Schaus und Mansholt vor Augen. Denn während der EWG-Vertrag sowohl die Agrar- als auch (naheliegenderweise) dezidiert die Verkehrspolitik als Politikbereiche genannt hatte, in der eine gemeinschaftliche europäische Politik auszuarbeiten sei, entwickelte sich der Landwirtschaftsbereich innerhalb kürzester Zeit zum am stärksten integrierten Bereich der Gemeinschaft, beschränkte sich die Verkehrspolitik der EWG lange Zeit auf Untersuchungen und Berichte über die zahlreichen Hindernisse, die der Verwirklichung einer gemeinschaftlichen Verkehrspolitik und damit letztendlich eines Gemeinsamen Marktes entgegen stünden, ohne dass irgendwelche konkreten Schritte zur Abhilfe unter-

leicht mit der Ausnahme Marjolins,⁵²⁹ wünschten zwar nicht kurzfristig, aber doch in einem überschaubaren Zeitrahmen, die Überwindung der tradierten nationalstaatlichen Ordnung durch eine sukzessive Übertragung nationaler Souveränitätsrechte auf die europäischen Institutionen. Diesen „föderalistischen“ Ansatz teilten die Kommissionsmitglieder mit den führenden Repräsentanten der freien und christlichen Gewerkschaftsbewegung ihrer Zeit.

Vor diesem Hintergrund versuchte die Hallstein-Kommission von Beginn an, die sozialen Kräfte innerhalb der Gemeinschaft so eng wie möglich in ihre politischen Entscheidungen einzubinden. Ein Hauptaugenmerk lag dabei auf den Gewerkschaften. Äußerlich zeigte sich dies bereits daran, dass führende Kommissionsmitglieder wie Hallstein, Mansholt und Levi-Sandri regelmäßig bei den Generalversammlungen der neugegründeten europäischen Gewerkschaftsverbände anwesend waren. Zugleich suchte die Kommission bewusst, die Arbeitnehmerorganisationen über ein sich schnell ausdifferenzierendes Geflecht „Beratender Ausschüsse“ in die europäischen Entscheidungsprozesse einzubinden, wobei die anfallenden Reise- und Sitzungskosten von der Gemeinschaft übernommen wurden und nun auch eine größere Anzahl gewerkschaftlicher Funktionäre nicht allein der engeren Führungsebene in die europäischen Entscheidungsprozesse eingebunden wurden.⁵³⁰ Die „Gefährten der ersten Stunde“, wie der Kommissionspräsident die gewerkschaftlichen Delegierten der 3. Generalversammlung 1962 charakterisierte (und sicherlich auch zu umschmeicheln suchte), honorierten dies, indem sie der Kommission zumindest in den 1960er Jahren bei zahlreichen Gelegenheiten auch öffentlich den Rücken stärkten.⁵³¹

Insgesamt entwickelte sich schon sehr bald nach Gründung der EWG eine Zusammenarbeit zwischen der ersten Kommission und den gewerkschaftlichen Repräsentanten in Brüssel zu einem politischen Bündnis, das in allen wesentlichen politischen Fragen an einem Strang zogen.⁵³² Insbesondere das im Oktober 1962 vorgelegte „Aktionsprogramm“ der Kommission für die zweite Stufe der wirtschaftlichen Integration in der sogenannten Über-

nommen worden wären. (Zur weithin nicht vorhandenen europäischen Verkehrspolitik in den 1960er Jahren vgl. Michel Dumoulin, *Der Verkehr – Bastion nationaler Pfründe*, in: Europäische Kommission, *Geschichte und Erinnerungen*, S. 459–474.)

529 Marjolin war wohl das „gaullistischste Kommissionsmitglied“ und anders als seine Kollegen eher auf eine intergouvernementale Zusammenarbeit des „Europas der Vaterländer“ hin ausgerichtet; vgl. ebd., S. 430, Kasten „Robert Marjolin“.

530 Zu den „Beratenden Ausschüssen“ im Agrarbereich vgl. unten, Kap. 3.3.

531 Europa-Brücke, H. 2/1962, S. 12.

532 Vgl. hierzu ausführlicher Fattmann: *Soziales Europa*, S. 85–109.

gangszeit (bis zur Herausbildung eines gemeinsamen Marktes) fand die ungeteilte Zustimmung nicht nur der freien und christlichen Gewerkschaften, sondern selbst der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien. Die hier anvisierte, umfassende gemeinschaftliche Ordnungspolitik und Rahmensetzung in nahezu sämtlichen Politikbereichen, hätte ohne Weiteres auch von den nichtkommunistischen Gewerkschaften oder der sozialistisch/sozialdemokratischen Parteienfamilie entworfen sein können. So hob das Aktionsprogramm entsprechend den zuvor immer wieder vorgebrachten gewerkschaftlichen Forderungen die Notwendigkeit einer planenden Gestaltung des Wirtschaftslebens innerhalb der Gemeinschaft eindringlich hervor:

„Man muss sich vor Augen führen, dass die moderne freiheitliche Wirtschaftsordnung nicht bestehen kann ohne eine ständige Präsenz des Staates in der Wirtschaft. Diese Präsenz des Staates ist von doppelter Natur. Einmal wird vom Staat ein rechtlicher Rahmen auf allen Gebieten der Wirtschaft und auf allen Gebieten, die mit der Wirtschaft in Berührung stehen, gesetzt, zum anderen greift der Staat ein durch ständige Veränderung der Gegebenheiten, durch ein tägliches wirtschaftspolitisches Handeln in zahllosen Akten, kurz: durch eine Politik im eigentlichen Sinne.“⁵³³

Das Aktionsprogramm der Kommission provozierte nicht zufälligerweise den entschiedenen Widerspruch des ohnehin integrationsskeptischen westdeutschen Wirtschaftsministers Ludwig Erhard, der Wettbewerbsordnung und „planification“ mit seinem eigenen liberal-marktwirtschaftlichem Credo für unvereinbar hielt und führte zu einem viel beachteten Schlagabtausch zwischen dem christdemokratischen Kommissionspräsidenten und seinem Parteifreund vor dem Europäischen Parlament.⁵³⁴ Die öffentliche Auseinandersetzung zwischen den Kontrahenten steigerte das Ansehen der Kommission und Hallsteins persönlich gerade im Lager der Gewerkschaften und selbst der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament nochmals beträchtlich. Ganz allgemein folgte die Hallstein-Kommission und mit Abstrichen auch noch die folgende Kommission Rey im Grundsatz einer, bewusst oder unbewusst, stark an „keynesianischen“ Vorstellungen orientierten gemein-

533 Vgl. Kommission der EWG (Hg.): Memorandum der Kommission über das Aktionsprogramm der Gemeinschaft für die zweite Stufe, Brüssel 1962.

534 Vgl. dazu Gabriele Metzler: Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft, Paderborn 2005, S. 234 ff.; sowie Erhards Rede: „Planification – kein Modell für Europa“. Rede vor dem Europäischen Parlament in Straßburg, 20.11.1962, in: Ludwig Erhard, aus fünf Jahrzehnten. Reden und Schriften, hrsg. von Karl Hohmann, Düsseldorf u. a. 1988, S. 770 ff.

schaftlichen Wirtschaftspolitik. Korrespondierend mit ihrem ebenso supranationalen Grundverständnis einer „Gemeinschaft des Rechts“ (Hallstein) – und nicht des unregulierten „laissez faire“ wurden in dieser Zeit staatliche „Interventionen im Bereich Allokation und Distribution [...] fast durchweg begrüßt“⁵³⁵. Dem Ausbau staatlicher Interventionsmöglichkeiten in den verschiedenen Feldern der Wirtschafts- und Sozialpolitik wurde auch in den von der Kommission nach 1964 ausgearbeiteten (und auch vom Rat verabschiedeten) drei Programmen für eine mittelfristige Wirtschaftspolitik das Wort geredet.⁵³⁶

Vor diesem Hintergrund unterstützten die nichtkommunistischen Gewerkschaften der Sechs die Kommission bis in die frühen 1970er Jahre grundsätzlich in allen Punkten von politischer Bedeutung und stärkten ihr auch in der Öffentlichkeit den Rücken.⁵³⁷ Allerdings veränderte bereits der sogenannte Luxemburger Kompromiss Ende Januar 1966 das EWG-interne Machtgefüge. Das Arrangement, laut Philip Bajon eine „Nicht-Übereinkunft“ über die „Nichtanwendung des Mehrheitsprinzips in Fällen von nationaler Relevanz“⁵³⁸, führte in den folgenden beiden Jahrzehnten nicht nur zu einer „regelrechte[n] Veto-Kultur“⁵³⁹ im Ministerrat, sondern auch zu einem Machtverlust und in den folgenden Jahren zu einer zunehmend defensiven Rolle der Kommission innerhalb der Gemeinschaft.

8.2 Parlament, WSA und Gewerkschaften

Die Rolle des Europäischen Parlaments innerhalb des europäischen „Mehrebenensystems“ in der Frühphase der europäischen Integration ist generell schwierig, zu bestimmen, und überraschenderweise, in der historischen Forschung bisher nicht aufgearbeitet worden. Mitte der 1980er Jahre schätzten die Vertreter der europäischen Gewerkschaften seine Relevanz für die Umsetzung gewerkschaftlicher Forderungen innerhalb der Gemeinschaft als gering ein; unter den europäischen Gremien rangierte es weit hinter der Kommissi-

535 Anne Karras: Die EU und der Rückzug des Staates. Eine Genealogie der Neoliberalisierung der europäischen Integration, Bielefeld 2009, S. 118.

536 Vgl. hierzu ebd., S. 100–119.

537 Vgl. DGB, Bundesvorstand (Hg.): Vereinigte Staaten von Europa – Partner der freien Welt (Großkundgebung der freien Gewerkschaften der EWG-Länder am 6. Juli 1963 in Dortmund), [1963] Düsseldorf.

538 Bajon: Europapolitik „am Abgrund“, S. 324.

539 Ebd., S. 326.

on und dem Rat (der Regierungschefs bzw. Fachminister) mit deutlichem Abstand erst an letzter Stelle, selbst die Rolle des Wirtschafts- und Sozialausschusses wurde höher bewertet.⁵⁴⁰

Auch in der wissenschaftlichen Literatur wurde dem Europäischen Parlament, jedenfalls vor seiner ersten Direktwahl im Jahr 1979, wenn nicht bis zu seiner unübersehbaren Bedeutungssteigerung durch den Vertrag von Maastricht, mitunter nicht viel mehr als dekorative Funktion im institutionellen Gefüge der Gemeinschaft zugebilligt. Tatsächlich scheinen die Dinge, wie so häufig in der Geschichte der europäischen Integration, etwas komplizierter zu liegen (und sich darüber hinaus in den 1960er Jahren noch anders gestaltet zu haben als in den beiden folgenden Jahrzehnten). Ein Blick allein auf die in der Tat nur schwachen rechtlichen Befugnisse des Europäischen Parlaments scheint seine Rolle in der Frühphase der EWG jedoch nicht hinreichend zu erfassen.

Tatsächlich verfügte das Parlament in den 1960er Jahren innerhalb der drei Gemeinschaften zweifellos nur über schwache formale Kompetenzen: Immerhin hatte der EWG-Vertrag (Art. 144) in Bezug auf die Kontrolle der EWG-Kommission das für die Kontrolle der Hohen Behörde durch Art. 24 des Pariser Vertrags eingeführte System übernommen: Ein Misstrauensvotum konnte in offener Abstimmung mit mindestens zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen und der Mehrheit der Mitglieder der Versammlung angenommen werden und die Ablösung der Kommission erzwingen.⁵⁴¹ Ansonsten hatte das Europäische Parlament – diesen Titel hatte sich die Gemeinsame Versammlung 1962 selbst gegeben und damit ihren Anspruch auf Mitgestaltung des europäischen Einigungsprozesses unterstrichen – tatsächlich im Wesentlichen über Stellungnahmen und Entschlüsse gegenüber dem Rat und der Kommission einen in der jeweiligen Auswirkung nur schwer einzuschätzenden Einfluss auszuüben. Dasselbe gilt für den Wirtschafts- und Sozialausschuss, dessen Mitwirkungsrechte innerhalb der EWG, wie oben geschildert, hinter den Forderungen der Gewerkschaften weit zurückgeblieben

540 Vgl. Stöckl: Gewerkschaftsausschüsse, S. 85. Zu Rolle, Funktion und Arbeitsweise beider Organe in der frühen EWG vgl. Zellentin: Der Wirtschafts- und Sozialausschuss der EWG und Euratom. Interessenrepräsentation auf internationaler Ebene; dies., Formen der Konsensusbildung im Europäischen Parlament, dies., Willensbildung und Interessenrepräsentation im Wirtschafts- und Sozialausschuss der Europäischen Gemeinschaften (WSA), beide in dies. (Hg.) Formen der Willensbildung in den Europäischen Organisationen, S. 75–88 und S. 105–131.

541 Zu den Befugnissen des Parlaments in der Frühphase der europäischen Integration vgl. den „Bericht der Ad hoc-Gruppe für die Prüfung der Frage einer Erweiterung der Befugnisse des Europäischen Parlaments“ (Vedel-Bericht), in Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, 1972, Beilage 4, S. 7–87.

war. Auf die Entscheidungen des Ministerrats hatten die Entschlüsse und Stellungnahmen, soweit er diese überhaupt zur Kenntnis nahm, keinen erkennbaren Einfluss. Immerhin scheint es so, als seien die Stellungnahmen des Parlaments seitens des Rates zumindest zur Kenntnis genommen und in gewissem Umfang auch diskutiert worden.⁵⁴² Noch geringeren Einfluss auf die Beratungen innerhalb des Rates als die Stellungnahmen des Parlaments hatten diejenigen des WSA. Jedenfalls beklagten die Gewerkschaften wiederholt, dass der Standpunkt dieses „Hilfsorgans der Gemeinschaft“ von den Regierungsvertretern nicht einmal zur Kenntnis genommen werde.

Die andere Seite der Medaille ist allerdings, dass seitens der E(W)G-Kommission den Stellungnahmen des WSA und des Europäischen Parlaments ein hoher Stellenwert eingeräumt wurde. Das lag zum einen in der Tatsache begründet, dass die Kommission die Versammlung als die legitime Repräsentantin der Bevölkerung der Sechs achtete. Zugleich versammelten sich sowohl im Europäischen Parlament wie auch im WSA in den 1960er Jahren zahlreiche nationale Spitzenfunktionäre einerseits der Parteien, andererseits der Gewerkschaften und konnten angesichts der politischen Autorität ihrer Mitglieder nicht umstandslos übergangen werden.

Trotz der formell nur sehr eingeschränkten Befugnisse sowohl des Parlaments wie auch des WSA, erwies sich die Zusammenarbeit der europäischen Gewerkschaftsverbände mit beiden Gemeinschaftsorganen für die Arbeitnehmerorganisationen als von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Schon die Hohe Behörde hatte sich „niemals über einen förmlichen Beschluss des Beratenden Ausschusses hinweggesetzt“⁵⁴³, und auch wenn dieses weitreichende Urteil nicht auf das Verhältnis des WSA gegenüber der EWG-Kommission übertragen werden mag, so vermochte es doch auch dieser, seine Standpunkte gegenüber der Kommission mit Nachdruck geltend zu machen.⁵⁴⁴ Zugleich hatten sich die Präsidenten des EP und des WSA unmittelbar nach

542 1968 monierte der Abgeordnete Vredeling, über den im Folgenden noch zu berichten sein wird, in einer schriftlichen Anfrage, dass die Stellungnahmen des Parlaments vom Rat in der Regel nicht diskutiert, sondern als so genannte „A-Punkte“ erledigt werden. In seiner Antwort vom 08.04.1968 erklärte der Rat, die Entschlüsse des Parlaments würden als „B-Punkte“ auf seine Tagesordnung gesetzt, sodass jedes Ratsmitglied seine Ansicht über den Standpunkt des Parlaments darlegen könnte. Die Stellungnahmen des Parlaments würden daher seitens des Rates eingehend untersucht und „gebührend berücksichtigt“; vgl. Hans Peter Ipsen: *Europäisches Gemeinschaftsrecht*, Tübingen 1972, S. 332, Anm. 23.

543 Dichgans: *Die Montanunion*, S. 114.

544 Vgl. Bouvard: *Labor Movements*, S. 128.

Konstituierung ihrer Organe darauf verständigt, dass Erstere vor der Abgabe eigener Stellungnahmen die Auffassung des Letzteren einholen würde.⁵⁴⁵

Für informierte zeitgenössische Beobachterinnen stand fest, dass die europäischen Gewerkschaften, gestützt auf das „progressive“ Lager in der Versammlung, durch die Stellungnahmen und Entschließungen des Parlaments ihren Forderungen gegenüber der Kommission Nachdruck und demokratische Legitimität verleihen konnten.

Hinzu kam, dass die Gewerkschaften mittels mündlicher und schriftlicher Anfragen, die ihnen nahe stehende Vertreter im Parlament an den Rat und die Kommission richteten, in die Lage versetzt wurden, für ihre Arbeiten relevante Informationen zu den verschiedensten wirtschaftlichen und sozialen Fragekomplexen in der Gemeinschaft zu erhalten. Dabei stieg die Anzahl solcher parlamentarischen Anfragen an Rat und Kommission von unter 50 im Parlamentsjahr 1958/59 auf 508 im Jahr 1969/70 an.⁵⁴⁶ Bereits unmittelbar nach Gründung der EWG war es beispielsweise den europäischen Agrargewerkschaften gelungen, mithilfe ihnen verbundener Abgeordneter innerhalb des EP, die Kommission zu einer umfassenden Untersuchung über die soziale und wirtschaftliche Lage der Landarbeiter in den sechs Ländern der Gemeinschaft zu veranlassen. Die Erhebung, für die die Kommission auf die Zusammenarbeit der nationalen Administrationen im Agrarbereich zurückgegriffen hatte, enthielt umfangreiches Datenmaterial über die Höhe der Landarbeiterlöhne in der EWG, die effektiven und tariflichen Arbeitszeiten, ihre sozialversicherungsrechtliche Absicherung in den einzelnen Ländern und anderes mehr und lieferte für die dann Ende der 1960er Jahre auf europäischer Ebene erstmals zustande gekommenen tarifvertragsähnlichen „Übereinkommen“ zwischen der Europäischen Föderation der Agrargewerkschaften und den Produzenten unverzichtbares Material.⁵⁴⁷

Insbesondere der niederländische Abgeordnete Hendrikus (Henk) Vredeling⁵⁴⁸, der als ehemaliger Gewerkschaftssekretär der niederländischen Land-

545 Ebd., S. 129.

546 Ipsen: Europäisches Gemeinschaftsrecht, S. 332 (Anm. 22).

547 Vgl. hierzu Fattmann: Soziales Europa, S. 121 ff.

548 Vredeling, der am 24.11.1924 in Amersfoort geboren war, hatte seine berufliche Laufbahn Anfang der 1950er Jahre als Gewerkschaftssekretär der niederländischen Agrargewerkschaft (ANAP) begonnen und war 1956 für die PvdA in die Zweite Kammer der Generalstaaten gewählt worden. Von 1958–1973 gehörte er zugleich dem Europäischen Parlament an. Von 1973–1977 bekleidete er in seinem Heimatland das Amt des Verteidigungsministers, von 1977–1981 war er unter Roy Jenkins Vizepräsident der Kommission und zuständig für den Bereich Arbeit und Soziales. Vredeling zählte (ähnlich wie Mansholts Kabinettsschef Alfred Mozer) zu den europapolitisch wirklich führenden und bestens vernetzten Akteuren des

arbeitergewerkschaften über profunde Fachkenntnisse nicht allein über alle Aspekte der Agrarpolitik verfügte, entwickelte sich schnell zu einem hochaktiven Ansprechpartner der freien Gewerkschaften, wenn es darum ging, den administrativen Apparat der Gemeinschaft in Gang zu setzen, um relevante Informationen für die verschiedensten wirtschaftlichen und sozialen Fragen und Probleme zur Verfügung zu stellen. Von den 508 parlamentarischen Anfragen an Rat und Kommission in der Sitzungsperiode 1969/70 stammten nicht weniger als 222 von ihm.⁵⁴⁹

8.3 Die Gründung des Europäischen Gewerkschaftssekretariats (EGS) und der Europäischen Regionalorganisation des IBCG

Am 16. Januar 1958 begründete in Düsseldorf eine Generalversammlung gewerkschaftlicher Repräsentanten der EWG-Staaten – und damit noch bevor die EWG- und Euratom-Organen ihre Tätigkeit aufgenommen hatten – die erste branchenübergreifende freigewerkschaftliche europäische Organisation der Sechs und damit das EGS. Ihre Gründung besiegelte endgültig die Abtrennung der EWG-Gewerkschaften von der Europäischen Regionalorganisation des IBFG. Die Generalversammlung bekräftigte in ihrer Abschlussresolution die gewerkschaftlichen Forderungen an die neue Gemeinschaft. Zugleich wurde das Exekutivkomitee sowie das ständige Sekretariat „damit beauftragt, eine sehr enge Verbindung mit dem Ministerrat, den Kommissionen und den Diensten der Gemeinschaft aufrecht zu erhalten, um die Positionen der freien Gewerkschaften über alle mit der Arbeitsaufnahme der Institutionen verbundenen Fragen sowie über alle Probleme, die sich aus der Anwendung der Verträge ergeben und die Auswirkungen auf das Leben und die Arbeit der europäischen Arbeiter haben könnten, in Kenntnis zu setzen.“⁵⁵⁰

sozialistischen Parteienspektrums und sollte in den 1970er Jahren bei der Herausbildung europäischer Strukturen der europäischen Arbeiterparteien eine Schlüsselrolle spielen (vgl. hierzu Andreas von Gehlen, Europäische Parteiendemokratie? Institutionelle Voraussetzungen und Funktionsbedingungen der europäischen Parteien zur Minderung des Legitimationsdefizits der EU, Diss., Berlin 2005, S. 193 f.).

549 Angabe nach Ipsen: Europäisches Gemeinschaftsrecht, S. 332 (Anm. 22).

550 „[...] mandate le Comité Exécutif et le Secrétariat permanent à maintenir une liaison très étroite avec le Conseil de Ministres, les Commissions et les Services des Institutions, afin de faire connaître la position des syndicats libres sur toutes les questions relatives à la mise en marche des Institutions et sur tous les problèmes découlant de l'application des Traités qui pourraient avoir des répercussions sur les conditions de vie de travail des travailleurs européenne.“ Abschlussresolution der Ersten Generalversammlung der

Die freien Gewerkschaften und die von ihnen geschaffenen Koordinationsorgane unterstrichen ihren Wunsch, „so eng wie möglich mit den europäischen Organisationen zusammen zu arbeiten, und zwar durch eine „konstante und effiziente Präsenz auf allen Ebenen der Gemeinschaft. Abschließend bekräftigten sie einmal mehr, dass ein vereinigtes Europa ohne eine aktive Teilhabe der freien Gewerkschaften nicht Wirklichkeit werden könne.“⁵⁵¹

Die Struktur der neuen Organisation blieb zunächst weitgehend informell. Die erste „Generalversammlung“ beschloss, künftig alle zwei Jahre zusammen zu kommen, ein Rhythmus, der bis zur Etablierung des Europäischen Bundes Freier Gewerkschaften (EBFG) als Nachfolgeorganisation des EGS im Jahr 1969 im wesentlichen beibehalten wurde und verzichtete darauf, sich eine Satzung zu geben. Sie benannte einen Exekutivausschuss, der die operative Politik der freien Gewerkschaften in den folgenden Jahren entscheidend prägen sollte.⁵⁵² Dieser Exekutivausschuss umfasste einmal mehr die zentralen Führungspersonlichkeiten der freien Gewerkschaften der Sechs, die seit den Tagen des Marshall-Plans in den verschiedenen Foren der Europäischen Bewegung, der europäischen und internationalen Gewerkschaftsstrukturen und dann in den Organen der EGKS immer wieder aufeinandergetroffen waren. Zum Präsidenten gewählt wurde Robert Bothereau. Dass die nationalen Gewerkschaften dem europäischen Projekt nach wie vor die höchste Relevanz beimaßen, zeigt sich allein an der Zusammensetzung des Exekutivausschusses, in dem sich einmal mehr die Vorsitzenden bzw. Generalsekretäre der Gewerkschaftsdachverbände der sechs Mitgliedstaaten zusammenfanden (und Otto Brenner als Vorsitzender der mit Abstand bedeutendsten Industriegewerkschaft). Daneben waren die Vorsitzenden der von der Gemeinschaftspolitik unmittelbar betroffenen europäischen Industrieverbände (Montan, Landwirtschaft, Transport), Schevenels für die ERO und Ludwig Rosenberg als Vorsitzender eines gleichfalls installierten Ausschusses „Gemeinsamer Markt und Euratom“ vertreten.⁵⁵³

freien Gewerkschaften der Europäischen Gemeinschaften, zitiert nach Gobin, *Consultation et Concertation*, Bd. 1, S. 204.

551 „Déclare que toutes les organisations syndicales libres et les organes de coopération créés par elles désirent collaborer le plus étroitement possible avec les Institutions européennes, par une présence constante, et efficiente à tous les échelons. L'Europe unie ne se fera pas sans le participation active du mouvement syndical libre, qui a été toujours à la pointe du progrès économique et social.“ Zitiert nach: ebenda.

552 Vgl. ebd., S. 208 f.

553 Zu den einzelnen Mitgliedern im Jahr der Gründung vgl. Fattmann: *Soziales Europa*, S. 69; zur kaum veränderten personellen Zusammensetzung 1965 vgl. Schierwater, *Die Arbeitnehmer und Europa*, S. 306.

Zum ersten Generalsekretär des EGS bestimmte der Exekutivausschuss auf seiner konstituierenden Sitzung in Düsseldorf, zunächst provisorisch, den niederländischen Gewerkschafter Harm G. Buiter, der auf der folgenden Sitzung des Exekutivausschusses am 30. Juli 1958 in Brüssel dann offiziell in diesem Amt bestätigt wurde. Mit Buiter traf die Wahl auf einen zu diesem Zeitpunkt bereits erfahrenen Gewerkschaftspolitiker auf europäischer Ebene. Zuvor hatte er im Luxemburger Büro des 21er-Ausschusses gearbeitet. Als überzeugter Verfechter der europäischen Einigung sollte er in den folgenden Jahren zu einer der Schlüsselfiguren gewerkschaftlicher Politik auf europäischer Ebene avancieren.⁵⁵⁴ Weitere Sekretäre waren Otto Freitag und Théo Rasschaert,⁵⁵⁵ der Buiter im April 1967 nachfolgen sollte und der sein Amt über die Gründung des EGB hinaus behalten sollte. Auch für ihn bildeten Gewerkschaftspolitik und Europapolitik zu Beginn in den ersten Jahrzehnten der europäischen Einigung zwei Seiten einer Medaille.

Das Schwungrad europäischer Gewerkschaftspolitik waren in den ersten Jahren des langsam an Gestalt gewinnenden Gemeinsamen Marktes zweifellos das Brüsseler EGS-Büro um Buiter auf der einen, der Exekutivausschuss auf der anderen Seite.⁵⁵⁶ Schon zwischen der ersten Generalversammlung der freien Gewerkschaften der Sechs (im Januar 1958) und der Zweiten (im November des folgenden Jahres), kam er immerhin sechs Mal zusammen (davon vier mal in Brüssel, einmal in Luxemburg und einmal in Genf). Buiter hielt diese Frequenz für unzureichend, um „die gesamte Problematik, die sich aus dem Aufbau der Europäischen Gemeinschaften ergibt, regelmäßig in vollem Umfang zu diskutieren“⁵⁵⁷ und organisierte am Rande der Sitzungen des WSA und der Tagungen anderer Gewerkschaftsorganisationen darüber hinaus gehende Treffen seiner Mitglieder. Trotz der Tatsache, dass die Entscheidungen innerhalb des Exekutivausschusses im Konsensverfahren getroffen wurden, trat die Organisation gegenüber den neu eingerichteten Brüsse-

554 Buiter, geboren 1922 im niederländischen Tubberbergen, war nach einem Studium der Volkswirtschaft in die NVV eingetreten und hatte sich hier insbesondere mit internationalen Fragen beschäftigt. 1956 war er zum Generalsekretär des 21-er Ausschusses gewählt worden und 1967 zum IBFG; vgl. hierzu auch Pasture: *Histoire*, S. 403.

555 Théo Rasschaert, geboren am 22.1.1927 in Deurne (Belgien), studierte Philosophie und Wirtschaftswissenschaften in Antwerpen und war anschließend u. a. für die FGBT tätig. Seit 1958 gehörte er dem EGS an, seit 1967 als Generalsekretär des EGS; das Amt des Generalsekretärs übte er auch im EBFG und daran anschließend im EGB aus.

556 Daneben existierte ein Luxemburger EGS-Büro, das den Kontakt zu den EGKS-Institutionen sicherstellen sollte (Sekretär: Emil Weis).

557 Europäisches Gewerkschaftssekretariat (IBFG): Bericht des Sekretariats zur Zweiten Generalversammlung der freien Gewerkschaften, S. 10.

ler Instanzen stets geschlossen auf. Obwohl die Konföderation der sieben Gewerkschaftsbünde der Sechs anfangs weder über einen richtigen Namen, noch über ein Statut oder ein Organisationsprogramm verfügten, war das EGS programmatisch und ideologisch von Beginn an durch ein hohes Maß an innerer Kohäsion geprägt. Es erfüllte so eine wesentliche Grundvoraussetzung für eine effektive Interessenpolitik.

Am 7. Mai 1958 entschlossen sich auch die christlichen Gewerkschaften der Sechs, eine eigenständige Gewerkschaftsformation auf europäischer Ebene zu bilden, die Europäische Organisation des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften (EO-IBCG, eher bekannt unter seinem französischen Akronym: OE-CISC)⁵⁵⁸.

8.4 Integrierte Gewerkschaftsstrukturen: Die Gründung des EBCG und der Europäischen Organisation des Weltverbands der Arbeit

Bereits wenige Jahre nach Gründung der EWG wuchs im Lager der freien und christlichen Gewerkschaften die Einsicht, dass die neuen Gemeinschaften eine Anpassung auch der gewerkschaftlichen Strukturen der EWG-Gewerkschaften erforderlich machten. Aufseiten der christlichen Gewerkschaften sprachen sich namentlich Cool als Vorsitzender des IBCG und Auguste Vanistendael, der über Jahrzehnte auch auf europäischer hochaktive IBCG-Generalsekretär, wiederholt für den Aufbau stärker integrierter gewerkschaftlicher Strukturen mit wirklicher Entscheidungskompetenz auf der Ebene der Sechs aus. Würde ein solcher Aufbau nicht gelingen, so argumentierten sie, würden sie auch auf nationaler Ebene ihre Gestaltungskraft einbüßen, je mehr sich nationale Entscheidungskompetenzen auf die europäische Ebene verlagern würden. Zugleich könnten es sich die Arbeitnehmerorganisationen um den Preis ihrer Glaubwürdigkeit nicht leisten, eins ums andere Mal die Übertragung nationaler Souveränitätsrechte auf die europäische Ebene zu fordern, ohne dies in ihrem eigenen Organisationsbereich zu verwirklichen⁵⁵⁹. Zu ähnlichen Einsichten gelangten auch die freien Gewerkschaften der

⁵⁵⁸ Organisation Européenne de la CISC.

⁵⁵⁹ Pasture: Histoire, S. 281, Beaver, European Unity, S. 257; zur Haltung Cools vgl. auch seinen Artikel in: Labor, 19. Jg. (Dezember 1956), S. 243–245, Les travailleurs devant le marché commune européen. Vanistendael übte gegenüber seinen eigenen Organisationen z.B. 1964 harsche Selbstkritik und warf ihnen vor, nicht auch nur einen Fußbreit ihrer nationalen Autonomie abgeben zu wollen, vgl. EWG-Kommission, Informations syndicales et ouvrières, 4/1964, S. 11.

Sechs, die bereits auf ihrer 1966 in Rom abgehaltenen 5. Generalversammlung den Grundsatzbeschluss fassten, ihre innerorganisatorischen Strukturen fortzuentwickeln und zu „europäisieren“.⁵⁶⁰

Im April 1969 beschlossen die freien Gewerkschaften auf dem folgenden ersten Gewerkschaftskongress des EBFG die zuvor vom EGS ausgearbeitete neue Organisationsform. Die Kongresse des EBFG spiegelten laut Statut nunmehr die Mitgliedsstärke der angeschlossenen Organisationen wider.⁵⁶¹ Die wichtigste Neuerung und eine neue Qualität der Integration bestanden darin, dass nunmehr Mehrheitsabstimmungen mit zwei Dritteln der Stimmen möglich waren. Die angeschlossenen Verbände erklärten ihre Bereitschaft, sich den angenommenen Entscheidungen auch tatsächlich zu unterwerfen. Lediglich mit einfacher Mehrheit angenommene Entschlüsse sollten vom Exekutivausschuss zu weiterer Beschlussfassung bearbeitet werden. Dieser vertrat den EBFG in der politischen Tagesarbeit gemeinsam mit dem Sekretariat auch weiterhin gegenüber den europäischen Institutionen. Auch im Exekutivausschuss konnte mit Zweidrittelmehrheit entschieden werden.⁵⁶² Im übrigen verfügte der EBFG über einen gemeinsamen Fonds, um bestimmte Maßnahmen, die der organisatorischen Stärkung von Gewerkschaftsbünden und Einzelgewerkschaften in den Ländern der Gemeinschaft dienen, zu fördern und die im gemeinsamen Interesse initiierten Aktionen zu unterstützen.⁵⁶³ Damit war die Möglichkeit eines gewissen finanziellen Lastenausgleichs zwischen den finanzstarken und finanzschwächeren Gewerkschaften gegeben, ein Modus, der in der Praxis insbesondere der CGT-FO und den beiden italienischen Dachverbänden zu Gute kam. Schließlich formalisierte der EBFG die Einbindung der Gewerkschaftsausschüsse in die gemeinsame Arbeit, die im Kongress über ein volles Stimmrecht und im Exekutivausschuss mit beratender Stimme vertreten sein sollten.⁵⁶⁴

Fast zeitgleich mit den freien Gewerkschaften reformierten in ähnlicher Form auch die Dachverbände der christlich inspirierten Arbeitnehmerverbände ihre Organisationsstrukturen gegenüber der Sechsergemeinschaft. Zuvor hatte der Weltkongress der christlichen Gewerkschaftsinternationalen im Jahr 1968 eine neue Grundsatzerklärung und eine Namensänderung in

560 Vgl. Bouvard: Labor Movements, S. 61.

561 EBFG (Hg.): Statut, angenommen vom Kongress, Den Haag 1969.

562 Zum EBFG vgl. auch Braukmann: Der Europäische Bund Freier Gewerkschaften, 20. Europäisches Gespräch des DGB in Recklinghausen, Köln 1971.

563 Punkt 10 des Statuts.

564 Vgl. insbes. Elser: EWG, S. 158 ff.

„Weltverband der Arbeit“ (WVA) beschlossen.⁵⁶⁵ Ein wichtiger Impuls für die „Entkonfessionalisierung“ der Organisation war dabei von der CFTC ausgegangen, die sich 1964 auf einem außerordentlichen Gewerkschaftstag im Pariser Palais des Sports in die CFDT wandelte und die von nun an den Anspruch erhob, als demokratische Interessenbewegung nicht allein im Interesse der christlich orientierten Arbeiterschaft zu agieren.⁵⁶⁶ Im Mai 1969 vollzog auch die Europäische Regionalorganisation die Namensänderung nach (nunmehr EO-WVA) und revidierte zugleich ihre Statuten. Die Föderation verstand sich nunmehr als ein „Zusammenschluss von Gewerkschaftsverbänden auf christlicher Grundlage und anderer demokratischer Organisationen.“⁵⁶⁷ Wie im EBFG wurde auch in der EO-WVA nunmehr die alle zwei Jahre zusammentretende Gewerkschaftskonferenz in einen Kongress umgewandelt, der die Richtlinien der Gewerkschaftspolitik vorgab und über wirkliche Entscheidungskompetenzen verfügte. Anders als im EBFG bedurften Beschlüsse der EO-WVA-Organe – die Tagespolitik wurde ähnlich wie im EBFG von einem Exekutivausschuss gelenkt – gar nur einer einfachen Mehrheit.⁵⁶⁸

8.5 Ideologisch zersplittert? Die christlichen und freien Gewerkschaften auf der europäischen Ebene bis zur Gründung des Europäischen Gewerkschaftsbundes

Während der Ausarbeitung der Römischen Verträge hatte die christliche Gewerkschaftsinternationale die freien Gewerkschaften der Sechs bereits zu einer gemeinsamen Aktion aufgefordert, um eine Beteiligung der Gewerkschaften an diesen Verhandlungen zu erreichen, und den gewerkschaftlichen Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen, war damit jedoch beim Pariser Büro der freien Gewerkschaften auf taube Ohren gestoßen.⁵⁶⁹ Inhaltlich waren die europapolitischen Positionen der christlichen und freien Gewerkschaften der sechs EG-Staaten indes, entsprechend ihrer in der Vergangenheit

⁵⁶⁵ Zur Rolle der CFDT innerhalb der christlichen Gewerkschaftsinternationale vgl. Regin: *Relations intersyndicales françaises*, S. 255–257.

⁵⁶⁶ Die umfangreiche Literatur zur Geschichte der französischen Gewerkschaftsbewegung kann hier nicht im Einzelnen angeführt werden. Speziell zur CFDT vgl. insbes. Franck Georgi, *L'invention de la CFDT. Syndicalisme, catholicisme et politique dans la France de l'expansion*, Paris 1995.

⁵⁶⁷ Vgl. Elsner: EWG, S. 162.

⁵⁶⁸ Vgl. Bouvard: *Labor Movements*, S. 90.

⁵⁶⁹ Pasture: *Histoire*, S. 276.

entwickelten europapolitischen Grundvorstellungen, nach wie vor praktisch deckungsgleich:

„There are no really substantial differences of opinion between the two organisations on questions of Community policy, and, indeed, their main differences are now organizational and in the national context. The unions have complained that one third of the seats in the Economic and Social Committee is insufficient. But what they have lacked in comparative strength they often had made up in additional cohesion by means of a policy of settling national differences outside and taking a united international trade-union line inside the Committee.“⁵⁷⁰

Zwischen dem EGS und der EO-IBCG gestaltete sich die Zusammenarbeit in der Frühphase der EWG, anders als immer wieder behauptet,⁵⁷¹ zwar mit einigen Auf und Abs, im Großen und Ganzen aber doch in den grundsätzlichen Fragen reibungslos und konfliktfrei. Sie folgte den bereits zuvor eingeschlagenen Pfaden gemeinsamen Handelns, auch wenn in den ersten Jahren nach dem Inkrafttreten der Römischen Verträge im Exekutivausschuss des EGS noch vereinzelte Stimmen zu vernehmen waren, die vor einer zu engen Kooperation mit der christlichen Konkurrenzorganisation warnten. Dass sich dies schnell änderte, lag wohl auch in der Tatsache begründet, dass der IBCG gegenüber dem 1955 in der Bundesrepublik gegründeten und in der Folgezeit immer marginal gebliebenen Bund der christlichen Gewerkschaften Deutschlands (CGD) eine Politik vorsichtiger Zurückhaltung einschlug und sich hochallergische Abwehrreaktionen und Befürchtungen innerhalb des DGB, eine Zusammenarbeit mit den christlichen Gewerkschaften auf europäischer Ebene könnte mittelbar zu einer Aufwertung der deutschen Splittergruppe führen, bald als unbegründet erwiesen.⁵⁷²

Arbeitskontakte zwischen den Generalsekretären des EGS und EO-IBCG, Buiter und Jan Kulakowski⁵⁷³ bestanden offenbar bereits vor dem Start der EWG infolge ihrer gemeinsamen Arbeit als internationale Gewerkschaftssekretäre gegenüber den Luxemburger EGKS-Institutionen. Für Buiter wurde

570 Beever: *European Unity*, S. 12.

571 So sah etwa Wolfram Elsner die in seinen Augen „oft beklagte Dominanz der Kapitalinteressen (...) in der EWG nicht zuletzt in der Spaltung der internationalen Gewerkschaftsbewegung selbst begründet“; vgl. Elsner: *Die EWG*, S. 12.

572 Zur Politik des IBCG gegenüber den CGD vgl. Pasture: *Histoire*, S. 260 f.

573 Zu Kulakowski (1930–2011) als Europapolitiker vgl. Pasture, ebd., insbes. S. 275–281 und S. 285 f.; 1976–1989 amtierte er als Generalsekretär des WvA und spielte dann bei der Annäherung und schließlich dem Beitritt seines Landes zur EU einen bedeutsamen Part.

die getrennte organisatorische gewerkschaftliche Repräsentanz gegenüber den europäischen Institutionen schon früh als nicht zu rechtfertigender „Luxusartikel“ angesehen, für den sich keine inhaltlichen Rechtfertigungsgründe finden ließe. Beide Sekretäre koordinierten daher kontinuierlich ihr Vorgehen gegenüber den europäischen Institutionen.⁵⁷⁴ (Die Flure der europäischen Einrichtungen und die zahlreichen Treffpunkte der Brüsseler EWG-Community spielten gewiss als Orte informeller Begegnung ebenfalls eine nicht zu unterschätzende Rolle). Im März 1964 betonte die (vierte) Generalversammlung der EGS-Gewerkschaften ihren Willen, dass die bestehende organisatorische Trennung beider Gewerkschaftsrichtungen nicht zu einer Schwächung der gewerkschaftlichen Positionen im Rahmen der Gemeinschaft führen dürften.⁵⁷⁵ Im November 1966 bekräftigte die 5. Generalversammlung der EGS-Gewerkschaften dann, jenseits gemeinsamer Aktionen auch einer „permanenten Zusammenarbeit“ mit den IBCG-Gewerkschaften wohlwollend gegenüberzustehen, und verwahrte sich nur noch gegen die IBCG-Position eines prinzipiell als wünschenswert erachteten „Gewerkschaftspluralismus“. Die an die verschiedenen europäischen Organe gerichteten gewerkschaftlichen Stellungnahmen trugen so schon früh Unterschriften beider Organisationen. In einer programmatischen Stellungnahme an die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften bekräftigten beide europäischen Gewerkschaftsorganisationen als Repräsentanten der „demokratische[n] Gewerkschaftsbewegung“ der EG noch einmal ihre Forderung nach einer Fortentwicklung des europäischen Einigungsprozesses und riefen die Regierungen zu einer Demokratisierung der europäischen Institutionen (Parlament, WSA und Kommission) auf.⁵⁷⁶

Insgesamt ist die These der ideologischen Zerrissenheit der christlichen und freien Gewerkschaftsbewegung auf europäischer Ebene als Mythos anzusehen, wenn auch als ein besonders widerstandsfähiger. In der Praxis war die organisatorische Spaltung beider Gewerkschaftsrichtungen zwar wohl wirklich ein „Luxus“, der zu politischen Reibungsverlusten führte. Die nahezu deckungsgleichen europapolitischen Leitvorstellungen und die schon in der

574 Vgl. hierzu auch Pasture: *Histoire*, S. 401.

575 Protokoll der Generalversammlung der freien Gewerkschaften der Europäischen Gemeinschaften, Paris, 2.–3. März 1964 (EGB-Archiv, 484).

576 Vgl. Europäisches Gewerkschaftssekretariat (IBFG), Europäische Organisation des IBCG (Hg.): Memorandum an die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften zum 10-jährigen Bestehen der Unterzeichnung der Rom-Verträge. Das Dokument findet sich im Internet unter <http://library.fes.de/pdf-files/netzquelle/01550.pdf>.

EGKS praktizierte enge Abstimmung der christlichen und freien Gewerkschaften auf europäischer Ebene dürften diese aber in engen Grenzen gehalten haben. Hinzu kam der schlichte Umstand, dass alle Beteiligten in den verschiedenen Foren der Europabewegung und dann den Institutionen der Gemeinschaften über Jahre hinweg bestens vertraut miteinander waren.

8.6 Exkurs: Sektorale Gewerkschaftspolitik innerhalb der EWG: Die europäischen Gewerkschaften und die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)

Die Unterzeichnung der Römischen Verträge und die Gründung der EWG stellte nicht zuletzt die Agrargewerkschaften der sechs Mitgliedsstaaten vor neue Herausforderungen:⁵⁷⁷ Art. 3 des EWG-Vertrages erklärte die Gemeinsame Agrarpolitik zu einem der primären Tätigkeits- und Zuständigkeitsfelder der Gemeinschaft und tatsächlich entwickelte sich die GAP in der Folgezeit – unerwartet – zum nicht nur aus finanzieller Hinsicht wichtigsten Politikfeld der EWG. Art. 43 EWGV hatte dabei festgelegt, dass die als Exekutivorgan der EWG gegründete Europäische Kommission unmittelbar nach Inkrafttreten des Vertrags eine Konferenz der Mitgliedsstaaten einzuberufen habe, die die Leitlinien der künftigen GAP ausarbeiten sollte. Diese Landwirtschaftskonferenz fand vom 3. bis 12. Juli 1958 im italienischen Badeort Stresa am Lago Maggiore statt.⁵⁷⁸

Die Einberufung der Stresa-Konferenz setzte auch die Landarbeitergewerkschaften der Sechs unter Zugzwang. Ihre Vertreter kamen erstmals am 11. und 12. März 1958 in Luxemburg zusammen, um die mittlerweile terminierte Konferenz vorzubereiten und eine angemessene Vertretung der Landarbeitergewerkschaften sicher zu stellen. Anwesend waren Vertreter von acht Gründungsorganisationen aus fünf EWG-Staaten.⁵⁷⁹ Mit der „Arbeitsgruppe Europäischer Landarbeitergewerkschaften“ wurde nunmehr ein gewerkschaftlicher Zusammenschluss der Landarbeitergewerkschaften auf EWG-Ebene aus der Taufe gehoben. Auffallend war von Beginn an, dass die Mitgliederstruktur dieses ersten EWG-Industrienausschusses nicht nur Landarbeitergewerkschaften umfasste, sondern auch zwei italienische Verbände,

⁵⁷⁷ Dieser und der folgende Abschnitt beruhen teilweise wortgetreu auf einer älteren Arbeit des Verfassers (Fattmann: Soziales Europa, S. 80–129).

⁵⁷⁸ Vgl. A.-C. L. Knudsen: Farmers on Welfare, S. 123–130.

⁵⁷⁹ Vgl. Fattmann: Soziales Europa, S. 124 ff.

die die Interessen der Kleinbauern und Pächter des Landes vertraten.⁵⁸⁰ Dass die EWG-Institutionen der neugegründeten Organisation Gewicht beimaßen, verdeutlichte die Anwesenheit des EWG-Agrarkommissars und stellvertretenden Kommissionspräsidenten Sicco Mansholt, der die Agrarpolitik der Gemeinschaft auf Jahrzehnte hinaus prägen sollte.⁵⁸¹ Bis 1963 wurde die operative gewerkschaftspolitische Arbeit der Gruppe, bald unter dem Namen „Europäische Föderation der Agrargewerkschaften“ (EFA), in der Praxis weitgehend vom EGS und ihrem Generalsekretär sowie dessen Exekutivausschuss geleistet, in dem mit Hellmut Schmalz auch der Präsident der EFA vertreten war.⁵⁸²

Während ihrer Amtszeit standen Mansholt, Sandri und ihre Generaldirektionen V und VI in ständigem Kontakt und Dialog mit den zentralen Akteuren der EFA. Sowohl die EFA als auch das EGS bescheinigten dem Agrarkommissar immer wieder seine Bereitschaft zur Kooperation.⁵⁸³ Umgekehrt stützten die Agrargewerkschaften „ihren“ Kommissar und stützten die Grundlinien der Kommissionspolitik auch insgesamt.

Zugleich legte namentlich Mansholt Wert darauf, die Vertreter der landwirtschaftlichen Produzenten wie auch die Landarbeiterorganisationen in die europäischen Institutionen einzubinden. Schon 1961 organisierte die Kommission eine erste Sozialkonferenz der europäischen Sozialpartner, die vom 28. September bis zum 4. Oktober in Rom stattfand. Es war, anders als häufig zu lesen ist, diese Konferenz von Rom, die den Beginn des sozialen Dialogs innerhalb der EWG bzw. der heutigen EU markiert.⁵⁸⁴ Je vierzig Dele-

580 Gerade die italienische Landwirtschaft war noch weit über die 1960er Jahre hinaus durch zahlreiche zwischen Selbständigkeit und Lohnabhängigkeit changierende Beschäftigungsverhältnisse geprägt. Vgl. Paul Ginsborg: *A History of Contemporary Italy*, S. 106–110, S. 121–140.

581 Mansholts Rolle innerhalb der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik von den späten 1950er bis frühen 1970er Jahre kann kaum überschätzt werden. Zwischen 1945 und 1958 hatte er das Amt des niederländischen Landwirtschaftsministers innegehabt. Als (undogmatischer) Sozialist war der Agrarkommissar immer bereit, die Auffassungen der Gewerkschaften in seine Überlegungen mit einzubeziehen und die anstehenden Probleme im Agrarbereich mit ihnen zu diskutieren. Dabei legte er, dies belegen zahlreiche Zeugnisse, ein hohes Maß an Überzeugungskraft an den Tag, das selbst politische Gegner nicht unbeeindruckt ließ.

582 Vgl. Fattmann: *Soziales Europa*, S. 126 f.

583 Entschließung der Dritten Konferenz der Landarbeitergewerkschaften (IBFG) in der EWG am 18. und 19. September 1965 in Bari“ (AdsD, EFAA00003).

584 Zur Rom-Konferenz vgl. Rosemary Fennell: *The Common Agricultural Policy, Continuity and Change*, Oxford University Press, Oxford, 1997, S. 32–35. In Bezug auf den „Sozialen Dialog“ ließe sich allerdings argumentieren, dieser habe bereits mit der Einrichtung der „Gemischten Ausschüsse“ in der EGKS begonnen.

gierte der 1958 aus der Taufe gehobenen Dachorganisation der Bauernverbände COPA (Comité des Organisations Professionnelles Agricoles)⁵⁸⁵ und der europäischen Verbände der freien und christlichen Landarbeitergewerkschaften diskutierten hier erstmals untereinander die sozialen Probleme in der Landwirtschaft der EWG – Vertreter der nationalen Regierungen waren nur als Beobachter zugelassen. Zugleich band die Kommission die Vertreter der EFA und der ihr angeschlossenen nationalen Mitgliedsverbände in das sich immer weiter ausdehnende Geflecht beratender Ausschüsse ein, die die Kommission bei der Ausarbeitung der seit 1962 nach und nach auf den Weg gebrachten Marktordnungen für die verschiedenen landwirtschaftlichen Produkte beriet.⁵⁸⁶

Für die Einspeisung ihrer Anliegen in die europäischen Entscheidungsprozesse war offenbar gerade für die EFA neben der Kommission aber auch das Europäische Parlament und der WSA von deutlich mehr als marginaler Bedeutung. So war es den Agrargewerkschaften schon unmittelbar nach Gründung der EWG gelungen, mit seiner Hilfe die Kommission zu einer umfassenden Untersuchung über die soziale und wirtschaftliche Lage in den sechs Ländern der Gemeinschaft zu veranlassen, eine Arbeit, die die notorisch unterfinanzierten Landarbeitergewerkschaften aus eigener Kraft niemals hätten durchführen können.⁵⁸⁷

Dabei verfügten sie namentlich mit dem oben bereits erwähnten Henk Vredeling von Beginn an über einen zentralen Ansprechpartner, der bereits auf der ersten Zusammenkunft der europäischen Agrargewerkschaften das Grundsatzreferat über die Situation der Landwirtschaft innerhalb der EWG gehalten hatte. Vredeling, der als ehemaliger Gewerkschaftssekretär der niederländischen Landarbeitergewerkschaften über profunde Fachkenntnisse in allen Aspekten der Agrarpolitik verfügte, entwickelte sich in kürzester Zeit zum führenden Agrarexperten des Europäischen Parlaments. Als Berichterstatter des landwirtschaftlichen Ausschusses legte er bereits 1959 einen erste Bestandsaufnahme der landwirtschaftlichen Strukturprobleme innerhalb der

585 Zur Rolle der COPA, die besonders in der ersten Hälfte vom Deutschen Bauernverband geradezu dominiert gewesen sein soll vgl. jetzt die ausführliche Darstellung von Patel: *Europäisierung wider Willen*, insbes. S. 113–288. Gewerkschaften kommen bei Patel nicht vor.

586 Vgl. Ströckl: *Gewerkschaftsausschüsse*, S. 62.

587 Vgl. Kommission der EWG (Hg.): *Überblick über die Lage der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer*, Brüssel 1960.

EWG vor,⁵⁸⁸ der zahlreiche Stellungnahmen und Entschlüsse des Parlaments zur Fortentwicklung der GAP folgen sollten. Dabei war Vredeling nur einer von mehreren den Agrargewerkschaften nahe stehender oder auch angehörender Akteure in den europäischen Institutionen. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass die seitens der europäischen Agrargewerkschaften entwickelten Konzepte zur Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik von Beginn an in enger Kooperation mit zentralen Persönlichkeiten sowohl innerhalb des EP wie des WSA erarbeitet worden sind. In diesem Rahmen wurde allem Anschein nach auch von Beginn an eine enge Kooperation mit den christlichen Agrargewerkschaften sicher gestellt. Über die Zusammenarbeit mit dem WSA in den ersten beiden Jahren nach Gründung der EWG berichtete Harm Buiter für das EGS den Delegierten der zweiten Konferenz der Landarbeitergewerkschaften der Sechs:

„La prise de position au sujet de principales questions de la politique agricole, élaborée par notre groupe de travail avec quelques membres du Comité économique et social, parmi lesquels se trouvaient également des représentants des syndicats chrétiens, mérite d'être particulièrement souligné.“⁵⁸⁹

Die gewerkschaftliche Mitwirkung im System der „Beratenden Ausschüsse“ gewann umso mehr an Gewicht, je deutlicher „Agrareuropa“ in den 1960er Jahren Gestalt annahm. Bis zum Ende der 1970er Jahre wurden allein im Bereich der Landwirtschaft nicht weniger als 27 Ausschüsse geschaffen, die sich mit zum Teil sehr spezifischen Fragestellungen befassten. So existierte etwa ein „Ausschuss Eier“ und ein „Ausschuss Hopfen“. Beschickt wurden (und werden) diese Ausschüsse einerseits mit Vertretern der Bauern und der Genossenschaften, der Industrie und des Handels, andererseits der Arbeitnehmer und der Verbraucher. Hierbei agierten die europäischen Gewerkschaften bis weit in die 1970er Jahre, angesichts der zunächst nur schwachen Präsenz der Verbraucherverbände auf europäischer Ebene,⁵⁹⁰ in der Praxis auch als Vertreter der Konsumenteninteressen. Dies unterschied die Agrargewerk-

588 H. Vredeling: Bericht im Namen des Ausschusses für Fragen der Landwirtschaft über die Strukturprobleme innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft einschließlich der sozialen Probleme, Europäisches Parlament, Sitzungsdokumente 1959, S. 1–32, Luxemburg 1959.

589 Deuxième Conférence des Fédérations des travailleurs agricoles des États membres des Communautés européennes, Rome (Italie) les 25 et 26 mai 1960, Rapport du Secrétariat Syndical, S.7 (Die Position, die wir in den wichtigsten Fragen der Agrarpolitik eingenommen haben und die von unserer Arbeitsgruppe mit einigen Mitgliedern des Wirtschafts- und Sozialausschusses, unter denen sich auch Vertreter der christlichen Gewerkschaften befanden, erarbeitet haben, verdient besondere Erwähnung, R.F.).

590 Vgl. hierzu Meynaud/Sidjanski: Les groupes de pression, S. 349–382.

schaften sowohl auf nationaler wie auf europäischer Ebene deutlich von den Bauernverbänden, die die partikularen Interessen der Landwirte weitgehend ohne Rücksichtnahme auf die Belange anderer gesellschaftlicher Gruppen vertreten konnten.

Die Gewerkschaftsvertreter, deren Entsendung durch die europäischen Gewerkschaftsorganisationen (des EGS, der EFA sowie der EO-IBCG) koordiniert wurde, wirkten durch ihre Teilnahme an den beratenden Ausschüssen gegenüber der Kommission durch ihren Sachverstand an der Ausarbeitung der europäischen Marktordnungen und damit an der Vollendung des europäischen Binnenmarktes in diesem Bereich in häufig mühsamer und von der Öffentlichkeit gänzlich unbeachteter Kleinarbeit mit.⁵⁹¹

Für die EFA als besonders bedeutsam erwies sich die Mitarbeit im „Paritätischen Ausschuss für die sozialen Probleme der ländlichen Arbeitnehmer“, dessen Einrichtung die Vertreter des EGS und der EFA bereits während ihrer ersten Unterredungen mit Mansholt im Jahr 1958 und erneut auf der Konferenz von Rom über die sozialen Probleme der in der Landwirtschaft Beschäftigten, gefordert hatten. Im Mai 1963 verkündete die Kommission die Einsetzung eines solchen Ausschusses im Amtsblatt der EWG, der ein Jahr später seine Arbeit aufnehmen sollte.⁵⁹² Anders als in den übrigen Ausschüssen waren hier ausschließlich Vertreter der Arbeitgeber und -nehmer präsent. Die Einrichtung des paritätischen Ausschusses für die Landwirtschaft institutionalisierte so den zwei Jahre zuvor in Rom aufgenommenen sozialen Dialog zwischen den Sozialpartnern in der EWG.⁵⁹³

Der paritätische Ausschuss bot den europäischen Agrargewerkschaften eine Plattform, die soziale Lage der Landarbeiter mit der in der COPA organisierten Arbeitgeberseite zu diskutieren und konkrete Forderungen an sie heranzutragen. 1966 verlangten sie erstmals, eine gemeinsame Vereinbarung zur Reduzierung der überlangen Arbeitszeiten der Landarbeiter in den EWG-Staaten auszuarbeiten. Tatsächlich kam es am 6. Juni 1968 zu einer Abspra-

591 Mansholt beschrieb die politischen Auseinandersetzungen um die Marktordnungen, allerdings ohne die Rolle der beratenden Ausschüsse zu erwähnen, mit einigem Sarkasmus: „Die große politische Linie geht bei diesen Sitzungen zwar verloren, aber es handelt sich dabei immerhin um handfeste materielle Interessen. Vorschläge für Eier-Handelsklassen oder Mindestgewichte für Hähnchen, für Kartoffelgrößen oder Birnenqualitäten – so was kann man nicht auf die leichte Schulter nehmen. Hinter all solchen Einzelheiten steht jeweils eine ganze Bevölkerungsgruppe.“ In: Sicco Mansholt, *Die Krise. Europa und die Grenzen des Wachstums*, Reinbek bei Hamburg, 1974, S. 64.

592 Amtsblatt der EWG vom 29.05.1963, S. 1534–36.

593 Dem Ausschuss gehörten neben den Vertretern der EFA auf der Arbeitnehmerseite zunächst auch drei Delegierte christlicher Gewerkschaften und ein Vertreter einer liberalen Organisation an.

che zwischen EFA und COPA, der zufolge die maximale Wochenarbeitszeit der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen im Ackerbau auf 45 Stunden beschränkt werden sollte. Zwar besaß diese Vereinbarung entgegen den ursprünglichen Wünschen der gewerkschaftlichen Vertreter nur empfehlenden Charakter. Doch setzte sie für die regionalen und nationalen Tarifverhandlungen eine deutliche Orientierungsmarke, auf die sich die nationalen Gewerkschaften berufen konnten.⁵⁹⁴

Die Reform der GAP und die Gewerkschaften

Die Gemeinsame Agrarpolitik, deren Anteil an den Gesamtausgaben der EWG im Verlauf der 1970er Jahre die 90 Prozent-Marke erreichte, sollte die Versorgung der europäischen Verbraucher mit qualitativ hochwertigen und günstigen Lebensmitteln sicherstellen, die Produktivität in der Landwirtschaft innerhalb eines Gemeinsamen Marktes fördern und die Lebensverhältnisse, insbesondere auch die Einkommen, der ländlichen an die der städtischen Bevölkerung angleichen. Diese zugleich fast unmöglich zu erreichenden Zielvorstellungen wurden von den Gewerkschaften generell geteilt. Es schien nun möglich, die traditionelle Forderung der nationalen Agrargewerkschaften – Industriearbeiterlöhne für Landarbeiter – auf europäischer Ebene zu erreichen. Die EFA unterstützte daher das Anliegen der Kommission, einen einheitlichen europäischen Agrarmarkt zu schaffen und die in allen Mitgliedsstaaten existierenden nationalen Marktordnungen und Subventionssysteme zu vereinheitlichen und durch europäische Marktordnungen zu ersetzen, und sie beteiligte sich, wie oben erwähnt wurde, insbesondere in den Beratenden Ausschüssen an ihrer konkreten Ausarbeitung.

Allerdings verlangte die EFA – auch hier wiederum im Einklang mit der Kommission und insbesondere mit Sicco Mansholt als dem spiritus rector der Gemeinsamen Agrarpolitik (und dann ihrer Reform) – schon früh eine Abkehr von einer reinen Preispolitik in der europäischen Landwirtschaft hin zu einer Strukturpolitik im Verein mit einer abgestimmten europäischen Sozial- und Regionalpolitik im Agrarsektor. Diese Forderungen nach einer verbesserten Strukturpolitik hatte die EFA bereits auf ihrer zweiten Konferenz am 25. und 26. Mai 1960 in Rom zum Ausdruck gebracht. Insbesondere sollten, so wurde seitens der EFA im Verlauf der 1960er Jahre immer gefordert, innerhalb des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds die für die „Ausrichtung“, d. h. für die Strukturverbesserung in der Landwirtschaft bestimmten Mittel, drastisch erhöht werden.

594 Vgl. Fattmann: Soziales Europa, S. 121 ff.

Strukturpolitik, Regionalpolitik, Sozialpolitik, diese Trias bildete in den 1960er Jahren den unbestrittenen Kernbestand der gewerkschaftlichen Forderungen, die von den Agrargewerkschaften bereits unmittelbar nach der Gründung der EWG entwickelt worden waren und die sie in den 1960er Jahren immer wieder vortrugen und die sie in der „Entschließung der Dritten Konferenz der Landarbeitergewerkschaften (IBFG) in der EWG am 18. und 19. September in Bari“⁵⁹⁵ noch einmal konsistent zusammengefasst hatten. Ihnen zu Folge sollte die Strukturpolitik die Landarbeiter, analog zu den Beschäftigten in der Industrie, in die Lage versetzen, „in modern eingerichteten und günstig zusammengelegten Betrieben unter sozialen Bedingungen vollbeschäftigt zu werden.“ Ziel der Strukturpolitik seien landwirtschaftliche Betriebe von „ausreichender Größe“. Begrüßt wurden die Vorschläge der Kommission, die Ertragslage der landwirtschaftlichen Betriebe durch die Einrichtung von Genossenschaften zum Einkauf und Absatz und zur gemeinsamen Nutzung von Maschinen zu verbessern. Im Rahmen regionalpolitischer Pläne sollten durch eine Förderung des Wohnungsbaus auf dem Land, durch Beihilfen zur Berufsausbildung und durch eine Modernisierung der landwirtschaftlichen Haushalte die Lebensbedingungen der landwirtschaftlichen Lohnarbeitskräfte verbessert werden. Insgesamt sei auch die Sozialpolitik im Agrarbereich eine gemeinschaftliche Aufgabe, deren Angleichung überdies einen Beitrag zu fairen innergemeinschaftlichen Wettbewerbsbedingungen darstellen würde. In diesem Zusammenhang forderten die Agrargewerkschaften nichts weniger als den „Abschluss von Kollektivverträgen, die auf der Ebene der EWG (...) Mindestnormen der Lohn- und Arbeitsbedingungen der landwirtschaftlichen Lohnarbeitskräfte festlegen [sollten]“. Zugleich hatte die Arbeitsgemeinschaft der Agrargewerkschaften bereits zu diesem frühen Zeitpunkt ihre Auffassung unterstrichen, „dass eine unvertretbare Expansion der eigenen Agrarwirtschaft der EWG nicht auf Kosten der Drittländer und insbesondere nicht auf Kosten von Entwicklungsgebieten vor sich geht“.⁵⁹⁶

595 Das Dokument wiederholte und präzierte die strukturpolitischen Forderungen der Agrargewerkschaften, die sie bereits auf ihrer 2. Konferenz am 25. und 26. Mai 1960 zum Ausdruck gebracht hatten. Vgl. auch den Bericht des Vertreters der italienischen Landarbeitergewerkschaften, Arride Rossi: Gemeinsame Strukturpolitik, unerlässliche Vorbedingung für die landwirtschaftliche Integration Europas. Exposé für die Delegierten der Dritten Konferenz der Landarbeitergewerkschaften (IBFG) in der EWG, beide enthalten in: AdsD, EFAA000003.

596 „Entschließung der Dritten Konferenz der Landarbeitergewerkschaften (IBFG) in der EWG am 18. und 19. September 1965 in Bari“.

Die im Dezember 1968 von Mansholt in seinem „Memorandum zur Reform der Landwirtschaft in der EWG“⁵⁹⁷ vorgestellten Pläne – die eine tiefgreifende Reform, Modernisierung und Umstrukturierung der Agrarwirtschaft in den EWG-Mitgliedsstaaten sowie die Angleichung der nationalen Landwirtschaften und die Reduzierung der Zahl der Beschäftigten im Agrarsektor um ungefähr die Hälfte bis 1980 zum Ziel hatten – trugen diesen Positionen Rechnung und fanden die volle Unterstützung der EFA und ihrer christlichen Gewerkschaftskollegen (während sie auf wütende, teilweise gewaltsame Proteste der europäischen Bauern stießen). Vor dem Hintergrund, dass der Mansholt-Plan nicht weniger als die – kontrollierte und durch ein Bündel sozial- und regionalpolitischer Maßnahmen abgefederte – Halbierung der Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten bis 1980 vorsah und damit eine erhebliche Schrumpfung auch des Organisationspotenzials der Agrargewerkschaften, erscheint dies außerordentlich bemerkenswert. Die EFA entschied sich so für das Leitbild einer effektiven Landwirtschaft mit wenigen, aber gut qualifizierten und entsprechend entlohnenden Arbeitnehmern und gegen die künstliche Erhaltung überkommener Strukturen, deren Abbau die nationalen Bauernverbände infolge ihres hohen Einflusses auf die nationalen Agrarministerien noch lange mit Erfolg verhindern konnten. Inwieweit Mansholts Reformvorschläge dabei direkt von den in den 1960er Jahren von der EFA im Zusammenspiel mit dem Parlament und dem WSA erarbeiteten Positionen zu einer umfassenden Struktur- und Sozialpolitik direkt beeinflusst worden waren, lässt sich nur schwer abschätzen. Fakt ist jedoch, dass sich die gewerkschaftlichen Positionen im Mansholt-Plan bis in die Einzelheiten niedergeschlagen hatten und diese die Pläne des Agrarkommissars im Gegenzug dezidiert und vorbehaltlos unterstützten.⁵⁹⁸

597 Zu Inhalt und Entstehungsgeschichte des „Mansholt-Plans“ von 1968 vgl. Katja Seidel: Taking Farmers off Welfare. The EEC Commission's Memorandum "Agriculture 1980" of 1968, in: JEIH 2/2010, S. 83–102.

598 H. Schmalz, Ansprache zur Eröffnung der 5. Konferenz der EWG-Arbeitsgruppe der freien Landarbeitengewerkschaften gehalten am 22. September 1969 in der Westfalenhalle zu Dortmund von Helmut Schmalz, Präsident der Arbeitsgruppe, in: IISG, Nachlass Sicco L. Mansholt (1908–1995), Beleidsactiviteiten. Memo 80, Programma 1980. Stukken betreffende het Plan Mansholt inzake voorstellen tot landbouwhervorming in de EEG. 1968–1971, 130.

8.7 Gewerkschaftliche Wirtschafts- und Sozialpolitik innerhalb der EWG/EG und die Grenzen gewerkschaftlicher Europapolitik im Europa der Sechs

In den 1960er Jahren bemühten sich die Gewerkschaften wiederholt, die Öffentlichkeit der „Sechs“ für ihre europapolitischen Ziele zu mobilisieren und dem Einigungsprozess selbst neue Schubkraft zu verleihen. Gefragt war in ihren Augen nach wie vor ein „Mehr“ an Europa: Insbesondere sollte das Europäische Parlament direkt gewählt und mit einem eigenen Haushalt und den dazu gehörigen Kontrollrechten ausgestattet werden; die von de Gaulle 1965 abgeblockte Einführung von Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat sollte endlich umgesetzt werden und dessen Sitzungen öffentlich sein; Gewerkschaften und Arbeitnehmerverbände sollten unter dem Stichwort „Konzertation“ in die innergemeinschaftlichen Entscheidungsfindungsprozesse insgesamt besser integriert und geeignete Konsultativorgane für die Gesamtwirtschaft und – analog zu den paritätischen Ausschüssen in der Landwirtschaft und im Montanbereich – die einzelnen Wirtschaftszweige geschaffen und diese mit eigenem Konsultations- und Initiativrecht gegenüber der Kommission ausgestattet werden (mit der Einrichtung erster „paritätischer“ und „gemischter“ Ausschüsse in zentralen sozialpolitischen Bereichen⁵⁹⁹ wurde diese Forderung der Gewerkschaften schnell erfüllt). Zugleich sollten die Befugnisse des WSA gestärkt und dieser ebenfalls mit einem eigenen Initiativrecht ausgestattet werden. Derartige Rufe nach einer Reform der Institutionen gingen von den Gewerkschaften bis über zum Ende des hier betrachteten Zeitpunkts – 1972/73 – mit dem regelmäßigen Takt eines Schweizer Uhrwerks aus; die Forderung nach institutioneller Reform bildete so seit Gründung der Gemeinschaften eine Konstante europäischer Gewerkschaftspolitik (der Nichtkommunisten).

Ihren Willen zu einer verstärkten europäischen Integration bekräftigten die nichtkommunistischen Gewerkschaften dabei nicht nur kontinuierlich in ihrer Gewerkschaftspresse, sondern auch durch eine Reihe seitens des EGS koordinierter Stellungnahmen, Aufrufe und Kundgebungen. Im Juli 1963 versammelten sich beispielsweise in Dortmund immerhin 25.000 Gewerkschafter aus den Mitgliedsländern zu einer Kundgebung unter dem Motto „Vereinigte Staaten von Europa – Partner der freien Welt“⁶⁰⁰. 1965 riefen die

⁵⁹⁹ Gemäß Art. 118 EWG-Vertrag.

⁶⁰⁰ DGB-Bundesvorstand (Hg.): Vereinigte Staaten von Europa – Partner der freien Welt. Reden und Entschließung der Großkundgebung, Düsseldorf 1963.

freien Gewerkschaften der Sechs angesichts der „EWG-Krise“ infolge des Rückzugs Frankreichs aus den europäischen Institutionen einmütig zu einer Europa-Kundgebung in Paris auf und anlässlich der Verwirklichung der Zollunion am 1. Juli 1968 führten sie eine „Kampagne zur Neubelebung des europäischen Gedankens“ durch, um die Notwendigkeit demokratischer Strukturen, einer Preispolitik zugunsten der Verbraucher und eine einheitliche Politik auf dem Gebiet der Beschäftigung und Berufsausbildung zu unterstreichen.⁶⁰¹

1965 verabschiedete das EGS ein Aktionsprogramm, das als Orientierungsmarke ihrer auf nationaler Ebene einzuschlagenden Politik dienen sollte und eine Reihe vornehmlich tarifpolitischer Grundsatzforderungen enthielt: Im Einzelnen verlangten die EGS-Mitglieder die Einführung der 40-Stunden-Woche an fünf Tagen bei vollem Lohnausgleich, die Verlängerung des Urlaubs auf vier Wochen im Jahr, eine Erhöhung des Urlaubsgeldes und die Sicherung des Einkommens der Beschäftigten bei Arbeitsunfähigkeit.⁶⁰² 1972 fügte ein Aktionsprogramm des EBFG diesem Katalog noch die Forderung nach einer einheitlichen Vergütung von Überstunden, Rationalisierungsschutzmaßnahmen hinzu und dachte die Einführung von Mindesteinkommen zunächst auf nationaler Ebene an.⁶⁰³

Während die gewerkschaftlichen Leitvorstellungen im Bereich der institutionellen Fortentwicklung der westeuropäischen Integration klar umrissen waren und sich auch im Bereich der Tarifpolitik zumindest eine gewisse Koordinierung ihrer Forderungen abzeichnete, ist die Haltung der Gewerkschaften in den Bereichen der europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik inhaltlich erheblich schwieriger zu umreißen.

In Bezug auf die Wirtschaftspolitik vertrauten offenkundig auch die Arbeitnehmerorganisationen darauf, dass die durch die stufenweise Errichtung eines gemeinsamen Marktes für Waren, Dienstleistungen, Kapital und die Freizügigkeit der Arbeitskräfte ausgelösten Wachstumskräfte gewissermaßen

601 Vgl. Elsner: EWG, S. 55. Inwieweit die Gewerkschaften die öffentliche Meinung durch ihr öffentliches Engagement, ihre Publikationen und Stellungnahmen über den europäischen Einigungsprozess beeinflussen haben und inwieweit die nationalen öffentlichen Meinungen über Europa die Politik der nationalen Parteien und Regierungen beeinflusst haben ist eine der zahlreichen spannenden Fragen, über die bisher nur wenige abgesicherte historische Erkenntnisse vorliegen.

602 Vgl. EGS: Aktionsprogramm vom 1. Mai 1965 (abgedruckt in Gobin, *Consultation et concertation*, Bd. 2, S. 946).

603 Vgl. Klaus Ruhwedel: *Der Europäische Gewerkschaftsbund und die westeuropäische Integration*, S. 241.

von selbst für eine Hebung des Wohlstands aller Wirtschaftsteilnehmer sorgen würde.

Die Ausformulierung einer zusätzlich eingeforderten, ineinandergreifenden Wirtschafts- und Sozialpolitik – man könnte die Bereiche Struktur- und Industriepolitik hinzufügen, ließ angesichts spektakulärer wirtschaftlicher Wachstumsraten besonders in der ersten Hälfte der 1960er Jahre hingegen auf sich warten und wurde zunächst gerade in den Sektoren erkennbar in Angriff genommen, in denen die Möglichkeit erfolgreicher Interventionen auf Gemeinschaftsebene auch wirklich gegeben waren: vornehmlich also im Montan- und Agrarbereich.

Schaut man speziell auf die Leitvorstellungen gewerkschaftlicher Sozialpolitik innerhalb der EWG, so ist zu berücksichtigen, dass sich der durch die Römischen Verträge vorgegebene politische Aktionsradius der EWG-Organen in diesem Bereich zunächst nicht gerade imposant gestaltete. Immerhin nannte bereits die Präambel als wesentliches Ziel der EWG „die stetige Verbesserung der Lebens- und Beschäftigungsverhältnisse ihrer Völker.“ Zu den im engeren Sinn relevanten Bestimmungen in diesem Bereich zählte neben der Errichtung eines Sozialfonds zur Verbesserung der beruflichen und räumlichen Mobilität der Arbeitnehmer einschließlich der Berufsausbildung (Art. 123–128) besonders die Gewährleistung der Rechte der Wanderarbeiter u. a. durch eine Angleichung der sozialen Sicherungssysteme (Art. 51). Darüber hinaus proklamierte Art. 117 jedoch ganz grundsätzlich: „Die Mitgliedstaaten sind sich einig, auf eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitskräfte hinzuwirken“ und Art. 119 sollte den Grundsatz der Entgeltgleichheit der Geschlechter bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit gewährleisten. Art. 118 betraute die Kommission mit der Umsetzung einer zunächst nur im Potenzialis aufscheinenden europäischen Sozialpolitik: Ihr wurde die Aufgabe zugewiesen, „eine enge Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten auf sozialem Gebiet zu fördern“, und zwar „insbesondere“ in den Bereichen Beschäftigung, Arbeitsrecht und Arbeitsbedingungen, berufliche Ausbildung und Fortbildung, soziale Sicherheit, Verhütung von Berufsunfällen und Berufskrankheiten sowie dem Gesundheitsschutz und das Koalitionsrecht auch in Bezug auf Kollektivverhandlungen. Dabei sollte die Kommission in enger Verbindung mit den Mitgliedstaaten und nach Anhörung des WSA durch Untersuchungen, Stellungnahmen und Vorbereitung von Beratungen tätig sein und erhielt dadurch die Schlüsselkompetenz bei der Entwicklung einer künftigen europäischen Sozialpolitik.

Anders als die Arbeitgeberverbände bekundeten sowohl die freien wie die christlichen Gewerkschaften der EWG jedoch im Grundsatz ihr aktives

Interesse an einer aktiven Politik der europäischen Institutionen auch im Bereich der Sozialpolitik.⁶⁰⁴ Unterstützende Stellungnahmen des Sozialausschusses des Europäischen Parlaments und des WSA über deren Notwendigkeit blieben nicht aus und trugen teilweise die deutliche Handschrift der in beiden Organen agierenden gewerkschaftlichen Ansprechpartner⁶⁰⁵. Schon 1961 beauftragten die dem EGS angehörenden Verbände ihren Exekutivausschuss, für den Raum des Gemeinsamen Marktes ein langfristiges Sozialprogramm auszuarbeiten.⁶⁰⁶ Zur immer wieder neu genannten Zauberformel gewerkschaftlicher Sozialpolitik wurde dabei die Vorstellung einer „Harmonisierung nach oben“ bzw. „im Rahmen des Fortschritts“. Zugleich machten sich die Arbeitnehmerorganisationen die von Hallstein auf der 1962 auf der „Europäischen Konferenz über die Soziale Sicherheit“ ausgegebene Leitformulierung einer „progressiven sozialen Konvergenz“ der sozialen Sicherungssysteme zu eigen.⁶⁰⁷

In den ersten Jahren der EWG mussten sich die Kommission und ihre Dienststellen, aber auch die verschiedenen Ausschüsse der Gemeinschaft und das Europäische Parlament zunächst einmal in hohem Maße damit beschäftigen, die gewachsenen sozialen Sicherungssysteme der beteiligten Staaten umfassend zu analysieren. Zugleich mussten die sozialen Rechte der Wanderarbeiter und Grenzgänger im EWG-Wirtschaftsraum mit seinen schneller als erwartet Kontur gewinnenden „binnenmarktähnlichen Verhältnissen“ so schnell wie möglich auf eine geeignete Grundlage gestellt werden. Hier konnten bemerkenswerte Erfolge durch die wechselseitige Anerkennung von in den verschiedenen Sozialversicherungssystemen erworbene Leistungen erzielt werden, ohne dass dieser Bereich an dieser Stelle genauer dargestellt werden kann.⁶⁰⁸

In anderen Sozialfragen beschränkte sich die EWG-Kommission hingegen auf Untersuchungen, Stellungnahmen und zuweilen auf Empfehlungen. Wie derartige Untersuchungen und Stellungnahmen sich für die nationalen Gewerkschaften bei der Durchsetzung sozialpolitischer Anliegen als außeror-

604 Vgl. Heise: Sozialpolitik, S. 113.

605 Ebenda.

606 Vgl. Bernt Heise: Ein langfristiges Sozialprogramm für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Soziale Sicherheit, 10. Jg. (2/1961), S. 39–42.

607 Vgl. ebd., S. 118.

608 Meilensteine waren die EWG-Verordnungen Nr. 1612/68 und 1408/71. Erstere regelte die Rechte der Familienangehörigen in den Wohnsitzstaaten, Letztere den diskriminierungsfreien Zugang der Wanderarbeiter zu den sozialen Sicherungssystemen und die Übertragbarkeit der in ihnen erworbenen Leistungen.

dentlich nützlich erweisen konnten, hat Stefan Remeke am Beispiel der Neufassung des Arbeitsschutzrechts für Jugendliche in der Bundesrepublik detailliert nachgezeichnet.⁶⁰⁹

Dass sich die konkreten sozialpolitischen Vorschläge beider europäischer Gewerkschaftsverbände noch am Ende unseres Betrachtungszeitraumes in den frühen 1970er Jahren als sehr allgemein und allenfalls in Ansätzen operationalisierbar erwiesen, lag neben den schlicht sehr begrenzten Kompetenzen der E(W)G-Organen vermutlich an einem anderen, tiefer liegenden und den zeitgenössischen Akteuren vielleicht auch nicht voll bewussten Grund. Denn schon ab den frühen 1960er Jahren sahen die meisten nichtkommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre es als gesicherte Erfahrung an, dass der vergrößerte Wirtschaftsraum der EWG während der ersten Jahre seines Bestehens die an ihn gerichteten ökonomischen Erwartungen mindestens erfüllte, wenn nicht weit, vielleicht sogar spektakulär übertroffen habe. Das Einschwenken der CGIL etwa auf einen „proeuropäischen“ Kurs in den 1960er Jahren speiste sich ebenfalls auch aus der Beobachtung, dass der Abbau von Zollschranken und die zunehmende Herstellung binnenmarktähnlicher Verhältnisse den Beschäftigten in Italien offenkundig erhebliche Vorteile gebracht habe. Die ständige Expansion der Wirtschaft in allen sechs EWG-Staaten führte in den 1960er Jahren so zu einer kontinuierlichen Erweiterung der Verteilungsspielräume auf nationaler Ebene, die die Arbeitnehmerorganisationen mit unterschiedlichen Prioritäten (in der Lohn- und Arbeitszeitpolitik sowie dem Ausbau der Sozialpolitik) erfolgreich zu nutzen verstanden. In den Augen des DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter war der „wirtschaftliche Erfolg, an dem breite Bevölkerungskreise beteiligt waren, [...] einfach nicht zu bestreiten“⁶¹⁰ und die meisten anderen Gewerkschaftsfunktionäre sahen dies ähnlich.⁶¹¹ Vor diesem Hintergrund musste die Ausbildung einer zusätzlichen, transnationalen sozialpolitischen Ebene nur wenig vordringlich erscheinen.

In diesem Sinne unterminierte der wirtschaftliche Erfolg der E(W)G in gewisser Hinsicht die sozialpolitischen Ambitionen auf Gemeinschaftsebene, indem auf nationaler Ebene weite gewerkschaftspolitische Handlungsspielräume eröffnet wurden und die Gewerkschaften in den 1960er Jahren die Erfahrung machen ließ, dass es eben doch der nationale Rahmen sei, in dem

609 Vgl. Remeke: Gewerkschaften als Motoren der europäischen Integration, insbes. S. 160 ff.

610 Heinz Oskar Vetter: Zwanzig Jahre Europäische Gewerkschaftspolitik, in: GMH 4/1973, S. 201–206, hier: S. 203.

611 Vgl. hierzu Angela Steffens: Der gewerkschaftliche Kampf um ein soziales Europa. Darstellung und Kritik europäischer Arbeitnehmervertretung, Diss., München 1980, S. 22, Anm. 33.

sich soziale Verbesserung für die Beschäftigten erstreiten ließen. Kombinierte sozial-, struktur- und wirtschaftspolitische Maßnahmen wurden auf europäischer Ebene so nur in jenen Wirtschaftsbereichen ausgearbeitet und zu implementieren Versucht, an denen der selbst von zeitnahen Integrations skeptikern wie Wolfram Elsner konstatierte „EWG-Boom“ vorbeigegangen war (oder dieser wie in der Landwirtschaft nicht ausreichte, die dort vorhandenen Strukturprobleme allein durch Produktionssteigerungen abzufedern).

Nicht umsonst war ab 1963 im nun gegründeten freigewerkschaftlichen „Metallausschuss“ (ab 1971: Europäischer Metallgewerkschaftsbund/EMB) eine erhöhte gewerkschaftliche Aktivität auf E(W)G-Ebene zu verzeichnen. Schon dessen Gründung war durch eine krisenhafte Entwicklung in einem Zweig der Metallindustrie ausgelöst worden: der Schiffsindustrie. Nach 1963 erarbeitete die Organisation einen umfangreichen sozial- und industriepolitischen Maßnahmenkatalog, um den Auswirkungen des ökonomischen Niedergangs der Werftindustrie auf die Beschäftigten zu begegnen (1969 hatten ihre Bemühungen insofern Erfolg, dass eine erste EG-Richtlinie auf Vorschlag der Kommission eine zehnprozentige Beihilfe im Schiffsbau vorschrieb). Darüber hinaus sollten die Mittel des Europäischen Sozialfonds zur Umschulung der Arbeitnehmer nach Auffassung des Metallausschusses/EMB erheblich aufgestockt werden.⁶¹²

Als weiteres hemmendes Moment für die Entwicklung konkreter sozial- und wirtschaftspolitischer Forderungen der europäischen Gewerkschaften ist dann gegen Ende der 1960er Jahre vermutlich die veränderte gewerkschaftliche Akteursstruktur auf der europäischen Ebene in Zukunft verstärkt in Betracht zu ziehen. Stefan Remeke hat mit guten Gründen darauf hingewiesen, dass zumindest in der Bundesrepublik gegen Ende der 1960er Jahre eine neue Generation gewerkschaftlicher „Pragmatiker“ in die Spitzenpositionen der deutschen Gewerkschaften einrückte. Dieser Befund lässt sich möglicherweise generalisieren und in der Tendenz auf die übrigen E(W)G-Länder übertragen. Die neuen Männer (und immer noch sehr wenigen Frauen) verstanden, das vorhandene sozialpolitische Instrumentarium auf europäischer Ebene durchaus zu nutzen, vor übergreifenden politischen Neuordnungsvorstellungen (wie der schon in den frühen 1970er Jahren angedachten Einführung einer europäischen Arbeitslosenversicherung) schreckten sie jedoch zurück.

612 Zur Geschichte des Metallausschusses/EMB vgl. die ausführliche Untersuchung von Yves Clairmont: Vom europäischen Verbindungsbüro zur transnationalen Gewerkschaftsorganisation; zum Folgenden insbes. Bd. 1, S. 142–158.

Im Juni 1970 legte die EWG-Kommission nach jahrelangen Diskussionen einen ersten Entwurf über ein Statut für Europäische Aktiengesellschaften vor, der sich vornehmlich am deutschen Mitbestimmungsrecht orientierte. Die Frage der Einbindung der Beschäftigten besaß erhebliche Brisanz und betrafte u.a. das in den Jahren zuvor zunehmend virulent gewordene Problem, wie sich die Gewerkschaften generell gegenüber zunehmenden Machtzusammenballungen in Multinationalen Konzernen positionieren sollten. Entsprechend ihrer Gewerkschaftstradition lehnten FO, FGBT und auch die CISL Formen der „cogestion“ auf Unternehmensebene prinzipiell ab und setzten auf „Arbeiterkontrolle“ und gewerkschaftliche Gegenmacht. Dass der DGB dem EBFG 1970 seine Vorstellungen über die Ausgestaltung der Europäischen Aktiengesellschaften gegen den Widerstand der französischen, belgischen und internationalen Partnerorganisationen per Mehrheitsbeschluss nichtsdestotrotz förmlich aufzwang,⁶¹³ kann ebenfalls als Indiz einer Renationalisierung der westdeutschen Gewerkschaftspolitik gedeutet werden.⁶¹⁴

In den frühen 1970er Jahren gaben die „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ – damals noch das intellektuelle Zentralorgan des DGB – Beiträgen Raum, die vor den Folgen der auf der Haager Konferenz der Staats- und Regierungschefs im Dezember 1969 auf den Weg gebrachten Wirtschafts- und Währungsunion warnten.⁶¹⁵ Überhaupt scheint sich der Integrationsgeist gerade des DGB – verstanden als Bereitschaft, weitere nationale Kompetenzen besonders auch in der Sozialpolitik auf die europäischen Institutionen zu übertragen – seit den späten 1960er Jahren in fatalem Ausmaß verringert zu

613 Vgl. hierzu die „Forderungen des Europäischen Bundes der Freien Gewerkschaften zur Mitwirkung der Arbeitnehmer in der Europäischen Aktiengesellschaft, 1970 (Parität),“ abgedruckt in: Gunther Schwerdtfeger (Hg.): Mitbestimmung in privaten Unternehmen (Aktuelle Dokumente, Bd. 2.), Berlin/ New York 1973, S. 237–240.

614 Zu diesen Vorgängen vgl. Steffens: Der gewerkschaftliche Kampf um ein soziales Europa, S. 145–151 sowie die ausführliche Darstellung von Rainer Krieger, Der Europäische Gewerkschaftsbund und die Europäische Aktiengesellschaft, Diss., Münster 1977. Zu den Diskussionen innerhalb des Metallausschusses zu diesem Thema vgl. Clairmont, Vom europäischen Verbindungsbüro zur transnationalen Gewerkschaftsorganisation, Bd. 1, S. 167 ff.

615 Vgl. Heinz Kuby: Machtverschiebung in Europa, in: GMH 7/1971, S. 412–422. Auffällig scheint auch, dass die Haager Konferenz und ihre weitreichenden Beschlüsse (Europäische Politische Zusammenarbeit, Prüfung der Direktwahl zum Europäischen Parlament, Erweiterung der EG, Wirtschafts- und Währungsunion) in den GMH ansonsten überhaupt nicht thematisiert wurde.

haben. Besonders Thomas Fetzer hat für diese These eine dichte Indizienkette zusammengetragen.⁶¹⁶

Die paradoxe Folge all dessen war, dass die gewerkschaftliche Bereitschaft, von kurzfristigen nationalen Kosten-Nutzen-Erwägungen abzusehen, just in dem Zeitpunkt deutlich abgenommen hatte, als eine konzertierte europäische Antwort auf einen von Außen induzierten massiven ökonomischen Einbruch so erforderlich war wie nie zuvor: Statt dessen traf Ende des Jahres 1973 die erste Ölkrise die EG und ihre – nach dem Beitritt Großbritanniens, Irlands und Dänemark zum Jahresbeginn – nun neun Mitglieder wie ein Schock. Eine Antwort darauf, wie den massiven sozialen und ökonomischen Auswirkungen der Krise auf die europäischen Arbeitnehmer begegnet werden könne, fanden die europäischen Gewerkschaften zunächst nicht.

8.8 Zersplittert vereint: Der Europäischen Gewerkschaftsbund und das Ende des europapolitischen Konsens innerhalb der Gewerkschaftsbewegung

Am 9. Februar 1973 gründeten 17 Gewerkschaftsverbände aus 15 europäischen Staaten den Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB). Der EGB sollte die Arbeit des EBFG in Brüssel fortführen und übernahm zudem die Aufgaben, die zuvor das für die EFTA-Staaten zuständige Gewerkschaftsbüro bearbeitet hatte. Anders als dem EGS gehörten dem EGB so von Beginn an auch europäische Gewerkschaftsbünde außerhalb des EG-Bereichs an. Und er ermöglichte schon im folgenden Jahr auch den christlich orientierten Gewerkschaftsbünden der nun aufgelösten EO-WVA und 1975 auch der „eurokommunistischen“ CGIL die Mitgliedschaft.

Obwohl die Mitgliedschaft des neuen EGB die seiner Vorgängerorganisation weit in den Schatten stellte und obwohl die Statuten des EBG (wie allerdings bereits im EBFG und der EO-WVA) Mehrheitsentscheidungen zuließen, zeigte sich die stark angewachsene Gewerkschaftsorganisation über Jahre hinweg vollständig außerstande, gegenüber den europäischen Institutionen einheitliche gewerkschaftliche Standpunkte zu entwickeln. Auch in

616 Vgl. Thomas Fetzer: Europäische Strategie deutscher Gewerkschaften in historischer Perspektive, in: Michèle Knodt/Barbara Finke (Hg.): Europäische Zivilgesellschaft. Konzepte, Akteure, Strategien, Wiesbaden 2005, S. 299–318.

den wichtigsten Industrieverbänden des EGB brachen nach dem Beitritt der Gewerkschaftsorganisationen der drei neuen Mitgliedsländer grundsätzliche Auseinandersetzungen über den einzuschlagenden europapolitischen Kurs aus.⁶¹⁷ Die tief greifende ideologische Heterogenität des EGB dokumentierte bereits die Satzung der Organisation, die über Allgemeinplätze kaum hinaus kam. Ziel des EGB sei es, „die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der Arbeitnehmer auf der Ebene Europas im Allgemeinen und bei allen europäischen Institutionen im besonderen-einschließlich der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Freihandelszone-zu vertreten und zu fördern“ und die angeschlossenen Gewerkschaftsbünde sollten „über die Erhaltung und Verstärkung der Demokratie in Europa wachen“. Zur Erreichung seiner Ziele solle der EGB seine Mitgliedsgewerkschaften über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der einzelnen Länder und der Gemeinschaft informieren. Zugleich sollten gemeinsame gewerkschaftliche Positionen erst einmal erarbeitet werden und die Tätigkeit der EGB-Mitgliedsorganisationen z.B. durch europäische Aktionsprogramme koordiniert werden. Vorrangiges Ziel dieser Bemühungen sei Erhaltung der Arbeitsplätze, die Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten und die Beseitigung der Arbeitslosigkeit.⁶¹⁸

1975 bezeichnete Théo Rasschaert, der erste Generalsekretär des EGB, in seiner Ansprache vor dem 10. ordentlichen DGB-Bundeskongress am 26. Mai die Organisationsform der Gewerkschaften in Europa nicht weniger als einen „kalkulierbaren Irrtum“⁶¹⁹. Dabei war die Handlungsschwäche des EGB nicht etwa auf die Aufnahme der christlichen Organisationen bzw. der CGIL zurückzuführen. 1975 beschrieb Karl Feldengut, der zu diesem Zeitpunkt in der Abteilung Europäische Integration beim DGB-Bundesvorstand tätig war, die EGB-internen Spannungen, Widerstände und Auffassungsunterschiede, die er sicherlich zurecht mit der noch lange Zeit integrationsfeindlichen Einstellung der Gewerkschaften der 1973 zur EG gestoßenen drei neuen Mitgliedsstaaten der EG, insbesondere des TUC, sowie aus der ebenso euroskeptischen Grundhaltung der ebenfalls in den EGB aufgenommenen Gewerkschaften der EFTA-Staaten erklärte:

617 Zu den Konflikten im EMB vgl. Clairmont: Vom europäischen Verbindungsbüro zur transnationalen Gewerkschaftsorganisation, Bd. 2., S. 254 ff.

618 Vgl. EGB (Hg.): Satzung beschlossen von der Gründungsversammlung, Brüssel, den 8. Februar 1973; vom Kongress geändert, Kopenhagen, den 23., 24. und 25. Mai. 1974/ Europäischer Gewerkschaftsbund, Brüssel o.J.

619 Zitiert nach Feldengut, Die europäische Gewerkschaftsbewegung und die Europäische Gemeinschaft, in: GMH, 8/1975, S. 496–502, hier: S. 501.

„Immerhin kann man zum gegenwärtigen Zeitpunkt [im August 1975, R.F.] davon ausgehen, dass der britische TUC in Anerkennung der deutlich ausgefallenen Volksabstimmung in Großbritannien seine Politik der grundsätzlichen und systematischen Nichtbeachtung der EG aufgibt, die in den vergangenen zwei Jahren die Arbeit des EGB auf dem wichtigsten Feld, der Einflussnahme auf die Institutionen, nahezu blockiert hat. Weniger, weil der TUC keine Vertreter in die Konsultations- und Beratungsgremien, wie z.B. den WSA, geschickt hatte, obwohl das zu einigen Abstimmungsniederlagen der Arbeitnehmergruppe geführt hat, sondern weil er in Koalition mit den Mitgliedsverbänden aus dem EFTA-Bereich (Skandinavien, Schweiz, Österreich) Aktionen gegenüber Kommission und Ministerrat zu verhindern bzw. hinauszuzögern suchte. Insoweit erscheint hier ein Konfliktpunkt, der in der geografischen Ausdehnung des EGB angelegt ist: Eine starke Gruppe von Mitgliedern kommt aus Ländern, die nicht der Europäischen Gemeinschaft angehören. In Verbindung mit der satzungsmäßigen Abstimmungsregel, die in allen politischen Fragen Zweidrittelmehrheiten vorschreibt, können diese Gewerkschaften zusammen mit einer großen oder zwei kleineren Gewerkschaften aus EG-Ländern den EGB lahmlegen. Der satzungsmäßige Ausweg, bestimmte Vorlagen für EG-intern zu erklären, und Nicht-EG-Gewerkschaften von der Abstimmung auszuschließen, würde, häufig angewandt, zu der Zerreißprobe führen, die keiner will.“⁶²⁰

Mitte der 1970er Jahre sahen nicht wenige überzeugte „Eurogewerkschafter“ wie Alfons Lappas die Gefahr, dass sich „der Europäische Gewerkschaftsbund, den wir immer als einen Verband zur Vertretung der Arbeitnehmerinteressen gegenüber den Wirtschaftsverbänden und Institutionen in der Europäischen Gemeinschaft verstanden haben, zu einer europäischen Regionalorganisation zurückentwickelt.“⁶²¹ Es bliebe nur die Hoffnung, „dass sich die schrittweise Integration der Auffassungen, Strategien und Taktiken der Gewerkschaften, die in dem alten Europäischen Bund der freien Gewerkschaften stattgefunden hat, auch im Europäischen Gewerkschaftsbund vollziehen wird.“⁶²²

620 Ebenda.

621 Vgl. Alfons Lappas: Zur europäischen Gewerkschaftspolitik, in: GMH, 1975, S. 457–460, Zitat: S. 459.

622 Ebd., S. 460. Zur weiteren Entwicklung des DGB vgl. jetzt Christopher Degryse (with Pierre Tilly), 1973–2013. 40 Years of History of the European Trade Union Confederation, Brüssel 2013.

9 ABSCHLIESSENDE BETRACHTUNG UND FAZIT

Die freien und christlichen Gewerkschaften und ihre internationalen Verbände waren schon in der Zwischenkriegszeit Teil eines europäischen Ideenlabors, in dem zahlreiche, teils erstaunlich präzise Vorstellungen über die wünschenswerte politische und wirtschaftliche Organisation Europas entwickelt worden waren. Sie verfügten in der frühen Nachkriegszeit über einen, im Widerstand und Exil noch einmal auch emotional stark aufgeladenen, verfestigten Grundbestand europabezogener Vorstellungen, der von nahezu allen zentralen gewerkschaftlichen Funktionären nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs geteilt wurde.

Egal, ob wir nach Frankreich, Westdeutschland, den Beneluxstaaten oder Italien schauen: Die meisten Spitzenfunktionäre der nichtkommunistischen Gewerkschaften dieser Länder waren in den ersten Nachkriegsjahren der Auffassung, dass die Nationalstaaten bei der Bewältigung der ökonomischen und politischen Krisen der Vergangenheit versagt hätten und der auf die Spitze getriebene totalitäre Nationalismus der Vergangenheit für Abermillionen Tote und Verkrüppelte zweier Weltkriege verantwortlich sei.

Schon die Anfänge der Europäischen Bewegung waren so durch die aktive Mitarbeit zahlreicher Führungspersönlichkeiten der freien wie auch der christlichen Gewerkschaften gekennzeichnet. Und obwohl maßgebliche sozialistische Parteien Europas die Teilnahme ihrer Vertreter am Europakongress in Den Haag blockiert hatten, gelang es dem „progressiven Lager“ – maßgeblich gestützt auf eine Handvoll gewerkschaftlicher Protagonisten der französischen und belgischen christlichen wie freien Gewerkschaften – die Forderungen der Arbeiterschaft hinsichtlich der anvisierten europäischen Einigung bereits in die Abschlussresolutionen dieser als Impulsgeber für die weitere Ausgestaltung des Integrationsprozesses richtungsweisenden europäischen Versammlung einzuspeisen.

Überhaupt konkretisierte sich bereits in den Foren der Europäischen Bewegung, den parallelen intergewerkschaftlichen Debatten um den Marshall-Plan und wenig später um das Ruhrstatut unter den freien und christlichen Gewerkschaften der späteren Sechser-EG ein relativ verfestigter gemeinsamer Vorstellungskatalog über die von ihnen gewünschte Ordnung in Europa. Für den Zeitraum bis in die späten 1960er Jahren ist es so möglich und sinnvoll, von „den“ europapolitischen Leitvorstellungen der nichtkommunistischen Gewerkschaften im Montan- und EWG-Europa zu sprechen.

Die, wenn man so will, „idealistische“ Komponente dieses Sets europapolitischer Vorstellungen bestand in der generellen Überzeugung, dass allein ein zunehmend integriertes und von einer supranationalen Instanz gesteuertes Europa Garant für einen dauerhaften Frieden und damit die notwendige Antwort auf die Verheerungen der beiden Weltkriege sei. In der Notwendigkeit einer gleichberechtigten Einbindung (West-)Deutschlands in eine zu schaffende europäische Struktur waren sich die nichtkommunistischen Gewerkschaften der ehemaligen Kriegsparteien dabei grundsätzlich einig, wobei sicherlich der Akzent bei den Vertretern Frankreichs und der Beneluxstaaten anfangs stärker auf „Einbindung“, bei Westdeutschen und Italienern stärker auf „Gleichberechtigung“ gelegen haben mag. Hinzu kam und damit verbunden war – besonders in der frühen Nachkriegszeit – die Vorstellung Europas als ausgleichender und vermittelnder „dritten Kraft“ zwischen den Blöcken, eine Idee, die sich ebenfalls aus der Sorge um den Frieden, aber auch um das verminderte ökonomische Gewicht Europas im Zeitalter der Supermächte und des Kalten Kriegs und darüber hinaus aus unterschiedlich nuancierten Leitbildern einer gemeinsamen kulturellen Identität und auch spezifischer sozialstaatlicher Traditionen zumindest Kerneuropas speiste.

Die zweite Kernvorstellung gewerkschaftlicher Europapolitik ergab sich fast zwingend aus der grundsätzlichen Überzeugung, dass ohne eine ökonomische Einigung der wirtschaftliche Wiederaufbau Europas nicht, oder jedenfalls nicht hinreichend, gelingen könne und letztlich auch eine durchgreifende wirtschaftliche und soziale Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft der europäischen Staaten nicht zu erreichen sei. Die wirtschaftliche Einigung Europas war dabei bereits in der Zwischenkriegszeit innerhalb der europäischen Gewerkschaften umfassend diskutiert und dann in den frühen 1930er Jahren insbesondere innerhalb der IAO und unter maßgeblicher Beteiligung der Gewerkschaften als Antwort auf die Weltwirtschaftskrise auf die politische Tagesordnung gesetzt worden. Die Abschaffung von Zöllen und anderen Handelsbarrieren, die Überwindung der „Balkanisierung“ Europas, galt vor dem Hintergrund der Erfahrungen der Vorkriegszeit den gewerkschaftlichen Spitzenfunktionären als die notwendige Voraussetzung wirtschaftlicher Prosperität schlechthin und blieb in der nichtkommunistischen Gewerkschaftsbewegung der späteren sechs E(W)G-Staaten dabei über den hier zur Debatte stehenden Zeitraum hinaus unumstritten. Sie wurde allerdings von der ebenso grundsätzlichen Leitvorstellung begleitet, dass die Entfesselung der Produktionskräfte in einem gemeinsamen Wirtschaftsraum der fortwährenden Planung – besonders durch eine Steuerung der Investitionen – und

sozialpolitischen Einhegung und Abfederung bedürfe, hierfür supranationale Instanzen mit wirklichen Entscheidungskompetenzen und Durchgriffsrechten zu schaffen seien und die Arbeitnehmerorganisationen in die Entscheidungsprozesse der europäischen Institutionen auf allen Ebenen einzubinden seien.

Schon vor der Vorstellung des Schuman-Plans hatten die freien Gewerkschaften Westeuropas dabei die „Ausdehnung der internationalen Kontrolle der Ruhr auf die Gesamtheit der Kohle- und Stahlindustrie Nord-West-Europas“ in den verschiedenen Foren der Europabewegung und im Rahmen ihrer noch in den 1940er Jahren aus der Taufe gehobenen transnationalen Komitees – besonders zu nennen ist hier die „Intersynticale de la Ruhr“ – zu ihrem gemeinsamen Programm erhoben. In ihrer eigenen Wahrnehmung gelang es ihnen dann auch in der politischen Praxis, die Ausgestaltung des Gründungsvertrags der Montanunion und damit der ersten supranationalen Organisation auf europäischer Ebene in zufriedenstellendem Maß zu beeinflussen.

Vor dem Hintergrund der aktiven Rolle der Gewerkschaften bei der Ingangsetzung des europäischen Einigungsprozesses durch die Gründung der EGKS spielten hochrangige Gewerkschaftsvertreter im 1955 aus der Taufe gehobenen „Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten Europas“ Jean Monnets eine in ihrer Wirksamkeit lange unterschätzte Rolle. Gerade dieser wichtige Antreiber des europäischen Einigungsprozesses hatte persönlich (und im Zusammenspiel mit zentralen, bewusst umworbenen gewerkschaftlichen Führungspersönlichkeiten wie Ludwig Rosenberg) einen erheblichen Anteil daran, dass die jeweiligen nationalen sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Parteien ursprünglich vorhandene Vorbehalte gegenüber dem Projekt einer europäischen Integration im Laufe der 1950er Jahre überwandten und namentlich die Gründung der EWG auf fast ungeteilte Zustimmung auch der sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Fraktionen in den nationalen Parlamenten stieß. Namentlich in der Bundesrepublik Deutschland hatte die gewerkschaftliche Haltung in der Europapolitik dabei einen wesentlichen Einfluss darauf, dass die SPD ihre zunächst dem realen europäischen Einigungsprozess gegenüber skeptische, ja feindselige Einstellung im Verlauf der 1950er Jahre grundsätzlich revidierte. Obwohl sich darüber hinaus gewiss die Frage stellen lässt, in welchem Ausmaß sich die gewerkschaftliche Basis im Europa der Sechs sich an der europäischen Einigung überhaupt interessiert zeigte, spricht vieles dafür, dass solches „Agenda setting“ der Arbeitnehmerorganisationen etwa auch in der gewerkschaftseigenen Presse als wichtig dafür einzuschätzen ist, was Leon N. Lindberg und Stuart A. Scheingold später

den „permissive consensus“ der Öffentlichkeit in Bezug auf die europäische Integration nannten.⁶²³

Zum wichtigsten gewerkschaftlichen Arbeitsfeld innerhalb der EGKS avancierte seit den 1950er Jahren, nach einer gewissen Anlaufphase und angesichts der unvermittelt einsetzenden Kohlekrise, schnell die Sozialpolitik und damit ein heute weithin in Vergessenheit geratenes Feld europäischer Integrationsgeschichte. Gerade in diesem Bereich konnten sich die beteiligten Organisationen schnell auf einen über ihre institutionellen und wirtschaftspolitischen Grundvorstellungen hinaus reichenden, konsistenten Forderungskatalog einigen und offenkundig mit Erfolg in den Entscheidungsprozess innerhalb der Montanunion einspeisen. Die Hohe Behörde der Montanunion stellte in der Zeit ihres Bestehens erhebliche Mittel für Wiederbeschäftigungs- und Umschulungsbeihilfen, Aufstockungen der nationalen Arbeitslosenhilfe, Erstattung von Umzugs- und Reisekosten und ähnliche Vergünstigungen sowie für die Verbesserung der beruflichen Bildung für mehrere Hunderttausend Arbeitnehmer bereit. Aus sozialpolitischer Sicht bedeutsam waren zudem die von der EGKS kofinanzierten Arbeiterwohnungsprogramme.

Auch wenn nicht alle gewerkschaftlichen Forderungen wie der seit Ende der 1950er Jahre wiederholt offensiv vorgebrachte Ruf nach einer europaweiten Bergmannsprämie und nach einem europäischen Bergarbeiterstatut vollständig umgesetzt werden konnten: Blickt man allein auf das Output gemeinschaftlicher Sozialpolitik innerhalb der EGKS, so muss die in der deutschsprachigen Geschichtsschreibung weit verbreitete These einer weithin wirkungslosen Politik der beteiligten IBFG- und IBCG-Organisationen und ihrer europäischen Verbände als unzutreffend zurückgewiesen werden.

Die im sogenannten 21er-Ausschuss zusammen geschlossenen freien Gewerkschaften sahen denn auch zunächst keinen Anlass, eine stärker integrierte gewerkschaftliche Struktur gegenüber den Organen der EGKS ins Leben zu rufen. Am Vorabend der EWG-Gründung überwog im Lager der sozialistischen EGKS-Gewerkschaften statt dessen die Auffassung, dass die Form des Zusammenschlusses sich bewährt habe und es dem Ausschuss im Zusammenspiel mit der Beratenden Versammlung gelungen sei, zentrale Anliegen der Arbeiterschaft innerhalb der Montanunion mit Erfolg zu vertreten. Organisationspolitisch einen Schritt weiter gingen die christlichen Berg- und Metallarbeitergewerkschaften der EGKS (aus den Benelux-Staaten und Frank-

623 Vgl. Leon N. Lindbergh/Stuart A. Scheingold: *Europe's Would-Be Polity. Patterns of Change in the European Community*, Prentice-Hall, 1970.

reich), die im März 1955 mit der „Fédération des Syndicats Chrétiens dans la CECA“ eine eigenständige gewerkschaftliche Interessenorganisation gegenüber den EGKS-Organen gründeten, in der bereits zu diesem frühen Zeitpunkt verbindliche, wenn man möchte: supranationale, Mehrheitsentscheidungen möglich waren.

Und auch die Montanunion selbst entwickelte sich aus Sicht der nicht-kommunistischen Gewerkschaften der beteiligten Staaten schon im Verlauf der 1950er Jahre zu einem keineswegs perfekten, aber trotzdem richtungsweisenden institutionellen Vorbild für die weitere Entwicklung der europäischen Integration. Freie und christliche Gewerkschaften forderten bereits im Vorfeld der Römischen Verträge unisono, analog zu den Regelungen der Montanunion, dass sich unter den Mitgliedern der zu schaffenden Kommissionen ein Vertreter der Gewerkschaftsbewegung befinden müsse. Zugleich sollten die zu gründenden Gemeinschaften genauso wie die EGKS mit sozialpolitischen Kompetenzen ausgestattet und, wieder nach dem Vorbild der Luxemburger Organisation, mit eigenen Finanzmitteln ausgestattet werden.

Obwohl oder weil die Gewerkschaften „Kleineuropas“ ihre Forderungen bezüglich der Ausgestaltung der EWG, der ihren Organen zur Verfügung zu stellenden Ressourcen und Entscheidungskompetenzen nur in sehr geringem Maße hatten umsetzen können, sahen sie in der nun in Angriff genommenen wirtschaftlichen Vereinigung der Sechsergruppe einen Wert an sich, mit dem die von ihnen schon in der Zwischenkriegszeit bekämpften Fragmentierung des Kontinents begegnet werden könnte. Im Takt einer tibetischen Gebetsmühle wurde die Aufwertung des WSA, die Direktwahl des Europäischen Parlaments, (das das Budgetrecht über einen mit Eigenmitteln ausgestatteten Haushalt erhalten sollte), die Einführung der Mehrheitsregel im Ministerrat (wie von den Römischen Verträgen nach dem Ende der „Übergangszeit“ eigentlich vorgesehen) und die Stärkung der Kommission immer wieder gefordert und in die Öffentlichkeit transportiert. Die europäischen Leitvorstellungen der freien und christlichen Gewerkschaften in der Sechsergemeinschaft bezogen sich so in den 1960er und frühen 1970er Jahren in erster Linie auf institutionelle Aspekte.

Dass sich das mit der Gründung des EGS bzw. der EO-IBCG zunächst gewählte lockere Organisationsformat der freien und christlichen Gewerkschaften als Indiz für eine vermeintlich „defensive“ Reaktion der Arbeitnehmervertretungen im weiteren Integrationsprozess werten lässt, ist dabei wenig überzeugend. Dem ist zunächst entgegenzuhalten, dass die vorhandenen gewerkschaftlichen Strukturen zur direkten oder indirekten Einflussnahme auf die für die innereuropäischen Entscheidungsstrukturen entscheidenden und

überhaupt beeinflussbaren Organe – und hier ist mit weitem Abstand zunächst an die EWG-Kommission und die Hohe Behörde zu denken – in der Wahrnehmung der handelnden Gewerkschafter zunächst als ausreichend und effizient angesehen wurde.⁶²⁴ Auch der Ruf nach Mehrheitsentscheidungen musste in einer Zeit, in der sich die gewerkschaftlichen Spitzenfunktionäre auf europäischer Ebene über die Bearbeitung der anstehenden integrationspolitischen Aufgaben in hohem Maße einig waren, nur wenig vordringlich erscheinen. Vor diesem Hintergrund erscheint es eher erstaunlich, dass der Mangel an supranationalen Entscheidungsmechanismen von prominenten „Europagewerkschaftern“ schon früh als Manko und Defizit begriffen wurde. Die christlichen Metall- und Bergbaugewerkschaften in der Sechsergemeinschaft waren mit der FSC-CECA dem Integrationsprozess auf staatlicher Ebene ohnehin um mehr als ein halbes Jahrhundert vorausgeeilt. Aber auch auf EWG-Ebene war innerhalb des EGS und der EO-IBCG bereits Mitte der 1960er Jahren die grundsätzliche Entscheidung gefallen, ihre Organisationsstrukturen noch vor dem Ende des Jahrzehnts zu demokratisieren und die Einstimmigkeitsregel zugunsten qualifizierter Mehrheitsentscheidungen abzuschaffen. Die vorgegreifende supranationale Anpassung gelang den Gewerkschaften im EBFG bzw. der EO-WVA (anders als bis heute den politischen Parteien) dann vier Jahrzehnte, bevor 2009 im Rat der Europäischen Union durch den Vertrag von Lissabon ebenfalls qualifizierte Mehrheiten möglich wurden.

Während die Forderung nach einer Demokratisierung der europäischen Institutionen und einer Stärkung der Mitbestimmungsrechte von Parlament und WSA zum immer wieder vorgetragenen Kernbestandteil der europapolitischen Vorstellungen der Gewerkschaften gehörte, blieb die Ausformulierung europäischen Sozialagenda durch die freien und christlichen Gewerkschaften in Bezug auf die EWG hingegen zunächst blass und rudimentär. Eine europäische Sozialpolitik wurde deklaratorisch zwar eingefordert, erkennbar aber lediglich in jenen Sektoren in Angriff genommen, in denen erstens die Möglichkeit erfolgreicher Interventionen auf Gemeinschaftsebene auch wirklich gegeben war und an denen zweitens die allgemeine ökonomische Aufwärtsentwicklung vorbei ging und die bereits im allgemeinen wirtschaftlichen Boom der 1950er und 1960er Jahre einem schmerzhaften Strukturwandel unterworfen waren: vornehmlich also im Bergbau, im Agrar-

624 Stefan Remeke plädierte in diesem Zusammenhang m. E. zu Recht dafür, Rolle der Gewerkschaften im Prozess der europäischen Integration an dem zu messen, was für diese tatsächlich politisch erreichbar war, vgl. Remeke: Gewerkschaften als Motoren, S. 151.

bereich und später in Teilen der Metallindustrie wie dem Schiffsbau. Gesamtwirtschaftlich erschien eine präzisere Ausbuchstabierung einer gewerkschaftlichen Sozialpolitik auf europäischer Ebene in den Hochzeiten des „Wirtschaftswunders“, des „*miracolo economico*“ bzw. der „Trente glorieuses“ den beteiligten Akteuren hingegen begreiflicherweise zunächst als wenig vordringlich, zumal der allgemeine wirtschaftliche Aufschwung auf nationaler Ebene nie gesehene sozialpolitische Handlungsspielräume eröffnete, die die Gewerkschaften der beteiligten Staaten erfolgreich zu nutzen verstanden. Die immer wieder erhobenen Forderungen nach einer „sozialen Harmonisierung nach oben“ waren denn auch weniger an die europäische Ebene, sondern primär an die nationalen Regierungen adressiert.

Nach der ersten Erweiterungsrunde im Jahr 1973 und der Gründung des EGB nicht nur unter Einschluss der britischen, irländischen und dänischen Gewerkschaften, sondern auch der außerhalb der EWG stehenden europäischen Gewerkschaften, konnten die politischen Leitvorstellungen der innerhalb des erweiterten Verbundes dann allerdings kaum noch auf einen Nenner gebracht, geschweige denn weiterentwickelt werden. Bei der Suche nach einer europapolitischen Antwort auf die mannigfachen sozialen Probleme, die nach dem ökonomischen Boom infolge der ersten Ölkrise ab 1973 unvermittelt in den Vordergrund drängten, konnten die beteiligten Gewerkschaften der nun neun Mitgliedsländer mangels eines Grundkonsenses über die Sinnhaftigkeit des Einigungsprojekts als solchem keine gemeinsamen Positionen mehr entwickeln.

Die nun einsetzende und bis in die Mitte der 1980er Jahre anhaltende Stagnationsphase der europäischen Integration dürfte so vermutlich auch dadurch zu erklären sein, dass die nun organisatorisch innerhalb des EGB zwar weitgehend vereinigte, in ihren grundsätzlichen europapolitischen Grundvorstellungen aber höchst heterogene europäische Gewerkschaftsbewegung als ideologischer Impulsgeber und politischer Antreiber einer weiteren Vertiefung der europäischen Integration über Jahre hinweg ausfiel.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

ACLI	Associazioni Cristiane dei Lavoratori Italiani
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie in der Friedrich-Ebert-Stiftung
AEI	Archive of European Integration
AFL	American Federation of Labor
AfS	Archiv für Sozialgeschichte
BWSA	Biografisch Woordenboek van het Socialisme en de Arbeidersbeweging in Nederland
CDU	Christlich Demokratische Union
CECA	Communauté européenne du charbon et de l'acier (= EGKS)
CFDT	Confédération Française Démocratique du Travail
CFTC	Confédération Française des Travailleurs Chrétiens
CGIL	Confederazione Generale Italiana del Lavoro
CGT	Confédération Générale du Travail
CGT-L	Confédération Générale du Travail Luxembourgeoise
CIL	Confederazione Italiana dei Lavoratori
CIO	Congress of Industrial Organizations
CISC	Confédération Internationale des Syndicats Chrétiens
CISL	Confederazione Italiana Sindacati Lavoratori
CMT	Confédération Mondiale du Travail (= WVA)
CNR	Conseil National de la Résistance
CNV	Christelijk Nationaal Vakverbond
COPA	Comité des Organisations Professionnelles Agricoles
CSC	Confédération des Syndicats Chrétiens de Belgique/ Algemeen Christelijk Vakverbond
CVCE	Centre Virtuel de la Connaissance sur l'Europe
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DC	Democrazia Cristiana
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
EBFG	Europäischer Bund Freier Gewerkschaften
ECFTU	European Conference of Free Trade Unions (= EBFG)
EEC	European Economic Community (= EWG)
EFA	Europäische Föderation der Gewerkschaften des Agrarsektors
EFTA	European Free Trade Association

EG	Europäische Gemeinschaft/Europäische Gemeinschaften
EGB	Europäischer Gewerkschaftsbund
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGS	Europäisches Gewerkschaftssekretariat
EGV	E(W)G-Vertrag
EMB	Europäischer Metallgewerkschaftsbund
EO-IBCG	Europäische Organisation des IBCG
EO-WVA	Europäische Regionalorganisation des WVA
ERO-IBFG	Europäische Regionalorganisation des IBFG
ERP	European Recovery Program
ETUS	European Trade Union Secretariat (= EGS)
EU	Europäische Union
EVC	Eenheids Vakcentrale
EVG	Europäischen Verteidigungsgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FGTB	Fédération générale du travail de Belgique
FLA	Freier Letzeburger Arbeiterverband
FSC-CECA	Fédération des Syndicats Chrétiens dans la CECA
FO (CGT-FO)	(Confédération Générale du Travail-)Force Ouvrière
FOSE	Forces ouvrières syndicalistes européennes
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
GD	Generaldirektion
GGLF	Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft
GMH	Gewerkschaftliche Monatshefte
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
IAA	Internationalen Arbeiterassoziation
IBCG	Internationaler Bund Christlicher Gewerkschaften
IBFG	Internationaler Bund Freier Gewerkschaften
IBS	Internationales Berufssekretariat/e
IG	Industriegewerkschaft
IGB	Internationaler Gewerkschaftsbund
IISG	Internationales Institut für Sozialgeschichte (Amsterdam)
IAA	Internationales Arbeitsamt
IAO	Internationale Arbeitsorganisation (= ILO)
ILO	International Labour Organization (= IAO)
ITF	Internationaler Transportarbeiter-Föderation
JEIH	Journal of European Integration History
KPL	Kommunistische Partei Luxemburgs
LAV	Lëtzeburger Arbeiter-Verband

LCGB	Lëtzebuenger Chrëschtliche Gewerkschaftsbond“
MFE	Movimento Federalista Europeo
MSEUE	Mouvement Socialiste pour les États-Unis d'Europe
MTCE	Mouvement des Travailleurs Chrétiens d'Europe
NEI	Nouvel les Equipes Internationales
NKV	Nederlands Katholiek Vakverband
NVV	Nederlands Verbond van Vakverenigingen
OE-CISC	Organisation européenne de la CISC (= EO-IBCG)
OECD	Organization for Economic Co-operation and development
OECE	Organization for European Economic Co-operation
PCF	Parti communiste français
PCI	Partito Comunista Italiano
POB	Parti Ouvrier Belge
Prot.	Protokoll
PSI	Partito Socialisto Italiano
RKWV	Rooms Katholieke Werkliedenverbond
SAI	Sozialistische Arbeiterinternationale
SFIO	Section française de l'Internationale ouvrière
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SSE	Secrétariat Syndical Européen (= EGS)
TUC	Trade Union Congress
TUAC	Trade Union Advisory Committee
UEF	Union Européenne des Fédéralistes
UEM	United Europe Movement
UIL	Unione Italiana del Lavoro
WGB	Weltgewerkschaftsbund
WSA	Wirtschafts- und Sozialausschuss
WVA	Weltverband der Arbeit (bis 1968: ICGB)

LITERATUR

Um den Anhang nicht übermäßig aufzublähen, werden selektiv heran gezo- gene ungedruckte Quellen sowie gedruckte Quellen wie gewerkschaftliche Geschäftsberichte, Kongressprotokolle und Memoranden, Bulletins und Mit- teilungen der Hohen Behörde und der Europäischen Kommission u.Ä. je- weils an Ort und Stelle im Text angegeben, aber hier nicht im Einzelnen auf- geführt. Das gilt auch für „Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerk- schaftsbewegung im 20. Jahrhundert“.

Ahland, Frank: Bürger und Gewerkschafter. Ludwig Rosenberg, 1903–2017.

Aglan, Alya/Lefebvre, Denis (Hg.): Christian Pineau: de Buchenwald aux traités de Rome, Paris 2004.

Angster, Julia: Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB, München 2003.

Bachem-Rehm, Michaela/Hiepel, Claudia/Türk, Henning (Hg.): Teilungen überwinden. Europäische und internationale Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Wilfried Loth, München 2014.

Baglioni, Guido (Hg.): Analisi della CISL. Fatti e giudizi di un'esperienza sindacale (3 Bde.), Rom 1990.

Bajon, Philip: Europapolitik „am Abgrund“. Die Krise des „leeren Stuhls“ 1965–66 (Studien zur Geschichte der Europäischen Integration 15), Stuttgart 2012.

Baker, David/Seawright, David (Hg.): Britain For and Against Europe? British Politics and European Integration, Oxford 1998, S.

Barber, James P./Reed, Bruce: European Community: Vision and Reality, London 1973.

Barnes, Samuel H. Christian: Trade Unions and European Integration: Organizations and Problems, Relations industrielles/Industrial Relations, Bd. 17, H. 1, 1962.

Barnouin, Barbara: The European Labour Movement and European Integration, London 1986.

Beer, Max: Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe, Teil 1–5, Berlin 1921–1923 (Reprint: Erlangen 1971).

Beever, R. Colin: European Unity and the Trade Union Movement, Leiden 1960.

Beever, R. Colin: Trade Unions and Free Labour Movement in the EEC, London 1969.

Benz, Wolfgang: Kurt Schumachers Europa- konzeption, in: Herbst/Büher/Sowade, Vom Marshallplan zur EWG.

Berger, Peter/Luckmann, Thomas: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, Frankfurt am Main 1969.

Bergounioux, Alain: Force ouvrière, Paris 1975.

Bernasconi, Giacomo: Die Berner Sitzung des Gewerkschaftlichen Beratungsausschusses für den Europäischen Hilfsplan, in: Gewerkschaftliche Rundschau: Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Bd. 41 (1949), S. 49–51.

Bernasconi, Giacomo: Die Europäische Regionalkonferenz der Internationalen Arbeitsorganisation, in: ebd., Bd. 47 (1955), S. 108–126.

Bernasconi, Giacomo: Gewerkschaften und Marshallplan, in: ebd., Bd. 42 (1950), S. 161–167.

Béthouart, Bruno: Der Widerstand der christlichen Gewerkschafter in Frankreich 1940–1944, in: Historisch-politische Mitteilungen: Archiv für christlich-demokratische Politik; Bd.3/1996, S. 85–101.

Bieling, Hans-Jürgen/Lerch, Marika (Hg.): Theorien der europäischen Integration, 3. Aufl., Wiesbaden 2012

Bindi, Federiga: Italy and the European Union, Washington D.C. 2011.

Bitsch, Marie-Thérèse: Die ersten Jahre der gemeinsamen Kommission (1967–1972), in: Europäische Kommission, Geschichte und Erinnerungen, S. 135–164.

Bitzegeio, Ursula: Über Partei- und Landesgrenzen hinaus. Hans Gottfurcht (1896–1982) und die gewerkschaftliche Organisation der Angestellten, Bonn 2009.

Bitzegeio, Ursula/Kruke, Anja/Woyke, Meik (Hg.): Solidargemeinschaft und Erinnerungskultur im 20. Jahrhundert, Bonn 2009.

Bodebach, Patrick: Europa als politisches Konkurrenzthema zwischen christdemokratischen und sozialdemokratischen Parteien in Italien und Deutschland zwischen 1945 und dem Beginn der 60er Jahre, Diss., Frankfurt am Main 2012.

Boissard, Adéodat: Confédération Française des Travailleurs Chrétiens (CFTC), in: Heyde, Handwörterbuch, S. 312–313.

Boni, Manfred: Italien und der Marshall-Plan. Das Ende der Einheitsgewerkschaft, in: Haberl/Niethammer, Der Marshall-Plan und die europäische Linke, S. 339–358

Borsdorf, Ulrich: Deutsche Gewerkschaftsführer – biographische Muster, in: ders. u. a., Gewerkschaftliche Politik: Reform aus Solidarität, S. 11–41.

Borsdorf, Ulrich: In Kauf genommen. Der Marshall-Plan und die Zweiteilung der

Einheitsgewerkschaft in Deutschland, in: Haberl/Niethammer, Der Marshall-Plan und die europäische Linke, S. 194–211.

Borsdorf, Ulrich/Hemmer, Hans O./Leminsky, Gerhard/Markmann, Heinz (Hg.): Gewerkschaftliche Politik: Reform aus Solidarität. Zum 60. Geburtstag von Heinz O. Vetter, Köln 1977.

Bosmans, Jac (Hg.): Europagedanke, Europa-bewegung und Europapolitik in den Niederlanden und Deutschland seit dem Ersten Weltkrieg, Münster 1996.

Bossuat, Gérard: Les euro-socialistes de la SFIO. Réseaux et influence, in: Bossuat/Saunier, Inventer l'Europe. Histoire nouvelle de groupes d'influence et des acteurs de l'unité européenne, Brüssel 2003, S. 409–429.

Bossuat, Gérard: Émile Noël, ein Leben im Dienste der europäischen Einigung, in: Europäische Kommission, Geschichte und Erinnerungen, S. 221–236.

Bossuat, Gérard/Saunier, Georges (Hg.): Inventer l'Europe. Histoire nouvelle de groupes d'influence et des acteurs de l'unité européenne, Brüssel 2003.

Botella, Louis: Les Syndicalismes en Europe, Paris 1999.

Boulding, Kenneth F.: Die neuen Leitbilder, Düsseldorf 1958.

Bouvard, Marguerite: Labor Movements in the Common Market Countries – The Growth of a European Pressure Group, New York 1972.

Branciard, Michel: Histoire de la CFDT: soixante-dix ans d'histoire syndicale, Paris 1990.

Braukmann, Karl (Hg.): Der Europäische Bund Freier Gewerkschaften in der Gemeinschaft, eine neue Kraft für Europa, 20. Europäisches Gespräch des DGB in Recklinghausen, Köln 1971.

Braukmann, Karl (Hg.): Europa. Wirtschaftliche Notwendigkeit – Politische Möglichkeit, 15. Europäisches Gespräch des DGB in Recklinghausen, Düsseldorf 1964.

Braukmann, Karl (Hg.): Europa 1970. Bilanz und Zukunft der Europapolitik. Krisenmanagement oder Emanzipationsstrategie, 19. Europäisches Gespräch des DGB in Recklinghausen, Köln 1970.

Bredelbach, Patrick: Europa als politisches Konkurrenzthema zwischen christdemokratischen und sozialdemokratischen Parteien in Italien und Deutschland zwischen 1945 und dem Beginn der 60er Jahre, Diss., Frankfurt am Main 2012

Brenner, Otto: Die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung in einem integrierten Europa, Referat vor der vierten Generalversammlung der Freien Gewerkschaften der Mitgliedstaaten der EG, Paris, 12. März 1964, Frankfurt am Main 1964, in: ders./Bührer/Sowade, Gewerkschaftliche Dynamik in unserer Zeit, S. 133–146.

Brenner, Otto: Die Gewerkschaften und die europäischen Institutionen, in: Die Neue Gesellschaft, 4. Jg., Sept./Okt. 1957, S. 347–353.

Brenner, Otto: Für ein Grundsatzprogramm der europäischen Gewerkschaftsbewegung! Diskussionsrede vor der fünften GV der Freien Gewerkschaften der Mitgliedstaaten der EG, in: GMH, 1967, S. 6–9.

Broggi, Alessandro: The AFL and CIO between „Crusade“ and Pluralism in Italy, 1944–1963, in: van Goethem/Waters, The International History of the AFL-CIO during the Cold War, S. 59–84.

Brouland, Paul: Les syndicats ouvrière et l'Europe des Six, Thèse de droit, Straßburg 1959.

Bruin, Robert de: Le Pays-Bas et l'intégration européenne, 1957–1967, 2. Bde., Paris 1978.

Brummer, Klaus: Der Europarat, Eine Einführung, Wiesbaden 2008.

Brunn, Gerhard: Die Europäische Einigung. Von 1945–heute, 2. überarb. Auflage, Stuttgart 2009.

Bruske, Hans-Günther: Der Wirtschafts- und Sozialausschuß der Europäischen Gemeinschaften: Die Institutionalisierte Interessenvertretung als Faktor der Europäischen Integration, Königstein im Taunus 1978.

Buchheim, Hans: Deutschlandpolitik 1949–1972. Der politisch-diplomatische Prozess, Stuttgart 1984.

Bühlbäcker, Bernd: Debatten um die Montanunion und europäische Integration in den 1950er Jahren, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen, 42/2009, S. 43–62.

Bühlbäcker, Bernd: Europa im Aufbruch. Personal und Personalpolitik deutscher Parteien und Verbände in der Montanunion, Essen 2009.

Bührer, Werner: Die Internationale Handelskammer, ihre Deutsche Gruppe, und die europäische Zusammenarbeit in der Zwischenkriegszeit, in: Sylvain Schirmann, Organisations internationales, S. 325–342.

Bührer, Werner: Die Montanunion – ein Fehlschlag? Deutsche Lehren aus der EGKS und die Gründung der EWG, in: Trausch, Die Europäische Integration, S. 75–90.

Bührer, Werner: Les syndicats ouest-allemands et le Plan Schuman, in: Wilkens, Le Plan Schuman, S. 303–322.

Bührer, Werner: Ruhrstahl und Europa. Die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und die Anfänge der europäischen Integration 1945–1952 (= Schriftenreihe für Zeitgeschichte, 53), München 1986.

Buiter, Harm G: Die Rolle der Gewerkschaften im integrierten Europa, in: Nemitz, Gewerkschaft – Wirtschaft – Gesellschaft, S. 381–392.

Burgard, Oliver: Das gemeinsame Europa – von der politischen Utopie zum außenpolitischen Programm. Meinungsaustausch und Zusammenarbeit pro-europäischer Verbände in Deutschland und Frankreich 1924–1933, Frankfurt am Main 2000.

Burkhardt-Reich, Barbara/Schumann, Wolfgang: Agrarverbände in der EG: das agrarpolitische Entscheidungsgefüge in Brüssel und in den EG-Mitgliedsstaaten unter besonderer Berücksichtigung des Euro-Verbandes COPA und seiner nationalen Mitgliedsverbände, Kehl am Rhein u. Straßburg 1983.

Buschak, Willy: Das Londoner Büro. Europäische Sozialisten in der Zwischenkriegszeit, hrsg. v. IISG, Amsterdam 1985.

Buschak, Willy: Der Europäische Gewerkschaftsbund und die Europäischen Gewerkschaftsverbände, in: Europäische Gewerkschaftsorganisationen. Bestände Im Archiv der Sozialen Demokratie und in der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2. erw. Auflage, Bonn 2007, S. 9–19.

Buschak, Willy: Der große Umbau der europäischen Wirtschaft. Die Arbeiterbewegung der Zwischenkriegszeit und die europäische Einigung, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen 42/2009, S. 25–42.

Buschak, Willy: Die Vereinigten Staaten von Europa sind unser Ziel. Arbeiterbewegung und europäische Einigung im frühen 20. Jahrhundert, Essen 2014.

Buschak, Willy: Edo Fimmen, Der schöne Traum von Europa und die Globalisierung, Essen 2002.

Buschak, Willy (Hg.): Solidarität im Wandel der Zeiten. 150 Jahre Gewerkschaften, Essen 2016

Bussière, Éric/Dumoulin, Michel (Hg.): Milieux économiques et intégration européenne en Europe occidentale au Xxe siècle, Arras 1998.

Bussière, Éric/Dumoulin, Michel/Schirmann, Sylvain (Hg.): Économies nationales et intégration Européenne. Voies et Étapes (=Studien zur Geschichte der Europäischen Integration 3), Stuttgart 2014.

Cabanes, Bruno: The Great War and the Origins of Humanitarianism 1918–1924, Cambridge 2014.

Campanhausen. Alexander Freiherr von: Sozialklauseln im internationalen Handel. Eine entwicklungsvölkerrechtliche Untersuchung insbesondere über Sozialklauseln im internationalen Handelsverkehr und ihre praktische Handhabung, Berlin 2005.

Carew, Anthony: Labour under the Marshall Plan. The Politics of Productivity and the Marketing of Management Science, Manchester 1987.

Carew, Anthony/Dreyfus, Michel/Goethem, Geert van/Gumbrell-McCormick, Rebecca/Linden, Marcel van der (Hg.): The International Confederation of Free Trade Unions (=International and Comparative Social History, 3), Bern u. a. 2000.

Carl, Konrad/Köbele, Bruno (Hg.): Auf der Suche nach Solidarität. Eine Geschichte der internationalen Bau- und Holzarbeiterbewegung, Köln 1993.

Celen, Antoine/Grindberg, Georges: La F.G.T.B et la construction européenne, in: Institut Royal des Relations Internationales/Commission d'Étude Interuniversitaire (Hg.), Le rôle des Belges et de la Belgique dans l'édification européenne, Bruxelles 1981, S. 393–414.

Chabot, Jean-Luc: Aux origines intellectuelles de l'Union européenne: L'idée d'Europe unie de 1919 à 1939, Grenoble 2005.

Ciampani, Andrea: Il dilemma del „Europa sindacale“ tra cooperazione ed integrazione europea: l'Organizzazione regionale europea della "Confederazione internazionale dei sindacati liberi (1950–1957), in: ders., L'altra via per l'Europa, S. 200–229.

Ciampani, Andrea: The participation of free trade unions in the process of European integration. Journal of European Integration History, 1, 2, 111–117.

Ciampani, Andrea (Hg.): L'altra via per l'Europa. Forze sociali e organizzazione degli interessi nell'integrazione europea (1947–1957), Mailand 1995.

Citrine, Walter: Men and Work: An Autobiography, London 1964.

Citrine, Walter: Two Careers. A Second Volume of Autobiography, London 1976.

Clairmont, Yves: Vom europäischen Verbindungsbüro zur transnationalen Gewerkschaftsorganisation. Organisation, Strategien und Machtpotenziale des Europäischen Metallausschusses und des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes 1963–1990, Diss. 2 Bde, Berlin 2013.

Clark, Christopher: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog. München 2013.

Clegg, Hugh Armstrong: A History of British Trade Unions Since 1889, 2 Bde., 1911–1933, Oxford 1985.

Conrad, Yves: Jean Rey: „überzeugter Europäer“ und „zurückhaltender Idealist“, in: Europäische Kommission, Geschichte und Erinnerungen, S. 119–134.

Conze, Vanessa: Das Europa der Deutschen. Ideen von Europa in Deutschland zwischen Reichstradition und Westorientierung (1920–1970), München 2005.

Conze, Vanessa: Richard Coudenhove-Kalergi. Umstrittener Visionär Europas, Zürich 2004.

Coudenhove-Kalergi, Richard: Eine Idee erobert Europa, Wien/München 1958.

Cruciani, Sante: Il sindacato e lo sviluppo economico tra mercato nazionale e orizzonte europeo (1955–1970), in: Ridolfi, Luciano Lama, S. 173–258.

Daiber, Birgit/Hildebrandt, Cornelia (Hg.): Die Linke in Europa. Analysen linker Parteien und Parteiallianz, Berlin 2009.

Daniels, Philip: From Hostility to Constructive Engagement. The Europeanisation of the Labour Party, in: West European Politics, 21. Jg. 1998, S. 72–96.

Delaisi, Francis: Les deux Europes, Paris 1929.

Degryse, Christophe (with Pierre Tilly): 1973–2013. 40 Years of History of the European Trade Union Confederation, Brüssel 2013.

Defrance, Corine/KiBener, Michael/Nordblom, Pia (Hg.): Wege der Verständigung zwischen Deutschen und Franzosen nach 1945. Zivilgesellschaftliche Annäherungen, Tübingen 2010.

Deschamps, Étienne: Die Rolle der Gewerkschaften und die sozialen Bestimmungen des EWG-Vertrags, CVCE, www.ena.lu.

Deppe, Frank (Hg.): Arbeiterbewegung und westeuropäische Integration, Köln 1976.

DGB, Bundesvorstand (Hg.): Vereinigte Staaten von Europa – Partner der freien Welt (Großkundgebung der Freien Gewerkschaften der EWG-Länder am 6. Juli 1963 in Dortmund), Düsseldorf 1963.

De Wilde, Bart (Hg.): The Past and the Future of International Trade Unionism. Proceedings of an International Conference in Ghent, Belgium, 19.–20. May, Ghent 2000.

Depkat, Volker: Die Politik der europäischen Integration als Ergebnis einer erfahrenen Zeitenwende – Konrad Adenauer, in: Depkat/Graglia, Entscheidung für Europa, S. 169–188.

Depkat, Volker/Graglia, Piero S. (Hg.): Entscheidung für Europa. Decidere l'Europa. Erfahrung, Zeitgeist und politische Herausforderungen am Beginn der europäischen Integration. Esperienza, mentalità e sfide politiche agli albori dell'integrazione europea (Reihe der Villa Vigoni), Berlin/New York 2010.

Dichgans, Hans: Montanunion. Menschen und Institutionen, Düsseldorf/Wien 1980.

Dolvik, Jon Eric: Die Spitze des Eisbergs? Der EGB und die Entwicklung eines Eurokorporatismus, Münster 1999.

Dower, Barrett: The Influence of the American Federation of Labor on the Force Ouvrière, in: van Goethem/Waters, The International History of the AFL-CIO during the Cold War, S. 85–102.

Dreyfus, Michel: Art.: Gaston Tessier, in: Maitron en Ligne.

Dreyfus, Michel: Histoire de la CGT, Brüssel 1995.

Dreyfus, Michel/Gautron, Gérard/Robert, Jean-Louis (Hg.): La naissance de Force ouvrière. Autour de Robert Bothereau; [colloque organisé par le Centre d'Histoire Sociale du XXe Siècle (CNRS-Université Paris I), Rennes 2003.

Droz, Jacques (Hg.): Sozialismus, Zweite Internationale und Erster Weltkrieg (Geschichte

des Sozialismus: von 1875–1918), Frankfurt am Main u. a. 1976

Duchenne, Geneviève: Esquisses d'une Europe nouvelle: l'euro péisme dans la Belgique de l'entre-deux-guerres (1919–1939), Brüssel u. a. 2008.

Dülfert, Jost: The History of European Integration: From Integration History to the History of Integrated Europe, in: Bossuat/Loth, Experiencing Europe. 50 years of European construction 1957–2007, London 2009.

Dumoulin, Michel: Der Verkehr – Bastion nationaler Pfründe, in: Europäische Kommission, Geschichte und Erinnerungen, S. 459–474.

Dumoulin, Michel (Hg.): Plans de temps de guerre pour l'Europe d'après-guerre, 1940–1947 (Actes de colloque de Bruxelles, 12.-14. Mai 1993), Brüssel 1995.

Duchhardt, Heinz (Hg.): Europäer des 20. Jahrhunderts: Wegbereiter und Gründer des "modernen" Europa, Mainz 2002.

Duchhardt, Heinz/Németh, István (Hg.): Der Europa-Gedanke in Ungarn und Deutschland in der Zwischenkriegszeit (= Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz; Abteilung für Universalgeschichte; Beiheft 66), Mainz 2005.

Ebbinghaus, Bernhard/Visser, Jelle: Trade Unions in Western Europe since 1945, London 2000.

Eggert, Wilhelm: Gewerkschaftsprobleme zur europäischen Zollunion, in: Heiman, Europäische Zollunion, S. 96–108.

Eichenhofer, Eberhard: Geschichte des Sozialstaats in Europa. Von der „sozialen Frage“ bis zur Globalisierung, München 2007.

Elsner, Wolfram: Die EWG. Herausforderung und Antwort der Gewerkschaften, Köln 1974.

Elvert, Jürgen: Mitteleuropa im Urteil der Publizistik, in: Duchhardt/Németh, Europa-Gedanke, S. 127–142.

Elvert, Jürgen: Mitteleuropa! Deutsche Pläne zur europäischen Neuordnung (1918–1945), Stuttgart 1999.

Europäische Kommission (Hg.): Europäische Kommission 1958–1972. Geschichte und Erinnerungen einer Institution, Luxemburg 2007.

European Movement (Hg.): Europe Unites. The Hague Congress and After, London, 1949.

European Movement (Hg.): European Economic Conference of Westminster (April 20th–25th, 1949), General Account and Resolutions, London 1949.

Fattmann, Rainer: Die europäische Gewerkschaftsbewegung und die gemeinsame Agrarpolitik (1958–1972). Annäherung an einen neuen Forschungsgegenstand, in: JEIH, 16. Jg. (2/2010), S. 45–58.

Fattmann, Rainer: Für ein soziales Europa. Der Agrar-, Lebensmittel- und Tourismusbereich in der europäischen Gewerkschaftspolitik seit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Münster 2013.

Fattmann, Rainer: Gewerkschaften ohne Grenzen – Für ein soziales Europa. 50 Jahre europäische Gewerkschaftspolitik im Agrar-, Lebensmittel und Tourismusbereich 1958–2008, Bonn 2008.

Fattmann, Rainer: Von der Idee zur Praxis. Europapolitische Vorstellungen der Gewerkschaften und gewerkschaftliche Europapolitik in der Frühphase des europäischen Einigungsprozesses, in: Buschak, Solidarität, S. 373–396.

Fayot, Ben: Sozialismus in Luxemburg, 2. Bde., Luxemburg 1979 und 1989.

Feldengut, Karl: Die europäische Gewerkschaftsbewegung und die Europäische Gemeinschaft, in: GMH, 1975, S. 496–502.

Fennell, Rosemary: The Common Agricultural Policy, Continuity and Change, Oxford 1997.

Fetzer, Thomas: Deutsche Gewerkschaftspolitik bei Ford (1967–1989), in: Afs, 49/2009, S. 283–302.

Fetzer, Thomas: Europäische Strategie deutscher Gewerkschaften in historischer Perspektive, in: Knodt/Finke, Europäische Zivilgesellschaft, S. 299–318.

Fimmen, Edo: Vereinigte Staaten Europas oder Europa AG. Ein internationaler Ausblick, Jena 1925.

Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht, Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914–1918, Düsseldorf 1968.

Formigoni, Guido: I sindacati italiani e il processo di integrazione europea (1947–1960), in: Ciampani, L'altra via per l'Europa, S. 19–52.

Formigoni, Guido: La scelta occidentale della CISL. Giulio Pastore e L'azione sindacale tra guerra fredda e ricostruzione (1947–1951), Mailand 1991.

Freiberger, Thomas: Der friedliche Revolutionär. Walter Hallsteins Epochenbewusstsein, in: Depkat/Graglia, Entscheidung für Europa, S. 205–242.

Friedemann, Peter: Zwischen Internationalismus und Nation. Das Europabild der Vorkriegssozialdemokratie im Spiegel der Zeitschrift „Die Neue Zeit“ (1883–1914), in: Grunwald, Le discours européen dans les revues allemandes (1871–1914), S. 205–231.

Friedrich, Carl Joachim (Hg.): Politik als Prozess der Gemeinschaftsbildung, Köln/Opladen 1968.

Furler, Hans: Im neuen Europa. Erlebnisse und Erfahrungen im Europäischen Parlament, Frankfurt a.M. 1963.

Geddes, Andrew: The European Union and British Politics, Basingstoke u. a. 2004.

Garvert-Huijnen, Katharina: Die BeNeLux-Zusammenarbeit. Ein Vorbild für die europäische Integration? In: NiederlandeNet, Münster, www.uni-muenster.de/NiederlandeNet/nl-wissen/geschichte/vertiefung/europa/vorbild.html.

Geddes, Andrew: The European Union and British Politics, Basingstoke u. a. 2004.

Gehlen, Andreas von: Europäische Parteien-demokratie? Institutionelle Voraussetzungen und Funktionsbedingungen der europäischen Parteien zur Minderung des Legitimationsdefizits der EU, Diss., Berlin 2005.

Gehler, Michael: Europa. Von der Utopie zur Realität, Innsbruck. 2014.

Gehler, Michael/Kaiser, Wolfram/Leucht, Brigitte (Hg.): Netzwerke im europäischen Mehrebenensystem. Von 1945 bis zur Gegenwart, Wien 2009.

Georges, Bernard/Tintant, Denise: Léon Jouhaux. Bd. 1, Des origines à 1921, Paris 1962.

Georges, Bernard/Tintant, Denise: Léon Jouhaux, Bd. 2, Léon Jouhaux dans le Mouvement syndical Français, Paris 1979.

Georgi, Franck: L'invention de la CFDT 1957–1970. Syndicalisme, catholicisme et politique dans la France de l'expansion, Paris 1995.

Georgi, Franck: Soufflons nous-mêmes notre forge: une histoire de la Fédération de la métallurgie CFTC/CFDT 1920–1974, Paris 1991.

Gerard, Emmanuel: Adaption en Temps de Crise (1921–1944), in: ders., Histoire, S. 174–145.

Gerard, Emmanuel (Hg.): Histoire du Mouvement Ouvrier Chrétien en Belgique (=KADOC-studies, 16), Leuven 1994, Leuven 1994.

Gerbé, Pierre: La construction de l'Europe, Paris 2007 (zuerst 1983).

Gillingham, John: Coal, Steel, and the Rebirth of Europe, 1945–1955: The Germans and French from the Ruhr Conflict to Economic Community, Cambridge, 1992.

Ginsborg, Paul: A History of Contemporary Italy. Society and Politics 1943–1988, London 1990.

Gloetz, Tanja Annette: Alterssicherung im europäischen Wohlfahrtsstaat. Etappen ihrer Entwicklung im 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 2005.

Gobin, Corinne: Construction européenne et syndicalisme européen: un aperçu de trente-quatre ans d'histoire (1958–1991), in: La revue de l'IRES, 21/1996, S. 119–51.

Gobin, Corinne: Consultation et concertation sociales à l'échelle de la Communauté économique européenne des syndicats (1958–1991), 2 Bde., Brüssel 1997.

Goetschy, Janine: Der Europäische Gewerkschaftsbund und der Aufbau der europäischen Gewerkschaftsbewegung, in: Hoffmann/Gabaglio, Ein offener Prozess, S. 228–243.

Gottfurcht, Hans: Die internationale Gewerkschaftsbewegung im Weltgeschehen: Geschichte, Probleme, Aufgaben, Köln 1962.

Graglia, Piero S.: La via verso l'Europa. Esperienza, mentalità e sfide politiche agli albori dell'integrazione europea. Altiero Spinelli, in: Depkat/Graglia, Entscheidung für Europa, S. 127–150.

Griffiths, Richard T.: The Schuman Plan Negotiations. The Economic Clauses, in: Schwabe, Anfänge, S. 35–71.

Groebe, Hans von der: Deutschland und Europa in einem unruhigen Jahrhundert. Ergebnisse und Betrachtungen, Baden-Baden 1995.

Grosbois, Thierry: L'attitude des syndicats socialistes néerlandais, belge et luxembourgeois à l'égard du Bénélux, du plan Marshall et de l'OEEC 1946–1950, in: Bussière/Dumoulin, Milieux économiques, S. 327–358.

Grottkopp, Wilhelm: Zollabbau durch organisierte europäische Wirtschaft, in: Die Arbeit, 7/1930, S. 32–37.

Groux, Guy/Mouriaux, René/Pernot, Jean-Marie: Die Europäisierung der Gewerkschaftsbewegung – der Europäische Gewerkschaftsbund, in: Hoffmann/Gabaglio, Ein offener Prozess, S. 611–87.

Grünfeld, Judith: Die weltwirtschaftliche Krise, in: Die Arbeit 2/1925, S. 593–601.

Grunwald, Michel (Hg.): Le discours européen dans les revues allemandes (1871–1914), Bern 1995, S. 205–231.

Guasconi, Maria Eleonora: The I.C.F.T.U. and the European Integration Process, in: Bussière/Dumoulin, Milieux économiques, S. 359–370.

Guieu, Jean-Michel/Christophe Le Dréau (Hg.): Le Congrès de l'Europe à La Haye (1948–2008), Brüssel 2009.

Guiotto, Maddalena: Der Europagedanke in den christdemokratischen Parteien. CDU/CSU und DC in den 1950er Jahren, in: Rusconi/Woller, Parallele Geschichten?, S. 175–202.

Haag, Émile: De Nic Biever à Joseph Daleiden: l'évolution du syndicalisme, in: ders./Guy May, Luxembourg, S. 518–527

Haag, Émile/May, Guy (Hg.): Une réussite originale. Le Luxembourg au fil des siècles; Luxemburg 2011.

Haas, Ernst B.: The Uniting Europe. Political, Social and Economic Forces 1950–1957, 3. erw. Auflage Notre Dame, Indiana (1. Aufl. Stanford 1958).

Haberl, Othmar Nikola/Niethammer, Lutz (Hg.): Der Marshall-Plan und die europäische Linke, Frankfurt am Main 1986.

Hallstein, Walter: Der unvollendete Bundesstaat. Europäische Erfahrungen und Erkenntnisse. Düsseldorf/Wien 1969.

Hallstein, Walter: Der Wirtschafts- und Sozialausschuß als Faktor der europäischen wirtschafts- und sozialpolitischen Integration, in: Nemitz, Gewerkschaft – Wirtschaft – Gesellschaft, S. 381–392.

Hallstein, Walter: Die Europäische Gemeinschaft, Düsseldorf/Wien 1973.

Hallstein, Walter: Europäische Reden (herausgegeben von Thomas Oppermann), Stuttgart 1979.

Harryvan, Anjo G./Harst, Jan van der: Max Kohnstamm. A European's Life and Work, Baden-Baden 2011.

Haupt, Georges: Der Kongress fand nicht statt. Die Sozialistische Internationale 1914, Wien 1967.

Haupt, Georges: Socialism and the Great War. The Collapse of The Second International, Oxford 1972.

Hazenbosch, Piet: „Voor het volk om Christus“ wil: een geschiedenis van het CNV, Hilversum 2009.

Heiman, Hans (Hg.): Europäische Zollunion. Beiträge zu Problem und Lösung, Berlin 1926.

Heise, Bernt: Ein langfristiges Sozialprogramm für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Soziale Sicherheit, 10. Jg. (2/1961), S. 39–42.

Heise, Bernt: Sozialpolitik in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Zweckmäßigkeit und Grenzen einer sozialen Harmonisierung im Bereich der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft unter besonderer Berücksichtigung der Maßnahmen zur sozialen Sicherung, Göttingen 1966.

Heise, Bernt: Über die Möglichkeiten, eine europäische Sozialpolitik zu entwickeln, in: GMH 14/1963, H. 2., S. 65–75.

Henrich-Franke, Christian (Hg.): Die „Schaffung“ Europas in der Zwischenkriegszeit. Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Konstruktionen eines vereinten Europas, Münster 2014.

Herbst, Ludolf/Büher, Werner/Sowade, Hanno (Hg.): Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt, München 1990.

Heyde, Ludwig (Hg.): Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens, 3. Bde., Berlin 1931 und 1932.

Heyder, Günther: Für ein Europa der Arbeitnehmer, in: GMH, 3/1966, S. 143–46.

Hick, Alan: Die europäische Bewegung, in: Loth, Die Anfänge der europäischen Integration, S. 237–244.

Hick, Alan: The „European Movement“, in: Lipgens/Loth, Transnational Organizations, S. 319–433.

Hick, Alan: The European Union of Federalists (UEF), in: ebd., S. 8–111.

Hijma, Bouwe: The Archives of the European Trade Union Confederation (ETUC) at the International Institute of Social History (IISH) in Amsterdam, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen, 42/2009, S. 323–328.

Hinterscheid, Mathias: Vivre et travailler autrement en Europe: bilan et perspectives d'un espace social européen, Paris 1987.

Hirsch, Helmut: Aufstieg und Niedergang der Ersten Internationale, in: ders., Denker und Kämpfer. Gesammelte Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung,, Frankfurt a. M. 1955, S. 129–148.

Hochschild, Adam: „Der Große Krieg“. Der Untergang des alten Europa im Ersten Weltkrieg, Stuttgart 2013.

Hoffmann, Stefan-Ludwig/Kott, Sandrine/Romijn, Peter/Wivieorka, Olivier (Hg.): Seeking Peace in the Wake of War. Europe, 1943–1947, Amsterdam 2015.

Hohls, Rüdiger/Schröder, Iris/Siegrist, Hannes (Hg.): Europa und die Europäer. Quellen und Essays zur modernen europäischen Geschichte, Stuttgart 2005.

Holl, Karl: Europapolitik im Vorfeld der deutschen Regierungspolitik. Zur Tätigkeit proeuropäischer Organisationen in der Weimarer Republik, in: Historische Zeitschrift, 219/1974, S. 33–94.

Hrbek, Rudolf: Eurokommunismus und EG, in: Wehling/Pawelka, Eurokommunismus, S. 167–195.

Hudemann, Rainer/Kaelble, Hartmut/Schwabe, Klaus (Hg.): Europa im Blick der Historiker, München 1995.

Huysmans, Camille: Die Sozialistische Internationale, in: Sozialistische Monatshefte, H. 9, 1910, S. 535–539.

Institut Royal des Relations Internationales/ Commission d'Étude Interuniversitaire (Hg.): Le rôle des Belges et de la Belgique dans l'édification européenne, Brüssel 1981.

Internationaler Bund Freier Gewerkschaften (Hg.): Die europäische Gewerkschaftsbewegung im IBFG, Brüssel 1965.

Ipsen, Hans Peter: Europäisches Gemeinschaftsrecht, Tübingen 1972.

Jansen, Christian: Italien seit 1945, Göttingen 2007.

Jojevic, Jelena: Nachholende Europäisierung der IG Metall?, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen, 42/2009, S. 103–122.

Joll, James: The Second International 1889–1914, London 1974.

Jouhaux, Léon: Les Désarmement, Paris 1927.

Judd, Tony: Postwar. A History of Europe Since 1945, New York 2005.

Julliard, Jacques: Le Mouvement syndical, in: Sauvy, Histoire économique, S. 175–203.

Kaelble, Hartmut: Sozialgeschichte Europas. 1945 bis zur Gegenwart, München 2007.

Kaiser, Wolfram: Großbritannien und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft 1955–1961. Von Messina nach Canossa, Berlin 1996.

Kaiser, Wolfram/Starie, Peter (Hg.): Transnational European Union. Towards a Common Political Space, Milton Park 2006.

Kampffmeyer, Paul: Sozialistische Arbeiter-Internationale, in: Heyde, Handwörterbuch, S. 1516–1530.

Kampffmeyer, Paul: Zu einer europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik, in: Sozialistische Monatshefte 32/1926, S. 17–19.

Karras, Anne: Die EU und der Rückzug des Staates. Eine Genealogie der Neoliberalisierung der europäischen Integration, Bielefeld 2009.

Kautsky, Karl: Krieg und Frieden: Betrachtungen zur Maifeier, in: Die neue Zeit. Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. 29. Jg, 1910–1911, 2. Bd. (1911), S. 97–107.

Kendall, Walter: The Labour Movement in Europe, London 1975.

Kirchner, Emil J.: Trade Unions as a Pressure Group in the European Community, Westmead, Farnborough, 1977.

Knipping, Franz: Rom, 25. März 1957. Die Einigung Europas, München 2004.

Knodt, Michèle/Finke, Barbara (Hg.): Europäische Zivilgesellschaft. Konzepte, Akteure, Strategien, Wiesbaden 2005

Knudsen, Ann-Christina L.: Farmers on Welfare. The Making of Europ's Common Agricultural Policy, Ithaca und London 2009.

Koch-Baumgarten, Sigrid: Gewerkschaftsinternationalismus und die Herausforderung der Globalisierung. Das Beispiel der Internationalen Transport-Arbeiter-Föderation (ITF), hrsggeg. v. IISG, Bd. 17, Frankfurt am Main 1999.

König, Mareike/Schulz, Matthias (Hg.): Die Bundesrepublik Deutschland und die europäische Einigung 1949–2000, Stuttgart 2004.

Köpper, Ernst-Dieter: Gewerkschaften und Außenpolitik. Die Stellung der westdeutschen Gewerkschaften zur wirtschaftlichen und militärischen Integration der Bundesrepublik in die Europäische Gemeinschaft und in die Nato, Frankfurt am Main/New York 1982.

Kogon, Eugen: Der Haager Europäische Kongreß, in: Frankfurter Hefte. Juni 1948, Nr. 6, S. 481–483.

Koll, Johannes: Benelux-Union und europäische Avantgarde, in: NiederlandeNet, Münster, www.uni-muenster.de/NiederlandeNet/nl-wissen/politik/vertiefung/beziehungen/union.html#2u.

Kott, Sandrine: The International Labour Organisation from the Second World War to the Cold War, in: Hoffmann u. a., Seeking Peace, S. 297–314.

Kowalsky, Wolfgang: Europäische Sozialpolitik. Ausgangsbedingungen, Antriebskräfte und Entwicklungspotentiale, Opladen 1999.

Kreile, Michael (Hg.): Die Integration Europas, PVS-Sonderheft 23/1992, Opladen 1992.

Krell, Christian: Sozialdemokratie und Europa. Die Europapolitik von SPD, Labour Party und Parti Socialiste, Wiesbaden 2009.

Krieger, Rainer: Der Europäische Gewerkschaftsbund und die Europäische Aktiengesellschaft. Entwicklungen und Probleme ihrer Beziehungen, Diss., Münster 1977.

Krier, Antoine: Letzeburger Arbechter-Verband: Werden und Wirken 1916–1966, Esch-sur-Alzette 1966.

Krier, Pierre: Luxemburg, in: Heyde, Handwörterbuch, S. 1093–1095.

Kroebel, Gerhard: Die europäische Integration. Von der Europa-Idee zur Wirklichkeit, Heft 1: „Auf gutem Kurs“, hrsg. vom DGB-Bundesvorstand, Düsseldorf 1961.

Krüger, Peter: Briand und Stresemann: mehr als nur ein Mythos?, in: Duchhardt, Europäer des 20. Jahrhunderts, S. 39–68.

Krüger, Peter: Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985.

Krüger, Peter: Europabewusstsein in Deutschland in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Hudemann/Kaelble/Schwabe, Europa im Blick der Historiker, S. 31–54.

Küstners, Hanns-Jürgen: Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Baden-Baden 1982.

Küstners, Hanns-Jürgen: Die Verhandlungen über das institutionelle System zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, in: Schwabe, Anfänge, S. 73–102.

Lachaise, Bernhard: La délégation française au Congrès de la Haye, in: Guieu/le Dréau, Le Congrès de l'Europe, S. 151–186.

Lademacher, Horst/Mühlhausen, Walter (Hg.): Sicherheit, Kontrolle, Souveränität. Das Petersberger Abkommen vom 22. November 1949. Eine Dokumentation (Kasseler Forschungen zur Zeitgeschichte, Bd. 3), Melsungen 1985.

Langeveld, Herman J.: Niederlande – Reform und Kooperation, in: ders. u. a., Zwischen Wunsch und Wirklichkeit, S. 57–278.

Langeveld, Herman J./Zondergeld, Gjal/Lademacher, Horst/Mühlhausen, Walter (Hg.): Zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Die belgischen, niederländischen und westzonalen deutschen Gewerkschaften in der Phase des Wiederaufbaus (=Niederlande-Studien, Bd. 3), Münster 1994.

Lappas, Alfons: Zur europäischen Gewerkschaftspolitik, in: GMH, 1975, S. 457–460.

Lappenküper, Ulrich: Wilhelm Hausenstein. Adenauers erster Missionschef in Paris, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Heft 4, 43. Jg. (1995), S. 635–678.

Launay, Michel: La CFTC. Origines et développement, Paris 1984.

Launay, Michel: Le syndicalisme chrétien en France de 1885 à nos jours (=Bibliothèque d'histoire du christianisme, 6), Paris 1982.

Lauschke, Karl: Die Einflussnahme der CIA auf die europäische Gewerkschaftsbewegung, in: Schwitanski, „Nie wieder Krieg!“, S. 125–134.

Lauschke, Karl: Die IG Metall und die Anfänge der europäischen Integration, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen, 42/2009, S. 89–102.

Lauschke, Karl: Hans Böckler, Bd. 2, Gewerkschaftlicher Neubeginn 1945–1951, Frankfurt am Main 2005.

Lefort, Bernard (Hg.): Une Europe inédite: Documents des Archives Jean Monnet, Villeneuve d'Ascq 2001.

Lefranc, Georges: Le mouvement syndical sous la Troisième République, Paris 1967.

Lefranc, Georges: Les expériences syndicales internationales des origines à nos jours, Paris 1952.

Legien, Carl: Die gewerkschaftliche Internationale, in: Sozialistische Monatshefte 16/1910, S. 412–417.

Legien, Carl: Die gewerkschaftliche Internationale 1910–1913, in: ebd., 20/1914, S. 3–11.

Lehmann-Russbüldt, Otto: Die Schöpfung der Vereinigten Staaten von Europa. Eine Phantasie von 1910 und eine Betrachtung von 1914, Berlin 1914.

Leich, Sabine Hanna/Kruse, Wolfgang: Internationalismus und nationale Interessenvertretung. Zur Geschichte der internationalen Gewerkschaftsbewegung, Köln 1991.

Lell, Hans-Joachim: Die soziale Harmonisierung in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und ihre wirtschaftlichen Auswirkungen: dargestellt an der Vereinheitlichung der Altersrenten und Familienbeihilfen in Frankreich und Deutschland, Berlin 1966.

Ließ, Otto R.: Art.: Weltgewerkschaftsbund, in: Mielke, Internationales Gewaltherrschaftshandbuch, S. 10–20.

Lindberg, Leon N.: The Political Dynamics of European Integration, Stanford/London 1963.

Lindberg, Leon N./Scheingold, Stuart A.: Europe's Would-Be Polity. Patterns of Change in the European Community, Prentice-Hal, 1970.

Lipgens, Walter (Hg.): 45 Jahre Ringen um die Europäische Verfassung. Dokumente 1939–1984. Von den Schriften der Widerstandsbewegung bis zum Vertragsentwurf des Europäischen Parlaments, Bonn 1986.

Lipgens, Walter (Hg.): Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik. Erster Teil: 1950–1955, Stuttgart 1977.

Lipgens, Walter (Hg.): Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen. Eine Dokumentation, München 1968.

Lipgens, Walter/Loth, Wilfried (Hg.): Documents on the History of European Integration, Bd. 3: The Struggle for European Union by Political Parties and Pressure Groups in Western European Countries, 1945–1950, Berlin/New York 1988.

Lipgens, Walter/Loth, Wilfried (Hg.): Documents on the History of European Integration, Bd. 4: Transnational Organizations of Political Parties and Pressure Groups in the Struggle for European Union, 1945–1950, Berlin/New York 1990.

Lorwin, Lewis L.: L'internationalisme et la classe ouvrière, Paris 1933.

Lorwin, Val. R.: The French Labor Movement, Cambridge, Massachusetts, (2. Aufl.) 1966.

Loth, Wilfried: Deutsche Europa-Konzeptionen in der Eskalation des Ost-West-Konflikts 1945–1949, in: GWU (35), 1984, S. 453–470.

Loth, Wilfried: Deutsche Europa-Konzeptionen in der Gründungsphase der EWG, in: Serra, Il rilancio dell'Europa, S. 585–602.

Loth, Wilfried: Die EVG und das Projekt der Europäischen Politischen Gemeinschaft, in: Hudemann/Kaelble/Schwabe, Europa im Blick der Historiker, S. 191–201.

Loth, Wilfried: Die Krise aufgrund der „Politik des leeren Stuhls“, in: Europäische Kommission, Geschichte und Erinnerungen, S. 99–119.

Loth, Wilfried: Europas Einigung. Eine unvollendete Geschichte, Frankfurt am Main 2014.

Loth, Wilfried: Léon Blum und das Europa der dritten Kraft, in: Hohls u. a., Europa und die Europäer, S. 442–445.

Loth, Wilfried: Sozialismus und Internationalismus. Die französischen Sozialisten und die Nachkriegsordnung Europas 1940–1950, Stuttgart 1977.

Loth, Wilfried: The Mouvement Socialiste pour les États-Unis d'Europe, in: Lipgens/Loth, Documents, Bd. 4, S. 277–318

Loth, Wilfried: Vor 60 Jahren. Der Haager Europa-Kongress, in: *Integration 2* (2008), S. 179–190.

Loth, Wilfried: Walter Hallstein. Ein überzeugter Europäer, in: Europäische Kommission, *Geschichte und Erinnerungen*, S. 87–98.

Loth, Wilfried/Bitsch, Marie-Thérèse: Die Kommission Hallstein 1958–1967, in: Europäische Kommission, *Geschichte und Erinnerungen*, S. 57–86.

Loth, Wilfried (Hg.): *Crises and Compromises: The European Project 1963–1969*, Baden-Baden 2001.

Luxemburg, Rosa: *Friedensutopien*, in: *Gesammelte Werke*, Bd. 2, 1906–Juni 1911, Berlin (Ost) 1972, S. 491–505

Luykx, Paul: Versäulung in den Niederlanden. Eine kritische Betrachtung der neueren Historiographie, in: *Zentrum für Niederlande-Studien*, 2/1991, S. 39–51.

Luyten, Dirk: Social Security and the End of the Second World War in France, the Netherlands and Belgium. Social Peace, Organizational Power and the State, in: Stefan-Ludwig Hoffmann u. a., *Seeking Peace*, S. 247–276.

Maggiorani, Mauro: La cultura politica dei comunisti italiani e l'Europa, in: Depkat/Graglia, *Entscheidung für Europa*, S. 151–158.

Majerus, Jean-Marie: Die Partei der christlichen Gewerkschaften, in: *Tausch, CSV*, S. 675–714.

Mansholt, Sicco: *La Crise, Conversations avec Janine Delauna*, Paris 1974.

Marjolin, Robert: *La Travail d'une vie 1911–1986*, Paris 1986.

Merriënboer, Johan van: *Mansholt. A biography*, Brüssel, 2011.

Mertens, Corneille: Die Gewerkschaftsbewegung in Belgien (*Internationale Gewerkschafts-Bibliothek: Reihe 1, Geschichte der Gewerkschaftsbewegung 1*), Amsterdam 1925;

Metzler, Gabriele: *Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft*, Paderborn 2005.

Meynaud, Jean: *Les Groupes de pression internationaux*, Lausanne 1961.

Meynaud, Jean: *L'action syndicale et la communauté économique européenne*, Lausanne 1962.

Meynaud, Jean/Sidjanski, Dusan: *Les groupes de pression dans la communauté européenne: 1958–1968. Structure et action des organisations professionnelles*, Brüssel 1971.

Mielke, Siegfried (Hg.): *Internationales Gewaltherrschaftshandbuch*, Wiesbaden 1982.

Miller, Susanne/Heinrich Potthoff: *Kleine Geschichte der SPD*, Köln 1983 (5. Auflage).

Milward, Alan: *The European Rescue of the Nation-State*, 2. Aufl., London 2000.

Mittag, Jürgen: Deutsche Gewerkschaften und europäische Integration: Forschungsphasen, Desiderate und Perspektiven aus historischer Sicht, in: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen*, 42/2009, S. 5–24.

Mittag, Jürgen: Die Europäische Bewegung in Deutschland (1949–2009), in: Bitzegeio/Kruke/Woyke, *Solidargemeinschaft und Erinnerungskultur*, S. 149–188.

Mittag, Jürgen: Europäische Profilbildung im Widerstreit: Der Haager Kongress 1948 und der Europagedanke in der deutschen Sozialdemokratie, in: Depkat/Graglia, *Entscheidung für Europa*, S. 263–290.

Mittag, Jürgen: *Kleine Geschichte der Europäischen Union. Von der Europaidee bis zur Gegenwart*, Münster 2009.

Mittag, Jürgen: Mythos oder Realität? Demokratische Legitimität und die Formierung der europäischen Zivilgesellschaft seit 1945, in: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen*, 31/2004, S. 133–156.

Monnet, Jean: Erinnerungen eines Europäers, München u. a. 1978.

Mori, Giorgio: Die italienische Wirtschaft 1948–1963. Von der Aufholjagd bis zum Ende des „Golden Age“, in: Rusconi/Woller, Parallele Geschichten?, S. 375–412.

Müller, Gloria: Strukturwandel und Arbeitnehmerrechte. Die wirtschaftliche Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie 1945–1975, Essen 1992.

Müller, Guido: Europäische Gesellschaftsbeziehungen nach dem Ersten Weltkrieg. Das Deutsch-Französische Studienkomitee und der Europäische Kulturbund, München 2005.

Müller-Armack, Alfred: Auf dem Weg nach Europa. Erinnerungen und Ausblicke, Tübingen und Stuttgart 1971.

Nemitz, Kurt (Hg.): Gewerkschaft – Wirtschaft – Gesellschaft. Beiträge zu wirtschaftlichen und sozialen Gegenwartsfragen. Ludwig Rosenberg aus Anlaß der Vollendung des 60. Lebensjahres, Köln 1963.

Niethammer, Lutz: Defensive Integration – Der Weg zum EGB und die Perspektive einer westeuropäischen Einheitsgewerkschaft, in: Borsdorf u. a., Gewerkschaftliche Politik, S. 567–596.

Niethammer, Lutz: Probleme der Gewerkschaften im Prozess der Integration Westeuropas, in: GMH 5/1976, S. 279–287.

Noordhoff, F.S.: Art.: Niederlande (freie Gewerkschaften), in: Heyde, Handwörterbuch, S. 1165–1171.

Oesterheld, Werner/Olle, Werner: Gewerkschaftliche Internationalisierung in Westeuropa – Zur Entwicklung des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), in: Hoffmann/Gabaglio: Ein offener Prozess, S. 9–27.

Otte, Bernhard: Internationaler Bund der Christlichen Gewerkschaften (IBCG), in: Heyde, Handwörterbuch, S. 817–823.

Paoli, Simone: The Italian Delegation to the Hague „Congress of Europe“, in: Guieu/le Dréau, Le Congrès de l'Europe, S. 211–222.

Pasture, Patrick: À la recherche du temps perdu? La Cisc face à l'intégration Européenne, in: Ciampani, L'altra via per l'Europa, S. 171–199.

Pasture, Patrick: Belgian Trade Unions. Between Social Movement and Service Center, in: Phelan, Trade Unionism since 1945, S. 3–36.

Pasture, Patrick: Belgium: pragmatism in pluralism, in: ders. u. a., The Lost Perspective? Trade Unions Between Ideology and Social Action in the New Europe, Vol. 1, S. 91–135.

Pasture, Patrick: Histoire du Syndicalisme Chrétien International, Paris 1999.

Pasture, Patrick: The Fist of the Dwarf. Formation, Organization and Representation of the Christian Trade Unions as a European Pressure Group (1945–1958), in: JEIH, Heft 2, Bd. 1 (1995), S. 5–26.

Pasture, Patrick: The Flight of the Robins. European Trade Unionism at the Beginning of the European Integration Process, in: Wilde, The Past and the Future, S. 80–103.

Pasture, Patrick: The interwar origins of International Labour's European Commitment, in: Contemporary European History 10 (2001), S. 221–237.

Pasture, Patrick: The unattainable unity in The Netherlands, in: ders./Verberckmoes/De Witte, The Lost Perspective?, S. 136–179.

Pasture, Patrick: Trade unions as a transnational movement in the European space 1955–1965. Falling short of ambitions? In: Kaiser/Starie, Transnational European Union, S. 109–130.

Pasture, Patrick/Verberckmoes, Johan/Witte, Hans De (Hg.): The Lost Perspective? Trade Unions Between Ideology and Social Action in the New Europe, Vol. 1, Ideological Persistence in National Traditions, Aldershot u. a. 1996.

Patel, Kiran Klaus: Europäische Integrationsgeschichte auf dem Weg zur doppelten Neuorientierung. Ein Forschungsbericht, in: AfS 50 (2010), S. 595–642.

Patel, Kiran Klaus: Europäisierung wider Willen. Die Bundesrepublik Deutschland in der Agrarintegration der EWG 1955–1973, München 2009.

Pauwels, Henri: Confédération des Syndicats Chrétiens, in: Heyde, Handwörterbuch, S. 310–312;

Pegg, Carl H.: Der Gedanke der europäischen Einigung während des ersten Weltkriegs und zu Beginn der zwanziger Jahre, in: Europa-Archiv 17/1962, S. 749–758.

Pegg, Carl H.: Evolution of the European Idea, 1914–1932, Chapel Hill/London 1983.

Pegg, Carl H.: Vorstellungen und Pläne der Befürworter eines europäischen Staatenbundes in den Jahren 1925–1930, in: Europa-Archiv 17/1962, S. 783–790.

Pernot, Jean-Marie: Le syndicalisme français et la construction de l'Europe, Rapport intérimaire, FNSP-CNRS, coll. Centre d'Études de la vie politique française, Paris 1993.

Pernot, Jean-Marie: Les relations internationales et les débuts de la CGT-FO, in: Michel Dreyfus/Gautron/Robert, La naissance de Force ouvrière, S. 199–215.

Phelan, Craig (Hg.): Trade Unionism since 1945, Bern 2009.

Pineau, Christian: Le Grand Pari: l'aventure du Traité de Rome (avec Christiane Rimbaud), Paris 1991.

Pinol, Jean-Luc: Art.: Léon Chevalme, in: Maitron-en-ligne

Pistone, Sergio: Italian pressure groups and political parties in the discussion on European Union, in: Lipgens/Loth, Documents, vol. 3: The Struggle for European Union by Political Parties and Pressure Groups in Western European Countries, S. 132–141.

Philip, Olivier: Le problème de l'Union européenne. Préface de Denis de Rougemont, Neuchâtel 1950.

Platzer, Hans-Wolfgang/Müller, Torsten: Die globalen und europäischen Gewerkschaftsverbände. Handbuch und Analysen zur transnationalen Gewerkschaftspolitik, Berlin 2009.

Poidevin, Raymond (Hg.): Histoire des débuts de la construction européenne (mars 1948–mai 1950), Brüssel 1986.

Potthoff, Heinz: Zwischen Schlosserlehre und Europapolitik, Bielefeld 1973.

Price, John: The International Labor Movement, London 1945.

Prost, Antoine: La CGT à l'époque du Front populaire, Paris 1974.

Pugh, Martin: Speak for Britain, A History of The Labour Party, London 2010.

Pulignano, Valeria: An Historical Analyses of Trade Unionism in Italy: Between Pluralism of Ideas and Unity of Action, in: Phelan, Trade Unionism since 1945, S. 121–134

Radosh, Ronald: American Labor and United States Foreign Policy, New York 1969.

Randzio-Plath, Christa (Hg.): Die Europäische Sozialcharta. Wege zu einer europäischen Sozialordnung, Baden-Baden 1978.

Rasschaert, Théo: Der Europäische Bund Freier Gewerkschaften in der Gemeinschaft, in: GMH, 1971, S. 387–390.

Rebérioux, Madelaine: Der Sozialismus und der Erste Weltkrieg (1914–1918), in: Droz, Sozialismus, Zweite Internationale und Erster Weltkrieg, S. 45–121.

Regin, Cornelia: „Die Wirtschaft im neuen Europa“. Pläne der deutschen sozialistischen Emigration für die Gestaltung der europäischen Integration, Bosmans, Europagedanke, S. 51–78

Régin, Tania: Force Ouvrière à la lumière des archives américaines, in: Cahiers d'histoire. Revue d'histoire critique, 87/2002, 103–118.

Régin, Tania: Les relations intersyndicales françaises (Thèse d'Histoire), Bd. 1, Bourgogne 2003.

Reinalda, Bob: Art.: Evert Kupers, in: BWSA, Bd. 8 (2001), S. 132–140.

Reinfeldt, Alexander: The Hague „Congress of Europe“: A Congress of the Europeans. Elites, the Public and European Unification, in: Guieu/le Dréau, Le Congrès de l'Europe, S. 287–298.

Remeke, Stefan: Anders links sein. Auf den Spuren von Maria Weber und Gerd Muhr, Essen 2012

Remeke, Stefan: Doch nur ein Strohfeuer? Von der „kurzen“ Geschichtsschreibung über die deutschen Gewerkschaften, in: Mittelungsblatt, des Instituts für soziale Bewegungen, 36/2006, S. 105–114.

Remeke, Stefan: Gewerkschaften als Motoren der europäischen Integration: Der DGB und das soziale Europa von den Römischen Verträgen bis zu den Pariser Gipfelkonferenzen (1957–1974), in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen, 42/2009, S. 141–164.

Rémond, Réne: Frankreich im 20. Jahrhundert. Erster Teil: 1918–1958, Stuttgart 1994.

Reutter, Werner/Rütters, Peter: Internationale und europäische Gewerkschaftsorganisationen, in: Schroeder, Handbuch der Gewerkschaften, S. 581–615.

Ridolfi, Maurizio (Hg.): Luciano Lama: sindacato, „Italia del lavoro“ e democrazia repubblicana nel secondo dopoguerra, Rom 2006.

Ritschl, Albrecht: The Marshall Plan, 1948–1951, in: EH.Net Encyclopedia, edited by Robert Whaples. February 10, 2008, <http://eh.net/encyclopedia/the-marshall-plan-1948-1951/>.

Rodríguez García, Magaly: Liberal workers of the world, unite?: the ICFTU and the defence of labour liberalism in Europe and Latin America (1949–1969), Oxford u. a. 2010.

Roes, Jan: Art.: Adrianus Cornelis de Bruijn: BWSA, Bd. 3, 1988, S. 23–26.

Rogosch, Detlef: Sozialdemokratie zwischen nationaler Orientierung und Westintegration, in: König/Schulz, Die Bundesrepublik Deutschland und die europäische Einigung 1949–2000, S. 287–311.

Romero, Federico: The United States and the European Trade Union Movement, 1944–1951, Chapel Hill u. a. 1992.

Rosenberg, Ludwig: Die Westpolitik der deutschen Gewerkschaften, in: Borsdorf, Gewerkschaftliche Politik, S. 553–566.

Rosenberg, Ludwig: Europa. Anfang oder Ende? In: GMH 1/1952, S. 1–4.

Rosenberg, Ludwig: Europa ohne Konzeption, in: GMH: 4/1951, S. 169–172.

Rosenberg, Ludwig: Internationale Gewerkschaftspolitik, in: GMH: 4/1950, S. 113–116.

Rosenberg, Ludwig: Sinn und Aufgaben der Gewerkschaften. Tradition und Zukunft, München 1982.

Rosenberg, Ludwig: Tätigkeit und Bedeutung des Wirtschafts- und Sozialausschusses, in: Europäische Kommission, Sekretariat (Hg.), Bulletin der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Bd. 4, 1961, S. 5–11.

Rosamond, Ben: The Integration of Labour? British Trade Union Attitudes to European Integration, in: Baker/Seawright, Britain For and Against Europe?, S. 130–147.

Rother, Bernd: Die Sozialistische Internationale, in: Europäische Geschichte Online (EGO), hg. vom Leibniz-Institut für Europäische Geschichte (IEG), Mainz 2012-11-29, www.ieg-ego.eu/rotherb-2012-de, URN: urn:nbn:de:0159-2012112903.

Roussel, Hélène: Force ouvrière et l'Europe, in: Dreyfus/Gautron/Robert, La naissance de Force ouvrière, S. 236–249.

Rütters, Peter: Chancen internationaler Gewerkschaftspolitik. Struktur und Einfluss der

Internationalen Union der Lebens- und Genussmittelarbeiter-Gewerkschaften (1945–1985), Köln 1989.

Rüters, Peter: Der Internationale Bergarbeiterverband 1890–1993. Entwicklung und Politik, Köln 1995.

Ruge, Undine: Die Erfindung des „Europa der Regionen“ – Kritische Ideengeschichte eines konservativen Konzepts, Frankfurt am Main 2003.

Ruhwedel, Klaus: Der Europäische Gewerkschaftsbund und die westeuropäische Integration, in: Deppe, Arbeiterbewegung und europäische Integration, S. 228–275.

Rumpf, Jörg: Deutsche Industriegewerkschaften und Europäische Gemeinschaften. Die Europapolitik der Industriegewerkschaft Metall und der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik im Zeitraum zwischen dem Inkrafttreten der Römischen Verträge und den Ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament, Diss., Bochum 2001.

Rusconi, Gian E./Woller, Hans (Hg.): Parallele Geschichte? Italien und Deutschland 1945–2000 (Schriften des Italienisch-Deutschen Instituts in Trient; 20), Berlin 2006.

Saba, Vincenzo: Una identità sindacale tripla: nazionale, europea, mondiale, in: Ciampani, L'altra via per l'Europa, S. 383–412.

Sassenbach, Johann: Fünfundzwanzig Jahre Internationale Gewerkschaftsbewegung (=Internationale Gewerkschaftsbibliothek H. 4/5), Amsterdam 1926.

Sassenbach, Johann: Internationaler Gewerkschaftsbund, in: Heyde, Handwörterbuch, S. 823–834.

Scheuer, Georg: Gewerkschaften in Frankreich, in: GMH, 7/1959, S. 399–406.

Schierwater, Hans-Victor: Die Arbeitnehmer und Europa. Integrationstendenzen und -strukturen im Sozialbereich des Gemeinsamen Marktes, in: Friedrich, Politik als Prozess, S. 294–357.

Schierwater, Hans-Victor: Parlament und Hohe Behörde der Montanunion, Heidelberg 1961.

Schilmar, Boris: Der Europadiskurs im deutschen Exil, München 2004.

Schipper, Frank: Driving Europe. Building Europe on Roads in the Twentieth Century, Amsterdam 2008, S. 83–120.

Schirmann, Sylvain: Les syndicats français et la construction européenne (1950–1973), in: Bachem-Rehm u. a., Teilungen überwinden, S. 471–480.

Schirmann, Sylvain: Les syndicats français face au processus de construction européenne (1950–1973), CVCE, www.ena.lu.

Schirmann, Sylvain (Hg.): Organisations internationales et architectures européennes 1929–1939. Actes du colloque de Metz 31 mai–1er juin 2001, Metz 2003.

Schneider, Heinrich: Europäische Integration. Die Leitbilder und die Politik, in: Kreile, Die Integration Europas, S. 3–35.

Schneider, Heinrich: Leitbilder der Europapolitik. Der Weg zur Integration (Europäische Studien des Instituts für europäische Politik 9), Bonn 1977.

Schneider, Michael: Die Christlichen Gewerkschaften 1894–1933, Bonn 1982.

Schneider, Michael: In der Kriegsgesellschaft: Arbeiter und Arbeiterbewegung 1939–1945, Bonn 2014

Schneider, Michael: Kleine Geschichte der Gewerkschaften, Bonn 2000.

Schöberl, Verena: „Es gibt ein großes und herrliches Land, das sich selbst nicht kennt ... Es heißt Europa“. Die Diskussion um die Paneuropaidee in Deutschland, Frankreich und Großbritannien 1922–1933, Münster u. a. 2008. Schröder, Adolf (Hg.): „Völker Europas, findet euch selbst!“, Beiträge zur Ideengeschichte der Europabewegung in Deutschland, Oldenburg 2007.

Schroeder, Wolfgang (Hg.): Handbuch der Gewerkschaften in Deutschland, 2. Auflage, Wiesbaden 2014.

Schulz, Matthias: Deutschland, der Völkerbund und die Frage der europäischen Wirtschaftsordnung 1925–1933, Hamburg 1997.

Schulz, Matthias: Europa-Netzwerke und Europagedanke in der Zwischenkriegszeit, in: Europäische Geschichte Online (EGO), hg. vom Institut für Europäische Geschichte (IEG), Mainz 2010-12-03. www.ieg-ego.eu/schulzm-2010-de.

Schuster, Dieter: Ludwig Rosenberg. Ein Porträt, Freudenstadt 1969.

Schwabe, Klaus (Hg.): Die Anfänge des Schuman-Plans 1950/51, Baden-Baden 1988.

Schwaiger, Konrad/Kirchner, Emil: Die Rolle der europäischen Interessenverbände. Eine Bestandsaufnahme der europäischen Verbandswirklichkeit, Baden-Baden 1981.

Schwarz, Martin: In jedem Scheitern liegt ein Neuanfang. Das Beispiel der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft oder warum braucht die Europäische Union eine Sicherheits- und Verteidigungspolitik?, in: Stahl, S. 86–117.

Schwerdtfeger, Gunther (Hg.): Mitbestimmung in privaten Unternehmen (Aktuelle Dokumente, Bd. 2.), Berlin/New York 1973, S. 237–240.

Schwitanski, Alexander J. (Hg.): „Nie wieder Krieg!“ Antimilitarismus und Frieden in der Geschichte der Sozialistischen Jugendinternationale, Essen 2012.

Scoppola, Pietro: Alcide de Gasperi und Konrad Adenauer. Ähnlichkeiten und Unterschiede, in: Rusconi/Woller, Parallele Geschichten?, S. 203–216.

Seidel, Katja: Taking Farmers off Welfare. The EEC Commission's Memorandum "Agriculture 1980" of 1968, in: JEIH 2/2010, S. 83–102.

Seidel, Katja: The Process of Politics in Europe. The Rise of European Elites and Supranational Institutions, Basingstoke 2010.

Seifen, Stephan: Die Bedeutung der europäischen Beschäftigungspolitik für den Strategiewandel der Gewerkschaften, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen, 42/2009, S. 187–213.

Serra, Enrico (Hg.): Il rilancio dell'Europa e i trattati di Roma, Mailand 1989.

Serrarens, Petrus Josephus Servatius: Die Revolution des Hakenkreuzes (Veröffentlichung des Internationalen Bundes der Christlichen Gewerkschaften), Utrecht 1933.

Serrarens, Petrus Josephus Servatius: Art.: Niederlande (christliche Arbeiterbewegung), in: Heyde, Handwörterbuch, S. 1165–1170.

Spaak, Paul-Henri: Memoiren eines Europäers, Hamburg 1969.

Sprenger, Jeroen J.C.: Art.: Serrarens, in: BWSA, Bd. 3. (1988), S. 188–191.

Stahl, Thomas (Hg.): Historische Streiflichter. Untersuchungen zu ausgewählten außen-, wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Themen deutscher Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert; Festschrift für Ingeborg Koza zum 65. Geburtstag, Münster 2004

Steffens, Angela: Der gewerkschaftliche Kampf um ein soziales Europa. Darstellung und Kritik europäischer Arbeitnehmervertretung, Diss., München 1980.

Steiert, Rudolf: "Eurokommunismus" in der Gewerkschaftsbewegung Italiens und Frankreichs, in: Wehling/Pawelka, Eurokommunismus, S. 57–104.

Stephan, Frédéric: Die Europavorstellungen im deutschen und im französischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus 1933/40–1945, Diss., Stuttgart 2002.

Stewart, Margaret: Trade Unions in Europe, Epping/Essex 1974.

Stöckl, Ingrid: Gewerkschaftsausschüsse in der EG. Die Entwicklung der transnationalen Organisation und Strategie der europäischen Fachgewerkschaften und ihre Möglichkeiten zur

gewerkschaftlichen Interessenvertretung im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft Straßburg/Kehl 1986.

Suzuki, Hitoshi: The High Authority of the ECSC, the European Network of Trade Unions and the DGB: Ideas, Strategies and Achievement, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen, 42/2009, S. 63–88.

Tamedly, Elisabeth L.: Socialism and International Economic Order, Alabama 2007 (Erstausgabe: 1969).

Thiemeyer, Guido: Vom „Pool Vert“ zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Europäische Integration, Kalter Krieg und die Anfänge der Gemeinsamen Agrarpolitik 1950–1957, München 1999.

Thum, Horst: Mitbestimmung in der Montanindustrie. Der Mythos vom Sieg der Gewerkschaften (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 45), Stuttgart 1982.

Tiemann, Dieter: Deutsch-Französische Jugendbeziehungen der Zwischenkriegszeit, Bonn 1989.

Tilly, Pierre: André Renard, Brüssel 2005.

Tilly, Pierre: La place de l'acteur syndical dans le dialogue social européen, de la CECA aux années 1980, in: Bussière u. a., Économies nationales et intégration Européenne, S. 119–140.

Tilly, Pierre: Milieux intellectuels et ouvriers belges et le Congrès de La Haye. Une Europe pour et par les travailleurs, in: Guieu/le Dréau, Le Congrès de l'Europe, S. 109–122.

Tossdorf, Reiner: Kurze Geschichte des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Hamburg 2005.

Tossdorf, Reiner: The International Trade-Union Movement And The Founding of The International Labour Organization, in: International Review of Social History, 50/2005, S. 399–433.

Tossdorf, Reiner: Wilhelm Leuschner gegen Robert Ley. Ablehnung der Nazi-Diktatur durch die Internationale Arbeitskonferenz 1933 in Genf, Frankfurt 2007.

Trausch, Gilbert: Der Schuman-Plan zwischen Mythos und Realität. Der Stellenwert des Schuman-Planes, in: Hudemann/Kaelble/Schwabe, Europa im Blick der Historiker, München 1995, S. 105–128.

Trausch, Gilbert (Hg.): CSV. Spiegelbild eines Landes und seiner Politik? Geschichte der Christlich-Sozialen Volkspartei Luxemburgs im 20. Jahrhundert, Luxemburg 2008.

Trausch, Gilbert (Hg.): Die Europäische Integration vom Schuman-Plan bis zu den Verträgen von Rom, Baden-Baden u. a. 1993.

Trunk, Achim: Europa, ein Ausweg. Politische Eliten und europäische Identität in den 1950er Jahren, München 2007.

Tudyka, Kurt B.: Internationaler Bund Freier Gewerkschaften, in: Mielke, Internationales Gewerkschaftshandbuch, S. 3–9.

Turone, Sergio: Storia del sindacato in Italia. Dal 1943 al crollo del comunismo, Rom 1998.

Turone, Sergio: Storia dell'Unione Italiana del Lavoro, Mailand 1990.

Van Daele, Jasmien: Engineering Social Peace: Networks, Ideas, And the Founding of the International Labour Organization, in: International Review of Social History, Bd. 50, 3/2005, S. 435–466.

Van Dam, Peter: Religion und Zivilgesellschaft. Christliche Traditionen in der niederländischen und deutschen Arbeiterbewegung (1945–1980), Münster 2010.

Van der Haarst, Jan: Die gemeinsame Agrarpolitik: ein vorrangiges Aktionsfeld, in: Europäische Kommission, Geschichte und Erinnerungen, S. 343–366.

Van der Haarst, Jan: Sicco Mansholt: Mut und Überzeugung, in: ebd., S. 177–194.

Van der Linden, Marcel (Hg.): The International Confederation of Free Trade Unions, Bern u. a. 2000.

Van Goethem, Geert: The Amsterdam International. The World of the International Federation of Trade Unions (IFTU) 1913–1945, Aldershot u. a. 2006.

Van Goethem, Geert/Robert Anthony Waters Jr. (Hg.): The International History of the AFL-CIO during the Cold War, New York 2013.

Vandervelde, Emile: Art. Belgien, in: Heyde, Handwörterbuch, S. 175–191.

Vandervelde, Emile: Art.: Commission Syndicale de Belgique, in: ebd., S. 307–308.

Varsori, Antonio: Die europäische Regionalpolitik. Anfänge einer Solidarität, in: Europäische Kommission, Geschichte und Erinnerungen, S. 443–458.

Varsori, Antonio: Die Ursprünge der europäischen Sozialpolitik, in: ebd., S. 459–474.

Varsori, Antonio: Franco Maria Malfatti: eine verkürzte Präsidentschaft, in: ebd., S. 165–176.

Varsori, Antonio: Jean Monnet et il Comitato d'Azione per gli Stati Uniti d'Europa dalla origini ai Trattati di Roma, in: Ciampiani, L'altra via per l'Europa, S. 139–170.

Verberckmoes, Johan: The politics of ideological diversity in France, in: Pasture, The Lost Perspective?, Vol. 1, S. 7–51.

Vervliet, E.: Le Mouvement Ouvrier Chrétien et l'Intégration Européenne, in: Institut Royal, Le rôle des Belges, S. 415–439.

Vidalenc, Georges (o. J.): Comment et pourquoi se sont produits les scissions syndicales (Editions Force Ouvrière), Paris.

Volkman, Hans-Erich: Der DGB, Adenauer und der Schuman-Plan, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Heft 3, Bd. 44 (1996), S. 223–246.

Volkman, Hans-Erich/Schwengler, Walter (Hg.): Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung, Boppard am Rhein 1985.

Wagener, Sascha: Die Linke in Luxemburg, in: Daiber/Hildebrandt, Die Linke in Europa, Berlin 2009, S. 25–33.

Wagenführ, Rolf: Schumanplan und Gewerkschaften, in: GMH 4/1951, S. 173–178.

Wagenführ, Rolf: Wirtschaftsprobleme des Schumanplans, GMH 6/1951, S. 284–289.

Wagenführ, Rolf: Zur Frage des Deutschen Kohlenverkaufs, in: GMH 7/1951, S. 365–368.

Weber, Petra: Gescheiterte Sozialpartnerschaft – Gefährdete Republik? Industrielle Beziehungen, Arbeitskämpfe und der Sozialstaat. Deutschland und Frankreich im Vergleich (1918–1933/39), (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 77), München 2010.

Wehling, Hans-Georg/Pawelka, Peter (Hg.): Eurokommunismus und die Zukunft des Westens, Heidelberg 1979.

Weichers, Britta: Mitteleuropa oder Pan-Europa, in: Schröder, „Völker Europas, findet euch selbst!“, S. 63–114

Werkman, Paul E.: Art.: Herman Amelink, in: BWSA, Bd. 1 (1986), S. 1–3.

Werkman, Paul E.: Art.: Antoon Stapelkamp, in: BWSA, Bd. 7, 1998, S. 210–215.

White, Dan S.: Lost Comrades: Socialists of the Front Generation, Cambridge, Mass. 1992

Willis, F. Roy: France, Germany and the New Europe 1945–1967, 2. Aufl., Stanford 1967.

Wilkens, Andreas (Hg.): Le Plan Schuman dans l'Histoire. Intérêts nationaux et projet européen, Brüssel 2004, S. 303–322.

Windmuller, John P.: The International Trade Union Movement, London/Deventer 1980.

Winkler, Henry Ralph: British Labour Seeks a Foreign Policy: 1900–1940, New Brunswick/New Jersey 2005.

Wintgens, Randolph W.: Belgische Gewerkschaften. Herkunft, Struktur, Funktion, Diss., Bonn 1974.

Woller, Hans: Geschichte Italiens im 20. Jahrhundert, München 2010.

Woytinsky, Wladimir: Die Vereinigten Staaten von Europa, Berlin 1926.

Woytinsky, Wladimir: Stormy Passage, New York 1961.

Wyrwa, Ulrich: Richard Nikolaus Graf Coudenhove-Kalergi (1894–1972) und die Paneuropa-Bewegung in den 20er Jahren, in: Historische Zeitschrift, 283/2006, S. 103–122.

Zarusky, Jürgen: Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell 1917–1933. Ideologische Auseinandersetzung und außenpolitische Konzeptionen, München 1992.

Zellentin, Gerda: Der Wirtschafts- und Sozialausschuss der EWG und Euratom. Interessenrepräsentation auf übernationaler Ebene, Leiden 1962.

Zellentin, Gerda: Die Kommunisten und die Einigung Europas (Schriften des Forschungsinstituts für Politische Wissenschaft der Universität zu Köln), Frankfurt am Main 1964.

Zellentin, Gerda: Europa 1985. Gesellschaftliche und politische Entwicklungen in Gesamteuropa, Bonn 1972.

Zellentin, Gerda: Formen der Konsensusbildung im Europäischen Parlament, dies., Formen der Willensbildung, Köln 1965, S. 75–88.

Zellentin, Gerda: Willensbildung und Interessenrepräsentation im Wirtschafts- und Sozialausschuss der Europäischen Gemeinschaften (WSA), in: ebd., S. 105–131.

Zellentin, Gerda (Hg.): Formen der Willensbildung in den Europäischen Organisationen (Kölner Schriften zur Politischen Wissenschaft), Köln 1965.

Ziegerhofer-Prettenthaler, Anita: Botschafter Europas. Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi und die Paneuropa-Bewegung in den 20er- und 30er Jahren, Wien 2004.

Zondergeld, Gjal R.: BELGIEN. Im gemeinsamen Kampf gegen das Unternehmertum, das Lohnsystem und die Ämterhäufung. Die Reformversuche der freien Gewerkschaftsbewegung (1944–1948), in: Langeveld u. a., Zwischen Wunsch und Wirklichkeit, S. 279–430.

Zürndorf, Irmgard: Der Preis der Marktwirtschaft. Staatliche Preispolitik und Lebensstandard in Westdeutschland 1948–1963, Stuttgart 2006.

Wenn nicht anders angegeben, wurden alle Websites zuletzt am 28.3.2018 geprüft.

Der mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) einsetzende europäische Einigungsprozess ist mitnichten als ein von zivilgesellschaftlichen Akteuren weitgehend abgekoppeltes Projekt politischer Eliten zu interpretieren, sondern wurde von den nichtkommunistischen Gewerkschaften der ursprünglich sechs Staaten der EGKS bzw. der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mitinitiiert und von Beginn an intensiv begleitet und gefördert.

Der Band bietet erstmals eine zusammenfassende Darstellung der europapolitischen Vorstellungen der Gewerkschaften in den sechs Gründungsstaaten bis zur ersten Erweiterungsrunde 1973 und arbeitet ihre ideellen und erfahrungsgeschichtlichen Grundlagen heraus.

WWW.BOECKLER.DE

ISBN 978-3-86593-299-0